

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

11. Bundesparteitag

der

Osterreichischen Volkspartei

27. bis 29. Oktober 1966

Wiener Stadthalle

Karl v. Vogelsang Institut
Tivoligasse 73
1120 Wien

1. Tag Inhalt Vormittag

Seite

1. Eröffnung durch den Bundesparteioobmann

Bundeskanzler Dr. Klaus	2
Trauerkundgebung	5

2. Begrüßungsansprachen

Hartl	8
Dr. Drimmel	9
Dr. Dollinger	11
Amrehn	13
Emmet of Amberley	18
Dr. Furgler	19
Schockmel	22
Dr. Mitterdorfer	25

3. Beschlußfassung über die Geschäftsordnung

Bundeskanzler Dr. Klaus	28
-------------------------------	----

4. Genehmigung der Tagesordnung

Bundeskanzler Dr. Klaus	29
-------------------------------	----

5. Wahl des Parteitagspräsidiums und der Schriftführer

Bundeskanzler Dr. Klaus	30
-------------------------------	----

6. Bestätigung der Kommissionen und Ausschüsse

Glaser	32
--------------	----

7. Rechenschaftsbericht

Generalsekretär Dr. Withalm	34
-----------------------------------	----

8. Diskussion und Beschlußfassung

Mitterer	75
Ammann	80
Polster	84
Dr. Gorbach	87

9. Bericht der Finanzprüfer

Berichterstatter Hofrat Krammer 89

12 a. Bericht des Finanzausschusses

Berichterstatter Bundesminister a.D. Graf 90

10. Bericht der Mandatsprüfungskommission

Berichterstatter Eckert 97

Unterbrechung 98

I n h a l t

=====

	Seite
<u>2. Begrüßungsansprache (Nachtrag)</u>	
Vizepräs. Colleselli	170
<u>11. Bericht der Antragsprüfungskommission</u>	
Berichterstatter NR Glaser	99
<u>12b) Bericht des Statutenausschusses</u>	
Berichterstatter BR Ing. Harramach	101
<u>12c) Bericht des Politischen Ausschusses</u>	
Berichterstatter BM Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer ...	109
<u>13. Diskussion über die Berichte der Antragsprüfungs-</u> <u>kommission und der Ausschüsse und Beschlußfassung</u>	
LABg. Dr. Ebert	105
LABg. Dr. Buchinger	125
LABg. Ritzinger	126
BO Dr. König	128
LABg. Dr. Habl	130
NR Robert Graf	134
Dr. Jung	136
LABg. Ungar	138
LABg. Martha Weiser	140
Bgm. Dr. Lugger	145
NR Grundemann-Falkenberg	148
LR Dr. Niederl	150
KmmR Schmidt	151
NR Dr. Fiedler	153
NR Altenburger	155
NR Dr. Hauser	160
LR Bacher	163
NR Reich	165
Dr. Bischof	175
LABg. Johanna Jamneg	177
LH Wallnhöfer	179
BM Dipl.-Ing. Dr. Schleinzer (Schlußwort)	185
Beschlußfassung über die Anträge	187
<u>14. Konstituierung der 6 Arbeitskreise der Aktion 20</u>	
Vorsitzender Dr. König	191
Unterbrechung der Beratungen	194

=====

I n h a l t

=====

Seite

<u>2. Begrüßungsansprache (Nachtrag)</u>	
Jan de Spot	219
<u>16. Erstattung des Wahlvorschlages und Durchführung der Wahl</u>	
Berichterstatter LH Dr. Gleißner	196
LH Dr. Keßler	196
Neubestellung der Finanzprüfer sowie des Bundesschiedsgerichtes u. d. Ehrengerichtes	230
<u>17. Berichte der Vorsitzenden der 6 Arbeitskreise der Aktion 20 an das Plenum</u>	
Arbeitskreis 1 Gesellschaft in Wandlung"	
NR Dipl.-Ing. Dr. Leitner	201
Arbeitskreis 2 "Fortschritt durch Bildung"	
NR Dr. Josef Gruber	206
Arbeitskreis 3 "Gesundheit für alle"	
NR Reich	211
Arbeitskreis 4 "Freiheit in/Ordnung"	
NR Dr. Hauser	215
Arbeitskreis 5 "Österreich in der Welt"	
NR Dr. Fiedler	221
Arbeitskreis 6 "Wohlstand durch Wirtschaftskraft"	
NR Mitterer	227
Vorsitzender NR Ing. Sallinger	230
<u>18. Bekanntgabe des Wahlergebnisses</u>	
Berichterstatter LH Krainer	232
Vorsitzender LH Dr. Gleißner	233
BPO Bundeskanzler Dr. Klaus	235
<u>19. Schlußreferat des neugewählten Bundesparteiobmannes: "Unser Arbeitsprogramm"</u>	
BPO Bundeskanzler Dr. Klaus	237
<u>20. Bundeshymne und Schluß</u>	265

=====

Der 11. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei wurde in der Zeit vom 27. bis 29. Oktober 1966 in der Halle B der Wiener Stadthalle abgehalten. Ein rot-weiß-rotes Banner zog sich schräg über den grünen Grund der Stirnseite des festlich geschmückten Saales.

Unter den Klängen einer Festfanfare betrat unter dem lebhaftem Beifall der Delegierten die Parteiführung, an der Spitze Bundesparteioobmann Dr. Klaus und Ehrenparteioobmann Dr. Gorbach, den Saal. Die Delegierten sangen gemeinsam die österreichische Bundeshymne.

Beginn der Beratungen: 9 Uhr 10 Minuten

1. Eröffnung durch den Bundesparteioobmann

Vorsitzender Bundesparteioobmann Bundeskanzler

Dr. Josef K l a u s : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der 11. ordentliche Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei ist eröffnet.

Es gereicht mir zur großen Freude, die Delegierten zum höchsten Organ unserer Partei im Namen der Bundespartei - leitung sowie im eigenen Namen auf das herzlichste zu begrüßen.

Zum ersten Mal seit 1948 versammeln Sie sich gemeinsam mit einer Parlamentsfraktion der ÖVP, die über eine klare Mehrheit in der Volksvertretung verfügt. Zum ersten Mal seit Bestehen der Partei weilen in unserer Mitte die Vertreter einer Bundesregierung, welche die Gesamtverantwortung für den weiteren Weg Österreichs trägt.

Im Hinblick auf das Wahlergebnis vom 6. März 1966 unterscheidet sich dieser Parteitag grundsätzlich von allen früheren. Dies kommt aber auch in der besonderen Arbeitsweise dieses 11. Bundesparteitages zum Ausdruck, die man kurz mit dem Begriff "Politik und Wissenschaft an einem Tisch" umschreiben kann.

Bevor ich aber die wissenschaftlichen Berater der Aktion 20 aus dem Ausland willkommen heiße, möchte ich die Vertreter unserer ausländischen Bruderparteien, die unserer Einladung gefolgt sind und als unsere Gäste an diesem Bundesparteitag teilnehmen, auf das herzlichste begrüßen. (Beifall.)

Wir freuen uns, daß eine so große Anzahl von ausländischen Parteien unserer Einladung gefolgt ist. Trotz der immer moderneren Verkehrsverbindungen werden einige ausländische Gäste erst im Laufe des Parteitages bei uns eintreffen. Ich begrüße deshalb zuerst lediglich

aus der Bundesrepublik Deutschland als Vertreter der Christlich-Demokratischen Union Herrn Bürgermeister a. D. Franz Amrehn (Beifall) und Herrn Dr. Hermann Unland (Beifall);

als Vertreter der Christlich-Sozialen Union Herrn Bundesminister Dr. Dollinger (Beifall);

aus Großbritannien als Vertreter der Conservative Party Baroness Emmet of Amberley, Mitglied des Oberhauses (Beifall) und Mister J. W. Peel, Member of Parliament (Beifall);

aus Luxemburg als Vertreter des Parti Chretien-Social Vizepräsident Abgeordneten Pierre Schockmel (Beifall);

aus Schweden den Vertreter der Högerpartit Professor Dr. Annars (Beifall);

aus der Schweiz den Vertreter der Konservativ-Christlich-sozialen Volkspartei, unseren Freund Nationalrat Dr. Kurt Furgler (Beifall), und

aus Südtirol den Vertreter der Südtiroler Volkspartei Abgeordneten Dr. Karl Mitterdorfer (lebhafter Beifall).

Meine Damen und Herren! Nun darf ich Ihnen die wissenschaftlichen Leiter unserer sechs Arbeitskreise, die am morgigen Tage beisammen sein werden, vorstellen. Ich begrüße mit Respekt und Freude

Universitätsprofessor Dr. Karl Fellingner (Beifall);

Gesandten Dr. Franz Karasek (Beifall);

Universitätsprofessor Dr. Stefan Koren (Beifall);

Universitätsprofessor Dr. Leopold Rosenmayr (Beifall);

Universitätsprofessor Dr. Hans Tuppy (Beifall) und

Universitätsprofessor Dr. Günter Winkler (Beifall).

Folgende ausländische Referenten heiße ich herzlich willkommen und danke ihnen, daß sie den weiten Weg nach Wien zu unserer Volkspartei unternommen haben und uns am morgigen Tage wertvollen Rat werden zuteil werden lassen:

Universitätsprofessor Dr. Erik Anners, Universität Uppsala (Beifall);

Universitätsprofessor Dr. Ralf Darendorf, Universität Konstanz (Beifall);

Nationalrat Dr. Furgler, St. Gallen (Beifall);

Professor Dr. Hellwig, Luxemburg (Beifall);

Bundesrichter Professor Dr. Kaufmann, Lausanne (Beifall), und

Nationalrat Dr. Rainer Weibel, Laufen, Schweiz (Beifall).

Weiters begrüße ich die hervorragenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die unserem Parteitag die Ehre ihrer Anwesenheit geben. Ihre Zahl ist so groß, daß ich um Verständnis dafür bitte, daß ich nicht alle Namen nennen kann. Ich möchte mich darauf beschränken, den Ehrenobmann der Österreichischen Volkspartei, Altbundeskanzler Dr. Alfons Gorbach, herzlich in unserer Mitte zu begrüßen. (Starker anhaltender Beifall.)

Mein Gruß gilt auch den zahlreichen Gästen, die unserer Einladung Folge geleistet haben, um unsere Beratungen zu verfolgen. Ich begrüße die Vertreter der in- und ausländischen Presse, der Wochenschau, des Rundfunks und des Fernsehens, die am heutigen Tag und am Abschlusstag, am Samstag, Gelegenheit haben werden, unsere Beratungen mitzuerleben. (Beifall.)

Trauerkundgebung

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Hoher Bundesparteitag! (Die Anwesenden erheben sich von ihren Sitzen.) Seit dem letzten Bundesparteitag 1965 in Wien hat der Tod wieder eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten aus unserer Mitte gerissen. Die Österreichische Volkspartei hat den Verlust von Freunden zu verzeichnen, die jahrelang in vorbildlicher Pflichterfüllung mit uns für unsere gemeinsame gute Sache gearbeitet haben.

Ich kann nicht alle Namen anführen, doch möchte ich besonders des ersten Bundeskanzlers nach 1945, Leopold Figl, gedenken, der am 9. Mai 1965 von uns gegangen ist. Leopold Figl war der erste gewählte Bundesparteiobmann unserer großen Öster-

reichischen Volkspartei. Er war der erste Regierungschef, der von 1945 an von der Österreichischen Volkspartei nominiert war. Er hat sein Amt in einem Land angetreten, in dem Hungersnot und Chaos herrschten und das eine vierfache Besatzung zu ertragen hatte. Seine Verdienste in dieser schweren Nachkriegszeit sind ebenso Geschichte geworden wie sein Anteil am Zustandekommen des Staatsvertrages. Seinem persönlichen Einsatz ist ja die Streichung der Kriegsschuld Klausel im österreichischen Staatsvertrag zu danken. Er erfüllte mehr als seine Pflicht in seiner Tätigkeit als Präsident des österreichischen Nationalrates und zuletzt als Landeshauptmann seines Heimatlandes Niederösterreich, dem er stets verbunden blieb.

Ferner gedenke ich des niederösterreichischen Landeshauptmannes Eduard Hartmann, den wir erst vor wenigen Tagen zu Grabe getragen haben. Was wir damals an seiner Bahre und an seinem Grabe an Trauer, Dank und uneingeschränkter Anerkennung für diesen Staatsmann, Politiker, Freund und vorbildlichen Menschen gesagt haben, gilt auch hier und heute.

Meine Damen und Herren! Sie haben sich von Ihren Plätzen erhoben. Ihre Kundgebung wird in das Parteitageprotokoll aufgenommen werden. Ich danke. (Die Anwesenden nehmen wieder ihre Plätze ein.)

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 2:

Begrüßungsansprachen.

Bevor ich dem Landesparteiobmann der ÖVP Wien, Herrn Nationalrat Hartl, das Wort erteile, möchte ich der besonderen Freude Ausdruck geben, daß die Bundesparteileitung diesmal die Bundeshauptstadt als Tagungsort für diesen Bundespartei-tag gewählt hat. Die moderne Atmosphäre der Wiener Stadthalle soll ein gutes Zeichen für die Arbeitsweise der Volkspartei sein, ihr Blick soll weniger in eine Vergangenheit als in eine dynamische Zukunft gerichtet sein, in eine Zukunft, die allen Österreichern gehören soll. Wir haben mit Freude und Genugtuung das erfolgreiche Abschneiden unserer Wiener Parteifreunde bei den letzten Nationalratswahlen verfolgt und sind stolz auf die Arbeit, die in der Bundeshauptstadt von unseren Parteifreunden geleistet wird.

Nunmehr darf ich Dich, Herr Nationalrat Hartl, als Landesparteiobmann von Wien bitten, zu uns zu sprechen.

Landesparteiobmann Nationalrat Leopold H a r t l (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Sehr verehrte Ehren Gäste, Magnifizenzen! Werte Delegierte! Namens der Landesleitung Wien darf ich Sie herzlich grüßen und ein [Ihnen herzliches Willkommen entbieten. Wenn heute der Bundesparteitag 1966 in dieser modernen Stadthalle abgehalten wird, so wollen wir Wiener dies von einer gewissen Bedeutung ansehen für die Arbeit, die an diesem Parteitag geleistet wird. Heute, morgen und übermorgen werden auf diesem Bundesparteitag nicht nur Probleme organisatorischer Art besprochen werden, die drei Jahre vielleicht Gültigkeit haben, sondern wie es bereits der Herr Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht hat, werden wir uns bemühen, in der Gesamtpartei jene Arbeiten zu leisten, die innerhalb der nächsten zwanzig Jahre ihre Gültigkeit haben werden.

Wenn der Herr Bundeskanzler die Bedeutung Wiens am 6.März dieses Jahres dargelegt hat, so darf ich hinzufügen, daß Wien sich immer bemüht hat, in allen Belangen der Österreichischen Volkspartei jenen Weg zu gehen, der der Gesamtpartei nützt und der uns alle, wie es eben dieser 6.März gezeigt hat, zum Siege führen wird.

In diesem Sinne gestatten Sie mir, sehr verehrte Parteifreunde, daß ich Sie nochmals herzlich grüße und dem Parteitag volles Gelingen wünsche. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Dr. K l a u s : Ich danke dem Herrn Landesparteiobmann von Wien, Nationalrat Hartl, für die herzlichen Worte der Begrüßung.

Das Wort hat nunmehr der Vizebürgermeister der Stadt Wien, Minister außer Dienst Dr.Heinrich Drimmel.

Vizebürgermeister Dr. Heinrich D r i m m e l (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Herr Bundesparteiobmann! Verehrte Gäste! Liebe Parteifreunde! Die Tatsache, daß Sie in dieser Stadt ein Vizebürgermeister begrüßt, markiert die Situation: Wir sind in Wien nicht von einem Zweckoptimismus beseelt und versprechen Ihnen heute nicht, daß Sie das nächste Mal ein Bürgermeister begrüßen wird, aber es wird Sie in dieser Stadt in Ihrer Arbeit für die ganze Österreichische Volkspartei und für die Bundesregierung, die jetzt von dieser Partei getragen wird, die ganze Begeisterungsfähigkeit und alles, was wir für den politischen Kampf um diese Stadt mitbringen, als ein sicheres Fähnlein unserer Partei begleiten.

Die Partei hat in drei aufeinanderfolgenden Wahlgängen, bei den Gemeinderatswahlen, bei den Bundespräsidentenwahlen und bei den Nationalratswahlen, Fortschritte erzielt, aber wir wissen genau - und wer im Felde war, wird diese Erfahrung bestätigen -, daß es leichter ist, eine Stellung im Sturm zu nehmen, als sie gegen die Gegenangriffe zu halten. Wir bringen für unsere Arbeit eines mit: das, was uns in Wien zufällt, bringt uns in Wien nicht an die Macht, aber es verfestigt die Vormacht der Österreichischen Volkspartei in Österreich. Und das ist, glaube ich, der stärkste Beitrag, den wir vorläufig in Wien für die Arbeit unserer Partei in ganz Österreich erbringen können.

In dieser Stadt begrüßen Sie hunderttausende ÖVP-Wähler und Parteigänger, und sie schauen mit Achtung und Aufmerksamkeit auf diesen Parteitag. Aber vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren, auf diesen Parteitag schauen alle Wiener,

auch die, die unsere politischen Gegner sind; sie erwarten sich von diesem Parteitag so oder so ein bestimmtes Ergebnis für die Situation dieser Stadt, für die Situation in unserem Lande Österreich und für das, was uns gemeinsam angeht.

In diesem Sinne möchte ich herzlich wünschen, daß Sie nicht nur die Aura dieser Stadt empfinden mögen, daß Sie das Verbindende, das menschlich einander Näherbringende empfinden, sondern daß Sie in diese Stadt uns auch etwas von Ihrer Kraft mitbringen, die in allen Bundesländern gerade in den letzten Jahren so stark im Wachsen gewesen ist. Wir versprechen dafür in Wien, daß wir, so wie wir es in den letzten Jahren getan haben, mit unserer Arbeit fortfahren werden und daß wir damit in unserer Stadt und in ganz Österreich imstande sein werden, einen entscheidenden Beitrag dazu zu leisten, daß die Grundsätze, unter denen sich unsere Partei versammelt hat, die Grundsätze bleiben, nach denen das Österreich von morgen gebaut wird. Ich danke. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobermann Dr. K l a u s : Ich danke dem Herrn Vizebürgermeister Dr. Drimmel für die hohe Gesinnung, die aus seinen Worten spricht und für die gastliche Aufnahme, die der Bundesparteitag in der Bundeshauptstadt gefunden hat.

Ich erteile nun das Wort den Vertretern unserer ausländischen Bruderparteien und bitte als ersten Herrn Bundesminister Dr. Dollinger, das Wort zu ergreifen.

Bundesminister Dr. Werner Dollinger

(CSU-Bayern) (mit Beifall begrüßt): Hochverehrter Herr Bundesparteiobmann! Hoher Parteitag! Ich darf Ihnen die Grüße der Christlichsozialen Union Bayerns und des Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß überbringen. (Beifall.) Wir von der Christlichsozialen Union in Bayern nehmen besonderen Anteil an dem politischen Tun und Wirken der ÖVP. Wir haben uns gefreut - das werden Sie in diesen Tagen gut verstehen -, daß das österreichische Volk eine klare Entscheidung gegeben hat, was die Voraussetzung ist für eine klare Politik.

Wir haben mancherlei Beziehungen von Bayern hierher. Wir sind, wie ich meine, gute Nachbarn, wir haben viele persönliche freundschaftliche Beziehungen, wir haben aber auch eine Reihe von Wirtschaftsfragen, die uns besonders interessieren. Der Fremdenverkehr mit Ihrem wunderbaren Lande ist ausgeprägt, und ich fühle mich glücklich, daß ich schon zehnmal meinen Jahresurlaub in dem schönen Lande Kärnten verbringen durfte. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß auch die Politik der CSU-CDU Verständnis für Ihre Anliegen zeigt, und wenn es vor kurzem möglich war, einen Vertrag zwischen dem Bund und dem Lande Bayern zu schließen, der den Bau des Rhein-Main-Donaukanals sicherstellt, so weiß ich, daß das auch für die wirtschaftliche Entwicklung und die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik, Österreich und Südosteuropa von großer Bedeutung ist. (Beifall.)

Schließlich verfolgen wir mit großem Interesse - wir sind dabei zur aktiven Unterstützung bereit - Ihre Bemühungen, das Land Österreich zu unser aller Wohl mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu verbinden. (Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur Nachbarschaften, nicht nur persönliche Freundschaften, nicht nur wirtschaftliche Interessen sind es, was die ÖVP und die Christlichsoziale Union verbindet. Entscheidend ist, daß wir eine gemeinsame christliche Auffassung von der Gestaltung des öffentlichen und des politischen Lebens haben. (Neuerlicher Beifall.) Uns verbinden gemeinsame Vorstellungen über die Stellung des Menschen in der Öffentlichkeit, in der Gesellschaft und im Staate. Diese gemeinsame christliche Basis gilt es weiter auszubauen. Denn von der Frage, ob es uns gelingt, Politik und öffentliches Leben mit christlichem Geiste zu erfüllen, wird die Zukunft von uns allen abhängen.

In diesem Sinne darf ich Ihrem Parteitag und Ihren Beratungen recht viel Erfolg wünschen. Ich darf hoffen, daß von diesem Parteitag neue Ströme für politisches Tun und Wirken ausgehen und daß dieses Wirken dann nicht nur für die ÖVP, sondern auch für das Land Österreich und darüber hinaus auch für alle, die Ihnen freundschaftlich verbunden sind, von Erfolg sein möge. In diesem Sinne meine herzlichen Glückwünsche. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Ich danke Ihnen, Herr Bundesminister, für Ihre so freundlichen Begrüßungsworte, für die Vorliebe für Österreich, insbesondere für Kärnten. Ich bitte Sie, unseren bayrischen Freunden die Grüße dieses Bundesparteitages zu überbringen; Sie werden ja leider sehr früh wieder nach Hause zurückkehren müssen.

Ich bitte nun den Berliner Bürgermeister a.D. Franz Amrehn um sein Wort.

Bürgermeister a.D. Franz A m r e h n (mit lebhaftem Beifall begrüßt) : Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Nicht zum ersten Mal wird mir das Vergnügen zuteil, zu Angehörigen und Freunden der Österreichischen Volkspartei zu sprechen. Aber zum ersten Mal habe ich die hohe Ehre, auf einem Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei das Wort zu ergreifen. Ich tue es im Namen und im Auftrag und als Mitglied des Präsidiums der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Ich überbringe Ihnen die Grüße unserer Partei, insbesondere ihres Vorsitzenden, des Bundeskanzlers Professor Erhard. Ich möchte es nicht unterlassen, insbesondere auch die Grüße unseres alten Vorsitzenden und Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer, der der Patriarch der christlich-demokratischen Parteien in Europa ist, zu übermitteln. (Starker Beifall.)

Ihrer Einladung, meine Damen und Herren, sind wir herzlich gern gefolgt, um einen doppelten Glückwunsch zu überbringen. Es ist der Glückwunsch zu dem glänzenden Erfolg, daß Sie die absolute Mehrheit errungen haben und - wenn auch nicht erstrebt - die Regierung allein in die Hand genommen haben.

Das ist der Glückwunsch zum Erfolg in der Vergangenheit. Sie brauchen aber viel mehr - das sei mein zweiter Glückwunsch -: den Erfolg in der Zukunft, den Erfolg der Aktion 20, den Erfolg, daß Sie sich als moderne Partei Ihrem Volke darstellen und nach vier Jahren der Alleinregierung darauf verweisen können, wie Sie die Dinge in die Hand genommen, die Führung ergriffen und wie Sie Ihrem Volk die Überzeugungskraft von der Führungskraft der Österreichischen Volkspartei gegeben haben.

Es wäre ein falscher Ausdruck, wollte ich sagen, daß die Parteien, die nicht oder nicht mehr über eine absolute Mehrheit verfügen, mit einigem "Neid" auf Sie sehen. Neid wäre Mißgunst, und darum wäre dieser Ausdruck falsch. Wir gönnen Ihnen von Herzen diesen Erfolg und wünschen Ihnen von ganzem Herzen, daß Sie diesen Erfolg ausbauen können.

Ich möchte doch hinzufügen, daß Ihr Erfolg uns Ansporn sein soll, Ihnen nachzueifern. Ich möchte es nicht unterlassen, zum Erfolg in Ihrem Lande Ihren Bundesparteiobmann Dr. Klaus und Ihren Bundesgeschäftsführer Dr. Withalm ganz besonders herzlich zu beglückwünschen; sie haben das Verdienst, Sie an diese Stelle geführt zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Mit diesem Erfolg haben Sie die Legende widerlegt, daß der Sozialismus überall in Europa auf dem Vormarsch sei. Sie haben das Gegenteil bewiesen. Es zeigte sich auch, daß es in Skandinavien geschehen konnte. Darum soll es für uns alle, die wir diesen Erfolg von draußen sehen, ein Ansporn sein.

Absolute Mehrheit und Alleinregierung sind ein Auftrag.
Absolute Mehrheit und Alleinregierung sind eine große Chance,
das durchsetzen zu können, was man sich selbst vorgestellt hat.
Ich möchte sagen, daß ich das als Vertreter einer Partei am
ehesten verstehen kann, die in zwei Legislaturperioden die absolute Mehrheit besaß und heute darauf angewiesen ist, sich
in einer Koalition um Kompromisse zu bemühen, die oftmals
kaum mehr möglich sind, sodaß es eine Politik des Schwankens
und Tauziehens gibt. Sie wissen, wie gerade noch bis zur vergangenen Nacht bei uns die Dinge bis zum Zerreißen gespannt waren.

So möchten wir Ihnen wünschen, Ihre Chance zu nutzen,
und uns allen wünschen, daß wir auf der Grundlage unserer
gemeinsamen Gesinnung auch anderswo unseren Erfolg in der großen
Solidarität der christlich-demokratischen Parteien ausbauen.
Überall wollen wir absolute Mehrheiten erringen, nicht um unbedingt eine Alleinregierung zu haben, sondern um dann allein regieren zu können, wenn es sich darum handelt, klare Entscheidungen zu treffen.

Meine Damen und Herren! Der Appell an die Solidarität wird aus dem Munde eines Mannes verstanden werden, der als Deutscher und als Berliner zu Ihnen spricht — unter dem Druck der seelischen Qual eines gespaltenen Landes, unter der Last einer Mauer, die unsere Hauptstadt teilt. Sie werden begreifen, wie wir an die Solidarität der christlichen Demokraten überall in der Welt appellieren, um diesen Zustand der Spaltung Europas

zu überwinden in dem Bewußtsein, daß die akuten Gefahren zurückgegangen sind, aber daß doch der Versuch eines Würgegriffs an die Kehle Berlins ständig neu unternommen wird und daß die Auseinandersetzung mit der uns bedrohenden Gefahr heute nicht geringer ist als in der Vergangenheit.

Die Mauer bleibt die größte Kulturschande unseres Kontinents, und es bleibt eine Schande, daß Menschen des einen Stadtteils die Familien des anderen Stadtteiles nicht besuchen können. Solange das der Fall ist, kommen wir über die Teilung Europas nicht hinweg. Unser Ziel muß es bleiben, die Grenzen in Europa, soweit das möglich ist, niederzureißen. Sie hier haben in der besonderen Situation Ihres Landes einen eigenen Auftrag. Dazu, daß Sie ihn erfüllen und daß Sie in den kommenden Jahren durch Ihre Arbeit mit dem Erfolg Ihrer Leistungen und mit dem Erfolg der "Aktion 20" hervorgehen als die führende Kraft in Österreich, gebe ich Ihnen alle meine Wünsche im Namen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands mit auf den weiteren Weg. (Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Ich danke Ihnen, Herr Bürgermeister, für Ihre freundlichen und so beherzigenswerten Worte.

Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, trage ich noch nach, daß ich die christlich-demokratische Union Zentraleuropas nicht begrüßt habe. Ich bitte, das zu entschuldigen, und heiße umso herzlicher den Generalsekretär Konrad Sieniewicz willkommen. (Beifall.)

Nun bitte ich Baroness Amberley, das Wort zu ergreifen.

Baroness Emmet of Amberley (Großbritannien - mit Beifall begrüßt): Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Sie werden mir mein schlechtes Deutsch verzeihen.

Ich danke Ihnen herzlich auch im Namen meines Kollegen Herrn Peel, daß Sie uns zu Ihrem Parteikongreß eingeladen haben. Wir haben die Freude gehabt, vor 14 Tagen Herrn Dr. Withalm und Herrn Dr. Kronhuber auf unserem Parteikongreß in Blackpool willkommen heißen zu können. Wir haben dort auch sehr wichtige Themen besprochen, und ich hoffe, daß etwas für die Zukunft Wichtiges herauskommt. Es ist auch nicht genug, meine Freunde, wenn die Minister einander entgegenkommen. Man bleibt nicht immer Minister, auch wenn man das gern möchte. (Heiterkeit.) Auf dem Parteiboden kann man aber immer zusammenarbeiten, und da müssen unsere beiden Parteien ein gemeinsames Ziel haben: unser Europa zu einigen! Ich glaube, daß die Freundschaft unserer beiden Parteien eine gute Garantie dafür ist.

Wir sind gestern an Ihrem Feiertag angekommen. Ihre Fahne ist das Symbol für die Freiheit, das wir in England sehr gut verstehen und immer unterstützen werden.

Ich muß Ihnen zum Schluß einen herzlichen Gruß von unserem Leader, Herrn Heath, überbringen. Ich hoffe, daß unsere beiden Parteien in Zukunft sehr eng zusammenarbeiten werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Ich bedanke mich namens des Bundesparteitages bei Ihnen, Frau Amberley, für Ihre so freundlichen Worte.

Nun ersuche ich den Herrn Nationalrat Dr. Furgler, für die Konservativ-christlichsoziale Volkspartei das Wort zu ergreifen.

Nationalrat Dr. Kurt F u r g l e r (Schweiz, mit Beifall begrüßt): Hochgeehrter Herr Bundeskanzler! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Als Nachbar aus dem Bodensee-raum darf ich Ihnen die herzlichen Grüße der Konservativ-christlichsozialen Volkspartei der Schw-eiz überbringen.

Wer die Geschichte jener einstmals so bedeutsamen europäischen Landschaft durchblättert, stößt immer wieder auf Spuren abendländischen Geistes, der nur entstehen kann, wenn Völker in Harmonie zusammenleben wollen, wissend um ihr gemeinsames Ziel, ich möchte sagen, eine europäische Sendung, die auch für uns Menschen des 20. Jahrhunderts/^{hoch-}aktuell geblieben ist.

Wenn ich als Nachbar aus der Schweiz hierher kommen durfte, so freue ich mich auch deshalb ganz besonders, weil unseren beiden Staaten so vieles gemeinsam ist. Wir empfinden unsere Neutralität als Verpflichtung, unabhängig zu bleiben und gleichzeitig unsere Dienste der ganzen Völkergemeinschaft anzubieten, um eine Brücke von Nord nach Süd und von West nach Ost bauen zu können.

Hier in Wien danke ich besonders dafür, daß kein anderer Staat so geeignet ist wie der Ihre, um nach Osten die Türe dieses Europas offenzuhalten, das eben auch den Osten beinhaltet. Wenn mein Vorredner von der Spaltung Europas gesprochen hat, dann möchte ich beifügen, daß es doch gerade die außenpolitische Haltung eines Kleinstaates ist - so empfinden wir es -, alles daranzusetzen, um die sinnlose Spaltung in diesem Europa zu überwinden, damit eben die abendländische Tradition in neue Formen hinübergeführt werden kann zum Wohle der ganzen Welt.

Meine verehrten Damen und Herren! Sie hier, meine lieben Parteifreunde, tragen die Macht. Wir alle wissen, daß man Macht nie zu Eigentum erhält, und Reinhold Schneider, der große deutsche Dichter, der Ihrer Hauptstadt sosehr verbunden war, sagte einmal, als er über die Verwaltung der Macht sprach, daß wir Menschen uns doch sehr bemühen müßten, wahre Lehenherren zu sein, weil uns die Macht nur zu Lehen gegeben sei. Darf ich, so abschließend, die Hoffnung ausdrücken, daß es Ihrer Partei beschieden sein möge, dieses Lehen möglichst lange erfolgreich zum Segen Ihres Staates, aber auch zu Nutz und Frommen ganz Europas und der Welt zu gebrauchen. Glück auf! (Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Ich danke Ihnen, Herr Nationalrat, für Ihre Worte, die so ganz aus dem Geiste der guten Nachbarschaft, die wir seit Jahren pflegen, und der guten persönlichen Zusammenarbeit, die zwischen der schweizerischen Konservativ-christlichsozialen Volkspartei und der Österreichischen Volkspartei besteht, gesprochen wurden.

~~Ich möchte nun Herrn Vizepräsidenten Pierre Schockmel bitten, für die Christlich-Soziale Partei Luxemburgs das Wort zu ergreifen.~~

Ich möchte nun Herrn Vizepräsidenten Pierre Schockmel bitten, für die Christlichsoziale Partei Luxemburgs das Wort zu ergreifen.

Vizepräsident Pierre S c h o c k m e l (Christlich-soziale Partei Luxemburgs) (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Dr. Josef Klaus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde aus der Österreichischen Volkspartei! In meiner Eigenschaft als Vizepräsident der Christlichsozialen Volkspartei Luxemburgs und Abgeordneter des Luxemburgischen Parlaments danke ich Ihnen zunächst recht herzlich für die freundliche und liebenswürdige Einladung zu Ihrem 11. Bundesparteitag. Im Auftrage der Christlichsozialen Volkspartei Luxemburgs habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Ihnen zu Ihrem 11. Bundesparteikongreß die allerbesten Freundesgrüße zu überbringen und Ihnen möglichst große politische Erfolge zu Ihren dreitägigen Parteiarbeiten zu wünschen.

Mit großem Interesse haben wir in Luxemburg das Resultat der Nationalratswahlen vom 6. März 1966 verfolgt und mit größter Freude den Ausgang dieser wichtigen Parlamentswahlen entgegengenommen, umsomehr, als die Österreichische Volkspartei als unbestreitbare Siegerin mit 85 von 165 Sitzen hervorging und dadurch die absolute Majorität im Parlament erreichen konnte. Zu diesem großen akklamtanten Wahlerfolg unsere allerbesten Glückwünsche!

Soweit wir mit den politischen Verhältnissen in Österreich vertraut sind, war dieser Wahlkampf nur möglich und erfolgreich gewesen durch die führenden starken

Persönlichkeiten der Christlichen Volkspartei, und dies vor allem unter der Führung ihres sympathischen Bundeskanzlers Dr.Klaus, sowie des Generalsekretärs Dr.Withalm. (Beifall.)

Des weiteren hat sich die Österreichische Volkspartei ein Wahlprogramm zurechtgelegt, das für die Gegenwart und die Zukunft alle lebenswichtigen Probleme des österreichischen Volks zu lösen weiß. Unter Punkt 15 Ihrer Tagesordnung zu ihrem 11.Parteitag steht die Aktion 20 mit sechs verschiedenen Themen, die wir alle kennen, und soweit wir wissen, werden Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Politikern der Österreichischen Volkspartei diese wichtigen Fragen in diesen sogenannten sechs Arbeitskreisen verhandeln und soweit als möglich parteipolitisch zu lösen versuchen.

Mit anderen Worten möchte ich sagen: Österreich wird neue Wege im Interesse des ganzen Volkes und von ganz Europa gehen. Die Österreichische Volkspartei ist augenblicklich vor eine große politische Verantwortung gestellt, indem Ihrer Partei die Führung der Regierung und ihres schönen Landes allein übertragen worden ist. Wir können uns die großen In- und Auslandsschwierigkeiten einer Regierung und eines Parlaments vorstellen, die einer Partei begegnen, die die alleinige Verantwortung für das Wohlergehen aller Staatsbürger zu tragen hat. Schon aus diesem Grunde allein wünschen wir nochmals Ihren Parteifreunden den größtmöglichen Erfolg bei Ihren schwierigen politischen Aufgaben.

Am 9. Oktober 1966 wurde dem Luxemburger Volk eine sehr große Ehre zuteil, indem der Erzbischof von Wien und

Kardinal Seiner Exzellenz Dr. Franz König in der Stadt Luxemburg weilte und das Fest der Auserwählung Mutter Gottes als Schutzpatronin der Stadt Luxemburg und des ganzen Landes mit seiner hohen Gegenwart ehrte. Seine herzliche und sinnvolle Ansprache wird den Tausenden von Teilnehmern an dieser Jubiläumsfeier noch lange in bester Erinnerung bleiben.

Abschließend möchte ich noch folgendes sagen: Als katholische Männer und Frauen wollen wir allezeit bereit sein, unsere Aufgaben und Pflichten auch im politischen Leben stets so zu erfüllen, daß wir unserer katholischen Überzeugung und unserer christlichen Idee gerecht werden. Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobermann Dr. K l a u s : Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter, für die freundlichen Worte.

Nun spricht als letzter Redner der ausländischen Gäste der Vertreter der Südtiroler Volkspartei, der Abgeordnete Dr. Karl Mitterdorfer.

Abgeordneter Dr. Karl M i t t e r d o r f e r (Südtiroler Volkspartei) (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Es obliegt mir die ehrenvolle Aufgabe, Ihnen die Grüße und Glückwünsche der Südtiroler Volkspartei, wohl einer der kleinsten christlichen Parteien Europas, zu überbringen.

Eigentlich sollte der Obmann unserer Partei, Dr. Silvius Magnagno, heute zu Ihnen sprechen. Er mußte aber auf Anraten seiner Ärzte wegen seines labilen Gesundheitszustandes im letzten Augenblick auf die Teilnahme an diesem wichtigen Kongreß verzichten. Dafür bat er mich, Ihnen die Grußworte zu verlesen, die er nun nicht mehr selbst an Sie richten kann.

"Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrter Herr Bundesparteiohmann! Ich möchte der Österreichischen Volkspartei in meiner Eigenschaft als Obmann der Südtiroler Volkspartei und somit auch im Namen fast aller Südtiroler den herzlichen Dank aussprechen für die ehrenvolle Einladung zu diesem 11. Bundesparteitag und die damit verbundene Möglichkeit, einige Worte an Sie richten zu dürfen.

Uns verbinden eine gemeinsame christliche Weltanschauung und gemeinsame Ideale, die nicht nur die Grundlage bilden für das Bestehen einer gemeinsamen gegenseitigen Solidarität, sondern die uns beide leiten in der Ausübung und in der Bewältigung unserer politischen und administrativen Aufgaben. Die Österreichische Volkspartei trägt heute allein die Regierungsverantwortung in Österreich, während die Südtiroler Volkspartei praktisch seit ihrem Bestehen auch die große Verantwortung trägt, zusammen mit den Partnern des Pariser

Abkommens der österreichischen und italienischen Regierung für eine gerechte und somit gute Lösung der Südtirol-Frage zu sorgen, die in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund und in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt ist und die Gemüter nördlich und südlich des Brenners so stark bewegt.

Die gemeinsamen Grundsätze, von denen wir in unserer Tätigkeit geleitet werden, gebieten uns, daß wir hart und fest für das Recht und die Freiheit eintreten müssen, weil sie die Grundlage sind, ohne die eine Ordnung in den Beziehungen zwischen den Völkern nicht erhalten oder aufgebaut werden kann. Dem Recht und der Freiheit zum Durchbruch zu verhelfen, müssen somit alle unsere Kräfte und Anstrengungen gewidmet bleiben. Zugleich lehnen wir gemeinsam und überzeugt die Gewalt als ein Mittel zur Lösung noch so schwieriger Fragen ab, und dies aus der inneren Überzeugung heraus, die uns Christen und Demokraten zugrunde liegt. Wehe, wenn Gewaltanwendung und somit die Macht des Stärkeren anstatt die Macht des Rechtes die Beziehung zwischen den Völkern prägen würden und auf solche Grundsätze die Weltordnung aufgebaut würde! Wir hätten dann kein Recht mehr, auf eine bessere Zukunft für uns und unsere Nachkommen zu hoffen, für die wir im gemeinsamen Bemühen eine bessere Welt, als wie sie unsere Generation erlebt hat, schaffen wollen.

1010 1

Von dieser Überzeugung geleitet wollen wir die Hoffnung aussprechen, daß auch unser gemeinsames Anliegen "Südtirol" über alle unschönen Tagespolemiken hinweg eine gerechte Lösung finden wird. Dazu ist es aber notwendig, daß alle daran wirklich Interessierten miteinander und nicht gegeneinander arbeiten.

Dem hohen Bundesparteitag wünsche ich eine ersprießliche Arbeit und viel Erfolg. In diesem Sinne überbringe ich Ihnen die herzlichsten und aufrichtigsten Grüße und Wünsche der Südtiroler Volkspartei.

Dr. Silvius Magnago."

(Lebhafter Beifall.)

Ich möchte diese kurze Grußadresse nicht abschließen, ohne noch ein Wort des Dankes für die Hilfe hinzuzufügen, die wir von Ihrer Seite immer erfahren haben. Gleichzeitig möchte ich die Bitte aussprechen, uns auch weiterhin Ihre Hilfe angedeihen zu lassen, damit wir im abendländischen Geiste christlicher Prägung, die Ihre Partei wie unsere Partei ausrichtet, zu einer für Südtirol befriedigenden, gerechten Lösung kommen. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Ich danke dir, lieber Abgeordneter Mitterdorfer, für deine Worte und auch für die Grüße des Südtiroler Landeshauptmannes und Obmannes Dr. Magnago. Wir alle bitten dich, ihm unsere besten Wünsche für seine Gesundheit und seine hervorragende Politik, die er seinem Lande und seinem Volke widmet, zu überbringen.

Ich bitte auch davon überzeugt zu sein, daß die österreichische Bundesregierung gerade jetzt alle Anstrengungen unternehmen will, Südtirol zu Recht und Selbstverwaltung, zu Frieden und zu Wohlstand zu verhelfen. Die Lösung, die wir anstreben, wird nur in Übereinstimmung mit euch Südtirolern getroffen werden. (Lebhafter Beifall.)

3. Beschlußfassung über die Geschäftsordnung des Bundesparteitages

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Wir kommen nun zum dritten Tagesordnungspunkt. Es obliegt uns wie auf jedem Bundesparteitag, die Geschäftsordnung zu beschließen. Sie finden in der Tagungsmappe die altbewährte Geschäftsordnung der früheren Bundesparteitage. Ich bitte Sie, sie auch für diesen Parteitag zu beschließen. Wünscht hierzu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Ich bitte jene Delegierten, die der Geschäftsordnung zustimmen, um ein Händezeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Die Geschäftsordnung ist somit formell genehmigt.

Das Ende der Redezeit, die nicht länger als 10 Minuten dauern soll, wird durch ein Blaulicht beim Rednerpult sichtbar angezeigt werden. (Heiterkeit.) Ich bitte schon jetzt unsere jeweiligen Vorsitzenden, streng auf die Einhaltung der Redezeit zu achten und nicht nachgiebig zu sein. Wir sind einander eine sachliche und klassische Diskussion schuldig. Jeder Redner hat die Chance, einen Sonderapplaus zu erhalten, wenn er die Redezeit von 10 Minuten nicht als Minimum, sondern als

Maximum betrachtet. (Heiterkeit und Beifall.) Denn das Wort "klassisch" bedeutet die Kunst des Weglassens. Üben Sie sich in der heutigen Diskussion in dieser hervorragenden Kunst!

4. Genehmigung der Tagesordnung

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Klaus: Die gedruckte Tagesordnung für den Bundesparteitag ist Ihnen zugegangen, sie befindet sich in Ihren Mappen und bedarf Ihrer Genehmigung.

Zusätzlich zu den von den vorbereitenden Ausschüssen behandelten und gedruckt vorliegenden Anträgen des Bundesparteitages beantragt die Landesparteileitung Wien die Behandlung eines Dringlichkeitsantrages, dessen Wortlaut allen Delegierten in Hektographierter Form übergeben wurde. Dieser Antrag wird gemäß § 9 der Geschäftsordnung von der erforderlichen Anzahl von stimmberechtigten Delegierten unterstützt. Ich bitte um Ihre Zustimmung und Aufnahme dieses Antrages in die Tagesordnung. Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist nicht der Fall. Ich bitte jene Delegierten, die der Tagesordnung zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Damit ist die Tagesordnung genehmigt.

Ich möchte abschließend hiezu noch bekannt geben, daß die Sitzung am Samstag vormittag nicht, wie ursprünglich vorgesehen, um 9 Uhr, sondern schon um 8 Uhr beginnen wird. Es liegt in unser aller Interesse, weil wir dann die Aussicht haben, schon um 12 Uhr fertig zu sein, sodaß wir die Heimreise rechtzeitig antreten können.

5. Wahl des Bundesparteitagepräsidentiums und der Schriftführer

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Klaus: Es ist bei unseren Bundesparteitagen üblich, ein Parteitagepräsidentium aus den Reihen der Delegierten zu wählen und ihm die Führung des Vorsitzes zu überlassen. Es soll aus den Landesparteiobmännern, den Obmännern der Bünde, der Bundesleiterin der Österreichischen Frauenbewegung und dem Obmann der Österreichischen Jugendbewegung bestehen.

Ich schlage daher für das Bundesparteitagepräsidentium vor :

NR Karl Glaser
 LH Dr. Heinrich Gleisner
 NR Leopold Hartl
 LH Dr. Herbert Kessler
 BO DDR. Friedrich König
 LE Josef Krainer
 LH a.D. LPO Josef Lentzsch
 NRPräs. Dr. Alfred Malata
 Präs. NR Ing. Rudolf Sallinger
 NR Präs. Alois Scheibenreif
 BM Dipl.-Ing. Dr. Kai Schleinsner
 NR Lola Solar
 Präs. NR Josef Wallner
 LH Eduard Wallnöfer

Als Schriftführer schlage ich vor:

LPS Labg.a.D. Josef F.K. Naumann
 Labg. Otto Pelselmayer
 LR Theodor Pritsch

1010 5

Erfolgt ein Gegenvorschlag? - Das ist nicht der Fall.
Wer stimmt gegen den Vorschlag? - Keine Gegenstimmen, somit
gelten das Parteitagepräsidium und die Schriftführer als ge-
wählt.

Ich bitte die Mitglieder des Tagungspräsidiums
auf das Präsidium. Ich bitte den Landesparteiobmann von Salz-
burg, Herrn Nationalrat Glaser, als erster den Vorsitz zu über-
nehmen. (Die Gewählten nehmen ihre Plätze im Präsidium ein.)

6. Bestätigung der Zusammensetzung

a) der Mandatsprüfungskommission

b) der Antragsprüfungskommission

c) der Wahlkommission

d) der Ausschüsse

Vorsitzender Nationalrat Karl G l a s e r: Herr Bundesparteiobmann! Meine sehr geehrten Parteifreunde! Verehrte Delegierte! Ich übernehme den Vorsitz und versichere im Namen aller Mitglieder des soeben gewählten Parteitagepräsidiums, daß wir die Geschäftsordnung loyal handhaben und den Vorsitz objektiv führen werden.

Wir gehen in der Tagesordnung weiter und erledigen zunächst einige geschäftsordnungsmäßige Aufgaben, nämlich die Wahl der verschiedenen Kommissionen.

Eine Übersicht über die Zusammensetzung der Mandatsprüfungskommission, der Antragsprüfungskommission und der Wahlkommission liegt in den Mappen, die Sie am Beginn der Tagung erhalten haben. Es ist eine kleine Änderung insofern vorzunehmen, als an Stelle des verhinderten Vertreters Kärntens Abgeordneten Aunger der Klubobmann der Kärntner ÖVP, Abgeordneter Baurecht, tritt. Wird eine Verlesung der Zusammensetzung der einzelnen Kommissionen verlangt? (Rufe: Nein!) Das ist nicht der Fall. Es sind auch keine Abänderungsanträge gestellt. Ich lasse daher darüber abstimmen und bitte jene Delegierten, die mit der Bestellung der Kommissionen in der vorgeschlagenen Form, wie sie auf den Listen in den Mappen angeführt sind, einverstanden ist, zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu erheben. - Ich danke. Bitte die Gegenprobe. - Ich stelle fest, daß die Antragsprüfungskommission, die Mandatsprüfungskommission und die Wahlkommission hiemit gewählt sind.

Die Bundesparteileitung hat von dem in der Geschäftsordnung vorgesehenen Recht, für die Vorbereitung des Bundesparteitages Ausschüsse einzusetzen, Gebrauch gemacht. Es wurden insgesamt drei derartige Ausschüsse eingesetzt, und zwar

ein Politischer Ausschuss unter dem Vorsitz von Herrn Bundesminister Dr. Schleinzner;

ein Ausschuss zur Behandlung der Finanzfragen unter dem Vorsitz von Herrn Minister Graf und

ein Ausschuss für Statutenfragen unter dem Vorsitz von Generalsekretär Bundesrat Harramach.

Ich beantrage, diese vorbereitenden Ausschüsse zu Ausschüssen des Bundesparteitages zu erklären. Ihre Zusammensetzung ist ebenfalls aus den sich in der Tagungsmappe befindlichen Unterlagen ersichtlich. Erhebt sich hier ein Einwand? - Auch das ist nicht der Fall. Ich bitte jene Delegierten, die mit der Zusammensetzung der Ausschüsse einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu heben. - Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich stelle fest, daß die Ausschüsse hiemit ebenfalls bestätigt sind.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission treten noch vor Ende des Tagesordnungspunktes 9 im Kurszimmer zusammen.

Damit ist Punkt 6 erledigt, und wir kommen zu Tagesordnungspunkt 7: Rechenschaftsbericht des Herrn Generalsekretärs Dr. Withalm. Ich bitte den Herrn Generalsekretär um sein Referat.

7. Rechenschaftsbericht

Generalsekretär Nationalrat Dr. Hermann W i t h a l m

(mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Zum zweitenmale nach meiner Wahl zum Generalsekretär auf dem ordentlichen Parteitag vom Februar 1960 habe ich heute die Ehre, vor diesem höchsten Forum der Partei den Rechenschaftsbericht abzulegen. Ich erstatte diesen Bericht im Einvernehmen mit dem Bundesparteioobmann Bundeskanzler Dr. Klaus und dem Bundesfinanzreferenten Minister a.D. Graf, die zusammen mit mir auf dem ordentlichen Parteitag des Jahres 1963 in Klagenfurt gewählt wurden. Es ist also nicht der persönliche Bericht des Generalsekretärs, den ich Ihnen erstatte, sondern der Bericht, den die Parteiführung Ihnen, den Delegierten des Bundesparteitages, vorlegt. Es ist darüber hinaus ein Rechenschaftsbericht, den die Österreichische Volkspartei gegenüber ihren Mitgliedern, Wählern und der gesamten österreichischen Öffentlichkeit ablegt.

Dieser Bericht kann nicht - so verlockend das auch wäre - mit dem 6. März 1966 beginnen. Er muß die gesamte Periode seit dem letzten Bundesparteitag umfassen, das heißt seit dem September des Jahres 1963. Das bedeutet, daß ich nicht nur über Erfolge und Fortschritte, sondern auch über Enttäuschungen und Rückschläge zu berichten habe. Das ist gut so. Nur wer das

bittere Salz der Niederlage genossen hat, kann eressen, wie künstlich die Früchte des Erfolges schmecken - sofern man sich an ihnen nicht überist. (Zustimmung).

Die Situation, die die neugewählte Parteiführung nach ihrer Wahl am 20. September 1963 in Klagenfurt vorfand, läßt sich mit einem einzigen Satz umschreiben: Wir standen mit dem Rücken an der Wand. Nicht nur die Österreichische Volkspartei, sondern all das, was seit Jahren in Österreich als politische Regel und als politischer Anstand gegolten hatten, war in Gefahr. Hinter uns lag die sogenannte parlamentarische Sommerschlacht in der Habsburg-Frage. Sie hatte mit den unglaublichen Angriffen führender sozialistischer Politiker gegen das Urteil eines Höchstgerichtes nicht nur eine unerhörte Bedrohung der rechtsstaatlichen Grundlagen Österreichs gebracht, sondern darüber hinaus durch die parlamentarische Aufwertung der Freiheitlichen Partei Österreichs, die in zwei Entschliessungsanträgen mit den Sozialisten gegen die Österreichische Volkspartei gestimmt hatte, die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien ernstlich in Frage gestellt. Vor uns aber lag die ständige Drohung mit einem neuen Wahlgesetz, das der Sozialistischen Partei die Möglichkeit schaffen sollte, die ramponierte Koalition durch ein neues System unter Führung der Sozialistischen Partei Österreichs abzulösen.

Man hat Dr. Bruno Pittermann, der in diesen Sommertagen des Jahres 1963 seinem Wunsch, Bundeskanzler von Österreich

zu werden, näher denn je schien, oft den größten Taktiker der österreichischen Innenpolitik seit Menschengedenken genannt. Heute, aus dem größeren Abstand, erkennen wir aber, daß das, was im Sommer des Jahres 1963 unter dem Schlagtruf "Gegen die schwarz-gelbe Gefahr nur eine rot-blaue Koalition" geplant wurde, mehr als nur vorübergehende Taktik war. Hier wurde ein langfristiger strategischer Plan Etappe für Etappe abgewickelt.

Erste Etappe: Dr. Otto Habsburg wird als die größte Gefahr hingestellt, die der Republik Österreich seit ihrer Wiedererrichtung im Jahre 1945 droht.

Zweite Etappe: Man erfindet rechtsextremistische Kreise in der ÖVP, die planen, Österreich in einen Zustand der Halbdiktatur zu versetzen.

Dritte Etappe: Der Habsburger und die rechtsextremistische ÖVP werden in Verbindung zueinander gebracht und als große gemeinsame Gefahr für Österreich dargestellt.

Vierte Etappe: Gegen diese Gefahr werden neue Abwehrkräfte in Form der zu einer national-liberalen Partei aufgewerteten FPÖ mobilisiert.

Fünfte Etappe: Um diese blau-rote Koalition, die nur die Vorstufe zu einer sozialistischen Alleinregierung bilden sollte, plausibel zu machen, wird die Zusammenarbeit der großen Parteien systematisch durch Veto, Blockade und Obstruktion zugrunde gerichtet.

Das war die Situation, vor die sich die neue Parteiführung im Herbst des Jahres 1963 gestellt sah. Es bedurfte keines großen

politischen Weitblicks, um den Aufmarsch des Gegners zu erkennen. Der damalige Justizminister Dr. Christian Broda hat in der Dezember-Nummer des "Neuen Forum", also in jener Zeitschrift, der er nach den Nationalratswahlen des Jahres 1966 erklärte, er wünsche in ihr nicht mehr zu publizieren, zumindest einen Zipfel des Aufmarschplanes der Sozialistischen Partei Österreichs gelüftet.

"Das Jahr 1963" - so schrieb Dr. Christian Broda damals - "war ein Jahr des Abbaues mancher politischer Tabus." Er zählte dann die Tabus, die abgebaut wurden, auf und schloß mit der Feststellung, daß unter anderem auch das "Tabu von der Unberührbarkeit der Freiheitlichen Partei auf der Strecke geblieben ist."

Das waren wahrhaft neue und ungewohnte Töne. Sie ließen nicht nur die österreichische Öffentlichkeit, sondern auch uns aufhorchen, obwohl wir im Gegensatz zum damaligen Justizminister eigentlich der Ansicht waren, daß die Freiheitliche Partei Österreichs im großen und ganzen, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, durchaus berührbar sei. Was wir damals allerdings noch nicht wußten, war, daß die Freiheitliche Partei Österreichs nicht nur berührbar, sondern auch bezahlbar war. (Beifall.)

Einige Zeit nachdem unsere neue Parteiführung gewählt war, wurden Mutmaßungen über sozialistische Zuwendungen an die FPÖ bekannt. Sie wurden von beiden Seiten zunächst energisch dementiert. Schließlich stellte sich aber doch heraus, daß

die Freiheitlichen aus der sozialistischen Parteikasse 5 Millionen Schilling bekommen und genommen hatten. So viel war die Sozialistische Partei Österreichs bereit, an Begräbniskosten aufzubringen, um die im Jahre 1945 von Renner und Kunschak, Figl und Schärf begründete Zusammenarbeit der beiden großen Parteien zu Grabe zu tragen. Diese Zusammenarbeit ist dann auch tatsächlich in ihrer alten Form gescheitert, aber anders als es sich die Sozialistische Partei vorgestellt hatte. Hier in dieser Halle hat sie am 15. April dieses Jahres jene Beschlüsse gefasst, die in letzter Konsequenz dazu führten, daß die Koalition nicht mehr existiert. Aber nicht als lachende Erben, wie sie geglaubt hatten, sondern als trauernde Hinterbliebene standen die sozialistischen Parteiführer an ihrem Grabe.

Es liegt mir völlig ferne, die sozialistische Parteiführung nachträglich noch wegen dieser gigantischen Fehlspekulation, wegen dieses Legens einer Miene, die schließlich in ihren eigenen Händen explodierte, zu schmähen und zu hohnen. Im Gegenteil: Was sich hier in Österreich zwischen dem Frühjahr 1963, als die Axt an den Baum der Koalition gelegt wurde, und dem Frühjahr 1966, als dieser Baum schließlich unter den ständigen Axthieben niedersank, abspielte, sollte uns allen eine Mahnung sein. Hier ist erwiesen worden, daß es im politischen Leben Regeln des Anstandes und der Sitte gibt, die nicht mißachtet werden dürfen. Auf all das, was in dem so überaus beweglichen, nie verlegenen Verstand des sozialistischen Parteiführers ausgedacht und von der gesamten sozialistischen Parteiführung teils begeistert,

teils widerwillig exekutiert wurde, hat der Volkemund in seiner Spruchweisheit längst die richtigen Antworten gefunden.

Im Herbst des Jahres 1963 - nach dem Parteitag von Klagenfurt - war allerdings die Gefahr, daß wir es sind, die in die sorgfältig ausgelegte Fallgrube hineinrennen, noch immer groß. Wie denn überhaupt die Todesarten, die sich unser Gegner für unser politisches Ableben ausgedacht hatte, mannigfaltig waren. Die Österreichische Volkspartei sollte in der eisernen Umklammerung der Sozialistischen Partei in Agonie sterben, und von dem neugewählten Bundesparteiobmann der Volkspartei Dr. Klaus hieß es, "den werde man auch noch fertigmachen".

Was in Agonie lag, war aber nicht die Österreichische Volkspartei, sondern die große Koalition. Fertiggemacht wurde nicht der kerngesunde und mit guten Nerven ausgestattete Dr. Klaus - fertiggemacht wurde Tag für Tag, Stück um Stück, so wie man ein baufälliges Haus durch ein Demolierungsunternehmen abtragen läßt, das Gebäude der fast 20jährigen Zusammenarbeit.

Die Besessenheit, mit der das Abbruchsunternehmen Pittermann & Co ans Werk ging, zwang allerdings auch die Österreichische Volkspartei zu raschen Entschlüssen und energischen Handlungen.

Zweimal bereits - zuerst zwischen 1951 und 1953, und dann zwischen 1960 und 1961 - hatte die Österreichische Volkspartei dem Wechsel in der Parteiführung den Wechsel an der Spitze der Bundesregierung folgen lassen. Nun, am Beginn des Jahres 1964, wurde diese Ablöse abermals vorgenommen. Wieder

einmal stand die Österreichische Volkspartei vor der Situation, ihre parteipolitischen Beschlüsse nach den staatspolitischen Notwendigkeiten auszurichten und in der weiteren Folge personelle Konsequenzen aus diesen parteipolitischen Entscheidungen zu ziehen. Unter dem Druck der Ereignisse sind diese parteipolitischen Entscheidungen rascher gefallen, als man ursprünglich gedacht hatte. Sie waren notwendigerweise mit mancher persönlicher Bitterkeit verbunden.

Das war umso bedrückender, als es zunächst den Anschein hatte, als hätte die Österreichische Volkspartei mit ihren Maßnahmen erst recht der Sozialistischen Partei in die Hände gespielt. Die Übergabe des Regierungsamtes aus den Händen von Dr. Alfons Gorbach in jene von Dr. Josef Klaus wurde von der Sozialistischen Partei dazu benützt, das absolute Vetorecht, das in einer Koalition jeder Partner unbeschadet seiner Mandatsstärke im Parlament hat, noch einmal bis zum Exzess auszuschöpfen. In den wochenlangen Verhandlungen um die Regierungsumbildung und die Regierungserklärung, in denen oft tagelang um einen einzigen Satz und ein einziges Wort gestritten wurde, mußte die Österreichische Volkspartei zwangsläufig oft den Anschein der Hilflosigkeit und der Schwäche erwecken. Aber was in diesen Wochen - ich wiederhole das ausdrücklich - fertig gemacht wurde, war nicht die Österreichische Volkspartei, sondern der Gedanke der Zusammenarbeit.

Das Bedrückende in diesem Frühjahr 1964 war, daß es keinen Ausweg zu geben schien. In der österreichischen Bevölkerung, vor

allen aber bei den jungen Menschen, mußte geradezu der Eindruck erweckt werden, so und nicht anders sei eben die österreichische Politik.

Was sich in den Frühlingstagen des Jahres 1964 in der Bundesregierung und im Koalitionsausschuß abspielte, erinnerte an die parlamentarischen Vorgänge der Ersten Republik; erinnerte an jene unentwegte Obstruktionspolitik, die über das verächtliche Wort von der Quatschbude schließlich zur systematischen Ausschaltung, Lehmlegung und Zertrümmerung der demokratischen Institutionen führte. Aber die geschichtlichen Parallelen reichten noch weiter zurück: Wenn es das Wesen der Dekadenz ist, daß die große Linie hinter dem Detail zurücktritt, wenn es weiter das Wesen der Dekadenz ausmacht, daß die Form weit wichtiger ist als der Inhalt, dann erinnerten die Dekadenzerscheinungen der österreichischen Koalition in bedrückender Weise an die letzten Jahre des Nationalitäten- und Parteienstreites der Österreichisch-ungarischen Monarchie. Wenn man dieses System des Fortwarstelns, das anscheinend dazu ausersehen war, nach und nach zum österreichischen Regierungsstil par excellence zu werden, seinerzeit mit dem bitteren Wort "Absolutismus, gemildert durch Schlamperei" belegt hatte, so ließe sich der Verfall der österreichischen Zusammenarbeit in den letzten Jahren vor den Nationalratswahlen 1966 auf eine ebenso einfache Formel bringen: Koalition, verschärft durch rücksichtsloses sozialistisches Machtstreben.

Wir denken auch heute noch an diese Tage deshalb mit so

großer Bitterkeit zurück, weil wir damals auch einen schweren parteipolitischen Preis zu bezahlen hatten. Während der langwierigen Regierungsverhandlungen des Jahres 1964 ist der Österreichischen Volkspartei im Burgenland ihre schmerzlichste Niederlage seit dem Jahre 1945 zugefügt worden: Sie verlor bei den Landtagswahlen und damit zum erstenmale nach 19 Jahren die führende Position in der Landesregierung.

Wenn es damals Gespenster der Vergangenheit und Schatten der Bundespolitik waren, die unsere burgenländischen Parteifreunde um ihren verdienten Erfolg brachten, so möchte ich heute im Namen der ganzen Österreichischen Volkspartei ein Versprechen abgeben: Wir werden dafür sorgen, daß sie diesen Gespenstern und Schatten nicht ein zweites Mal zum Opfer fallen. Es ist eine Ehrenpflicht der gesamten Österreichischen Volkspartei, mitzuhelfen, daß im Frühjahr 1968 die damalige Niederlage wieder gutgemacht wird. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben dann - ein Jahr danach - im Frühjahr 1965 die Bundespräsidentenwahl geschlagen. Auch diese Wahl brachte der Österreichischen Volkspartei nicht den erhofften Erfolg. Für unseren Freund Dr. Alfons Gorbach, den Ehrenobmann unserer Partei, brachte der 23. Mai 1965 ein großes persönliches Opfer. Er hat es als Mann getragen. Es gibt aber im politischen Leben Niederlagen, aus denen die Verheissung künftiger Erfolge spricht. Es gibt vor allem auch - das sehen wir meistens erst später ein - Opfer, aus denen die Saat für ein neues und besseres Beginnen erwächst.

Dr. Alfons Gorbach hat zunächst durch seinen selbstlosen

mitreißenden Einsatz in diesem Wahlkampf uns allen ein Vorbild der Pflichterfüllung und der Treue gegeben. (Anhaltender Beifall.) Hoher Bundesparteitag! Er hat dem ganzen österreichischen Volk gezeigt, daß über Enttäuschungen, Rückschläge und Auseinandersetzungen hinweg diese Österreichische Volkspartei eine einige und geschlossene Gesinnungsgemeinschaft ist. Für dieses persönliche Vorbild haben wir Dr. Alfons Gorbach ebenso zu danken wie für seine politische Leistung, die darin bestand, daß er am 23. Mai 1965 mehr Stimmen auf sich vereinigte als je ein Kandidat der Österreichischen Volkspartei. (Beifall.)

Es war eine eigenartige Stunde, als wir am Abend dieses 23. Mai die letzten einlaufenden Wahlergebnisse aus Wien verfolgten. Wohl wußten wir um diese Zeit bereits, daß der Sieg nicht mehr zu erringen war, aber das großartige Abschneiden Dr. Gorbach's in den Wiener Wahlprengeln und Bezirken zeigte, daß das politische Leben Österreichs in Bewegung geraten war. In dieser Nacht des 23. Mai 1965 zeigten sich die ersten Konsequenzen dessen, was Dr. Gorbach zwei Jahre zuvor die "Extrabuisierung" der österreichischen Innenpolitik genannt hatte. Das Tabu vom Gleichgewicht, das Tabu von der Unbeweglichkeit der österreichischen Wähler, das Tabu, daß einem schwarzen Bundeskanzler für ewige Zeiten ein roter Bundespräsident gegenüberstehen müsse, all diese Tabus sind zwar am 23. Mai 1965 noch nicht gestürzt worden, aber bedenklich ins Wanken geraten.

Wenn innenpolitische Beobachter am Abend des 6. März 1966 verkündeten, in Österreich sei ein Erdrutsch erfolgt, dann hat der politische Seismograph bereits am Abend des 23. Mai 1965 das erste Fernbeben dieses künftigen Erdrutsches verzeichnet. Und wenn in den ersten Jahren nach dem Klagenfurter Parteitag uns alle die bange Frage bewegte, wie denn die Politik in Österreich weitergehen solle, wie denn dieses Land aus der Stagnation einer in hoffnungsloser Verkrampfung steril gewordenen Koalition, die nur mehr administrierte und nicht mehr regierte, herausgeführt werden könne, dann hat Dr. Alfons Gorbach, dieser persönlich so fröhliche und optimistische Mensch, in diesen Mai-Tagen des Jahres 1965 durch seinen Einsatz den berühmten Silberstreifen am politischen Horizont aufsteigen lassen: die Hoffnung darauf, daß es besser werden könne. (Beifall.) Meine Damen und Herren! Diese Hoffnung hat sich dann am 6. März des Jahres 1966 erfüllt. Bevor ich aber in meinem Rechenschaftsbericht auf die letzten Nationalratswahlen zu sprechen komme, möchte ich eine Feststellung treffen: Die ausführliche Schilderung der letzten Koalitionsjahre war nicht nur deshalb notwendig, weil sie einen organischen Bestandteil dieses Rechenschaftsberichtes über unsere abgelaufene Funktionsperiode bildet. Das alles mußte auch aus grundsätzlichen Erwägungen noch einmal in unser Gedächtnis gerufen werden.

Es gehört zu den glücklichen Eigenschaften des Menschen, daß er schnell vergißt und daß er das Unangenehme doppelt schnell vergißt; besonders dann, wenn man ihm das Vergessen

leicht macht. Ich glaube, am Beginn meines Referates nachdrücklich dargelegt zu haben, daß in der Politik Hochmut nicht angebracht ist; ich glaube aber andererseits, daß ich gegen die Gebote der Bescheidenheit nicht allzusehr verstoße, wenn ich eines sage: Die Österreichische Volkspartei hat es nach dem 6. März 1966 der Österreichischen Bevölkerung leicht gemacht, die Auswüchse der Koalition zu vergessen.

Heute, da im Innenministerium der sachkundige und pflichtbewußte Jurist Dr. Metzner sitzt (Beifall), kann man sich gar nicht mehr vorstellen, daß an der Spitze dieses Ressorts einmal ein "Quasi-Führer" stand - der Ausdruck stammt nicht von mir, so haben ihn seine eigenen Parteigenossen genannt -, der Gendarmeriebeamte nach Belieben und über Nacht versetzte, so wie man einst Leibeigene von einem Ort zum anderen geschickt hat; heute können wir uns gar nicht mehr vorstellen, daß dieses Ministerium von einem Mann geführt wurde, der Akten seines Ministeriums als Requisiten für Auftritte im Fernsehen benützte; heute können wir uns nicht mehr vorstellen, daß es einmal zum Zeremoniell der Amtsübergabe im Innenministerium gehört hat, daß in Wien die Straßenbahn für 1 Stunde stillgestanden ist.

Und heute, da im Justizministerium unser Freund Universitätsprofessor Dr. Klecatsky sitzt (Beifall), kann man sich wirklich nicht mehr vorstellen, daß dieses Ressort einmal von einem Mann geleitet wurde, der im Parlament unter dem Schutz der Immunität Angehörige eines Höchstgerichtes als "Juristen

im Richtertalar, die eine Staatsstreichtheorie vertreten", bezeichnet hat.

Heute, da im Parlament eine entscheidungsfähige Mehrheit existiert, können wir uns nicht vorstellen, daß in diesem gleichen Haus einmal ein Abgeordneter ungestraft alle, die sich um die Erfüllung des Volksbegehrens von immerhin 800.000 Österreichern bemühten, als "Stiefelputzer einer präpotenten Journaille" bezeichnen konnte - ungestraft deshalb, weil die Entscheidungsfähigkeit des Parlaments durch die Fesseln eines Koalitionsübereinkommens gelähmt war.

Und heute schließlich, da wir eine arbeitsfähige Regierung haben, kann man sich nicht mehr vorstellen, daß einmal den Ärmsten der Armen, den Opfern einer Hochwasserkatastrophe deshalb nicht geholfen werden konnte, weil die Arbeitsfähigkeit des Kabinetts durch Veto und Obstruktion blockiert wurde.

Über eines müssen wir uns aber, meine lieben Parteifreunde, im klaren sein: Das alles könnte heute noch genau so sein. Das alles könnte heute noch täglich und stündlich passieren, wenn nicht eine Mehrheit der Österreichischen Wähler am 6. März 1966 für Freiheit, Recht, Ordnung und Sicherheit in diesem Lande gestimmt und der Österreichischen Volkspartei die absolute Mehrheit gegeben hätte.

Wenn ich in meinem Rechenschaftsbericht nunmehr zu den Nationalratswahlen komme, so stelle ich an die Spitze meiner Ausführungen den Dank der Österreichischen Volkspartei an ihre Wähler. Wir haben in Dutzenden und Aberdutzenden von Wahl-

gängen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene, die wir seit 1945 geschlagen haben, den Wähler nie geschmäht. Wir haben nie von einer Fehlentscheidung gesprochen, wenn die Wahlen nicht so ausgingen, wie es uns gerne gepaßt hätte; wir haben in einem solchen Fall den Fehler nicht bei den Wählern, sondern bei uns selbst gesucht. Das war ja nicht zuletzt eine der Ursachen der permanenten Reform, in der sich unsere Partei zumindest seit der Nationalratswahl des Jahres 1959 befunden hat. Weil wir den Wähler nie geschmäht haben, wenn wir uns enttäuscht fühlten, haben wir doppelt und dreifach das Recht und die Verpflichtung, ihm heute, da er uns sein Vertrauen geschenkt hat, zu danken.

Mein Bericht über die Nationalratswahlen 1966 wird verhältnismäßig kurz sein. Das Generalsekretariat einer modernen Partei ist kein Veteransenverein, der sich daran ergötzt, einmal gewonnene Schlachten noch einmal zu gewinnen und einen einmal errungenen Sieg immer wieder von neuem auszukosten. Wahlen, die hinter uns liegen, sind für uns insoweit interessant, als wir aus ihnen Lehren ziehen können. Meine Mitarbeiter und ich waren seit je der Ansicht, daß der Sieg genau so lehrreich sein kann wie die Niederlage und daß man Kritik und Selbstkritik nicht nur nach Enttäuschungen, sondern auch nach Erfolgen vorzunehmen hat.

Als ich im Jahre 1960 zum Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei gewählt wurde, betrug das Mandatsverhältnis 79:78. Es ist uns dann gelungen, bei den Nationalratswahlen vom 18. November 1962 dieses Verhältnis auf 81:76

zu verbessern. Ich gestehe heute unumwunden ein, daß uns dieses Ergebnis damals nicht nur mit Freude, sondern auch mit Sorge erfüllte. Was uns ständig als Mahnung vor Augen stand, war das gefürchtete Pendel der Nationalratswahlen seit dem Jahre 1949, jene Pendelbewegung, aus der man schließen mußte, daß der österreichische Wähler offensichtlich einen sechsten Sinn für politisches Gleichgewicht haben müsse. Ich erinnere mich noch gut daran, daß mir der ehemalige Klubobmann der Sozialistischen Partei Unlir einmal sagte: "Was wollen Sie! Und wenn Sie sich noch so anstrengen, das nächste Mal schlägt das Pendel ja doch wieder tödsicher zu unseren Gunsten aus."

Ich gestehe heute offen, daß meine Mitarbeiter und ich deshalb buchstäblich von den Morgenstunden des 19. November 1962 an nur eine Aufgabe und ein Ziel vor Augen hatten. Immer wieder sagten wir uns: "Diese Pendelbewegung müssen wir zum Stillstand bringen; zum ersten Male in der Geschichte der Österreichischen Volkspartei wollen und müssen wir zwei Wahlen hintereinander gewinnen und damit - so hofften wir - auch die Möglichkeit schaffen, dieses Land aus der Stagnation, in die es immer mehr zu versinken droht, herauszuführen."

Der unmittelbare Beitrag, den das Generalsekretariat und die Wahlkampfleitung zur Erreichung dieses Zieles leisten konnten, war bescheiden. Einer der maßgeblichen Sprecher der Sozialistischen Partei, der bereits mehrfach zitierte Dr. Broda, hat bereits nach den Nationalratswahlen 1962 erklärt: "Die Ära Withalm brachte wichtige Veränderungen in der Parteistruktur

der ÖVP. Bewußt wurde ein Parteiapparat aufgebaut und entwickelt, den es bisher in dieser Form in der bürgerlichen Großpartei und ihren Bünden nicht gegeben hatte."

Das ist relativ richtig, absolut gesehen aber eine Übertreibung. Es ist insoferne richtig, als es mir vergönnt war, den Mitarbeiterstab im Generalsekretariat, der unter meinen Vorgängern Hurdos und Maleta aufgebaut wurde, weiter zu entwickeln und einigermaßen den Anforderungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts anzupassen.

Trotzdem hat Dr. Broda übertrieben. Dieser Apparat - niemand weiß das besser als ich und alle anderen, die ihm angehören - ist leider noch keineswegs so vollkommen, wie wir es uns wünschen würden. Wer einmal zu uns in das Generalsekretariat gekommen ist, der wird mir zustimmen, daß dort in Räumlichkeiten des 19. Jahrhunderts mit Hilfsmitteln, die leider mehr dem 19. Jahrhundert als dem 20. Jahrhundert entsprechen, die Arbeit der siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts vorbereitet wird. Wer die große, mächtige Organisation der Österreichischen Volkspartei vom Bodensee bis zum Neusiedlersee und vom Waldviertel bis hinunter zu den Karawanken kennt, der weiß, daß sie modern und fortschrittlich ist, der weiß, daß wir viele junge Menschen in unseren Reihen haben, die längst in den Kategorien der Ära denken, die ich das Zeitalter der Elektronik bezeichnen möchte. Der weiß aber leider auch, daß wir dieser mächtigen Organisation noch lange nicht alle jene Hilfsmittel in die Hand geben können, die in diesem Zeitalter der Elektronengehirne und Computer

eigentlich schon eine Selbstverständlichkeit sein müßten.

Ich verweise daher mit Nachdruck auf den Bericht, den Minister Schleizer heute nachmittag im Namen des Politischen Ausschusses erstatten wird. Als Generalsekretär der Partei stehe ich voll und ganz hinter diesem Bericht und kann seine Bedeutung nur durch den Hinweis unterstreichen, daß wir in den drei Jahren bis zum nächsten Parteitag mit aller Kraft und mit aller Intensität am Ausbau und an der Modernisierung unserer Partei werden arbeiten müssen.

Für die Aufgabe, die uns im Verlaufe der Nationalratswahlen 1966 gestellt war, haben sich jener Mitarbeiterstab und jene Hilfsmittel, die uns zur Verfügung standen, als ausreichend erwiesen. Es kann ja auch nur ein Laie glauben, daß Wahlen womöglich allein durch einen Wahlkampf entschieden werden. Es kann aber auch nur ein Böswilliger behaupten - und in der Sozialistischen Partei hat es diesbezüglich genügend Böswillige gegeben - ,daß die Österreichische Volkspartei ihre Wahlsiege vom November 1962 und vom März 1966 einem kleinen Stab geschickter Reklamemanager verdanke, die dem Wähler ganz einfach durch Verleumdungen des Gegners etwas vorgemacht und ihn irreführt haben. Wir wissen, was von derartigen Behauptungen zu halten ist. Sie sind die dialektische Vorbereitung für die jeweils im Anschluß daran folgende Feststellung, daß die Wähler eine Fehlentscheidung getroffen haben, weil sie Dr.Pittermann nicht zum Bundeskanzler gemacht haben.

Wenn ich den Anteil des Generalsekretariates und der

Wahlkampfleitung am Ergebnis vom 6. März charakterisieren darf, möchte ich eine Anleihe machen. Als man Winston Churchill anlässlich seines 80. Geburtstages in beiden Häusern des britischen Parlaments ehrte, hat man den großen englischen Staatsmann und seine Haltung während des zweiten Weltkrieges mit dem britischen Löwen, dem Symbol des englischen Weltreiches, verglichen. Churchill hat auf diese Ehrung in seiner trockenen und humorvollen Art geantwortet: "Ich war nicht der Löwe - aber ich durfte brüllen wie der Löwe."

Meine Damen und Herren! So ähnlich ist es uns ergangen. Wir waren nicht die Väter dieses Sieges. Aber was wir durften und was uns heute noch mit Stolz und Dankbarkeit erfüllt, war, daß wir jene Gedanken formulieren durften, die damals Millionen österreichischer Wähler bewegt haben. Diese Formulierung lautete: "Unser Land braucht endlich eine arbeitsfähige Regierung, Österreich braucht endlich ein entscheidungsfähiges Parlament!" (Beifall.)

Indem ich dies sage, muß ich einen Dank abstaten: Wir hätten diese Formulierung, die allen 20jährigen Erfahrungen vom Gleichgewichtsbedürfnis des österreichischen Wählers so sehr widersprach, niemals gewagt, wenn damals nicht Zehntausende von Mitarbeitern unserer Partei im ständigen Kontakt mit der Bevölkerung und diese Auffassung vermittelt hätten. Wir hätten diese Auffassung nie in eine klare Mehrheit der Wählerstimmen umsetzen können, wenn nicht diese Zehntausende von Mitarbeitern in den wenigen Wochen zwischen dem 22. Oktober 1965, dem Tag, an

dem die Entscheidung über die Neuwahlen fiel, und dem 6. März 1966 in einem unermüdlischen Einsatz diese Auffassung weitergetragen hätten. Wenn man damals - in den Jänner- und Februartagen des Jahres 1966 - durch das Land gefahren ist und diese unbändige Begeisterung, diesen rastlosen Einsatz miterlebte, dann fühlte man sich in die Anfänge unserer Partei zurückversetzt, in die schwere Notzeit des Jahres 1945, als inmitten der Not und der Trümmer uns alle die große Vision von einem besseren und schöneren Österreich, das für die kommenden Generationen geschaffen werden sollte, bewegte. Heute und hier vor diesem höchsten Forum unserer Partei gilt deshalb der Dank der Parteiführung ihnen allen, den Mitarbeitern der Österreichischen Volkspartei im ganzen Vaterland, für ihren vorbildlichen Einsatz.

Was uns nach diesem Wahlerfolg des Jahres 1966 noch besonders gefreut hat, war der Umstand, daß es uns diesmal gelungen war, den Schwung und die Geschlossenheit unserer Partei aus dem Wahlkampf mit hinüberzunehmen in die sodann beginnenden Regierungsverhandlungen. Wir hatten ein ganz kleines Verhandlungskomitee gebildet und uns dreien - Josef Klaus, Alfred Maleta und mir - war es vergönnt, mit der freundschaftlichen und verständnisvollen Unterstützung der gesamten Bundesparteileitung diese Einigkeit der Partei in den langen und harten Wochen der Verhandlungen zu demonstrieren. (Beifall.)

Ich kann mir die Aufzählung von Einzelheiten ersparen. Ich begnüge mich mit dem Hinweis, daß hier in diesem gleichen Saal am 15. April dieses Jahres der sozialistische Parteitag

jene Beschlüsse gefaßt hat, auf die sich Dr. Pittermann am Montag, es war der 18. April, um 18.55 Uhr berief, als er Bundeskanzler Dr. Klaus die telefonische Mitteilung machte: "Ich muß Sie leider benachrichtigen, daß auch das letzte Angebot der Österreichischen Volkspartei als dem Auftrag des sozialistischen Parteitages nicht Rechnung tragend mit 30:10 Stimmen abgelehnt wurde."

So schließe ich den politisch-organisatorischen Teil meines Rechenschaftsberichtes mit folgenden Feststellungen:

Wir haben die letzten Nationalratswahlen gewonnen und die Regierungsbildung nicht verloren. Wir haben zum erstenmal seit 1949 wiederum die absolute Mehrheit im Parlament, und wir stellen zum erstenmal seit 1945 die gesamte Bundesregierung. Gemeinsam werden nun die Parlamentsfraktion und die Regierungsmitglieder der Österreichischen Volkspartei dafür sorgen, daß diese Legislaturperiode um keinen Tag früher endet als nötig, (Beifall), damit Bundeskanzler Dr. Klaus nach vier Jahren vor die Wähler treten und sagen kann: "Ihr habt uns bei den letzten Wahlen für eine arbeitsfähige Regierung und ein entscheidungsfähiges Parlament das Vertrauen gegeben. Wir waren auf Grund dieses Entscheides bemüht, nicht zu herrschen, sondern allen zu dienen. Nun urteilt, ob es uns gelungen ist, eine Regierung für alle Österreicher zu sein und Arbeit für alle Österreicher zu leisten. Prüft, was wir auch als das Ergebnis dieser Arbeit vorlegen, und dann trifft eure Entscheidung!"

Hoher Bundesparteitag! In dieser Stunde scheint es mir richtig zu sein, nun auch noch ein Wort in eigener Sache, in unser aller ureigenster Sache zu sagen. In dieser Stunde, in der wir eines stolzen Erfolges gedenken, wollen wir uns ganz bewußt an die Zeit zurückerinnern, in der wir gemeinsam, manchmal aber auch gegeneinander, um den Weg, der letzten Endes zum Erfolg führte, ehrlich gerungen haben. - Zum ersten Male seit langer Zeit hält die Österreichische Volkspartei einen ordentlichen Bundesparteitag ab, der nicht im Zeichen dessen steht, was man mit einem landläufigen Schlagwort als die Reform der Österreichischen Volkspartei bezeichnet hat.

Ich glaube, es ist notwendig und richtig, daß wir heute, auf all das, was man unter dieser Reform verstanden - manchmal freilich auch mißverstanden - hat, zu sprechen kommen. Heute, aus dem größeren zeitlichen Abstand heraus, tritt offen zutage, daß es sich bei dem, was wir auszutragen hatten, nie um die Grundsätze unserer Partei handelte. Die waren immer unbestritten. Es ging um die Generationenablöse und um die Frage des politischen Stils. Dieser Umstand ist schon in der Terminologie, die oft gegen unseren Willen in dieser Auseinandersetzung gebraucht wurde, zutage getreten. Da gab es Reformer und Antireformer, Harte und Weiche, Starke und Schwache. Heute dürfen wir sagen, daß das alles hinter uns liegt. Heute gibt es keine Reformer und keine Antireformer, keine Harten und keine Weichen, keine Starken und keine Schwachen. Heute gibt es nur mehr eine einzige und geschlossene Österreichische Volkspartei. (Lebhafter Beifall).

So sehr wir uns darüber freuen dürfen und so sehr wir allen jenen zu danken haben, die durch ihre Einsicht, durch ihren Rat, durch ihren Verzicht und durch ihr Opfer zu dieser Einheit der Partei beigetragen haben, so sehr sollten wir uns aber auch davor hüten, die Gegenwart problemlos und die Zukunft sorglos zu sehen. Freuen wir uns darüber, daß wir eine festgefügte Einheit sind. Hüten wir uns aber auch davor, eine monotone Partei zu sein. Einigkeit ist gut. Einig ist aber auch die Schafherde, die fröhlich wiederkäuend hinter ihrem Leithammel über die Wiese zieht.

Die Zeit der Reform, meine lieben Parteifreunde, hatte aber auch ihr Gutes. Sie zwang uns alle, uns Gedanken über die Zukunft der Partei zu machen. Damals prallten die Ideen und Meinungen hart, aber immer in demokratischen Formen aufeinander. Hüten wir uns vor einer Partei, in der die Ideen deshalb nicht aufeinanderprallen, weil sie keine Ideen mehr hat. Hüten wir uns vor einer Partei, in der es deshalb keinen Meinungsstreit gibt, weil sie auf Meinungen und Gegenmeinungen und - auch das gehört dazu - auf die öffentliche Meinung nicht hört.

Hüten wir uns vor einer Philosophie - und das sage ich jetzt nicht nur als Generalsekretär, sondern vor allem als Klubobmann der Partei -, die da lautet: "Gwunna hama, die Mehreren san ma, jetzt kann uns - wie dem Steinklopfer Hannes - nix mehr passieren." Ich sage dies nicht zuletzt deshalb, weil einer der einsichtigen Männer in der Sozialistischen Partei

Österreichs, der Gewerkschaftsbund-Präsident Benya, auf dem sozialistischen Parteitag am 15. April dieses Jahres hier in dieser Saale behauptete, die Politik der Österreichischen Volkspartei erschöpfe sich darin, zu sagen: "Mir san die Mehreren."

Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, wir sollten uns stets vor Augen halten, daß in der Demokratie die Mehrheit keineswegs immer recht hat. Richtig ist lediglich, daß in der Demokratie die Mehrheit immer recht behalten kann, weil sie die Minderheit jederzeit überstimmen kann. Eine Mehrheit aber, die sich nur auf's Rechtbehalten und nicht auf das Rechthaben verläßt, ist schlecht beraten. Das schiene mir der sicherste Weg zu sein, die Mehrheit bald wieder zu verlieren. Als Generalsekretär der Partei, aber auch als ihr Klubobmann im Parlament bekenne ich mich zu dem Grundsatz, daß der Versuch, zu überzeugen, auf jeden Fall vor der Möglichkeit, zu überstimmen, den absoluten Vorrang hat. (Beifall). Ich glaube allerdings nicht, daß die Sozialistische Partei derzeit und in absehbarer Zeit in einer Verfassung sein wird, in der es oft möglich sein wird, sie zu überzeugen, statt sie zu überstimmen. Wir werden aber in dieser Hinsicht immer wieder von neuem die Probe auf's Exempel machen müssen. Wie immer es aber um die sozialistische Parteiführung bestellt ist, über eines, meine lieben Parteifreunde, müssen wir uns klar sein: Den österreichischen Wähler können wir nicht überstimmen. Ihn werden wir jedesmal von neuem zu überzeugen haben. (Zustimmung).

Bleiben wir deshalb eine Partei, die geschlossen ist, die sich aber nicht abschließt. Halten wir unsere Reihen weit offen; für jeden, der sich mit uns auseinandersetzen will. Setzen wir uns aber auch selbst in unseren eigenen Reihen freimütig und offen auseinander. Sorgen wir dafür, daß es in unserer Partei niemals notwendig ist, jemanden Narrenfreiheit zu geben. Bei uns ist jemand, der ein offenes Wort wagt, der eine abweichende Meinung vorbringt oder eine freimütige Kritik äußert, noch lange kein Narr.

Meine lieben Parteifreunde! Wir wollen die Schwierigkeiten, die in der Zukunft vor uns liegen, nicht unterschätzen. Vergessen wir nicht, daß am 18. April dieses Jahres, als sich die Sozialistische Partei freiwillig entschloß, in die Opposition zu gehen, wieder einmal eine Stunde Null für dieses Land geschlagen hat. Die Hauptverantwortung dafür, daß das demokratische Wechselspiel von Regierung und Opposition, das in anderen Ländern längst eine Selbstverständlichkeit ist, nun auch in Österreich reibungslos funktioniert, liegt bei uns. Diese Verantwortung kann uns niemand abnehmen. Eine Mitverantwortung liegt aber auch bei der Sozialistischen Partei.

Die Demokratie an sich braucht eine gute Opposition; eine Opposition, die überall dort, wo es möglich ist, von ihrem Recht, abzulehnen, Gebrauch macht, die aber überall dort, wo es im Interesse des höheren gemeinsamen Ganzen notwendig ist, sich auf ihre Pflicht, zuzustimmen, besinnt.

Die junge Österreichische Demokratie, die nun erst in dieses Wechselspiel der Kräfte hineinwachsen soll, braucht

eine solche gute Opposition ganz besonders. In diesem Zusammenhang richte ich im Namen der Regierungspartei eine Forderung an die sozialistische Oppositionspartei:

Ich habe, wie ich hoffe, eindringlich genug geschildert, wie das Gebäude der Zusammenarbeit, das nach 1945 von Männern wie Renner und Kunschak, Figl und Schärp, Raab und Böhm mühsam aufgebaut wurde, in den letzten Jahren von Pittermann und Genossen Stück für Stück abgetragen und demoliert wurde. Das war bedauerlich, aber deshalb noch keine Katastrophe, weil wir aus diesem großen gemeinsamen Gebäude der Koalition hinüberwechseln konnten in das Gebäude, das wir jetzt bewohnen, in jenes Haus, in dem es allerdings nicht mehr den gemeinsamen Eingang für die beiden großen Regierungsparteien, sondern die getrennten Eingänge für Regierung und Opposition gibt.

Ich richte an die Sozialistische Partei die Forderung und die Mahnung, dafür zu sorgen, daß dieses Gebäude nicht auch noch zerstört wird, und dazu beizutragen, daß es erhalten bleibt. Würde sie - genau so, wie sie das Gebäude der Zusammenarbeit demoliert hat - auch dieses Haus zerstören, dann gäbe es für die Demokratie in Österreich keine Heimatstätte mehr.

Wir anerkennen das Recht der Opposition, jede Möglichkeit der Kritik, der Widerrede und des Dagegenstimmens zu nützen. Wir erwarten aber von der Opposition, daß sie ihrerseits ihre Pflicht erkennt, in allen Fragen, wo es nicht um das Parteiwohl, nicht um das Wohl des Teiles, sondern um das Staatswohl, das Wohl der Allgemeinheit geht, sich zum Gemeinsamen zu bekennen. Möge die Opposition in solchen Stunden der Entscheidung

nie vergessen, daß an Sitzungstagen vor dem Parlament auf dem rechten Fahnenmast nicht eine grüne und auf dem linken Fahnenmast nicht eine rote, sondern immer nur die gemeinsame rot-weiss-rote Fahne aufgezogen wird. (Beifall.)

Und noch eine Forderung richte ich im Interesse der Klarheit und Wahrheit an die sozialistische Opposition, damit beide Seiten wissen, woran sie sind. Wir erwarten von der Sozialistischen Partei, daß sie endlich jene Erklärung abgibt, auf die Österreichs Wähler bis zum Abend des 5. März, als Dr. Pittermann am Vorabend vor den Wahlen auf dem Fernsehschirm erschienen war, vergeblich gewartet hatten und seither noch immer vergeblich warten: die klare Distanzierung von der Kommunistischen Partei. (Zustimmung.) Wir erwarten von der Sozialistischen Partei, daß sie sich von den Kommunisten eindeutig distanziert, und zwar nicht bloß aus dem opportunistischen Grund, weil die kommunistische Wahlhilfe ohnehin nicht das erwartete Ergebnis gebracht hat, sondern weil - um wieder mit Dr. Broda zu sprechen - die Kommunistische Partei rebus sie stantibus, so wie sie ist, vielleicht berührbar, aber auf keinen Fall wählbar ist. Man kann sich mit ihr auseinandersetzen, man darf sich von ihr aber nicht unterstützen lassen. Eine solche klare Erklärung erwarten wir von der Sozialistischen Partei oder aber - auch das wäre eine Antwort - die Erklärung, daß man nach wie vor nicht bereit ist, eine solche Distanzierung vorzunehmen.

Ich bin allerdings Realist genug, zuzugeben, daß es vielleicht noch zu früh ist, diese klaren Antworten jetzt zu erhalten. Noch sind die Entscheidungen über den künftigen Kurs der Sozialistischen Partei nicht gefallen. Sie werden frühestens im Jänner des kommenden Jahres in diesem gleichen Saal auf den Parteitag der Sozialistischen Partei getroffen werden. Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich heute und hier eine Vorschau auf diese Entscheidungen gebe. Ich bin nicht der Regisseur des Schauspiels, das hier abrollen wird.

Die Tatsache, daß ich auf dem 11.ordentlichen Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei für die Wiederwahl zum Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei kandidiere, schließt auch, glaube ich, jede Möglichkeit, daß ich mich als ehrenamtlicher Konsulent für Fragen der sozialistischen Parteireform betätige, aus. (Heiterkeit.)

Eine solche Doppelrolle - wenn Sie mir diese kleine Abschweifung gestatten - hat lediglich Dr.Pittermann im vergangenen Wahlkampf gespielt. Wir haben in diesem Wahlkampf, der von so viel Arbeit, Mühe und Sorgen erfüllt war, wahrhaftig wenig zu lachen gehabt. Aber eine Quelle unversiegbarer Heiterkeit war für uns in der Kärntnerstraße immer, wenn wir in der Früh die "Arbeiter-Zeitung" in die Hand genommen und darin gelesen haben, wie falsch nach Ansicht Dr.Pittermann's und seines Chefredakteurs Kreuzer die Propaganda der Öster-

reichischen Volkspartei gegen Dr.Pittermann sei und wie man es doch viel besser machen könne. Mit anderen Worten: Dr.Pittermann gab uns lebenswürdigerweise Ratschläge, die die Österreichische Volkspartei den Wahlkampf führen müsse, damit Pittermann nur ja nicht Bundeskanzler von Österreich werde.

Ich habe nicht die Absicht, hier eine ähnliche Unverständlichkeit zu begehen und der Sozialistischen Partei Ratschläge zu erteilen, wie sie sich zu reformieren habe. Aber als Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei habe ich die Pflicht - und wir alle haben diese Pflicht -, die Tendenzen im gegnerischen Lager zu sichten, zu werten und uns auf die kommende Entwicklung in der Sozialistischen Partei einzustellen.

Das Bemerkenswerteste an dieser Entwicklung scheint mir zu sein, daß zwei Hauptkräfte sichtbar sind, die beide von außen her auf den harten Kern der Partei einzuwirken und ihn zu wandeln versuchen. Die eine Kraft ist die Gruppe der zornigen jungen Männer, die noch nicht bis in das Innere der Partei und an die Schalthebel der Macht gelangt sind, und die andere Kraft ist die Gruppe der enttäuschten alten Männer, die das Machtzentrum der Sozialistischen Partei bereits verlassen haben.

Diese beiden Kräfte wirken von der Peripherie der Partei her auf den Parteikern ein und versuchen jene, in deren Händen die Entscheidungen über die künftige Gestalt und den künftigen Kurs der Sozialistischen Partei liegen, für ihre Anschauungen

zu gewinnen.

Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, viel über die zornigen jungen Männer zu sagen. Das, was sie in der bisherigen Diskussion über die Neugestaltung der Sozialistischen Partei gesagt haben, deckt sich im wesentlichen mit dem, was bereits einmal im neuen Parteiprogramm des Jahres 1958 an Reform versucht wurde und dann so kläglich gescheitert ist.

Viel interessanter erscheint mir die Gruppe der enttäuschten alten Männer zu sein, die sich in den letzten Wochen in so spektakulärer Weise zu Wort gemeldet hat. Da ist der ehemalige Abgeordnete zum Nationalrat und Minister Migsch, der als einer der Gründer der "Gesellschaft für politische Studien" hervorgetreten ist, da ist der ehemalige Wirtschaftsredakteur der "Arbeiter-Zeitung", Ausch, der in einem brillanten Artikel seiner Partei die volkswirtschaftlichen Leviten gelesen hat, und da ist schließlich der große alte Mann der SPÖ, der ehemalige Bürgermeister von Linz, Koref, der in der erwähnten Gesellschaft für politische Studien einen aufsehenerregenden Vortrag gehalten hat.

Es ist nicht uninteressant, sich das Alter dieser Männer anzusehen. Migsch ist 65 Jahre alt, Ausch 73, Koref 77, und die Sozialistische Partei selbst ist bekanntlich 78 Jahre alt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man sagt, daß das, was diesen Männern, die fast so alt wie ihre Partei selbst sind, vorschwebt, weniger eine Reform als eine Revision ist.

Das Wort Revision ist dabei nicht im abwertenden und eng-
gefaßten Sinn der marxistischen Terminologie zu verstehen,
sondern wortwörtlich: Re - Vision: Rückkehr zu der Vision,
die einem Viktor Adler und den Gründern der sozialistischen
Bewegung vorschwebte, als sie ans Werk gingen.

So beeindruckend daher die jetzigen Stellungnahmen der
enthusiastischen Männer der Sozialistischen Partei sind, so sehr
glaube ich, vorhersagen zu dürfen, daß es für die Sozialistische
Partei kein Zurück, keine Wiederholung ihrer alten Vision geben
wird. Sie wird daher - und ich bin überzeugt davon, daß dem
noch lange und schwierige Auseinandersetzungen vorangehen
werden - eines Tages zur Reform statt zur Revision ansetzen
müssen. Sie wird den Schritt nach vorne wagen müssen und so
wie im Jahre 1958 ein zweitesmal - ob sie es will oder nicht -
den Versuch unternehmen müssen, uns zu folgen, unser Beispiel
nachzuahmen; sie wird - und das wird dann für uns nicht un-
gefährlich sein - versuchen müssen, eine zweite und natürlich
in ihren Augen eine bessere Volkspartei zu werden.

Auf diesen Augenblick, der, wie gesagt, noch nicht ge-
kommen ist, müssen wir uns heute schon einstellen.
Heute schon müssen wir uns wappnen und dafür sorgen, daß wir - wir,
das Original - die erste und die bessere Volkspartei bleiben.
Wir sollten die Größe dieser Aufgabe und die Härte dieser Aus-
einandersetzung wahrhaftig nicht unterschätzen. Aber wir sind
für diese Aufgabe gewappnet und wir können dieser Auseinander-

setzung getrost entgegensehen, wenn wir aus den Fehlern, die wir begangen haben, gleichermaßen lernen wie aus den Erfolgen, die wir erringen konnten.

Zwei Aktionen scheinen mir in diesem Zusammenhang weit über ihren politisch-organisatorischen Wert hinaus von grundsätzlicher Bedeutung für die künftige Arbeit unserer Partei zu sein. Wir alle haben uns im abgelaufenen Wahlkampf über den Erfolg unserer Aktion Orientierung 66 gefreut.

In einer Zeit, in der Wahlkämpfe immer aufwendiger und kostspieliger und scheinbar immer mehr von den modernsten Massenkommunikationsmitteln beherrscht werden, lag der Erfolg dieser Aktion darin, daß im persönlichen Gespräch von Mann zu Mann, von Mensch zu Mensch für die Sache unserer Partei geworben wurde. Was die Zehntausende von Mitarbeitern unserer Partei in den wenigen Wochen des Wahlkampfes in Erfüllung dieser Aufgabe geleistet haben, muß uns allen ein ständiges Vorbild und eine Verpflichtung sein. Jeder von uns muß jede Gelegenheit, die sich ihm bietet, nützen, um sich der Bevölkerung zu stellen, ihr Rede und Antwort zu stehen. Es war nicht zuletzt ausschlaggebend für den Wahlerfolg der Österreichischen Volkspartei, daß wir diesmal zum Volk gekommen sind, daß wir auf das Volk gehört und dem Volk die Wahrheit gesagt haben.

Es ist von Zeit zu Zeit notwendig, den politischen Wertschatz zu sichten und zu entrümpeln. Es gibt ein zynisches,

sehr oft zitiertes Wort, man schreibt es Bismarck zu, das da lautet: "Nie wird so viel gelogen wie vor einer Wahl, während eines Krieges und nach einer Jagd." Meine lieben Parteifreunde! Nicht nur als passionierter Jäger, sondern auch als Politiker bin ich der Ansicht, daß dieses Wort längst in die Mottenkiste der Vergangenheit gehört. Ich glaube, daß heute eine Partei eine Wahl nur dann gewinnen kann, wenn sie dem Volk die Wahrheit sagt. (Lebhafter Beifall.)

Das österreichische Volk ist jedenfalls längst reif genug, um nichts anderes hören zu wollen als die Wahrheit; es ist in dieser Hinsicht viel reifer als jene Politiker, die glauben, man könne es mit Taschenspielertricks an der Nase herumführen.

Wir haben dem Volk vor dem 6. März 1966 die Wahrheit gesagt, indem wir es vor die Entscheidung zwischen einer Weiterführung des längst steril gewordenen Koalitionsregimes und der Schaffung einer arbeitsfähigen Regierung und eines entscheidungsfähigen Parlaments gestellt haben. Wir haben heute, da die Regierung und das Parlament entscheiden können, heute, da wir die alleinige Verantwortung tragen, mehr denn je die Verpflichtung, die volle und ungeschminkte Wahrheit zu sagen. Wir tun dies auch. Importune, opportune!

Wenn man die Entscheidungen der Regierung und der Parlamentsfraktion der Österreichischen Volkspartei in den letzten Monaten verfolgt und vor allem das Urteil der öffentlichen Meinung über

diese Entscheidungen betrachtet, dann könnte man fast zu dem Schluß kommen, die harten Männer der Österreichischen Volkspartei seien nun über Nacht zu politischen Masochisten geworden, die ihre Mehrheit vor allem dazu nützen, um eine möglichst große Zahl von unpopulären Maßnahmen zu beschließen.

Zu dieser Auffassung kann freilich nur der kommen, der der fälschlichen Meinung war, wir würden nach dem 6. März 1966 einen vergoldeten Triumphwagen besteigen und wie weiland die römischen Cäsaren durchs Land fahren und Silbermünzen in die Menge streuen.

Vergessen wir doch nicht, daß die Koalition in den letzten Jahren ihres Bestandes immer mehr einer Hausfrau glich, die wohl einen Staubsauger zu Hause im Kasten hatte, die aber trotzdem den Staub mit dem Besen unter den Teppich gekehrt hat; vergessen wir nicht, wie viele Probleme unerledigt auf die lange Bank geschoben wurden; vergessen wir nicht, daß alles, was zwar notwendig, aber unpopulär war, in dieser Koalition als heißes Eisen galt, das man unter keinen Umständen angriff.

Es gibt keinen besseren Beweis für unser ehrliches Bemühen, diesem Land eine bessere Zukunft zu bereiten als die Tatsache, daß wir uns nicht scheuen, unpopuläre Maßnahmen zu setzen, wenn dies die Zukunft erfordert. Hoher Bundesparteitag! Wir werden dabei - diese Versicherung kann ich Ihnen geben - das richtige Maß und vor allem die richtige zeitliche Tempierung durchaus einzuhalten verstehen.

Niemand zweifle an unserem parteipolitischen Egoismus,

daß wir bei den nächsten Nationalratswahlen unsere Mehrheit vom 6. März 1966 nicht nur behalten, sondern selbstverständlich ausbauen wollen. (Beifall.) Wir wissen, daß uns das nur dann gelingen wird, wenn eine Mehrheit der Wähler für unsere Politik stimmt.

Höher als dieser parteipolitische Egoismus wird für uns aber immer die staatspolitische Verantwortung stehen. Immer werden wir um Stimmen werben, aber niemals werden wir versuchen, Stimmen zu kaufen. Für uns wird der Weg zur Mehrheit niemals mit dem Papiergeld einer durch Inflation zerütteten Währung belegt sein. (Beifall.)

Ich glaube, daß man all das dem österreichischen Wähler nicht nur sagen kann, sondern daß der österreichische Wähler darauf wartet, daß es ihm in aller Offenheit gesagt wird. Ich glaube, daß eine überwältigende Mehrheit der Menschen in diesem Lande ihr privates Leben und ihren eigenen Haushalt so korrekt und anständig führen, daß sie mit Recht erwarten, auch im öffentlichen Leben und im Staatshaushalt müsse es genau so korrekt und anständig zugehen.

Und genau so, wie viele Menschen in diesem Lande einsehen, daß sie sparen und auf manches verzichten müssen, um sich selbst und ihren Kindern eine bessere Zukunft bereiten zu können, genau so werden wir umso mehr Verständnis für eine Politik der Sparsamkeit und der Stabilität erwarten können, wenn wir klarzumachen vermögen, daß die Maßnahmen, die wir heute beschließen, nicht nur den Erfordernissen der Gegenwart entspringen, sondern

daß sie für die Zukunft gedacht sind, in der sie ihre Früchte tragen werden.

Ich begrüße es daher, daß wir mit der Aktion 20 dieses Denken an die Zukunft, diese Verpflichtung, nicht nur in den Tag hineinzuleben, sondern langfristige Konzepte zu entwickeln, institutionalisiert haben. - Als Generalsekretär der Partei freut es mich besonders, daß wir morgen in sechs Arbeitskreisen mit hervorragenden Wissenschaftlern des In- und Auslandes über die Zukunft dieses Landes, über die Zukunft unserer Politik und über die Hilfe, die uns die Wissenschaftler dabei zu gewähren vermögen, diskutieren werden.

Ich weiß, daß dies ein Experiment ist, ich weiß, daß wir damit Neuland betreten. So schwierig aber die Anfänge auch sein mögen - ich bin überzeugt davon, daß dieser Weg richtig ist und daß wir ihn weitergehen müssen. Übersehen wir doch nicht, daß letzten Endes jeder von uns, vor allem die jungen Menschen dieses Landes, gleichsam ein Stück unserer Aktion 20 in ihren Herzen und in ihren Gedanken tragen.

In jedem Menschen ist nun einmal die Frage, wie es weitergeht, ebenso wach wie der Wunsch, daß es aufwärts- und vorwärtsgen und daß es ihm besser gehen möge.

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Vor allem aber soll uns diese Aktion 20 ins Bewußtsein rufen, wie unendlich jung dieses Land ist; welche Kräfte in ihm ruhen; Kräfte, die nur warten, geweckt und genützt zu werden. Wir haben dies

gestern hier in dieser Stadthalle erlebt.

Hoher Bundesparteitag! Es ist dies nicht der erste Bundesparteitag, den wir in Wien abhalten. Wir haben einmal in der Inneren Stadt, in der Hofburg, getagt, in der einstigen habsburgischen Residenz, die eine jahrhundertalte Tradition und das abendländische Erbe dieses Landes verkörpert.

Wir haben Parteitage in den Sofienälen, im Konzerthaus abgehalten, zwischen dem Ring und dem Gürtel, in jenen Bezirken und jenen Gebäuden, die mit ihrer Architektur so sehr die kulturellen und die musischen Elemente dieser Stadt verkörpern. Heute sind wir ganz bewußt zum erstenmal in die Bezirke jenseits des Gürtels, an die Peripherie dieser Stadt, gegangen, in diesen modernen Raum, der in seiner Nüchternheit eher an eine Fabrikhalle als an einen Festsaal erinnert und der doch auch ein Stück Österreich verkörpert: das Österreich der Arbeit und der Leistungen, des Planens und des Bauens.

In dieser Stadt hat vor etwa 60 Jahren ein Mann gelebt - es war Karl Kraus -, der dieses Wien und dieses Österreich als eine "Versuchstation für den Weltuntergang" bezeichnete. Heute, zwei Menschenalter danach, heute, 21 Jahre, nachdem dieses Land als ein lebensfähiger Staat aus den Trümmern des zweiten Weltkrieges wiedererstanden ist, elf Jahre, nachdem es durch den Abschluß des Staatsvertrages seine volle Freiheit und Souveränität wiedererlangt hat, und ein halbes Jahr, nachdem es durch die Einführung des Wechselspiels zwischen Regierung und Opposition den Beweis seiner vollen

demokratischen Reife abgelegt hat, haben wir alle Chancen, aus diesem Österreich eine "Versuchsstation für den Aufbau einer neuen und besseren Welt" zu machen.

Das ist die große Aufgabe, die uns gestellt ist. Zu ihrer Erfüllung können die Beratungen und die Beschlüsse dieses 11. ordentlichen Bundesparteitages der Österreichischen Volkspartei einen wesentlichen Beitrag leisten.

Meine lieben Parteifreunde ! Ich komme zum Schluß und kehre zum Ausgangspunkt meines Berichtes zurück, indem ich in Ihrer Erinnerung noch einmal unseren letzten ordentlichen Parteitag vom September 1963 in Klagenfurt wachrufe. Es war am letzten Tag unserer Beratungen. Während in den Wahlkommissionen die Stimmen, die über die Zusammensetzung der neuen Parteiführung entschieden, ausgezählt wurden, referierte unser Freund Dr. Heinrich Drimmel über die Kurzfassung unseres neuen Parteiprogramms, das wir dann als "Klagenfurter Manifest" beschlossen haben. Es war dies ein Akt, dem ich eine gewisse symbolhafte Bedeutung zumessen muß. Er hat dokumentiert, daß es jenseits der Personen und Positionen, die wechseln mögen, eine unvergängliche, sich immer wieder erneuernde Idee gibt, der wir uns alle verpflichtet fühlen. Dr. Drimmel hat in seinem Referat über das Klagenfurter Manifest ein Wort gebraucht, das nicht aus dem Sprachschatz der Ideologie und der Programmatik stammt, sondern aus jenen Bereichen, in denen Lebensweisheit und Herzensgüte zu Hause sind. Er sagte damals: "Kommt, laßt

uns vom Menschen reden. Etwas Lebendiges ist mir lieber als alle Schätze der Welt."

Ich möchte dieses auf dem Klagenfurter Parteitag des Jahres 1963 ausgesprochene Wort heute auf diesem Wiener Parteitag ganz bewußt noch einmal wiederholen: Ja, liebe Freunde, laßt uns vom Menschen reden, laßt uns an den Menschen denken, laßt uns für die Menschen arbeiten, denn das Lebendige ist wertvoller und kostbarer als alle materiellen Güter dieser Erde.

Diesen Menschen wollen wir - und das unterscheidet uns von unserem sozialistischen Gegner - nicht formen. Wir können unsere Aufgabe nur darin sehen, ihm zu dienen und ihm zu helfen, ihn zu schützen und ihn zu fördern. Das Ziel unserer Politik kann daher auch niemals ein ÖVP-Österreich als Alternative zu einem sozialistischen Österreich und eine ÖVP-Gesellschaft als Antwort auf die sozialistische Gesellschaft sein.

Unser unverrückbares Ziel ist und bleibt das rot-weiss-rote Österreich (Beifall), ein Land und eine Gesellschaftsordnung, in der jeder die Freiheit hat, sich nach seinem Gewissen für die bessere Politik, das bessere Programm und die bessere Partei zu entscheiden. Die Aufgabe, die wir zur Erreichung dieses Zieles zu erfüllen haben, ist groß und schön genug. Wir müssen dafür sorgen, daß diese Freiheit der Entscheidung erhalten bleibt; wir haben aber vor allem

in unermüdlicher Arbeit an uns selbst dafür zu sorgen, daß wir die bessere Politik betreiben, das bessere Programm vorlegen und als die bessere Partei in freier demokratischer Wahl bestätigt werden. Dieser Arbeit wollen wir uns, ausgehend von diesem Parteitag, mit ganzer Kraft und voller Zuversicht widmen.

Hinter uns liegt die Bewährungsprobe der ersten Monate, vor uns aber liegen noch die tausend Tage der Regierung Klaus, in denen wir zu verwirklichen haben werden und auch verwirklichen werden, was wir versprochen haben: Eine Politik für alle Österreicher. Wir werden das Vertrauen der Wähler vom 6. März nicht enttäuschen. Wir sind uns der Verantwortung, die uns übertragen wurde, bewußt. Wir scheuen diese Verantwortung nicht.

Ich glaube an die Zukunft dieses Landes, ich glaube an die große Aufgabe die unsere Österreichische Volkspartei bei der Gestaltung dieser Zukunft zu leisten hat. Was mich in dieser Stunde bewegt, kann ich nicht besser ausdrücken als mit den Worten der österreichischen Bundeshymne, mit der wir übermorgen die Beratungen dieses unseres Parteitages beschließen werden:

"Mutig in die neuen Zeiten
frei und gläubig sich uns schreiten,
vielgeliebtes Österreich!"

(Lebhafter anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Nationalrat G l a s e r : Hoher Bundesparteitag! In gewohnt klarer, offener und vor allem sehr verständlicher Sprache hat Generalsekretär Dr. Withalm eine Analyse der politischen Situation in unserem Vaterlande vorgenommen. Ich glaube, jeder von uns wird das, was uns Generalsekretär Dr. Withalm so eindrucksvoll dargelegt hat, in seiner täglichen politischen Arbeit bestens verwerten können. Der Herr Generalsekretär hat uns aber nochmals die schwierigen Situationen und Probleme der letzten drei Jahre vor Augen geführt, uns aber auch den erfolgreichen Aufstieg der erfreulichen Entwicklung unserer Partei nochmals dargestellt.

Verehrte Delegierte! Liebe Parteifreunde und Gesinnungsfreunde! Ich glaube in unser aller Namen sprechen zu können, wenn ich sage: In allen kritischen Situationen war Withalm Turm und Säule dieser Schlacht! (Starker Beifall.) Nicht nur wir, sondern auch unsere politischen Gegner haben ihm ja oft den ehrenden Namen "Motor der Partei" gegeben.

Als ich in den Wochen nach dem 6. März als Parteiobmann meines Heimatlandes Salzburg in Bezirks- und Funktionärskonferenzen unsere Mitarbeiter mit der Situation nach den Wahlen vertraut machte, berichtete ich vor allem auch über das Verhandlungskomitee, dem die schwierige Aufgabe oblag, den Sieg vom 6. März entsprechend zu verwerten. Ich pflegte dabei gerne folgende Sätze zu sprechen: Der Zähigkeit und dem Ideenreichtum eines Dr. Klaus, der politischen Erfahrung und Taktik eines Dr. Maleta und der Dynamik und Ausdauer eines Dr. Withalm haben

die Sozialisten nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen.
(Heuerlicher lebhafter Beifall.)

Wir alle, sehr geehrter Herr Generalsekretär, danken dir heute nicht nur für deinen ausführlichen Rechenschaftsbericht, sondern auch vor allem nochmals für all das, was du für unsere Partei, für unsere gemeinsame Sache und damit für unser Vaterland Österreich gearbeitet, geleistet und geopfert hast. (Neuerlicher Beifall.) Wir verbinden aber mit diesem Dank - verehrte Delegierte, der Dank soll nicht nur im Händeklatschen zum Ausdruck kommen - das Versprechen, daß jeder von uns bemüht sein wird, deinem Beispiel nachzueifern, auf seinem Platz und in seiner Funktion immer und überall seine Pflicht zu erfüllen. Nochmals, verehrter Generalsekretär, besten Dank. Sei der Mitarbeit und Treue aller Mandatäre und Funktionäre der Partei versichert! (Lebhafter Beifall.)

Bevor ich nun den Vorsitz an Herrn Präsidenten Dr. Maleta übergebe, zwei technische Hinweise: 1. Wortmeldungen mögen schriftlich beim Präsidium abgegeben werden. 2. Der Restaurateur ersucht, Essenmarken schon jetzt zu bestellen. Die Mittagspause wird etwa um 13 Uhr beginnen.

Ich darf nunmehr Herrn Präsidenten Maleta den Vorsitz übergeben.

8. Diskussion und Beschlußfassung

Vorsitzender Präsident Dr. Alfred Maleta: Wir gelangen zum 8. Punkt der Tagesordnung: Diskussion und Beschlußfassung. Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete zum Nationalrat Otto Mitterer.

Nationalrat Otto M i t t e r e r : Hoher Parteitag!

Unter dem Druck der Blaulichtlampe und des Folgetonhorns werde ich nur ganz kurz zu einigen Fragen Stellung nehmen. Ich möchte mit dem beginnen, was ich auch im Parlament über die Koalition gesagt habe: daß wir immer mit den Sozialisten reden wollen - wir haben es im Parlament auch bewiesen -, daß es aber kein vorheriges koalitionsgeohntes Njet mehr geben darf, wenn wir eine konstruktive Arbeit leisten wollen.

Ich möchte ein vielleicht heißes Eisen angreifen, das in der letzten Zeit sehr aktuell geworden ist: Ich glaube nicht, daß es die Aufgabe der Wissenschaft sein kann und sein soll, Politik zu machen. Es ist auch nicht Aufgabe der Politiker, wissenschaftliche Ergebnisse zu erarbeiten.

Aber es ist unsere gemeinsame Aufgabe, durch eine Synthese "Wissenschaft und Politik" die neue Stoßrichtung festzulegen. Die Wissenschaft soll beraten, aber die Politik muß und wird entscheiden.

Herr Generalsekretär Dr. Withalm hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir überzeugen und nicht überstimmen sollen. Ich glaube, daß das auch in der eigenen Partei Geltung haben muß und Geltung haben soll. Ob es nun um Statutenfragen oder andere Dinge geht, wir müssen alle unsere Parteifreunde von der Richtigkeit irgendeines Vorschlages, den wir machen, überzeugen, und als letzter Ausweg kann das Überstimmen gelten, aber es soll möglichst wenig erfolgen, damit wir gemeinsam einen Weg eröffnen.

Herr Generalsekretär Dr. Withalm hat weiterhin von den unpopulären Wahrheiten gesprochen, die wir nun vertreten müssen. Es wird sehr viele solcher unpopulärer Wahrheiten geben. Zu diesen unpopulären Wahrheiten wird es gehören, gewisse ökonomische Fragen in der Öffentlichkeit zu vertreten, sie aber auch - und das ist das schwierigere, ja vielleicht viel schwierigere - verständlich zu machen, denn nichts ist schwieriger, als höhere wirtschaftspolitische Fragen zu erklären und zu demonstrieren. Ich glaube aber, meine lieben Parteifreunde, es wird eine Hauptaufgabe der nächsten Jahre sein, daß wir wirtschaftliche Notwendigkeiten populär und verständlich den Menschen nahebringen, damit sie uns verstehen, wenn wir diese oder jene Maßnahme setzen müssen. Eines wird nicht schwer sein, den Menschen nahezubringen, den Österreichern nahezubringen: daß wir zu Europa und nicht zu Asien gehören und daß der Weg der Österreichischen Volkspartei sowie dieses Landes europäisch sein muß und nicht asiatisch sein kann und nicht asiatisch sein wird.

(Beifall.)

Die Sozialisten sind sehr empfindlich gewesen, als ich im Parlament etwas gesagt habe, was ich hier wiederholen möchte, damit wir es hinaustragen, meine Freunde, überall hin, wo wir hinkommen, in jeden Bezirk, in jede Versammlung, in jede Gruppe, daß nämlich so, wie die Regierung Wilson England vertritt und das englische Volk, auch die Regierung Klaus Österreich vertritt und nicht nur eine Partei. (Beifall.) Ich glaube, wir sollen allen, die das vielleicht bezweifeln, sagen: Wenn die Sozialisten und Kommunisten meinen, die Regierung Klaus vertritt nur eine Partei, dann zeigt das die kommunistische Ideologie, die sie noch immer beherrscht, daß nämlich eine Regierung nur eine Partei zu vertreten hat und die Parteipolitik. Eine Regierung ist für das ganze Volk da! Das müssen wir immer wieder einhämmern: Die Regierung Klaus vertritt das ganze Volk, das ganze Österreich, und sie ist für jeden da, ob er nun ein Gegner oder ein Freund sein mag. Wenn das die Menschen einmal erkannt haben, wird es viel leichter sein, neue Freunde zu gewinnen. (Beifall.)

Ich möchte noch zwei Gedanken äußern. Es wurde gesagt, die Sozialisten machen eine Opposition, und sie sollen mehr in die Rolle der Opposition hineinwachsen. Wir haben bei der Generaldebatte über das Budget vergeblich auf konstruktive Pläne und Vorschläge gewartet. Sie haben kein Gegenbudget vorgelegt. Sie haben nur eines getan: Nein gesagt und dasselbe Stück Grund oder dasselbe Stück Tier immer wieder zum Kauf angeboten an 20 Käufer. Unter dem Titel: Die Reichen sollen zahlen!,

wollten sie erreichen, daß alles in den Neidkomplex hineingeht und sie bei der Bevölkerung besser ankommen. Aber auch das, glaube ich, hat die österreichische Bevölkerung sehr genau erkannt.

Darf ich vielleicht noch eine sehr aktuelle Sache streifen. Ich glaube, es wird notwendig sein, daß wir immer wieder unter Beweis stellen, daß wir für Sauberkeit, für Klarheit und für Anständigkeit eintreten, daß wir aber nicht das System der Maffia, sondern das System des Rechtsstaates auch in solchen Fragen beschreiten. (Beifall.)

Nun am Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich doch noch eines deutlich und klar sagen, weil das in einer Partei, die die Mehrheit hat, vielleicht manchmal verlorengehen mag. Eine Partei ist weder ein Kegelklub noch ein Sparverein. Sie ist eine Kampfgemeinschaft, und wir müssen uns bereits jetzt für die nächsten Wahlen zum Kampf stellen. Ich bitte daher alle, daß sie es auch tun, im kleinen und auch im großen Kreis.

Ich darf noch ein kleines Begebnis anführen, und damit möchte ich abschließen. Ich habe bei einer Parade von Jungmännern mit meinem Freund Weißmann zusammen gesehen, wie einem Jungmann übel wurde; er hat angefangen zu wanken. Wir kennen das alle aus unserer Militärzeit. Wenn man so lange stehen muß, wird dem einen oder anderen ein bißchen übel, er kommt irgendwie ins Wanken, er kann aber nicht aus der Organisation ausscheren. Da haben ihn zwei Jungmänner links und rechts untergehakt und haben ihn gehalten und gestützt. Das, meine Damen

und Herren, sollen wir von diesem Parteitag nach Hause nehmen: Wenn einer schwankend werden sollte, dann sollen zwei Kameraden neben ihm stehen, links und rechts, ganz gleich, aus welchem Bund, aus welcher Organisation, die für ihn sind und die sich nicht freuen, wenn er strauchelt oder fällt. Die Kameradschaft wird und muß uns führen zu einer neuen und noch besseren Entwicklung als bisher. (Beifall.)

Ich darf vielleicht mit einem Satz enden. Der Herr Generalsekretär hat ein Dichterwort zitiert. Ich möchte auch ein Wort zitieren, das gerade für die Regierung Klaus gilt, die mit neuen Methoden, mit Mut und Entschlossenheit einer neuen Zukunft entgegenzugehen gewillt ist, ein Wort, das Grillparzer so herrlich niedergeschrieben hat:

Sei mir begrüßt, mein Österreich,

A-uf deinen neuen Wegen.

Es schlägt mein Herz wie immer gleich

Auch heute dir entgegen. (Beifall.)

Vorsitzender Nationalratspräsident Dr. M a l e t a :

Ich bitte um mehr Ruhe und Aufmerksamkeit!

Als nächster zum Wort gelangt der Delgierte Gerhard Ammann, Wien, Jugendbewegung.

Gerhard A m m a n n (Österreichische Jugendbewegung):

Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einer der zentralen Punkte im Wahlprogramm und auch in unseren Parteiprogrammen war und ist das Wohnungsproblem, welches in unterschiedlichem Ausmaß uns alle betrifft. Ich glaube aber, sagen zu können, daß die Jugend davon am meisten betroffen ist, daß die Jugend auch am ärgsten unter der Wohnungsnot leidet. Ein Großteil der jungen Familien verbringt ihr Leben in Klein- und Kleinstwohnungen mit ungenügender Ausstattung, sie sind Opfer der immer intensiver steigenden Wohnungsbeschaffungskosten und der jahrelangen Wartezeiten auf eine Wohnung.

Bis zum Herbst 1965 scheiterte eine Lösung des Wohnungsproblems an der SPÖ, welche in der Lösung des Wohnungsproblems eine Möglichkeit der Durchsetzung ihrer politischen Doktrin der Kollektivisierung sah. Seit dem 6. März tragen aber wir, trägt die ÖVP die Alleinverantwortung für die Lösung des Wohnungsproblems. Wenn es in absehbarer Zeit zu keiner vernünftigen Besserung kommt - eine endgültige Lösung ist ohnehin ein langfristiges Problem -, wird unsere Partei unter der Jugend eine beträchtliche Abwertung erfahren, und das auch mit Recht.

Dazu kommt noch der sehr hohe Anteil der Jungwählerstimmen bei jeder Wahl, denn es ist unbestritten, daß am überzeugenden

Wahlerfolg des 6. März die Jungwähler einen beträchtlichen Anteil hatten. Diesen Anteil zu erhalten, müßte unsere nobelste Aufgabe sein.

Es wurde uns also ein erheblicher Vertrauensvorschuß gegeben, welcher so bald wie möglich eingelöst werden muß. Eine weitere Verzögerung wird von der Jugend bestimmt nicht mehr toleriert.

Die Österreichische Volkspartei befaßte sich ja bereits anlässlich der letzten Semmeringtagung eingehend mit dem Wohnungsproblem. Sie hat auch eine Reihe zielführender Maßnahmen in bezug auf Finanzierung, Subjektförderung - gerade auf die Subjektförderung möchte ich hinweisen, da besonders sie der Jugend helfen kann, zu einer erschwinglichen Wohnung zu kommen - und auch für den Althausbestand vorgeschlagen. Ich glaube, daß es recht und billig ist, im Namen der jungen Menschen unseres Landes die ehestmögliche Verwirklichung dieser Maßnahmen zu verlangen.

Ich bin mir auch durchaus bewußt, daß die angespannte Budgetsituation eine gewisse Beschränkung auferlegt, doch warne ich eindringlich vor einer Verschleppung dieses Problems, das gerade die Jugend angeht.

Noch ein zweites. Es war in letzter Zeit sehr still in der Kausa Wohnung. Informationen waren kaum zu bekommen, und wenn dann nur sehr spärlich. Ich sehe durchaus ein, daß man das Erarbeiten einer Lösung eines so schwierigen und heterogenen Komplexes nicht an die große Glocke hängen kann und auch nicht soll. Doch sollte den Gliederungen der Partei ein Mitspracherecht eingeräumt werden und eine umfassende Information gegeben werden. Ich glaube, daß es nicht zuviel verlangt ist, wenn man die Vertreter der Bünde und der Frauenbewegung und auch die der Jungen Generation in der Volkspartei in die Verhandlungen mit einbezieht (Vorsitzender Präsident Dr. Maleta: Ich bitte etwas um Ruhe und Aufmerksamkeit und die Gespräche in den Couloirs draußen durchzuführen!), wie dies ja auch bei der Erarbeitung des Wohnungskonzeptes der ÖVP voriges Jahr geschehen ist.

Bauen wir also so rasch wie möglich die politischen Bleigewichte, die Sentiments und die Ressentiments in Bezug auf die Wohnbaupolitik ab. Denn eine Neuordnung der Wohnungspolitik ist wie jede echte Sozialreform nicht nur eine Zuständereform, sondern hat auch eine Gesinnungsreform zu sein. Wir dürfen uns in der Wohnungswirtschaft nicht immer nur alles vom Staat erhoffen oder gar verlangen, sondern auch von der eigenen Anstrengung. Dazu gehört vor allem die Bereitschaft, für Wohnraum denjenigen Teil des Einkommens

aufzuwenden, der unserem kulturellen Standard entspricht, Ich glaube, daß die Jugend bewiesen hat, daß sie bereit ist, soviel wie möglich selbst für eine Wohnung zu leisten, und wer in den gemeinnützigen Wohnungsunternehmungen und Wohnbauvereinigungen tätig ist, wird bezeugen können, welche Leistung junge Menschen zu erbringen bereit sind, und auch erbringen. Aber allein kann es die Jugend nicht schaffen, und es kann unserer Partei nichts Ärgeres passieren, als daß die Jugend ihr die Lösung des Wohnungsproblems nicht mehr zutraut und dies auch bei den kommenden Wahlen mit dem Stimmzettel klar und deutlich zum Ausdruck bringt. Viel Zeit haben wir mit der Lösung des Wohnungsproblems nicht mehr. Wir müssen der Jugend beweisen, daß die Österreichische Volkspartei fähig und auch willens ist, das Wohnungsproblem so bald als möglich zu lösen.
(Beifall.)

Vorsitzender Nationalratspräsident Dr. M a l e t a :

Zum Wort gemeldet ist der Landeshauptmannstellvertreter
Reinhold Polster, Burgenland.

Landeshauptmannstellvertreter Reinhold P o l s t e r

(Burgenland): Hoher Bundesparteitag! Ich hatte vor, heute vor diesem hohen Forum das Anliegen des Burgenlandes zu vertreten. Ich wollte vor diesem hohen Forum als Bittender oder wenn Sie vielleicht wollen auch als Fordernder namens des Burgenlandes treten, doch die Ausführungen des Herrn Generalsekretärs haben mir diese Rolle erspart. Ich glaube auch feststellen zu dürfen, daß der Beifall, den der hohe Bundesparteitag gerade den Ausführungen über das Burgenland gezollt hat, für uns Burgenländer die Garantie ist, daß das Anliegen der Wiedergewinnung der Mehrheit im Burgenland nicht nur eine burgenländische Sache ist, sondern daß dieses Anliegen durch den Bundesparteitag in jeder Weise unterstützt wird.

Ich glaube, daß auch wir im Burgenland in den letzten zwei Jahren, seit wir die Mehrheit im Lande verloren haben, in härtester Arbeit in der Regierung gewisse Grundlagen geschaffen haben, um diese Mehrheit im Burgenland wieder zurückzugewinnen. Doch bin ich der Meinung, daß ^{das} ~~es~~ nicht nur burgenländische Sache sein kann, sondern daß wir hier vor allem die Unterstützung des Bundes bei der Lösung unserer Probleme brauchen.

Wir haben vor allem Probleme der Strukturpolitik in unserem Lande zu lösen, und ich denke, daß es für ganz Österreich nicht gleichgültig sein kann, wie diese Probleme in einem Grenzland gelöst werden, das derzeit noch immer über 200 km tote Grenze mit kommunistischen Staaten besitzt. Wir haben zu diesen Problemen entsprechende Anträge von der Landesparteileitung des Burgenlandes an den Bundesparteitag eingebracht. Wir Burgenländer vertreten die Ansicht, daß

gerade in diesem Grenzland die Lösung dieser Probleme staatspolitische Notwendigkeiten darstellen. Wenn ich nur einige wenige nenne: die Abwanderung aus den grenznahen Räumen, die agrarische Strukturpolitik, das Problem der Pendler, das Problem der Fernverkehrssteuer, so werden Sie daraus ersehen, in welcher Richtung unsere Intentionen gehen. Wir müssen jetzt - und ich glaube das in Übereinstimmung mit Ihnen feststellen zu können - auf die Versprechungen der Sozialisten in unserem Lande die Taten der ÖVP folgen lassen! (Beifall.) Wir brauchen dabei die Hilfe der Bundesregierung, und ich darf schon hier namens aller Burgenländer unserem Herrn Bundeskanzler vor allem dafür danken, daß er in der letzten Zeit unser Land sehr häufig durch seine Anwesenheit ausgezeichnet hat und damit den Willen nicht nur des Regierungschefs sondern auch des Parteiobermannes der ÖVP bekundet hat, in diesem Lande wieder jene Verhältnisse herzustellen, die das Burgenland früher gehabt hat.

Ich glaube, es kann für ganz Österreich nicht gleichgültig sein, ob im östlichsten Bundesland nahe am Eisernen Vorhang die Optik eine rote ist. Und gerade das Zusammenspiel der Sozialisten mit den Kommunisten bei den letzten Wahlen müßte doch klarmachen, daß diese Optik im östlichsten Bundesland nicht nur für das Burgenland sondern für ganz Österreich eine äußerst schlechte Optik ist. Wir können, wenn wir miteinander an die Lösung unserer Probleme herangehen, zweifellos die Voraussetzungen schaffen, um im Burgenland bei den nächsten Landtagswahlen wiederum eine Mehrheit zu gewinnen und damit auch die Garantie dafür zu geben, daß an der

östlichsten Grenze dieses Österreichs ein Bundesland steht, das genau wie die übrigen weiß, welchen Weg es zu gehen hat, nämlich einen Weg in Freiheit und in Frieden unter Führung der Österreichischen Volkspartei! (Beifall.)

Vorsitzender Nationalratspräsident Dr. M a l e t a :

Ich bitte jetzt nochmals um etwas mehr Ruhe.

Es spricht jetzt unser Alt-Parteiobermann, Altbundeskanzler Dr. Gorbach.

Altbundeskanzler Dr. G o r b a c h (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Hoher Parteitag! Wenn ich als einer der ältesten aktiven Politiker hier das Wort ergreife, so nicht, um eine Präsenz zu beweisen und ein Alibi zu haben, sondern dem Diktat meines Herzens zu entsprechen, das voll ist vorerst einmal von Dank für die, die die Organisation dieses Parteitages gestaltet haben, und dann um auszusprechen, wie sehr ich von den Ausführungen des Herrn Generalsekretärs beeindruckt gewesen bin. Ein erhebender Introitus dieser Veranstaltung, der hier vollen Erfolg für unsere Tagung verspricht. Die Ausführungen bestätigen das Wort: unsere Parteiführung, unsere Regierung Klaus weiß, was sie will, aber - was noch wichtiger erscheint - sie will auch das, was sie weiß, und das erfüllt uns doch in diesen Tagen der Alleinverantwortung mit großer Zuversicht und Stärke für die Zukunft. Der Wille zur Unpopularität, den die jetzige Regierung bewiesen hat, wird es zweifellos im Gefolge haben, daß wir schwere Stunden und Tage vor allem noch im Herbst erleben. Aber wir werden diesen Problemen Herr werden, wenn - wie das heute gesagt wurde - wir einig und geschlossen sind, und ich habe kaum einmal ein Hochgefühl dieser Art gehabt wie in diesen letzten Wochen und Monaten, wo ich sagen kann: geschlossen bis dort hinaus wie kaum einmal, alle für einen und einer für alle! (Beifall.)

ir haben am 6. März - das ist heute schon gesagt worden - ein neues Blatt der Parteigeschichte aufgeschlagen. An uns allen wird es letzten Endes liegen, es mit beglückendem Inhalt zu erfüllen. Das wird uns gelingen, wenn wir uns immer wieder nach dem so oft zitierten Wort des verstorbenen Präsidenten Kennedy richten: Fragen wir nicht immer, was der Staat für uns tun kann, sondern fragen wir, was wir für unser Vaterland Österreich tun können! (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident Dr. M a l e t a : Ich danke unserem Ehrenparteiobmann Altkanzler Dr. Gorbach für seine Worte, die er an uns gerichtet hat. Der Applaus am Schluß seiner Rede und vorhin, als sein Name genannt wurde, kann wirklich ein ihm/sichtbarer Beweis dafür sein, welchen Respekt und welche Wertschätzung ihm der gesamte Funktionärskörper entgegenbringt. (Neuerlicher Beifall.)

Was Withalm ausführte, was Gorbach unterstrich, beweist eine Tatsache: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor; die Partei ist in sich geschlossen. Sie weiß sich hinsichtlich der Parteiführung in guten Händen. Das ist vielleicht das erhebenste Erlebnis, das wir mit Nach Hause nehmen können. Ich weiß nicht, ob auch der kommende sozialistische Parteitag diese Geschlossenheit aufweisen wird. (Heiterkeit.)

Ich übergeben nunmehr den Vorsitz an Herrn Präsidenten Wallner.

Vorsitzender Präsident Josef W a l l n e r : Verehrte Delegierte! Sie haben nun in der Diskussion zum Rechenschaftsbericht unseres Generalsekretärs Dr. Withalm Stellung genommen. Ich bringe den Bericht daher zur Abstimmung.

Wird jemand gegen den vom Herrn Generalsekretär Withalm gegebenen Bericht? - Erhebt sich jemand der Stimme? - Dies ist nicht der Fall. Ich darf also feststellen: Der Bericht des Herrn Generalsekretärs ist einstimmig angenommen worden. (Lebhafter Beifall.)

9. Bericht der Finanzprüfer

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Wir gelangen nun zum 9. Punkt der Tagesordnung: Bericht der Finanzprüfer. Ich erteile Herrn Vizepräsidenten Josef Otto Krammer das Wort.

Vorsitzender der Finanzprüfer Vizepräsident i.R. Hofrat Josef Otto K r a m m e r : Hoher Bundesparteitag! Verehrte Damen und Herren! Ich habe Ihnen in meiner Eigenschaft als Vorsitzender der Finanzprüfer zu berichten.

Sie haben den Bericht des Herrn Generalsekretärs gehört; dieser Bericht enthielt leider nichts über das Finanzwesen, ich hätte gerne daran angeschlossen. Ich nehme also das, was er gesagt hat, "ad notam".

Sie haben ja auf Grund Ihrer Erfahrungen jedenfalls die Erkenntnis, daß die Bundesparteileitung auf finanziellem Gebiete Ungemeines leisten mußte; das Geld war allerdings nicht sehr dick gesät.

Unsere Prüfung hat ergeben, daß kein Anlaß besteht, irgendeine Bemängelung vorzubringen. Ich darf infolgedessen im Namen der Finanzprüfer den Antrag stellen, der Hohe Bundesparteitag möge der Bundesparteileitung für ihre bisherige Geschäftsführung die Entlastung erteilen. Damit ist mein Bericht zu Ende. (Beifall.)

12 a . Bericht des Finanzausschusses

Vorsitzender Präsident W a l l n e r : Ich danke den Herrn Vizepräsidenten für seinen Bericht. Hierzu hat sich Herr Minister a.D. Graf zum Wort gemeldet.

Bundesminister a.D. Ferdinand G r a f : Hoher Bundesparteitag! Wir verabschieden heute einen Nestor der Partei, der durch 20 Jahre der oberste Finanzprüfer für die Bundesparteilitung, für die Bünde und für die Landesleitungen gewesen ist. Er hat diesen seinen Dienst immer als eine Verpflichtung aufgefaßt. Lieber Herr Präsident! Ich darf dir dafür herzlich danken. Da ich wußte, wie gut du noch beisammen bist, will ich dir ein Reitpferd geben, das dich immer an deine Tätigkeit erinnern soll. Herzlichen Glückwunsch. (Der Redner überreicht dem Geehrten unter dem lebhaften Beifall der Delegierten ein Li-pizäner²-Reitpferd aus Porzellan.)

Vizepräsident i.R. Hofrat K r a m m e r : Verehrte Damen und Herren! Ich bin gerührt, daß man mir zum Abschied ein künstlerisches Geschenk gibt. Ich werde es selbstverständlich noch in Ehren halten.

Da das Geschenk auf Kosten der Bundesparteilitung gemacht wurde, danke ich Ihnen, verehrte Damen und Herren, denn Sie müssen es zahlen. (Heiterkeit.) Bemängeln werde ich aber, daß man es überhaupt gekauft hat. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Präsident Wallner : Der Herr Finanzprüfer hat den Antrag gestellt, unserem Finanzreferenten die Entlastung zu erteilen. Ich darf jene Delegierten, die dem Antrag zustimmen, bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben. - Gegenprobe. - Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Es hat sich noch Herr Minister Graf zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Bundesminister a.D. Graf : Hohes Präsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muß Sie jetzt bitten, Ihre Aufmerksamkeit einem unangenehmeren Teil zuzuwenden. Der Bericht des Herrn Generalsekretärs hat uns heute alle sehr, sehr erfreut. Die kurze Debatte, die einstimmige Annahme, sie sind ein Beweis für den gewaltigen Vertrauensvorschuß, den der Bundesparteitag der Parteiführung entgegenbringt.

Ich habe in dieser Parteiführung das mehr unangenehme als angenehme Geschäft des Finanzreferenten, ich muß Sie damit behelligen. Ich glaube, es geht allen Finanzreferenten gleichgültig in welchen Ländern sie tätig sind, gleich: Nirgends ist genügend Geld vorhanden. Dennoch darf ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, mitteilen, daß sich die Finanzgebarung und die finanziellen Verhältnisse der Partei in vollkommen geordneten Bahnen befinden.

Wir haben den Wahlkampf der Präsidentenwahl 1965, den Wahlkampf 1963 mit gewaltigem Aufwand führen müssen. Ich darf

1210 5

Innen heute mitteilen: die Bundesparteileitung und damit Sie, meine Damen und Herren, sind nirgends Schuldner. Wir sind unseren Verpflichtungen restlos nachgekommen. (Lebhafter Beifall.)

Ich darf erfreulicherweise mitteilen, daß es erstmals gelungen ist, zu erreichen, daß die Bünde ihren finanziellen Verpflichtungen der Partei gegenüber restlos nachgekommen sind.

Ich möchte darauf hinweisen, daß die einzelnen Landesparteileitungen in der Zahlung ihres Parteischillings mit einer einzigen Ausnahme ihren Verpflichtungen restlos nachgekommen sind. All das, meine Damen und Herren, ist auch ein Beweis für die Stärke der Parteiführung.

Ich muß aber noch einige Worte sagen, ob Sie Ihnen nun passen oder nicht. Meine Damen und Herren! Ein herzliches Wort des Dankes an alle, die beigetragen haben, daß wir den Wahlkampf finanziell bestreiten können, vor allem ein herzliches Wort an jene, für die der Schilling ein schwereres Opfer bedeutet als die 100 oder 1000 S aus der vollen Brieftasche. Dieses Wort des Dankes an den Kleinen, der sich gerade bei der letzten Wahl so fleißig eingesetzt hat, glaube ich, sollte auch dieser Parteitag an die Spitze des Dankes stellen. Unsere Leute, ob klein oder groß, sind ihren Verpflichtungen nachgekommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sollten eines nicht übersehen, und zwar den Ausspruch des Herrn Staatssekretärs Rösch. Ich glaube, dieser Ausspruch wird leider schon wieder vergessen. Er ist gerade in Anbetracht der derzeit laufenden Arbeiterkammerwahlen von eminenter Bedeutung. Was sagte damals der Herr Kollege Rösch, den ich von meiner Tätigkeit im Verteidigungsministerium sehr gut kenne? Rösch meinte: Die ÖVP hat hunderttausende Stimmen bekommen, und sie wird alles tun, diese hunderttausende Stimmen nicht mehr zu verlieren. Darüber kann Herr Rösch beruhigt sein. Wir werden alles tun, aber wir dürfen den Kampf um die Betriebe, wir dürfen den Kampf gegen die Sozialistische Partei, den Kampf mit dem sozialistischen Gewerkschaftsbund, den Kampf gegen Kreisky und Genossen nicht

allein unseren Arbeitnehmern überlassen, sondern jede Wahl, gleichgültig, ob sie in der Bauernkammer, in der Arbeiterkammer, in der Hochschülerschaft geschlagen wird, ist eine Wahl der Gesamtpartei. (Beifall.) Wenn sich die Gesamtpartei hier geschlossen hinter den wahlwerbenden Teil stellt, so wird auch diese Wahl gut ausfallen. Diese Feststellung scheint mir notwendig zu sein.

Ich darf bei der Gelegenheit noch folgendes sagen: Es werden immer Vorschläge herangetragen: Das könnte man besser machen, das könnte man so finanzieren, und jenes könnte man so finanzieren. Meine Damen und Herren! Die Finanzierungsfrage ist in allen Ländern umstritten, und wir werden hier nicht als die ersten Kämpfer in die Bresche springen.

Die Amerikaner haben vor wenigen Tagen erst beschlossen, ihre Wahlkosten durch den Wähler finanzieren zu lassen. Wir wissen, daß die Schweden riesige Beträge für den Wahlkampf aufwenden, und wir wissen auch, daß die Deutschen beachtliche Beträge aufwenden. Wir wollen vorläufig versuchen, aus eigener Kraft fertigzuwerden, und ich möchte hier eine klare Feststellung treffen: Meine Damen und Herren! In die Gelder für unseren Wahlkampf in Österreich wurde nie ein ausländischer Groschen hineingesteckt! Es waren österreichische Gelder, die für diesen Wahlkampf verwendet wurden. (Beifall.)

Ich betone das deshalb, weil der Herr Vizekanzler Pittermann erst vor einigen Tagen eine sehr eigenartige Bemerkung gemacht hat, in der er erklärte, die Österreichische Volkspartei

vertritt die Interessen der fremden Ölgesellschaften wohl deshalb, weil sie mit diesen Geldern ihre Wahlen finanziert. Herr Vizekanzler! Ich bin ohne weiteres bereit, die Bücher zu öffnen. Schauen Sie in unsere Bücher hinein, aber lassen Sie uns auch einen Blick in Ihre Bücher von der Arbeiterbank angefangen machen! Wir werden dann vielleicht zu sehr interessanten Feststellungen kommen. (Beifall.) Denn was wir verwalten, untersteht dem Obersten Rechnungshof, was die Sozialisten verwalten, untersteht niemandem als ihrer eigenen Kontrolle, und die ist uns etwas zuwenig. Ich glaube, auch dazu muß einmal ein sehr offenes und klares Wort gesagt werden. (Beifall.)

Als letztes, meine sehr verehrten Freunde: Es ist ja leicht, großzügig zu sein mit fremden Geldern. Was wir an Spenden und Geldern geben, ist ja mühsam erbettelt und mühsam erbeten.

Da kam mir vor einigen Tagen eine ganz andere sehr interessante Aufstellung in die Hand, eine Aufstellung aus der Steiermark, der man entnehmen kann, wie in der Steiermark die Gelder des Gewerkschaftsbundes verwaltet werden. Da erhalten, von der Zuwendung an den Gewerkschaftsbund von 1.5 Millionen Schilling abgesehen, die Naturfreunde der SPÖ 110.000 S, die Kinderfreunde der SPÖ 340.000 S, Kinderland - ei, "Kinderland"!, das klingt so kommunistisch - 110.000 S, Volksheime, Volkshäuser - meine Kärntner Freunde, erinnert euch daran! - 3,7 Millionen Schilling, ARBÖ 60.000 S, Wirtschafts-schule Stifting 500.000 S, ASKÖ noch einmal 900.000 S, Volkshilfe, SPÖ, 700.000 S, Junge Generation, SPÖ, 15.000 S, Arbeiter-Sängerbund 40.000 S und als erstes

Köderlein der Alpenverein 2.000 S (Heiterkeit), und dem Kinderrettungswerk gab man 12.000 S.

Es schien mir notwendig, einmal an Hand von Zahlen klarzulegen, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird.

Abschließend nochmals Dank an alle, vor allem an die Kleinen, aber auch an die Männer der Wirtschaft, die mitgeholfen haben, daß wir die Ausgaben dieser beiden großen Wahlkämpfe bestreiten konnten. Dank an alle, und gehen Sie mit der Überzeugung nach Hause, hier wird eine saubere, anständige und österreichische Buchführung geführt, die keinen Einblick zu scheuen hat.

Wir bereiten heute schon nach den Ausführungen Withalmes den nächsten Wahlkampf vor. Wir haben erstklassiges Menschenmaterial. Aber was nützt dieses erstklassige Menschenmaterial, wenn wir nicht in der Lage sind, diesen Leuten auch das entsprechende Rüstzeug für den Wahlkampf zur Verfügung zu stellen. Meine Aufgabe und die Aufgabe meiner Freunde im Finanzreferat wird es sein, dafür zu sorgen, daß unsere braven Vertrauensleute in Stadt und Land, auf Berg und Tal mit den besten Waffen ausgerüstet werden, um den nächsten Wahlkampf groß, stark und erfolgreich zu schlagen. (Beifall.)

Vorsitzender Präsident Wallner: Ich glaube, im Namen aller Delegierten zu sprechen, wenn ich unserem Finanzreferenten, Minister Graf, für seine Mühen um die Finanzierung und um die unangenehmen Dinge, die ein ständiger Mahner auf sich nehmen muß, den aufrichtigen Dank ausspreche.

Die Entlastung ist bereits erteilt. Wir kommen zum Punkt 10: Bericht der Mandatsprüfungskommission. Ich bitte um den Bericht.

Punkt 10:Bericht der Mandatsprüfungskommission

Berichterstatter Bundesrat Dr. h.c. E c k e r t : Herr Bundesparteiobermann! Hoher Bundesparteitag! Die Mandatsprüfungskommission hat in ordnungsgemäßer Zusammensetzung unter meinem Vorsitz getagt und erstattet Ihnen folgenden Bericht.

Auf Grund der Überprüfung der vorgelegten Delegiertenlisten und der Postaufgabebescheine wurde festgestellt, daß der 11. Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei gemäß §§ 17, 18 des Bundesparteistatuts richtig und in Ordnung einberufen wurde. Gemäß § 18 Abs. 1 lit. a bis i, Abs. 2 lit. a bis c und Abs. 3 wurde die Zusammensetzung überprüft und festgestellt, daß 451 Delegierte mit beschließender Stimme und 127 mit beratender Stimme zur Teilnahme am Bundesparteitag richtig einberufen wurden.

Von den geladenen Delegierten sind anwesend: 361 mit beschließender Stimme und 87 Delegierte mit beratender Stimme. Auf Grund des Überprüfungsergebnisses wird festgestellt, daß der 11. Bundesparteitag unserer Volkspartei statutengemäß einberufen und beschlußfähig ist.

Ich bitte den Hohen Bundesparteitag, diesen Bericht genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Nationalratspräsident W a l l n e r :

Ich danke für den Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Wünscht jemand dazu das Wort? - Es ist dies nicht der Fall.

Somit sind wir am Ende der Vormittagssitzung angelangt. Ich danke noch einmal den Berichterstattern und

den Debatterednern für ihre Beteiligung an den Beratungen und gebe bekannt, daß der Bundesparteitag heute nachmittag pünktlich um 15 Uhr fortgesetzt wird. Den Vorsitz in der Nachmittagsitzung wird Landeshauptmann Wallnhöfer führen.

Die Vormittagssitzung ist geschlossen.

Unterbrechung der Beratungen: 12 Uhr 35 Minuten

Wiederaufnahme der Beratungen: 15 Uhr 10 Minuten

Vorsitzender Landeshauptmann Eduard Wallnöfer:

Sehr geehrte Delegierte! Die Nachmittagsitzung ist eröffnet.

Ich bitte den Vorsitzenden der Antragsprüfungskommission, Herrn Nationalrat Glaser, um seinen Bericht.

11. Bericht der Antragsprüfungskommission

Berichterstatter Nationalrat Karl Glaser: Hoher Bundesparteitag! Als dem von der Antragsprüfungskommission gewählten Vorsitzenden dieser Kommission obliegt es mir, den Bericht der Antragsprüfungskommission zu erstatten.

Aufgabe der Antragsprüfungskommission ist es, die form- und fristgerechte Einbringung aller an den Bundesparteitag gerichteten Anträge festzustellen. Dieser Prüfung haben nach dem einstimmigen Beschluß der Antragsprüfungskommission insgesamt acht Anträge nicht standgehalten: Vier Anträge wurden von nicht antragsberechtigten Organisationen eingebracht, vier Anträge wurden erst lange nach Ablauf der Einbringungsfrist eingereicht; sie mußten daher abgelehnt werden.

Insgesamt wurden 93 Anträge von der Antragsprüfungskommission als form- und fristgerecht eingebracht anerkannt. Sie stammen von folgenden antragsberechtigten Organisationen:

<u>Anträge haben gestellt:</u>	<u>Zahl der Anträge:</u>
die Landesparteilösungen: Burgenland	5
Kärnten	9
Niederösterreich	8
Oberösterreich	7
Steiermark	8
Vorarlberg	9
Wien	19

Frauenbewegung	20
Jugendbewegung	4
Akademikerbund	3
Mieter- und Siedlerbund	1

Zur Vorbereitung dieses Bundesparteitages waren insgesamt drei vorbereitende Ausschüsse eingesetzt, was ja im Laufe des heutigen Vormittages schon berichtet wurde: Finanzausschuß, Statutenausschuß, Politischer Ausschuß.

Die Antragsprüfungskommission hat die 93 vorliegenden Anträge, jeweils dem Inhalt entsprechend, den einzelnen Ausschüssen zugewiesen: einen Antrag sowohl dem Finanzausschuß wie auch dem Statutenausschuß, da sein Inhalt auf beide Ausschüsse Bezug hatte, drei Anträge dem Statutenausschuß und 89 Anträge dem Politischen Ausschuß.

Die vorbereitenden Ausschüsse haben sich mit den ihnen zugewiesenen Anträgen an den Bundesparteitag beschäftigt. Ihre Vorsitzenden werden dem Bundesparteitag darüber berichten.

Es wurde am Vormittag ebenfalls schon mitgeteilt, daß ein entsprechend unterstützter Dringlichkeitsantrag von der Landesparteileitung Wien eingebracht wurde. Dieser Antrag kommt also zu den 93 von mir erwähnten Anträgen noch dazu.

Ich bitte, den Bericht der Antragsprüfungskommission zur Kenntnis zu nehmen beziehungsweise ihn genehmigen zu wollen.

Vorsitzender Landeshauptmann W a l l n ö f e r :

Ich danke dem Vorsitzenden der Antragsprüfungskommission für seinen Bericht.

1510 3

Wir können nun zum Punkt 12 a der Tagesordnung: Bericht des Vorsitzenden des Finanzausschusses. Da aber Minister Graf seinen Bericht schon am Vormittag erstattet hat, schlage ich vor, daß nunmehr Bundesrat Ing. Harramach seinen Bericht bringt. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

12 b : Bericht des Statutenausschusses

Berichterstatter Bundesrat Ing. Rudolf Harramach:

Höher Bundesparteitag! Der Statutenausschuß hat vier Anträge zugewiesen bekommen. Sie finden drei Anträge davon in der Ihnen heute übergebenen Broschüre unter den Nummern 58, 59, 60 auf den Seiten 19 und 20. Der vierte Antrag ist in dieser Broschüre nicht enthalten.

Ich möchte der Reihenfolge nach kurz berichten: Der Antrag mit der Nummer 58 wurde von der österreichischen Frauenbewegung gestellt; er wurde zurückgezogen, steht also nicht mehr zur Diskussion. Ich habe es aber namens des Statutenausschusses übernommen, an Sie alle folgenden Appell zu richten: Sie alle wissen, welche entscheidende Rolle die Frauen bei allen politischen Wahlen - ganz egal, ob es sich um Landtagswahlen, Gemeinderatswahlen oder Nationalratswahlen handelt - spielen. Wir sind der Ansicht - darüber war der Statutenausschuß einhelliger Meinung -, daß wir viel zu wenig Frauen zu Tagungen delegieren und viel zu wenig Frauen auf die Kandidatenlisten für die Wahlen in die gesetzgebenden Körperschaften setzen. Die ÖVP hat zum Beispiel heute im Bundesrat 28 Mitglieder, unter denen sich aber keine einzige Frau befindet. Unter den 25 Mitgliedern des Bundesrates, welche die SPÖ stellt, befinden sich aber 7 Frauen! Sie werden

einschauen, daß das nicht das richtige Verhältnis ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir von den Frauen Österreichs auch in der Zukunft verlangen, daß sie mehrheitlich unsere Partei wählen, dann werden wir ihnen dazu einen Ansporn geben müssen. Wir werden ihnen auch Dank sagen müssen.

Ich richte also an alle verantwortlichen Funktionäre den Appell, in Zukunft bei der Besetzung von Positionen, bei der Aufstellung der Kandidaten mehr der Frauen zu gedenken. (Neuerlicher Beifall.)

Der Antrag 59, der von der Österreichischen Jugendbewegung gestellt worden war, ist zurückgezogen worden; er steht also nicht mehr zur Diskussion.

Der Antrag 60 ist ebenfalls von der Österreichischen Jugendbewegung gestellt worden. Sie hat in diesem Antrag vorgeschlagen, daß in Zukunft die neun Landesobmänner der Jugendbewegung kraft ihres Amtes dem Bundesparteitag als Delegierte mit beschließender Stimme angehören sollen, außer den 20 Delegierten, die sie an sich dem Statute nach hat. Dieser Antrag hat nicht die notwendige Mehrheit im Statutenausschuß gefunden.

Ich möchte Ihnen die Gründe hierfür ganz kurz anführen: Der Statutenausschuß war der Auffassung, daßes Sache der Länder und der Bünde sei, möglichst viele junge Menschen als Delegierte zu entsenden und möglichst viele von ihnen in/Positionen zu bringen, in Nachfolgepositionen, damit der Nachwuchs in unserer Partei gesichert ist. Die Bedeutung der Jugend auf diesem Gebiet werden wir wohl alle erkennen. Wenn wir noch stärker werden wollen, als wir es bisher waren, wird das nur dann gelingen, wenn wir

junge Menschen in entsprechende Nachfolgepositionen bringen, wenn wir die Jugend überall dort heranziehen, wo wir sie erfassen können.

Andererseits müssen wir bedenken, daß das Statut eindeutig ^{Delegierte} regelt, wie viele/jeder Bund zu entsenden hat. Der Statutenausschuß war der Ansicht, daß dieser neue Vorschlag ein Mißverhältnis in der Zahl der Delegierten bringe, weil die Österreichische Jugendbewegung dann 29 Vertreter hätte. Es gibt einen Beispielsfall dafür - doch ich bin nicht der Sprecher der Jugendbewegung, sondern der Sprecher des Statutenausschusses -: die Österreichische Frauenbewegung. Dieser Antrag hat also nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Ich bin als Vorsitzender des Statutenausschusses beauftragt worden, Ihnen vorzuschlagen, diesen Antrag abzulehnen.

Der letzte Antrag, der uns von der Antragsprüfungskommission zugewiesen wurde, stammt von der Landesparteileitung Wien. Er betrifft eine Neufassung der Bestimmungen über das Finanzwesen der Partei. Der Statutenausschuß konnte diesen Antrag nicht erledigen, weil er diese Materie, die Finanzierung der Partei, nicht/behandeln hatte, sondern er hätte ja lediglich eine Abänderung der Statuten vorschlagen können, wenn ihm eine solche Anregung seitens des Finanzausschusses oder des Politischen Ausschusses gegeben worden wäre. Dieser Antrag wurde also vom Statutenausschuß nicht erledigt, sondern den anderen Ausschüssen zugewiesen.

Zum Schluß habe ich mich eines Auftrages zu entledigen, der nicht vom Statutenausschuß, sondern von der Bundesparteileitung stammt. Sie alle haben heute auf Ihren Plätzen einen Antrag vorgefunden, der mich namens der Bundesparteileitung beauftragt, Ihnen einen Vorschlag zu unterbreiten. Ich muß zu meinem Bedauern mitteilen, daß bei der Abfassung dieses Antrages ein kleiner Fehler unterlaufen ist; dieser Antrag ist erst heute früh erstellt worden. Ich möchte Sie bitten, zunächst einmal diesen Fehler auszubessern und erst dann diesen Antrag zur Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag lautet: "Der Bundesparteitag ermächtigt die Bundesparteileitung, in Abänderung des § 37 des Bundesparteiorganisationsstatutes eine Regelung der Aufstellung und Reihung der Kandidaten für die Wahl zum Nationalrat auszuarbeiten, die nach" - und nun ist das Wort "der" zu streichen und das Wort "einstimmig" einzufügen - "einstimmiger Beschlußfassung durch die Bundesparteileitung sofort in Kraft tritt."

Ich nehme an, daß Sie den Antrag alle vor sich liegen und diese Änderung jetzt vorgenommen haben. Darf ich wiederholen: In der vorletzten Zeile ist das Wort "der" vor "Beschlußfassung" in "einstimmiger" umzuändern.

Das ist mein Bericht.

Vorsitzender Landeshauptmann W a l l n ö f e r : Ich danke dem Herrn Bundesrat Harramach für seinen Bericht.

Zum Bericht des Obmannes des Statutenausschusses liegen Wortmeldungen vor. Als erster hat sich Herr Landtagsabgeordneter Dr. Erich Ebert aus Wien gemeldet.

Landtagsabgeordneter Dr. Erich E b e r t (Wien): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Festlegung bzw. Textierung der dem Bundesparteitag vorliegenden Anträge ist beim Antrag Nr. 35 insofern ein Irrtum unterlaufen, als der letzte Absatz, der von der Parteileitung Wien einstimmig beschlossen worden ist, übersehen wurde. Er lautet: "Der Begriff des Wohnungsfehlbestandes nach § 5 des Wohnungsförderungsgesetzes 1954 soll einer Interpretation zugeführt werden, die den echten Bedürfnissen insbesondere der Großstädte bezüglich deren qualitativem und quantitativem Wohnungsfehlbestand entspricht."

Ich darf kurz erläutern, warum dieser Passus hineingenommen wurde. Alle größeren Städte und vor allem Wien haben nicht nur einen quantitativen, sondern auch einen qualitativen Wohnungsfehlbestand. Besonders kraß ist er in Wien. Darf ich Ihnen kurz einige Zahlen mitteilen. In Wien wohnen rund 15.000 Familien mit 4 Personen auf einem Wohnraum, rund 35.000 der Familien mit 4 Personen auf Zimmer-Küche.

Vorsitzender Landeshauptmann W a l l n ö f e r : Herr Abgeordneter, darf ich Sie unterbrechen.

Landtagsabgeordneter Dr. E b e r t : Bitte.

Vorsitzender Landeshauptmann W a l l n ö f e r : Sie sprechen jetzt nicht zum Statutenausschuß....

Landtagsabgeordneter Dr. E b e r t : Ja bitte, ich bin aufgerufen worden!

Vorsitzender Landeshauptmann W a l l n ö f e r : ... und nicht zum Bericht der Antragsprüfungskommission, sondern Sie sprechen zum Politischen Ausschuß... (Widerspruch.)

Landtagsabgeordneter Dr. E b e r t : Nein, nein!

Vorsitzender Landeshauptmann W a l l n ö f e r : Zu einem Bericht, den Herr Minister Schleinzner erst erstatten muß.

Landtagsabgeordneter Dr. E b e r t : Nein, zum Bericht der Antragsprüfungskommission! Bei einem Antrag ist ein Passus, der enthalten war, durch irgendeinen Umstand übersehen worden, und zwar der letzte Absatz, und ich ersuche jetzt, daß dieser letzte Absatz, der übersehen worden ist, wieder dem Antrag zugefügt wird. - Ist das klargestellt?

Vorsitzender Landeshauptmann W a l l n ö f e r : Man versteht nichts.

Landtagsabgeordneter Dr. E b e r t : Ist das klargestellt? Ich spreche also zu einem Antrag, der vorliegt, bei dem aber der letzte Absatz durch irgendeinen Umstand, den ich nicht kenne, übersehen worden ist. Er ist nicht original, so wie er von der Parteileitung Wien eingereicht wurde. Daher bitte ich, daß dieser Absatz, der anscheinend übersehen worden ist, noch hinzugefügt wird.

Vorsitzender Landeshauptmann W a l l n ö f e r : Der Vorsitzende der Antragsprüfungskommission wird sich dann dazu äußern.

Landtagsabgeordneter Dr. E b e r t : Darf ich also fortfahren?

Vorsitzender Landeshauptmann W a l l n ö f e r : Bitte.

Landtagsabgeordneter Dr. E b e r t : Die Begründung, warum dieser Passus hineingenommen wurde, liegt also darin, wie ich schon vorhin gesagt habe, daß nicht nur ein quantitativer, sondern auch ein qualitativer Wohnungsfehlbestand, vor allem in den größeren Städten und besonders in Wien, existent ist, den ich vorhin schon durch einige Zahlen erhärtet habe. Also 15.000 Familien mit 4 Personen wohnen auf einem Wohnraum, 35.000 Familien mit 4 Personen auf Zimmer-Küche, 40 Prozent der Wiener Wohnungen verfügen über keine eigene Wasserleitung und nur etwas mehr als 20 Prozent der Wiener Wohnungen haben ein Badezimmer.

Ich erinnere an die Ausführungen des Herrn, der am Vormittag für die Jugendbewegung gesprochen hat, und ich erinnere daran, daß in mehreren Anträgen, auch aus anderen Bundesländern, das familiengerechte Wohnen in den Vordergrund gestellt wurde. Ich glaube, daß diesen Wünschen Rechnung getragen werden sollte.

Dem Antrag Nr. 35 soll also der letzte Absatz hinzugefügt werden, wie er im Original gelautet hat. Ich werde ihn noch einmal verlesen: "Der Begriff des Wohnungsfehlbestandes nach § 5 des Wohnungsförderungsgesetzes 1954 soll einer Interpretation zugeführt werden, die den echten Bedürfnissen insbesondere der Großstädte bezüglich deren qualitativem und quantitativem Wohnungsfehlbestand entspricht."

Ich danke sehr. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Wallnöfer: Weiters hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Häbl gemeldet.

Bundesrat Ing. Harrach: Zur Geschäftsordnung!

Vorsitzender Landeshauptmann Wallnöfer: Bitte.

Bundesrat Ing. Harrach: Ich würde vorschlagen daß wir die Tagesordnung einhalten. Die Diskussion über die Berichte der Antragsprüfungskommission und der Ausschüsse findet unter Punkt 13 statt. Wir sind immer noch beim Punkt 12. Es fehlt noch der Bericht für den Politischen Ausschuss.

Landtagsabgeordneter Dr. Ebert: Bitte, ich kann nichts dafür.

Vorsitzender Landeshauptmann Wallnöfer: Meine Damen und Herren! Ich bin sehr damit einverstanden, daß auch noch der Bericht für den Politischen Ausschuss erstattet und daß dann die Diskussion unter einem abgeführt wird. Dann werden sich die Dinge nicht überschneiden.

Ich bitte Herrn Bundesminister Schleinzner, als Vorsitzender des Politischen Ausschusses den Bericht zu erstatten, und den Herrn Landeshauptmann Krainer, den Vorsitz zu übernehmen.

Punkt 12 c der Tagesordnung:Bericht des Politischen Ausschusses

Berichterstatter Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Karl

S c h l e i n z e r: Hoher Bundesparteitag! Die Aufgabe, die dem Politischen Ausschuß zur Vorbereitung des 11. ordentlichen Bundesparteitages gestellt war, bestand vor allem in der Erarbeitung von Vorschlägen für Maßnahmen, die im Interesse einer erfolgreichen politischen Aktivität unserer Partei für die Zukunft notwendig erscheinen.

Es fiel außerdem in den Aufgabenbereich des Politischen Ausschusses, sich mit den Personalvorschlägen zu befassen, die für die Neuwahl der Funktionen des Bundesparteiobermannes, des Generalsekretärs und des Finanzreferenten der Österreichischen Volkspartei statutenmäßig zu erstellen sind.

Die Vertretung dieser Personalvorschläge hat Herr Landeshauptmann Dr. Gleißner übernommen. Es wird Sie bestimmt nicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, daß diese Fragen den Politischen Ausschuß vor keinerlei Probleme gestellt haben.

Ferner war es Aufgabe des Politischen Ausschusses, die aus den Organisationen unserer Partei eingegangenen Anträge zum Bundesparteitag zu prüfen und die weitere Behandlung dieser Anträge zu veranlassen.

Ich darf hier betonen, daß die Anträge, die über die Antragsprüfungskommission dem Politischen Ausschuß zugeleitet wurden, ein Zeugnis der lebhaften Anteilnahme der gesamten Partei und ihrer Organisationen am politischen Geschehen und an den heute gestellten Aufgaben sind.

Die Vielfalt der aufgeworfenen Fragen und die Übereinstimmung in der Beurteilung von Schwerpunkten unserer Politik zeigen die Verbundenheit unserer Partei mit allen Kreisen der Bevölkerung, aber auch ihre Einheit als Gesinnungs- und Aktionsgemeinschaft.

Ich werde auf diese Anträge in einem späteren Teil meines Berichtes zurückkommen.

Ich habe schon erwähnt, daß sich der Politische Ausschuß vor allem mit der Beratung von Maßnahmen befaßte, die im Interesse zukünftiger Erfolge unserer Partei ergriffen werden müssen.

Die Zeit bleibt nicht stehen. Die Anforderungen wandeln sich. Sie werden in vielem härter und größer werden. Nichts wäre gefährlicher, als angesichts politischer Erfolge selbstzufrieden zu werden. Im Gegenteil: Wir müssen besonders jetzt selbstkritisch die Frage stellen: Wie können wir unsere Arbeitsmethoden verbessern, wo organisatorisch wirksamere Voraussetzungen für die Erfüllung neuer Aufgaben schaffen?

Der Politische Ausschuß hat sich dabei auf einige Schwerpunkte konzentriert. Sie wurden in sechs Arbeitsgruppen behandelt. Eine Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem Fragenkomplex "Partei und Öffentlichkeit". Diese Arbeitsgruppe stand unter dem Vorsitz von Landeshauptmannstellvertreter Dr. Wenzel.

Mit den Aufgaben der "Politischen Schulung und Bildung" befaßte sich eine zweite Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Dr. Kessler.

Die Behandlung von "Grundsatzfragen der Gesellschaftspolitik" stand auf der Tagesordnung einer weiteren Arbeitsgruppe, deren Vorsitz Frau Stadtrat Martha Weiser aus Salzburg führte.

Mit Fragen der Kommunalpolitik beschäftigte sich die vierte Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Lugger. Hier standen die Probleme der politischen Arbeit in den kleinen Landgemeinden ebenso zur Debatte wie in den Stadt- und Großgemeinden.

Der Politische Ausschuß hielt es aber auch für notwendig, eine besondere Arbeitsgruppe mit dem Thema "Partei und Wissenschaft" zu befassen. Diese Arbeiten standen unter dem Vorsitz unseres unvergeßlichen Landeshauptmannes von Niederösterreich Dipl.-Ing. Eduard Hartmann, der bis zu seinem Ableben, das uns alle so hart getroffen hat, diesen prinzipiellen Fragen sein persönliches Interesse schenkte.

Und schließlich widmete sich eine Arbeitsgruppe unter dem Titel "Partei und Staat" rechtsstaatlichen Problemen von grundsätzlicher Bedeutung. Den Vorsitz führte Landeshauptmann Wallnöfer.

Ich möchte an dieser Stelle allen Mitgliedern des Politischen Ausschusses, aber auch allen Experten und Fachleuten, die in den Arbeitsgruppen mitgearbeitet haben, für ihre Mitarbeit aufrichtig danken. Nur durch diese Form der Zusammenarbeit war es möglich, in der verfügbaren relativ kurzen Zeit eine beträchtliche Zahl wichtiger Fragen zu bearbeiten und zu konkreten Vorschlägen zu kommen. Herzlichen Dank allen Mitgliedern und Mitarbeitern des Politischen Ausschusses! (Beifall.)

Wir haben bei unseren Beratungen eine Reihe von Anträgen erarbeitet, die alle einstimmig beschlossen wurden und deren Annahme durch den Hohen Bundesparteitag ich namens des Politischen Ausschusses beantrage.

Die Delegierten finden die Texte der einzelnen Anträge in ihrer Delegiertenmappe. Ich glaube, daß es im Interesse des Bundesparteitages liegt, wenn ich diese Anträge nicht wörtlich verlese, sondern mich auf eine Kommentierung beschränke.

Ich möchte die Frage: ÖVP-Politik auf wissenschaftlicher Grundlage, voranstellen. Ich stelle diese Frage deshalb voran, weil auf diesem Bundesparteitag das Gespräch zwischen Politik und Wissenschaft im Rahmen der Aktion 20 einen außerordentlich großen Platz einnimmt. Ein ganzer Tag ist diesem Gespräch gewidmet; wir alle werden morgen in sechs Arbeitskreisen nicht nur Zeugen, sondern auch Mitwirkende eines großen Dialoges sein, von dem man heute schon sagen kann, daß wertvolle und neue Initiativen von ihm ausgehen werden.

Eine moderne Partei, die den Aufgaben der kommenden Jahrzehnte gewachsen sein will, muß ihr besonderes Augenmerk darauf ausrichten, ihre Arbeitsmethoden den sich wandelnden Problemen und Anforderungen des öffentlichen Lebens anzupassen.

Es ist unverkennbar, daß die Probleme der Zeit von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in größerem Umfang wissenschaftliche Aufgaben enthalten. Daher ist es notwendig, an die Aufgaben des öffentlichen Lebens in enger Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft heranzugehen, die Erkenntnisse und die tiefere Einsicht der Wissenschaft für die politische Entscheidung im Dienste von Bevölkerung und Staat nutzbar zu machen.

Ich möchte namens des Politischen Ausschusses den Wissenschaftlern danken, die sich für den Dialog und das Gespräch im Rahmen der Aktion 20 zur Verfügung gestellt haben. (Lebhafter Beifall.)

Diese enge Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft muß auf der Grundlage einer klaren Aufgabenteilung vor sich gehen. Politik und Wissenschaft sind weder Alternativen noch Konkurrenten. Die Wissenschaft kann ebensowenig die Aufgaben der Politik erfüllen, wie die Politik die Aufgaben der Wissenschaft zu übernehmen vermag.

Wie im Theoretischen, so muß auch in der täglichen Arbeit klar sein, wer welche Aufgaben zu erfüllen hat, welche Funktion innerhalb der Partei der Aktion 20 zukommt.

Der Politische Ausschuß ist der Auffassung, daß es dem Bundesparteivorstand obliegt, welche Themen von der Aktion 20 bearbeitet und wie diese Unterlagen verwendet werden sollen, und daß die Geschäftsführung der Aktion 20 die erarbeiteten Unterlagen und auch Vorschläge für Themen dem Bundesparteivorstand vorlegen und die sodann erforderlichen Veranlassungen treffen sollte.

In diesem Sinne darf ich Ihnen im Namen des Politischen Ausschusses empfehlen, dem Antrag 9, der sich mit der Aktion 20 beschäftigt, Ihre Zustimmung zu erteilen.

Der zweite Fragenbereich, der den Politischen Ausschuß beschäftigte, betraf die Aufgaben der politischen Bildungsarbeit. So wie die enge Zusammenarbeit von Politik, Wissenschaft und Fachwelt eine wachsende Notwendigkeit der Zukunft darstellt, um die Probleme nach außen hin zu lösen, so ist die Vertiefung der politischen Bildung innerhalb der Partei eine unerläßliche Ergänzung dieser Arbeitsmethode.

Nicht nur in der Politik, sondern in allen Bereichen unseres Lebens wird Bildung immer mehr unser Schicksal. Die

geistige Kraft und das Wissen eines Volkes bestimmen weitgehend über seine Chancen in der Zukunft.

Und die geistige Kraft sowie das Wissen einer Partei, das heißt ihrer Funktionäre, Mitarbeiter und Mandatäre, werden in Zukunft auch für das Schicksal dieser Partei bestimmend sein.

Deshalb hat es der Politische Ausschuß für notwendig erachtet, sich nicht nur mit der wachsenden Bedeutung der politischen Bildung für den Erfolg der Parteiarbeit zu befassen, sondern auch auf diesem Gebiet Arbeitsmethoden und organisatorische Vorkehrungen zu prüfen, um die Bildungsarbeit der Partei zu verbessern.

Wir haben daher Richtlinien für die politische Bildungsarbeit erstellt und beschlossen, die Bundesparteileitung zu ersuchen, diese Richtlinien der innerparteilichen Bildungsarbeit zugrunde zu legen.

Ferner sind wir der Auffassung, daß ein Bundesausschuß für politische Bildung konstruiert werden soll und daß diese Einrichtung durch je einen Landesausschuß für politische Bildung in jedem Bundesland und in jeder Bundesleitung der Bünde ihre Ergänzung finden soll.

Darüber hinaus halten wir die Schaffung eines für den modernen Lehrbetrieb geeigneten Bundesbildungsheimes und - soweit solche noch nicht bestehen - von Parteibildungsheimen in den einzelnen Bundesländern für erforderlich. (Beifall.)

Dies hat der Politische Ausschuß im Antrag Nr. 6 niedergelegt, der Ihnen vorliegt und um dessen Annahme ich Sie hiemit ersuche.

Politik auf wissenschaftlicher Grundlage und verstärkte

politische Bildungsarbeit kennzeichnen den Weg, den wir in der Zukunft einschlagen wollen. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß auch die beste Politik unzureichende Erfolgchancen besitzt, wenn es nicht gelingt, sie der Öffentlichkeit zu erläutern und die Öffentlichkeit von der Wichtigkeit dieser Politik zu überzeugen.

Daher befaßten wir uns in sinnvoller Ergänzung der beiden ersten Schwerpunkte drittens mit dem Fragenkomplex "Partei und Öffentlichkeit".

In ihrem Verhältnis zur Öffentlichkeit legt eine Partei ihre demokratische und politische Bewährungsprobe ab. Die freie öffentliche Meinungsbildung, die sich auf Grund einer intensiven Information entwickelt, ist eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren unseres demokratischen Systems.

In der Demokratie kommt neben dem direkten Kontakt zwischen Wählern und Gewählten der Kontaktpflege über die Massenmedien verschiedenster Art eine immer entscheidendere Bedeutung zu. Diese Kontaktpflege erfordert von seiten des Politikers die Bereitschaft zur Information, aber auch die ~~An~~erkennung konstruktiver Kritik als eine notwendige Entscheidungshilfe.

Alle zur politischen Meinungsbildung Berufenen tragen gemeinsam eine zweifellos sehr hohe Verantwortung für den Grad der demokratischen Reife unseres Gemeinwesens. Die Werbung um öffentliches Vertrauen erfordert eine kontinuierliche und sachgemäße Betreuung der Öffentlichkeitsarbeit; ihr ist nicht nur von der Partei als solcher, sondern auch von allen Vertretern der Partei in der Regierung, im Parlament und in den Landesregierungen, Landtagen und Gemeinden erhöhtes Augenmerk zuzuwenden.

Wir müssen uns eingehend mit der journalistischen Nachwuchspflege beschäftigen. Besondere Bedeutung kommt dem Ausbau des bewährten Sommerpraktikums für Journalisten im Zusammenwirken zwischen dem Pressereferat der Bundesparteileitung, dem Österreichischen Verlag und den bündischen Verlagen zu.

Publizistische Seminare, die der politischen Weiterbildung von Nachwuchsjournalisten und vor allem auch der Ausbildung lokaler Parteifunktionäre für die Betreuung der Lokalpresse dienen, sind ein dringendes Bedürfnis. Die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung dieser Seminare sollen im Zusammenwirken zwischen dem Bundesschulungsreferat und dem Referat für Öffentlichkeitsarbeit ehestens geschaffen werden.

Ich bitte Sie, dem Antrag Nr. 3 in diesem Sinne Ihre Zustimmung zu geben. Das gleiche gilt für den Antrag Nr. 4, der sich mit der Schaffung eines modernen Presserechtes beschäftigt, sowie für den Antrag Nr. 5, der das Rundfunk-Volksbegehren zum Gegenstand hat, das gegenwärtig große Aktualität besitzt.

Ich komme nun zum vierten Bereich, zur Behandlung von Grundsatzfragen der Gesellschaftspolitik. Die Veränderungen in der gesellschaftlichen Struktur sind ein Zeichen unserer Zeit. Eine politische Partei, die sich auch in der Zukunft behaupten will, darf an diesen Veränderungen nicht vorbeigehen. Sie muß ihnen besondere Aufmerksamkeit schenken.

Gesellschaftspolitik ist aber auch Grundsatzpolitik, und zwar in erster Linie. Wir müssen das gesellschaftliche Leitbild unserer Gesinnungsgemeinschaft stets vor Augen haben. Es muß uns Kompaß für unsere Maßnahmen sein, mit denen wir auf die Entwicklung Einfluß nehmen. Fragen der Gesellschaftspolitik

sind - das möchte ich betonen - ein wichtiges Anliegen der Gesamtpartei.

Aus diesem Grunde empfehlen wir der Bundesparteileitung die Schaffung eines Ausschusses für grundsätzliche Fragen der Gesellschaftspolitik. Dieser Ausschuß soll im Auftrage der Parteiführung Gutachten in gesellschaftspolitischen Angelegenheiten erarbeiten und notwendige Entscheidungsgrundlagen im Zusammenwirken mit der Aktion 20 vorbereiten.

In diesem Zusammenhang wurde vom Politischen Ausschuß auch die Zusammenfassung der Sozialeinrichtungen der Österreichischen Volkspartei sowie sonstiger interessierter Organisationen vorgeschlagen. Dazu soll ein "Österreichisches Hilfswerk" gegründet werden, über das der Bundesparteiobmann die Schirmherrschaft übernehmen möge.

Diese Vorschläge finden Sie in den Anträgen Nr. 7 und Nr. 8. Ich bitte Sie, diesen Anträgen Ihre Zustimmung zu geben.

Ich gelange zum fünften Fragenkomplex, zur Kommunalpolitik. Ein Feld, in dem sich unsere politische Arbeit in Zukunft besonders zu bewähren haben wird, ist unserer Meinung nach die Kommunalpolitik.

Die Gemeinde ist das Fundament und die Zelle des demokratischen Aufbaues unseres Bundesstaates. Die wachsenden und vielfältiger werdenden technischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme stellen unsere Mandatäre in den Gemeinden oft vor neue und schwere Aufgaben. Der Tätigkeit unserer Mandatäre und Funktionäre in diesem Bereich kommt daher eine entscheidende Bedeutung zu.

Namens des Politischen Ausschusses beantrage ich daher die Annahme des Antrages Nr. 2, der folgende Fragen behandelt:

1. Errichtung kommunalwissenschaftlicher Forschungsinstitute an den österreichischen Hochschulen;
2. Ausarbeitung eines Kommentars zum kommunalpolitischen Programm der ÖVP und Zuleitung desselben an unsere Gemeindemandatäre;
3. Förderung der Partnerschaft zwischen europäischen Gemeinden aus der Überlegung heraus, daß solche Gemeindepартnerschaften der europäischen Einigung besonders dienlich und förderlich sind.

Schließlich hat sich der Politische Ausschuß in der sechsten Arbeitsgruppe mit der Stellung der politischen Parteien in unserer Zeit befaßt. Die damit zusammenhängenden Fragen wurden wiederholt in der Öffentlichkeit aufgeworfen. Sie bedürfen einer Klärung, wenn auch voreilige Entscheidungen vermieden werden sollen.

Der Politische Ausschuß kam hier zur Auffassung, daß dem Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei die Überprüfung der Möglichkeiten empfohlen werden sollte, die Parteien in der Bundesverfassung in einer Weise zu verankern, die auch der vom Verfassungsgesetzgeber vorausgesetzten staatsrechtlichen Bedeutung der politischen Parteien entspricht.

Es sollen weiters alle jene gesetzlichen Maßnahmen überlegt werden, die das Verhältnis von Staat und Parteien in einer den Grundsätzen des Rechtsstaates entsprechenden Weise regeln.

Ich darf Ihnen im Namen des Politischen Ausschusses auch diesen Antrag - er trägt die Nummer 1 - zur Annahme empfehlen.

Hoher Bundesparteitag! Mit den vorliegenden Anträgen haben wir versucht, eine Reihe wichtiger Probleme in Angriff zu nehmen,

die im Interesse der Festigung unserer demokratischen Lebensordnung und einer weiterhin erfolgreichen Arbeit unserer Partei bewältigt werden müssen. Es gilt, auch die innere Arbeit der Partei der Entwicklung der Zeit anzupassen, nicht stehenzubleiben, nicht selbstzufrieden zu werden, neuen Bewährungsproben und künftigen Gefahren mehr Aufmerksamkeit zu schenken als vergangenen Erfolgen. Meine Parteifreunde! Ich glaube, das ist der sicherste Weg, um als Partei wirklich jung zu bleiben, und ich bin überzeugt: Mit dieser Einstellung werden wir die Zukunft meistern! (Beifall.)

Bei den Beratungen des Politischen Ausschusses ergaben sich verschiedene Fragen, die teils noch offen, teils noch nicht reif für eine Antragstellung an den Bundesparteitag waren. Wir haben daher beschlossen, darüber einen umfangreichen, zusätzlichen schriftlichen Bericht des Politischen Ausschusses direkt an die Bundesparteileitung zu richten und diese zu ersuchen, die weitere Behandlung dieser Fragen durchzuführen beziehungsweise zu veranlassen.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden der Antragsprüfungskommission haben Sie, meine Damen und Herren, erfahren, daß dieses Mal fast doppelt so viele Anträge eingereicht wurden als bei früheren Parteitagen.

Die Antragsprüfungskommission hat dem Politischen Ausschuß alle Anträge zugewiesen, soweit nicht der Finanz- oder der Statutenausschuß zuständig waren. 2 von 89 Anträgen wurden nach der Einbringung und Zuweisung an den Politischen Ausschuß von den antragstellenden Organisationen wieder zurückgezogen.

Sechs Anträge wurden in der Zeit zwischen ihrer Einbringung

und dem Bundesparteitag durch entsprechende Maßnahmen erledigt beziehungsweise überholt. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf Anträge in Verbindung mit dem Abbau der Preisstützungen, dem Finanzausgleich, der Senkung der Mineralölsteuer für Heizzwecke oder dem Personalvertretungsgesetz.

Eine weitere Gruppe von Anträgen konnte vom Politischen Ausschuß nicht klargestellt und entscheidungsreif gemacht werden. Diese Anträge wurden durch einen einstimmigen Beschluß des Politischen Ausschusses dem Klub der ÖVP-Abgeordneten zum Nationalrat beziehungsweise der Bundesparteileitung zur weiteren Behandlung direkt und schriftlich zugewiesen. Mit den in den Delegiertenmappen enthaltenen Anträgen hat sich der Politische Ausschuß sehr eingehend befaßt. Sie geben ein repräsentatives Bild jener Probleme, die unseren Mandataren und Funktionären im politischen Alltag besonders häufig begegnen.

Der Bogen der Anträge ist im Sinne einer echten Volkspartei, die wir ja Gott sei Dank schon seit unserer Gründung sind und nicht erst zu werden brauchen, sehr weit gespannt.

Wen nimmt es daher Wunder, daß sich die der Zahl nach stärkste Gruppe mit Fragen der Steuern und der Finanzverwaltung beschäftigt.

Eine zweite große Gruppe betrifft Probleme der Sozialpolitik.

Die Frauen wird besonders der Antrag auf Schaffung von Halbtagsarbeitsplätzen für Frauen in der Wirtschaft wie auch im öffentlichen Dienst interessieren.

Der dritte große Komplex beschäftigt sich mit Fragen der Wohnungswirtschaft und bringt unter anderem den wiederholten

Wunsch der Bundesländer nach Abgabe der vereinheitlichten Wohnbauförderung in die Kompetenzen der Bundesländer.

Im Rahmen dieser Anträge wurde auch jener Wiener Antrag behandelt, von dem heute hier schon die Rede war und der im Politischen Ausschuß einvernehmlich die Formulierung erfuhr, die in den aufliegenden Anträgen aufscheint.

Der Dringlichkeitsantrag, der in der Delegiertenmappe liegt, wird hier in die Beratung einbezogen, und zwar in der Gruppe jener Anträge, die sich mit der Wohnungswirtschaft beschäftigen.

Verschiedene Anträge überschneiden sich in dem Wunsch nach Änderung sowohl des Arbeiterkammergesetzes als auch des Betriebsrätegesetzes, wobei es vor allem um die Realisierung längst fälliger Wünsche nach Novellierung der Arbeiterkammer- und Betriebsrätewahlordnung geht.

Als ein gesundes Zeichen unserer modernen Zeit möchte ich die Anträge hinsichtlich des Ausbaues der Autobahnen, aber auch die Anträge zur weiteren Förderung des Sports kennzeichnen. Eine Partei der Zukunft muß hier im Zusammenwirken der Länder und der Zentralbehörden unermüdlich im Interesse unserer Jugend und auch unseres Massensports tätig sein.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich jene Anträge, die sich mit der Reinerhaltung unserer Luft und unserer Gewässer befassen, die eine gesetzliche Lärmbekämpfung verlangen und die die Forderung nach einer "Aktivierung der Gesundheitspolitik" oder nach Errichtung eines "Rates für Gesundheitspolitik" vertreten.

Für den Politischen Ausschuß war es eine große Genugtuung, festzustellen, daß auch Fragen der Strukturpolitik eine große

Rolle unter den eingebrachten Anträgen spielten. Hoher Bundesparteitag! Hier liegt eine der großen und entscheidenden Aufgaben unserer Volkspartei. Die Strukturpolitik ist eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben, die wir lösen müssen; nur so werden wir die Probleme auf dem Gebiete der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes zufriedenstellend bereinigen können.

Sie werden es verstehen, wenn ich die angeschnittenen Probleme der Agrarpolitik eher an den Schluß meiner kurzen Beleuchtung der Anträge stelle. Auch hier stehen wir vor großen Strukturproblemen, auch hier stehen Anträge zur Diskussion, und zwar auf dem Gebiet des Grünen Planes, der Verlängerung der Geltungsdauer der Wirtschaftsgesetze, Anträge steuerlicher und sozialer Art, aber auch Vorschläge, wie etwa der Wunsch nach weiterer Entwicklung der landwirtschaftlichen Marktbeobachtung und Marktforschung.

Hoher Bundesparteitag! Lassen Sie mich zum Schluß zwei Anträge nennen, gleichsam als eine Verbeugung vor der Bundeshauptstadt Wien, die ja als Gastgeber für diesen schönen Bundesparteitag fungiert. Wir alle stimmen mit unseren Wiener Parteifreunden darin überein, daß unsere Bundeshauptstadt nicht nur wirtschaftlich und kulturell, sondern auch in europäischer Sicht eine besondere Aufgabe zu erfüllen hat. (Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Der Politische Ausschuß hat die Ihnen vorliegenden Anträge hinsichtlich ihrer weiteren Behandlung eingehend geprüft und beantragt, diese der Bundesparteileitung beziehungsweise dem Klub der ÖVP-Abgeordneten zum Nationalrat zur weiteren Behandlung zuzuweisen.

Ich darf in diesem Zusammenhang feststellen, daß der

weitgespannte Bogen, der in allen Anträgen zum Ausdruck kommt, in der anschließenden Diskussion unseren Delegierten viel Gelegenheit zur Stellungnahme geben wird.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Feststellung treffen: Wir stehen heute zweifellos in einer sehr bedeutenden Periode der Geschichte unserer Partei. Vor uns liegen Jahre, wir hoffen, Jahrzehnte, in denen das Schicksal unseres Vaterlandes zu einem entscheidenden Teil in den Händen von Vertretern unserer Partei liegen wird. Diese Möglichkeit liegt vor uns, nicht nur als Hoffnung, sondern als Realität, und noch mehr: als Auftrag! Dieser Auftrag ist aber auch eine schwere Bürde. Er verpflichtet uns zu höchster Disziplin und zu besonderem Einsatz.

Uns, Hoher Bundesparteitag, für diese Aufgabe zu rüsten, dafür erforderliche Vorarbeiten, organisatorische Vorkehrungen zu treffen, Aufmerksamkeit und Aktivität der Partei von innen her auf diese ihre inneren Aufgaben zu lenken und aus all dem praktische Konsequenzen zu ziehen, dazu wollte der Politische Ausschuß dieses Bundesparteitages einen Beitrag leisten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Landeshauptmann Josef

K r a i n e r : Ich danke dem Herrn Minister Dr. Schleinzner nicht nur für die Berichterstattung dieses umfangreichen Paketes, sondern vor allem auch für die Arbeit, die er persönlich im Politischen Ausschuß geleistet hat.

Wir kommen nun zum

13. Punkt der Tagesordnung:

Diskussion über die Berichte der Austragsprüfungskommission
und der Ausschüsse und Beschlußfassung.

Es haben sich bisher 16 Redner gemeldet. Falls diese 16 Redner je 10 Minuten sprechen, sind hierfür 2 Stunden und 40 Minuten erforderlich. Ich bitte daher, die Redezeit einzuhalten.

Ich mache den Debatteredner, der außer der Tagesordnung zu dem Punkt gesprochen hat, den Abgeordneten Ebert, aufmerksam, daß der Politische Ausschuß einstimmig den Satz, den er als Zusatzantrag gestellt hat, aus dem Antrag Nr. 36 gestellt hat. Dennoch aber hat der Bundesparteitag, wenn ein solcher Antrag gestellt wird, darüber zu befinden, das heißt darüber zu entscheiden. Ich möchte nur bitten, diesen brisanten Sprengstoff nicht noch mehr zu laden. Ich glaube, das ist eine so heikle Sache, die wir nur in wirklich gegenseitigem Verständnis einer echten Lösung zuführen können. Ich würde auch bitten, sich in der Debatte nicht allzusehr zu erhitzen.

Ich gebe als erstem Debattenredner dem Herrn Buchinger das Wort. Ich bitte zu entschuldigen, daß ich die Titel auslasse.

Landtagsabgeordneter Dr. Kurt Buchinger (ÖJB, ^{Nö}Wien):

Hoher Bundesparteitag! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf, um dem Auftrag des Vorsitzenden nachzukommen, mich kurz mit dem Antrag Nr. 60 befassen, den die Österreichische Jugendbewegung eingebracht hat und der vom Statutenausschuß aus mir unerklärlichen Gründen nicht zur Annahme empfohlen wurde.

Die Österreichische Jugendbewegung verlangt in diesem Antrag, daß auch die Landesobmänner der ÖJB zum Bundesparteitag delegiert werden. Es wäre das nur eine Angleichung an die zweite zugehörige Organisation der ÖVP, die Österreichische Frauenbewegung. Auch der Österreichischen Frauenbewegung steht das Recht zu, neben den 20 Delegierten noch die 9 Landesobmänner der Landesfrauen hieher zu entsenden. Ich glaube, daß dies ein berechtigter Wunsch der Österreichischen Jugendbewegung ist, und darf nochmals darauf hinweisen, daß das nur eine Gleichstellung wäre.

Wenn der Generalsekretär Harramach in seiner Begründung gesagt hat, daß es Sache der Länder und der Bünde wäre, hier die Jugend einzubauen, dann kann ich dem nicht ganz zustimmen, denn dann hätte eigentlich auch für die Frauenbewegung dieselbe Argumentation zu gelten. Dem ist aber nicht so. Die Österreichische Volkspartei spricht immer wieder von einer sehr jugendfreundlichen Politik, und ich glaube, daß gerade bei den letzten Wahlen neben den Frauen besonders auch die Junge Generation es gewesen ist, die der Österreichischen Volkspartei zu dieser absoluten Mehrheit verholfen hat. (Zustimmung.)

Ich darf für uns als Funktionäre und Mitglieder dieser österreichischen Jugendbewegung, der Jungen Generation in der

Volkspartei, doch etwas in Anspruch nehmen: daß auch wir durch unsere Aktivität, durch unsere Jugendparlamente und durch unseren Einsatz zu diesem Erfolg beigetragen haben. Ich glaube also, wenn wir eine Partei der Zukunft sein wollen, wie hier Minister Schleinzner gesagt hat, dann müssen wir vor allem auch eine Partei der Jugend sein und dann sollten wir diesem berechtigten Wunsch der Jugendbewegung, der ja nur vorsieht, daß dieses Forum hier um 9 Leute vergrößert wird, nachkommen.

Ich darf Sie daher bitten, diesen Antrag der Österreichischen Jugendbewegung anzunehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r :

Das Wort hat Kollege Ritzinger.

Landtagsabgeordneter Hermann R i t z i n g e r (ÖJB,
Steiermark): Hoher Bundesparteitag! Ich möchte mich auch zum selben Thema wie mein Vorredner Abgeordneter Buchinger namens der Österreichischen Jugendbewegung, der Jungen Generation zum Wort melden. Sie haben gehört, daß die Österreichische Jugendbewegung im Statutenausschuß einen Antrag eingebracht hat, daß gleich wie die Frauenbewegung auch die Österreichische Jugendbewegung die Landesobmänner beim Bundesparteitag als Delegierte erhalten soll. Leider Gottes muß ich sagen, wurde unser Antrag im Statutenausschuß abgelehnt, beziehungsweise wurde den Delegierten empfohlen, diesen Antrag abzulehnen.

Ich darf Sie namens der Österreichischen Jugendbewegung, der Jungen Generation bitten, dieser Empfehlung nicht stattzugeben. Es haben heute bereits im Laufe des Vormittags Kontaktgespräche mit den bündischen Obmännern und mit dem Herrn Generalsekretär Dr. Withalm stattgefunden. Die bündischen Obmänner und

der Herr Generalsekretär Withalm haben auf Grund unseres Gespräches unserem Statutenänderungsantrag zugestimmt. (Beifall.)

Es sind zu diesem Bundesparteitag 450 Delegierte mit beschließender Stimme eingeladen. Hievon entfallen auf die Österreichische Jugendbewegung 20 Fixdelegierte. Man kann also sagen, daß 430 Delegierte sich ohnedies aus den Bünden und aus der Frauenbewegung rekrutieren. Ich glaube kaum, daß, wenn der Österreichischen Jugendbewegung zusätzliche Delegierte gegeben werden, eine wesentliche Strukturänderung erfolgt. Ich bin auch der Meinung, sollte unser Antrag heute hier bei diesem Bundesparteitag abgelehnt werden, so würde man das sicher in der Öffentlichkeit vollkommen falsch verstehen; dies umsomehr, als der Großteil der Österreichischen Jugend eindeutig im Lager der Österreichischen Volkspartei steht. (Beifall.)

Ich darf Sie daher, sehr geehrte Delegierte, namens der Österreichischen Jugendbewegung, der Jungen Generation bitten, diesem Antrag, den wir vorgelegt haben, trotz der negativen Empfehlung durch den Statutenausschuß die Zustimmung zu geben und dieser Änderung im Parteistatut zuzustimmen. Es handelt sich um nichts anderes als einzig und allein um ein Nachziehverfahren und eine Geste für die Österreichische Jugendbewegung und der Jugend Österreichs. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Ich möchte vermerken, daß der Antrag zur Behandlung steht. Wenn aber der Debattenredner von 20 Jugendlichen aus der Jugendbewegung spricht, so können wir ihn überzeugen - das sieht man, wenn man in den Saal hineinblickt -, daß es mindestens 100 sind.

Das Wort hat jetzt Bundesobmann der ÖJB, Dr. König.

Bundesobmann DDr. Friedrich König : Woher

Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Ich war Vertreter der Österreichischen Jugendbewegung im Statutenausschuß. Ich muß Herrn Generalsekretär Bundesrat Harramach das Zeugnis ausstellen, daß er objektiv berichtet hat. Er hat aber vergessen, zu berichten, daß dem Statutenausschuß vom Politischen Ausschuss ein Schulungsstatut übermittelt wurde, das im Statutenausschuß einstimmig zur Annahme durch den Bundesparteitag empfohlen wurde und in dem die Gründung von Schulungsausschüssen nicht nur in den Landesparteilösungen und in den bündischen Leitungen sondern auch in der Frauenbewegung und in der Jugendbewegung vorgesehen wird.

Ich vermisste im Antrag 6 des Politischen Ausschusses die Anführung der Frauenbewegung und der Jugendbewegung. Ich möchte anmerken, daß dies gemäß der Empfehlung des Statutenausschusses ergänzt gehört. Ich habe in einer Rücksprache mit Minister Schleinzner erfahren, daß der Politische Ausschuss hier keinen Einspruch erhebt, sondern dass das nur auf ein Versäumnis zurückzuführen ist. Ich wollte das nur der Ordnung halber berichtigen.

Gestatten Sie mir auch noch ein Wort zur Ablehnung unseres Antrages auf Gleichstellung der Delegierten der Jugendbewegung zum Bundesparteitag mit der Frauenbewegung. Bundesrat Harramach hat in dankenswerter Objektivität gesagt, daß dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat. Ich kann er -
gänzend feststellen, daß auch hier/ⁱⁿ diesem Saale eine Reihe von Vertretern des Statutenausschusses sitzen, die für diesen Antrag gestimmt haben. Ich darf weiter bestätigen, daß im Gespräch

mit den bündischen Obmännern und dem Generalsekretär der Partei eindeutig zum Ausdruck kam, daß man diesem berechtigten Wunsch der ÖJL Verständnis entgegenbringt. Ich kann also nur annehmen, daß im Statutenausschuß deshalb keine diesbezügliche Empfehlung erfolgte, weil man nicht nachhaltig genug informiert war, nicht Gelegenheit hatte, Rücksprache zu halten.

Ich bitte folgendes zu bedenken: Eine Partei, die von sich behauptet, für die Jugend da zu sein, für sie die Zukunft zu gestalten und in der Jungen Generation der ÖVP, in dieser österreichischen Jugendbewegung ein echtes Mitspracherecht dieser Jugend in der Partei zu sichern, muß für diese Worte einstehen. Es wäre nicht einzusehen, warum die Jugendbewegung in dieser Hinsicht gegenüber der Frauenbewegung, die genauso wie sie überbündisch organisiert ist, benachteiligt, ja diskriminiert werden sollte. Man denke an die Wirkung in der Öffentlichkeit, wenn dieser Antrag heute hier abgelehnt wird. Man denke auch daran, daß wir alle - Landeshauptmann Krainer sagte: In diesem Saale sind so viele Junge; Gott sei Dank! - auch bündische Delegierte sind, denn wir alle gehören entsprechend unserem Beruf auch einem Bund an. Es ist die Aufgabe der Jugendbewegung, die jungen Leute in die Bünde hineinzuführen; sie ist eine echte Nachwuchsorganisation.

Wir bitten, für dieses Anliegen Verständnis aufzubringen. Der 6. März hat bewiesen, daß wir unsere Bewegung aufrichtig, ehrlich und erfolgreich vertreten haben; das sollte auch in dieser Hinsicht honoriert werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Wallabauer:

Zum Wort gelangt Dr. Habl. Ich erteile es ihm.

(Wien)

Landesabgeordneter Gemeinderat Dr. Ferdinand Wallabauer:

Hocher Bundesparteitag! Es scheint notwendig zu sein, zur Behandlung der Anträge überhaupt ein deutliches Wort zu sagen. Man muß bedenken, daß in einem Fall gerade der wesentliche Absatz eines Antrages weggelassen wurde. Wir mußten aber auch mit Bedauern feststellen, daß einige Anträge überhaupt nicht vorgelegt wurden.

Ich glaube, es ist Angelegenheit dieses Bundesparteitages, über Anträge zu befinden. Keine Stelle darf vorher irgendwelche Anträge weglassen oder in wesentlichen Zeilen kürzen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir mußten schon beim Bundesparteitag in Klagenfurt darüber Klage führen, daß man die Unterlagen erst beim Eintritt in den Tagungssaal erhalten hatte. Das war heute wieder so. Man hat dann, da ja der Parteitag schon begonnen hat, nur die Wahl, entweder die Unterlagen zu lesen, da kann man aber den Rednern nicht folgen, oder man folgt den Rednern aufmerksam, dann kann man aber nicht die Unterlagen studieren. Man muß dann zu irgend etwas ja oder nein sagen, ohne den Inhalt genau zu kennen. Diese Vorgangsweise halten wir nicht für richtig. (Heuerliche lebhafte Zustimmung.)

Ein Delegierter aus Wien und ein Delegierter aus Vorarlberg haben damals der Erwartung Ausdruck gegeben, daß bei künftigen Parteitagen den Delegierten die Anträge rechtzeitig übermittelt werden. Das entspricht dem Statut und auch der heute hier beschlossenen Geschäftsordnung, im Besonderen dem § 7 Punkt 5.

Ich möchte folgendes einfügen: Um Zeit zu sparen, habe ich es vormittag unterlassen, darauf hinzuweisen, daß sich bei Punkt 4 ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen hat. Denn es soll im Punkt 4 sicherlich heissen: Der Bundesparteivorstand kann die Berufung/einen solchen Vorschlag "vornehmen" - es heisst aber "annehmen".

Ich möchte grundsätzlich festhalten: Wenn jemand fast alle Parteitage mitgemacht hat, dann darf er aus Erfahrung sagen: Niemand braucht Angst zu haben, wenn alle gestellten Anträge dem Parteitag vorgelegt werden. Niemand braucht Angst zu haben, wenn auch über solche Anträge und Gegenstände gesprochen wird, die da und dort als unangenehm oder als heisses Eisen angesehen und empfunden werden. (Neuerlicher Beifall.)

Wer an die Kraft dieser starken, gefestigten österreichischen Volkspartei glaubt, der fürchtet weder die Behandlung von Anträgen noch das eine oder andere Wort der Kritik. Schließlich wird jeder Delegierte zustimmen, wenn wir sagen: Eine Meinung zu haben und sie auch zu äussern, halten wir schon seit 1945 im Staat und in der Partei wieder für erlaubt. (Neuerlicher Beifall.)

Heute lie en dem Parteitag weniger Anträge vor, als seinerzeit eingebracht wurden. Es hiess, das 93 eingereicht wurden. Man muß fragen, wo und auf welchem Weg die fehlenden abhanden gekommen sind. Allein die Wiener beklagen den Verlust von sieben Anträgen. erinnert das nicht ein wenig an Zensur? Ich glaube, wir alle stimmen darin überein, daß man Anträge

nicht ohne jegliche Begründung weglassen kann. Wenn ein bestimmter Antrag hier nicht zur Behandlung kommt, dann ist auch ein Bericht an den Bundespartei-Vorstand oder an die Bundesparteileitung kein Ersatz dafür. Darüber werden sich wahrscheinlich alle Delegierten einig sein. Denn das, was heute den Wienern passiert, kann ein anderes Mal einem anderen Land passieren.

Man darf nicht außer acht lassen, daß hinter jedem Antrag Menschen stehen, Menschen, die glauben, eine Idee zu haben, wie man irgend etwas verbessern oder reformieren könnte. In der Regel sind es Mitarbeiter oder Funktionäre, die solche Anträge stellen. Wenn aber diese Anträge auf dem Bundesparteitag nicht einmal diskutiert, nicht einmal abgelehnt werden, möchte ich sagen, dann verliert der Mitarbeiter natürlich die Freude an der Mitarbeit. Dabei sind wir doch in der Partei in Stadt und Land sehr, sehr angewiesen auf unsere tausende und abertausende Mitarbeiter, welche die Parteiarbeit auch dann tragen, wenn nicht gerade Wahlzeiten sind. In dieser Beziehung, aber auch im Hinblick auf einen anderen Antrag darf man wohl sagen: Es hat vielleicht dann und wann einen Mangel an ständigen Mitarbeitern gegeben, aber einen Mangel an Kandidaten hat die ÖVP noch nie gehabt. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir halten es daher nicht für notwendig, noch einmal einen Anstoß zu geben, damit die gestellten Anträge statuten- und geschäftsordnungsgegemäß behandelt werden. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Ich darf versichern, daß keine Zensur vorgenommen wurde. Wohl aber mußte eine Reihe von Anträgen vereinzelt werden, weil die betreffenden Anträge, die mehrere Bundesländer stellten, dasselbe Ziel hatten.

Das Wort hat Herr Präsident Dr. Norbert Graf.

Nationalrat Robert Graf (Burgenland): Ich muß zuerst klarstellen, damit ich mir nicht einen falschen Amtscharakter anmaße: Ich bin leider nicht Doktor.

Meine Damen und Herren! Darf ich einige Worte zur Strukturpolitik sagen. Ich möchte voranstellen, daß meine burgenländischen Freunde und ich im heurigen sehr bitteren Sommer, mehr der Not gehorchend, als dem eigenen Triebe, Studien über das Nichtvorhandensein strukturpolitischer Maßnahmen anstellen konnten. Ich darf Sie an die Ereignisse im Raum Tauchen-Pinkafeld erinnern, wo wir es als sehr schmerzlich empfunden haben, daß in den letzten 20 Jahren kaum strukturpolitische Maßnahmen gesetzt wurden. Im letzten Dezennium hat es die schon lethargische Koalition verhindert, daß entsprechende Maßnahmen gesetzt werden konnten.

Es ist eine der großen Aufgaben der monokoloren Regierung, hier Wandel zu schaffen. Schlecht strukturierte Gebiete werden zwangsläufig die Wirtschaft von ganz Österreich beeinflussen. Die Österreichische Volkspartei hat hier die Möglichkeit, weit über das Interessengebiet der einzelnen Bünde hinaus zu agieren, denn die Strukturpolitik dürfte sich in Zukunft als jenes Mittel erweisen, das Krisen verschiedener Natur - soziologischer, geopolitischer und auch sozialer Natur - ausschließen kann, wenn man es entsprechend gebraucht.

Ich darf auf einen Artikel des hier anwesenden Prof. Dr. Koren hinweisen, der sich darin sehr ausführlich mit dem Wesen der Strukturpolitik bzw. mit dem Nichtvorhandensein einer solchen beschäftigt hat. Ich glaube aber, daß die Vergangenheit auch schuld daran war, daß die Sektion V nicht so agieren konnte, wie wir uns das in dieser Richtung gewünscht hätten.

Alle Institutionen unserer Partei, angefangen von der Regierung und dem Nationalratsklub, haben die ernste Verpflichtung, dieser Strukturpolitik ein besonderes Augenmerk zu widmen, weil hier der Schlüssel für die Lösung der verschiedenen Probleme zu liegen scheint. Ich glaube aber, daß man aus dem Gespräch herauskommen und auch zu Taten gelangen müßte. Wenn man von Strukturpolitik redet, sollte man Gebiete mit schlechter Wirtschaftsstruktur beispielsweise von der Fernverkehrssteuer ausnehmen und vor allem - das ist, glaube ich, eine der hauptsächlichsten Bremsen gewesen - per sofort die Vergabe von ERP-Krediten ändern. Die bisherige Gestion hat darin gegipfelt, daß man gut strukturierten Gebieten viele und schlecht strukturierten Gebieten fast keine ERP-Kredite gab. Das mag vielleicht nach dem Einmaleins der normalen Betrachtung richtig sein. Es ist aber sicher ein strukturpolitischer Anachronismus, wenn man nicht versucht, Gebiete mit schlechter Struktur besser zu gestalten. Nur wenn man das tut, kann man der Volkswirtschaft jene Impulse verleihen, die sie braucht, um die kühnen Gedankengänge der Aktion 20 zu verwirklichen.

Darf ich, zum Schluß kommend, noch auf einen Aspekt hinweisen. Die geradezu atavistisch anmutenden Wutausbrüche der Sozialisten, wenn es sich um Strukturprobleme handelt, zeigen deutlich, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Wenn die Klaus'sche Idee der Strukturpolitik à la longue durchgeführt werden kann, so ist sicher anzunehmen, daß die Sozialisten ihre politische Suppe nicht dort kochen können, wo wirtschaftliche Krisenherde auftauchen. Meine Kollegen aus dem Burgenland können Ihnen sagen, was man mit Leuten politisch machen kann, wenn sie um Existenz und Arbeitsplatz bangen!

1620 3

Hier ist der Hebel, wo die Volkspartei anzusetzen hat, um eines der großen Probleme ihrer monokoloren Regierung zu lösen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r: Das Wort hat Dr. Jung.

Dr. Hans J u n g (Wien): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich nehme mir entsprechend den Worten unseres Herrn Generalsekretärs die Freiheit, hier die Wahrheit zu sagen, und zwar die reine, wie ich annehme, um irgendwelchen Taschenspielertricks entgegenzuwirken. Ich spreche zu dem Antrag der Bundesparteileitung, der die Delegation des Rechtes der Bundespartei, die Statuten zu ändern, an die Bundesparteileitung vorsieht.

Formell wäre hiezu noch zu bemerken, daß auch einem Antrag der Bundesparteileitung nur der gleiche Rang zukommen kann wie jedem anderen Antrag. (Zustimmung.) Er wäre daher als Dringlichkeitsantrag einzubringen gewesen. Ich nehme aber weiter an, daß angesichts der Anzahl der Mitglieder der Bundesparteileitung die Dringlichkeit bestätigt worden wäre.

Ich muß vorausschicken, daß wir mit einer ähnlichen Delegation in Klagenfurt schlechte Erfahrungen gemacht haben. Heute hat es der Berichterstatte des Statutenausschusses unterlassen, uns über jene Änderungen zu berichten, die der Statutenausschuß auf Grund unserer Delegation vorgenommen hat. Diese Änderungen sind darüber hinaus nicht einmal den Landesparteiorganisationen notifiziert worden. Wir mußten sie dem gedruckten neuen Statut entnehmen, ohne vorher zu wissen, was beschlossen worden war.

Und darin, meine Damen und Herren, sehe ich eine gewisse Gefahr für Ermächtigungen dieser und anderer Art. Nur in Zeiten unseligen Angedenkens haben sich die Parlamente ihrer Hoheitsrechte begeben. Der Bundesparteitag ist das Parlament der ÖVP, eines seiner wichtigsten Hoheitsrechte ist die Beschlußfassung über das Parteistatut. Sie zu delegieren wäre unzweckmäßig und auch undemokratisch. (Zustimmung.)

Wir werden im Arbeitskreis 4 der Aktion 20 markante Kernsätze hören, wie etwa, daß ein demokratischer Rechtsstaat, der in gewissen Bereichen nicht von der Aktivität seiner Bürger getragen ist, der Entwicklung zum Machtstaat anheimfällt und von kollektiven Kräften und anonymen Mächten beherrscht wird. Daran sollten wir auch bei diesem Ermächtigungsantrag denken und uns fragen, ob wir es vor unserem Gewissen verantworten können, derartige Ermächtigungen, deren Meritum unbestritten ist und über das man jederzeit in einem ordnungsgemäßen Organ sprechen kann, zu geben.

Ich beantrage daher die Ablehnung des Antrages der Bundesparteileitung und vorsorglich auch im Sinne des § 4 der Geschäftsordnung die Auszählung der Stimmen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Ich darf dem Antragsteller Dr. Jung sagen, daß die Delegierung des Rechtes zu Statutenänderungen an die Bundesparteileitung deshalb von der Bundesparteileitung beantragt wurde, weil dieses Problem an sich sehr heikel ist. Der Antrag sieht aber die einstimmige Beschlußfassung in der Bundesparteileitung vor, und daher ist ein Mißtrauen gegenüber der Bundesparteileitung nicht am Platz.

Ich bitte aus diesem Grund, den Antrag von Dr. Jung, wenn er nicht zurückgezogen wird, abzulehnen.

Das Wort hat Herr Landtagsabgeordneter Ungar.

Landtagsabgeordneter Hans U n g a r (Salzburg): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag Nr. 6 des Politischen Ausschusses, betreffend die politische Schulung und Bildung. Wenn wir ehrlich sind, müssen wir feststellen, daß hier in unserer Gemeinschaft lange Zeit viel zu wenig unternommen und getan wurde. Oft wurde die politische Schulung und Bildung lediglich der Initiative einzelner überlassen. Seit einigen Jahren dürfen wir hier eine gewisse Besserung feststellen, wenn wir aber auf Grund der erhöhten Verantwortung, die unsere Partei zu tragen hat, den Aufgaben gerecht werden, müssen wir hier in der Zukunft noch viel mehr tun, als das bisher der Fall war. Wir müssen unsere Mitarbeiter und Funktionäre mit dem nötigen geistigen Rüstzeug ausrüsten, denn auch heute gilt wie immer der Grundsatz: Wissen ist Macht. Mehr Wissen würde unseren Mitarbeitern, unseren Funktionären, unseren Leuten in den Betrieben eine größere Sicherheit in der geistigen Auseinandersetzung mit den anders gesinnten oder politisch unentschlossenen Mitbürgern geben, und wir würden mehr Diskussionsfreudigkeit unter unseren Mitarbeitern erreichen.

Wir sind eine Gesinnungs- und Aktionsgemeinschaft, wir sollen gemeinsam Meinungen zu den auftretenden Problemen erarbeiten, und dann aber auch in der Öffentlichkeit eine gemeinsame Sprache sprechen, gleich, von welchem Bund wir kommen. Das werden wir in Zukunft noch mehr tun müssen, und dann wird unsere Geschlossenheit, unsere Einigkeit in der Öffentlichkeit auch noch größere Glaubwürdigkeit herbeiführen.

Ein Beispiel auf diesem Gebiet war auch diese Wahl-Sonderaktion "Orientierung 66". Hier konnten wir tausende

Aktivisten mobilisieren und unsere Meinung in unzähligen Gesprächen ins Volk hineintragen, und der Erfolg hat sich eingestellt.

Wie der Herr Bundesminister Dr. Schleinzner in seinem Bericht schon dargestellt hat, ist es dazu aber notwendig, auch die richtigen Voraussetzungen zu schaffen. Die Schaffung eines modernen geeigneten Bundesschulungsheim^{es} ist wohl eine Notwendigkeit, denn das Schloß Wartholz entspricht in keiner Weise mehr den Anforderungen, die heute an eine solche Einrichtung gestellt werden müssen. Wir werden aber auch darangehen müssen, wirklich in allen Bundesländern Landesbildungsheime oder -schulungsheime zu errichten, und ich habe hier den Eindruck, daß in manchen Bundesländern die Sache noch so mit der linken Hand behandelt wird und daß ihr nicht die wirklich notwendige Aufmerksamkeit zugewendet wird.

Eine weitere Bitte an die Bundesleitung bzw. an das Bundesschulungsreferat ist die, daß hier die notwendigen Unterlagen, jene, die bundeseinheitlich erarbeitet werden können, auch von der Bundesparteileitung bzw. vom Bundesschulungsreferat erarbeitet und zur Verfügung gestellt werden. Das Interesse für politische Schulung und Bildung ist draußen in den Bundesländern zweifellos vorhanden; wir müssen nur den Teilnehmern die Möglichkeit der Teilnahme erleichtern.

Ich möchte dem Finanzreferenten der Partei, Herrn Minister Graf, herzlich danken für seine Aufgeschlossenheit und seine offene Hand, die er für diese Belange bisher erwiesen hat, und ich möchte ihn für die Zukunft bitten, hier wenn irgend möglich noch mehr zu tun.

Eine Arbeitsgruppe des Politischen Ausschusses unter Vorsitz des Herrn Landeshauptmannes Dr. Kessler hat gewisse Richtlinien, sozusagen ein Schulungsstatut erarbeitet. Mein Ersuchen an die Bundesparteileitung geht dahin, die Verwirklichung dieses Anliegens, soweit es irgendwie möglich ist - ich bin mir bewußt, daß hier auch finanzielle Fragen zu lösen sind -, zu erleichtern und dem zu entsprechen.

Meine Bitte an die Delegierten des Bundesparteitages geht dahin, dem Antrag 6 ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Frau Stadtrat Weiser hat das Wort.

Darf ich die Delegierten bitten, von Sonder- und Nebenkongferenzen abzusehen. Die Redner können sich ja sonst nicht durchsetzen, außerdem gibt das kein günstiges Bild.

Stadtrat Martha W e i s e r (Salzburg): Hohes Präsidium! Verehrte Gäste! Liebe Parteifreunde! Im Arbeitskreis des Politischen Ausschusses wurde, wie Sie gehört haben, der Antrag gestellt, einen Ausschuß einzurichten, der gesellschaftspolitische Fragen bearbeiten soll. Es wurde in der Diskussion darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Einsetzung eines solchen Ausschusses etwas sehr Fragwürdiges sei, und manche sind der Meinung, das käme einem Begräbnis erster Klasse gleich. Denn es bestehen bei der Bundesparteileitung x Ausschüsse, ich glaube 20 oder mehr, die alle mehr oder weniger leben oder nicht leben.

Ich sehe mich daher veranlaßt, nochmals auf die Wichtigkeit einer richtigen, echten und lebendigen Gesellschaftspolitik hinzuweisen, einer Gesellschaftspolitik, die eigentlich alles umfaßt,

Wirtschafts-, Sozialpolitik, Familienpolitik, Bildungspolitik. Die Partei steht und fällt mit der Durchführung einer echten Gesellschaftspolitik. Gerade wir, die wir am Rande eines Machtblockes leben, der mit aller Gewalt eine kollektivistische und marxistisch ausgerichtete Gesellschaftsordnung durchsetzt, haben die Verpflichtung, eine nach den Prinzipien des Christentums ausgerichtete Gesellschaftsordnung aufzustellen und zu vertreten, in deren Mittelpunkt der Mensch zu sein hat mit all seinen Rechten, besonders mit dem Recht der unumstößlichen Freiheit des einzelnen Menschen.

Die Partei hat konkrete Möglichkeiten zur Verwirklichung eines echten gesellschaftspolitischen Konzeptes. Notwendig ist es dazu, daß die drei Bünde zusammenarbeiten. Von den anderen wird uns oft vorgeworfen, daß wir eigentlich innerhalb der Partei eine gewisse Zerrissenheit durch die Bünde hätten. Wir pflegen immer zu entgegenen: Das ist gut so - sie machen es uns eh schon nach -, denn bei uns erfolgt der Ausgleich der Interessen innerhalb der Partei. Trotzdem wissen wir alle, wenn wir ehrlich sein wollen, daß der Wille hier ist, daß aber zu seiner Verwirklichung vieles fehlt.

Ich bin daher der Meinung, daß in diesem Ausschuß, der zu gründen ist, vor allem, um es ganz konkret zu sagen, die Herren Präsidenten Maleta, Wallner und Sallinger drinnen zu sitzen haben und, um noch konkreter zu werden, daß dieser Ausschuß nur funktionieren kann, wenn er von höchster Parteiautorität geführt und präsiert wird. Darum möchte ich bitten. Es ist notwendig, daß die drei Bünde Gesellschaftspolitik nicht nebeneinander und schon gar nicht gegeneinander, sondern miteinander

machen. Ich bitte Sie, sich dieser Meinung anzuschließen.

Es gibt heiße Eisen auch innerhalb der Partei, und wenn gesagt wurde, daß es der Regierung gelungen ist, auch unpopuläre heiße Eisen in Angriff zu nehmen, so gibt es auch solche, und sie warten auf ihre Behandlung. Ich darf Sie nur unvollständig und schlagwortartig anführen, jeder von Ihnen könnte sicher noch solche Probleme aufzählen.

1540 1

Eine aktive Familienpolitik auf weite Sicht, Kampf der Nivellierung, zum Beispiel bei der Wohnungsbeihilfe, die konkrete Förderung des freien Unternehmertums in der Wirtschaft und im Bauerntum, eine klare Abgrenzung der Verstaatlichung, endlich eine klare Meinung der ÖVP zum Problem der Gemeinwirtschaft, das wir immer wegschieben und den anderen vollständig überlassen, die Frage der sozialen Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, konkrete Maßnahmen zur Förderung der Leistungsgemeinschaft in den Betrieben, Aus- und Umbau der Paritätischen Kommission nach den neuen Gegebenheiten, die Schaffung eines modernen Arbeitsrechtes, die Anpassung des § 1 des Angestelltengesetzes an die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten, etwa Aufnahme der Facharbeiter in das Angestelltenverhältnis, die vom Burgenland als notwendig betonten strukturalpolitischen Maßnahmen, das Beamtenschutzgesetz, Politik für alle Österreicher. Auch an die Behinderten muß die Partei mehr als bisher denken. Die Rehabilitation ist ⁱⁿ unserem Lande im Vergleich zu anderen europäischen Ländern am Anfang. Der Ausbau der Begünstigungen für Pensionisten, der begonnen wurde, das Denken an die Alten. Die Frage der Kriegsinvalidenrenten muß noch einmal überprüft werden. Die Schaffung des Sozialwerkes, das wir heute für alle durchgeführt haben, die schuldlos aus eigener Kraft ihr Leben nicht bewältigen können.

Hoher Bundesparteitag! Eine Politik für alle Österreicher umfaßt dieses und noch mehr. All das ist Gesellschaftspolitik. Es liegt nun am Präsidium der Bundesparteileitung, es liegt an allen Mitarbeitern in diesem Ausschuß, ob dieses heute

neugeborene Kind von vornherein eine Totgeburt ist, an Auszerrung zugrunde geht oder ob die Partei die echte Chance wahrnimmt, endlich einmal das Konzept einer Gesellschaftspolitik zu erarbeiten. Sie muß konkrete Maßnahmen in Angriff nehmen, sie muß heiße Eisen angreifen. Alle drei Bünde müssen versuchen, diese Maßnahmen tatsächlich durchzusetzen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r :

Bürgermeister Dr. Lugger hat das Wort.

Bürgermeister Dr. Alois Lußner (Tirol) (mit Beifall begrüßt) : Ich möchte zuerst dem Politischen Ausschuss recht herzlich dafür danken, daß er den Fragen der Kommunalpolitik so ausgiebig Gehör gegeben hat. Ich betrachte dies als einen Beweis dafür, daß sich die Österreichische Volkspartei in ihrer Geschlossenheit und Einheit immer mehr und mehr den Problemen der Kommunalpolitik zuwendet und die Bedeutung der Kommunalpolitik für das Ergebnis einer gesunden Gesamtpolitik in unserem Vaterlande immer höher einschätzt.

Ich brauche nicht daran zu erinnern, daß es gerade die Sozialisten waren, die in den letzten Jahren versuchten, mit Hilfe der Kommunalpolitik Staatspolitik zu machen und echte Erfolge zu erzielen.

Wir haben uns im Rahmen der Österreichischen Volkspartei schon vor einigen Jahren ein kommunalpolitisches Programm gegeben, das auch heute jeder Überprüfung standhält. Viele Grundsätze dieses Programms sind in die Gemeindeverfassungsnovelle einbezogen worden - ein Erfolg einer zielsicheren kommunalpolitischen Aufgabenstellung unserer Partei.

Ich möchte daran erinnern, daß wir uns aber gerade in Fragen der Finanzen ebenfalls bemühen müssen, den großen und kleinen Gemeinden das zu geben, was sie benötigen, um fruchtbare Arbeit für den Mitbürger leisten zu können.

Ich will den großen Erfolg anerkennen, der durch den Abschluß eines faktierten Finanzausgleiches vor kurzem erreicht wurde. Ich danke dem Herrn Finanzminister, dem Herrn Landeshauptmann Dr. Gleißner, dem Herrn Nationalrat Grundemann, um nur drei Personen zu nennen, die sich auf diesem Gebiet besonders bemüht haben. (Lebhafter Beifall.)

Der Mengenausgleich bedeutet für die Gemeinden genauso wie für die Länder und den Bund die Sicherheit budgetieren zu können, vorausschauend planen zu können. Man muß den Gemeindepolitikern, ob sie nun im Städtebund oder im Gemeindebund arbeiten, zubilligen, daß sie echte Interessenwahrer ihrer Gemeinwesen sind. Sie haben die objektive Verpflichtung zu sagen, was möglich ist und was nicht möglich ist. Man darf den Kommunalpolitikern dann, wenn sie diese objektive Aufgabe erfüllen, keinen Vorwurf machen, sondern muß ihnen für diese Aufgabe danken.

Die Mitarbeiter der ÖVP im Österreichischen Städtebund haben es als ihre Aufgabe angesehen, an der Einheit dieser Organisation weiterhin mitzuarbeiten, um damit das zu verhindern, was wir nicht wollen, aber um insbesondere für die großen und kleinen Gemeinden positiv wirken zu können. Denn unsere Partei hat in der Zukunft auf diesem Gebiete sogar eine höhere Aufgabe als in der Vergangenheit.

Ich darf aber auch daran erinnern, daß^{sich} die ÖVP mit der Revision eines vor Jahren gefaßten Beschlusses befassen muß, nämlich darin gehend, daß die kommunalen Versorgungsunternehmungen in den bestehenden nationalen und internationalen Organisationen auch durch ÖVP-Funktionäre vertreten sein müssen, eine Realität, der wir uns nicht entziehen dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Dankbar seien wir, daß nunmehr auch an unseren hohen Schulen kommunalwissenschaftliche Institute, wie sie in anderen europäischen Ländern bereits bestehen, errichtet werden. Denn diese kommunalwissenschaftlichen Institute können dem Kommunalpolitiker Richtlinien in die Hand geben, dies gilt insbesondere für die heutige Zeit, in der sich die Gemeindepolitiker Jahr für

1540 5

Jaar vor neue Situationen gestellt sehen, da sich die Kommunalpolitik durch Fortschritte der Technik und der Zivilisation ständig ändert und erweitert. Es ist dies eine schöne Aufgabe, vor der wir stehen.

Wir haben uns im Rahmen der Österreichischen Volkspartei - das hat insbesondere auch der Herr Bundeskanzler im Rahmen der Regierung getan - mit den Fragen der Raumordnung stärker befaßt. Ich möchte bitten, dafür zu sorgen, daß bei der Behandlung all dieser Probleme die Gemeinden miteingeschaltet werden, denn es geht dabei ja immer um den Menschen, um den Mitbürger, der Bürger einer Gemeinde, eines Landes und des Bundes ist. Die menschliche Seite muß bei den Fragen der Raumordnung und Raumplanung besonders durch die Gemeinden vertreten werden, damit nicht ein Selbstzweck entsteht, der mit der Menschlichkeit nichts mehr zu tun hat. Deshalb müssen ^{auf} auch diesen Gebieten die Gemeinden berücksichtigt werden.

Abschließend darf ich der Freude Ausdruck verleihen, daß die Österreichische Volkspartei klar ausgesprochen hat, daß die Gemeinden echte Bausteine im großen europäischen Raum sind, daß sie in der Zukunft dazu beitragen werden, Grenzen zu überwinden und die Menschen zueinander zu führen. Die Partnerschaftsidee - getragen auch von der ÖVP - ist, gerade von Österreich aus gesehen, eine wertvolle und gute Aufgabe, der wir als Kommunalpolitiker unserer Partei gerne unterziehen wollen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Grundemann.

Nationalrat Ernst Grundemann - Falkenberg (Oberösterreich): Hoher Bundesparteitag! Den Worten des Vertreters der Städte darf sich in den Fragen der Kommunalpolitik wohl auch der Vertreter der kleinen Gemeinden anschließen nicht nur deshalb, weil wir der Meinung sind, daß der Kontakt zwischen der Bevölkerung und den Vertretern der Gemeinden ein besonders guter ist, sondern auch aus der Meinung heraus, daß die Aufgaben der Gemeindevertreter heute nicht nur in den Städten sondern auch draußen auf dem Land in der kleinsten Gemeinde einen Umfang und ein Ausmaß annehmen, das wir uns früher niemals hätten vorstellen können. Sie sehen ja auch, meine Damen und Herren, daß vor jeder Wahl die Vertreter der anderen Parteien in den Bemühungen nicht erlahmen, den Marsch ins Dorf anzutreten, daß sie immer und immer wieder versuchen, dort Fuß zu fassen, und daß sie ihre Leute, ihre Kommunalpolitiker nach allen Richtungen zu schulen in der Lage sind.

Wir sind daher der Auffassung, daß die Unterstützung der politischen Bildung, insbesondere die Unterstützung der politischen Schulung nicht nur auf die Stadt beschränkt bleiben darf. ^{Es} Ist dringend notwendig, daß jeder unserer Politiker, auch der kleinste draußen in den Gemeinden, die erforderliche Schulung und Präparierung für seine Aufgaben erhält.

Es sind nicht nur finanzielle Probleme, die uns außerordentlich bewegen, aber natürlich ist das finanzielle Problem wohl eines der bedeutendsten. Ich darf hier meinen Dank dafür abstat-ten, daß es möglich ist, in den nächsten Tagen eine Vorlage für die Regierung über einen paktierten Finanzausgleich auszuarbeiten. Wie schwierig das ist, meine Damen und Herren! Drei Jahre haben,

wir gebraucht, bis wir nunmehr soweit sind, dieses Problem einer Erledigung zuzuführen.

Und hier darf ich ebenso dankbar anerkennen, daß es gerade die Vertreter der Österreichischen Volkspartei waren, die jedes Verständnis für die Aufgaben der Politiker draußen in den Gemeinden aufgebracht haben. Meine Damen und Herren! Die Menschen draußen auf dem Land haben eben auch Wünsche. Sie haben immer wieder das Gefühl der Benachteiligung gegenüber dem Städter. Wir müssen, wenn wir die Bevölkerung draußen auf dem Land erhalten wollen, das möglichste tun - natürlich in dem gegebenen finanziellen Rahmen -, daß diese Wünsche einer Erfüllung zugeführt werden können.

Damit hängt ja auch eines der ganz großen volkswirtschaftlichen Probleme zusammen: Die Abwanderung vom Land in die Stadt nimmt Ausmaße an, die schon mehr als bedenklich sind. Dabei ist Österreich noch gut dran. Sehen Sie sich das einmal in Italien oder in Frankreich an; dort sind bereits ganze Dörfer entvölkert. Die Folge davon ist, daß die Probleme in den Städten außerordentlich anwachsen und der Zustrom der Menschen vom Land in die Stadt mit der Zeit aufzuhören beginnt. Das ist eine der großen Fragen, die wir zu behandeln haben, und dazu bitten wir Sie um Unterstützung.

Wir haben alles Verständnis für die Probleme der Städte, bitten aber um Verständnis dafür, daß auch der Funktionär in den kleinen Gemeinden seine Probleme bewältigen muß.

Ich möchte diese paar Worte damit abschließen, daß ich noch einmal, insbesondere dem Herrn Bundesminister für Finanzen meinen Dank für das Verständnis ausspreche. Wir sind jetzt in der Lage, auf sechs Jahre zu planen. Darf ich Ihnen nur eine

Ziffer nennen - ich schwätze da ein bißchen aus der Schule -: Dieser Finanzausgleich bringt den Gemeinden Österreichs unter Bevorzugung der finanzschwachen Gemeinden in den nächsten sechs Jahren zusätzliche Erträge von rund 800 Millionen Schilling. Das ist eine sehr große Belastung für den Bund, aber eine notwendige Fürsorge für die Angelegenheiten der kleinen Gemeinden. Dafür möchte ich sehr herzlich danken. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Nun erteile ich Herrn Landesrat Dr. Niederl das Wort.

Landesrat Dr. Fritz N i e d e r l , (Steiermark): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Vertreter der Landesparteileitung von Wien haben eine Erweiterung ihres Antrages Nr. 35, betreffend die Reform der Wohnbauförderung dahingehend verlangt, daß die Aufteilung der Wohnbauförderungsmittel in qualitativer Hinsicht unter Berücksichtigung der Großstädte erfolgen soll. Ich bin als Bundesländervertreter selbstverständlich dafür, daß die Interpretation des § 5 des Wohnbauförderungsgesetzes richtig erfolgt.

Ich möchte aber bemerken, daß der qualitative Wohnungsfehlbestand als eine Einheit für Stadt und Land angesehen werden muß. Gerade in den Landgemeinden ist ein riesiger Nachholbedarf vorhanden, und der qualitative Wohnungsfehlbestand ist im Verhältnis zu den Stadtgemeinden ganz gleich. Unsere bäuerliche Bevölkerung haust in einfachster Lebensweise in ihren Wohnungen.

Wenn dieser Absatz dazukommen soll, dann müßte er modifiziert werden. Ich beantrage, daß bei Beurteilung dieses Antrages über den qualitativen Wohnungsfehlbestand Stadt und Land gleich behandelt werden, und darüber hinaus, daß der Teil der Regierungserklärung über die soziale Wohnreform durchgeführt wird. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Ich darf zur Kenntnis bringen, daß Dr. Jung seinen Antrag zurückgezogen hat. Ich danke ihm dafür.

Das Wort hat Herr Kommerzialrat Ernst Schmidt.

Kommerzialrat Ernst S c h m i d t (Wien): Herr Vorsitzender! Hoher Bundesparteitag! Die Worte meines Vorredners machen es mir leicht, zu derselben Sache zu sprechen.

In der Vorwoche hat in Salzburg ein Symposium stattgefunden, das sehr gut besucht war. Es hat sich zur Aufgabe gestellt, die Frage der Erneuerung unserer Städte, Märkte und Dörfer zu behandeln. Von dem sehr umfangreichen Gebiet ist besonders die Frage der Erneuerung des alten Wohnungsbestandes, des verfallenden Wohnungsbestandes zur Sprache gekommen.

An die dort behandelten Fragen knüpft auch der von der Antragsprüfungskommission mysteriöserweise gestrichene Absatz des Antrages der Wiener Landesparteileitung an, der lautet: "Der Begriff des Wohnungsfehlbestandes nach § 5 des Wohnbauförderungsgesetzes 1954 soll einer Interpretation zugeführt werden, die den echten Bedürfnissen insbesondere der Großstädte bezüglich deren qualitativem und quantitativem Wohnungsfehlbestand entspricht."

Zu Ihrer Information darf ich sagen, daß von rund 700.000 Wohnungen in Wien 70 Prozent kleiner als zwei Zimmer sind, und von den daraus resultierenden 490.000 Wohnungen bestehen 250.000 mehr oder weniger aus Zimmer und Küche. Aus diesen Zahlen allein können Sie entnehmen, wie groß der echte Wohnungsfehlbestand in Wien ist.

Ich darf daran anschließen, daß man doch nicht immer, wenn

man schon von einem Wirtschafts- und Wohlstandsgefälle zwischen Ost und West spricht, Wohnung gleich Wohnung setzen kann. Die Wohnungen im Westen bestehen durchschnittlich aus zweieinhalb Zimmern, sie haben sogar mehr als 70 bzw. 75 Quadratmeter, und je weiter man nach Osten kommt, desto kleiner werden sie.

In Wien muß man normalerweise unter einer Wohnung weniger als 40 Quadratmeter verstehen, ja meistens sogar weniger als 30 Quadratmeter.

Ich darf aber auch auf den gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Bundesparteitag als Dringlichkeitsantrag eingebrachten Antrag der Landesparteileitung Wien zu sprechen kommen, wo es heißt: "Der Bundesparteitag möge beschließen, die ÖVP-Abgeordneten zum Nationalrat zu beauftragen, im Nationalrat dafür einzutreten, daß die Mietengesetzgebung, die nach den geltenden Bestimmungen der Verfassung derzeit Bundesangelegenheit ist, in die Kompetenz der Länder überführt wird." Ich weiß, daß es vieler Ländervertretern ein bißchen Kopfschmerzen verursachen wird, daß gerade Wien diesen Antrag einbringt. Aber auch Wien ist eines von den neun Bundesländern, und wir würden uns freuen, wenn wir auf diesem Gebiet zu einer einheitlichen Beschlußfassung kämen.

Ich darf zum Schluß die Bitte aussprechen, die beiden der Landesparteileitung Wien vorgelegten Anträge, insbesondere auch den fehlenden Absatz gemäß § 11 der Geschäftsordnung für den Bundesparteitag einer Einzelabstimmung über Ablehnung oder Annahme zu unterziehen. Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler.

Nationalrat Dr. Kurt F i e d l e r : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche zum Antrag 5 des Politischen Ausschusses. Der Herr Berichterstatter hat uns diesen Antrag kurz interpretiert. Ich glaube aber, daß dazu noch eine kurze Feststellung, aber auch eine Forderung anzuschließen ist. Es war im Jänner dieses Jahres das zweithöchste Forum unserer Partei, der Bundesparteirat, der in seiner Tagung am 20. Jänner eine klare Aussage bezüglich des Volksbegehrens, betreffend die Reform von Rundfunk und Fernsehen, als eines der Wahlziele der Österreichischen Volkspartei festgehalten und ausgesprochen hat. Es war deshalb klar, daß nach dem Wahlerfolg vom 6. März die Österreichische Volkspartei als Antrag Nr. 1 dieses Volksbegehren in Form eines Initiativantrages im neuen Nationalrat eingebracht hat. Nach langandauernden, intensiven und schwierigen Verhandlungen in einem Sonderausschuß wurde es den Unterhändlern der Österreichischen Volkspartei klar, daß die Sozialisten nicht bereit sind, hier gemeinsam einen solchen Reformantrag zu beschließen. Es lag deshalb an uns, des Wählerauftrages gewiß zu sein und diesen in die Tat umzusetzen. Am 6. Juli dieses Jahres hat das Plenum des Nationalrates mehr-

stimmig - auch die Freiheitlichen haben sich entschlossen, diesem Initiativantrag beizutreten - den Gesetzentwurf der Beschlußfassung zugeführt. Wir haben damit klar und offen gesagt, daß das neue Gesetz nicht nur dem Volksbegehren entspricht, sondern auch die Gewähr bieten wird, daß nunmehr im Österreichischen Rundfunk und insbesondere im Fernsehen jene Reformen Platz greifen werden, die seit Jahren vergeblich gefordert und nicht realisiert werden konnten.

Meine Damen und Herren! Das neue Rundfunkgesetz wird nun mit 1. Jänner 1967 in Kraft treten, und hier gilt es, nunmehr vor allem im Fernsehen Ordnung zu schaffen und den dort noch immer befindlichen Augiasstall auszumisten. (Beifall.) In den letzten Wochen und Monaten konnte man aus Zeitungsberichten ersehen, welche Zustände im Fernsehen herrschen, Zustände, die meines Erachtens alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Die einmalige Pascha- und Günstlingswirtschaft, die dort besteht, muß einmal ein Ende finden, und es geht darum, hier reinen Tisch im Fernsehen zu schaffen. (Beifall.)

Ich glaube deshalb, daß man ~~an~~ dem berechtigten Antrag 5 des Politischen Ausschusses auch die klare und eindeutige Forderung zu erheben hat: Die künftigen Maßnahmen seitens des Bundeskanzlers und der Bundesregierung müssen Gewähr bieten, daß mit der heutigen Mißwirtschaft Schluß gemacht und aus dem in der Öffentlichkeit als rot verschrieenem Österreichischen Fernsehen ein rot-weiß-rotes Österreichisches Fernsehen auch wirklich wird. (Beifall.)

1700 3

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Das Wort hat der Vizepräsident Altenburger. Ich erteile es ihm.

Vizepräsident Nationalrat Erwin A l t e n b u r g e r :
Hoher Bundesparteitag! Verehrte Delegierte! In den großen Hinweisen unserer Minister Dr. Scheinzer auf die Verästelung der Partei heute mit allen Teilen der Wirtschaft und des Gesellschaftslebens, glaube ich, ist ein Sektor etwas übersehen worden. Ich möchte ihn umschreiben mit der Schlagzeile "Partei und Gewerkschaft". Es gibt kein Land der freien Welt, wo nicht diese Fragen erörtert und wo die Stellung der Parteien auch hineinspielt in das gewerkschaftliche Leben und deren Interessenvertretung. In Österreich ist es bestimmt nicht anders, und wenn es uns bisher gelungen ist, den Österreichischen Gewerkschaftsbund nicht zum Vollzugsorgan der Opposition werden zu lassen, so ist das erstens dadurch möglich geworden, daß die Regierung, der Bundeskanzler und die Österreichische Volkspartei in ihrer Spitze jene Verbindungen und notwendigen Voraussetzungen der Diskussion offen ließen, die zwischen einer Regierungspartei, die allein die Verantwortung trägt, und einer Gewerkschaftsbewegung in Österreich, die auf diesem Sektor ebenfalls allein eine Verantwortung trägt, geführt werden, und daß im Rahmen der Paritätischen Preis- und Lohnkommission und vielen anderen Gliederungen immer wieder der Versuch unternommen wird, den sozialen Frieden zu erhalten und die sachliche Ebene für diese Diskussion aufrechtzuerhalten. Aber verehrte Delegierte, wir benötigen mehr. Die Auseinandersetzung in den Betrieben vollzieht sich nicht durch die Presse, vollzieht sich nicht allein

auf akademischen Boden, in einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung, die vollzieht sich zumeist von unserer Seite gesehen, als Minderheit gegen absolute Mehrheiten, und die Auseinandersetzung in den Betrieben vollzieht sich nicht sosehr in den rein wirtschaftlichen Fragen, sondern unsere Betriebsräte des ÖAAB und der Fraktion christlicher Gewerkschafter haben den Kampf zu führen für die politische Überzeugung der Österreichischen Volkspartei.

Und darin, verehrte Delegierte, glaube ich, ist ein Boden zu finden: in der Frage der Zusammenarbeit, eines Arbeitskreises und auch des Sprachgebrauches. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß vordringliche sozialpolitische Probleme oder auch Forderungen auf dem Lohn- und Gehaltssektor, die gemeinsam und auch mit Verantwortung unserer Funktionäre in den Betrieben und Dienststellen gestellt werden, dann von Volksparteifunktionären so ausgelegt werden, daß dies politische Forderungen gegen die Regierung und die Partei sind. Das kann doch nicht der gemeinsame Sprachgebrauch sein. Und verstehen Sie die Situation unserer Funktionäre in den Betrieben und in den Dienststellen, die dieser Diskussion Herr werden sollen, denen man sagt: Da seht doch die Österreichische Volkspartei, sie ist gegen alle Forderungen!? Es bedarf dieses Sprachgebrauches in einer Zeit, in der es noch viel dringender ist, uns aneinanderzurücken. Es ist heute nicht schwer, die Sozialisten für Forderungen zu gewinnen; sie fordern gern, weil sie wissen, daß sie die Verantwortung für die Durchführung nicht tragen, und alle Forderungen, die wir heute stellen, stellen

wir an unsere Regierung, an unsere Minister, an unseren Bundeskanzler. Das ist eine andere Situation als im Rahmen einer Koalition, und ich bin überzeugt, manche von den Forderungen der Sozialisten würden nicht gestellt werden, wenn noch eine Koalitionsregierung vorhanden wäre.

Darin liegt doch die politische Schwierigkeit, darin liegt aber auch die Notwendigkeit der Schulung der Betriebsfunktionäre. Man muß sich die Frage stellen, ob man die Gewerkschaftsbewegung verneint oder bejaht. Bejaht man sie, dann kann man nicht einfach sagen: Roter Gewerkschaftsbund! Man muß vielmehr dafür sorgen, daß man so stark ist, daß man im Gewerkschaftsbund seinen Willen durchsetzen kann. Wenn wir uns im Rahmen des Parlaments, im Rahmen unserer parteipolitischen Willensbildung dessen bewußt sind, daß wir der Mehrheit der Wähler bedürfen, dann muß ich fragen, wie Sie sich diese Willensbildung im Rahmen des Gewerkschaftsbundes vorstellen. Wollen Sie als Nichtmitglieder bestimmen? Wollen Sie nicht vielmehr erkennen, daß wir nur durch eine starke Mitgliedschaft und durch eine entsprechende Anzahl von Funktionären im Gewerkschaftsbund, durch die Stärkung unseres Arbeiter- und Angestelltenbundes beziehungsweise der Fraktion christlicher Gewerkschafter die politische Zielsetzung der Volkspartei realisieren können?

Ich möchte Sie daher bitten, einzusehen, daß man im Rahmen der Volkspartei und - das ist mir vollkommen klar - im Rahmen des Gewerkschaftsbundes nicht richtungs-, nicht weisungsgebunden sein kann. Wir können aber doch viele Dinge aufeinander abstimmen. Wer soll denn die Überparteilichkeit des Gewerkschaftsbundes realisieren, wenn nicht eine starke Österreichische Volkspartei, die von den Arbeitern und Angestellten beseelt ist? (Lebhafter Beifall.)

Ich bitte Sie, meine Gedanken in diesem Sinne aufzunehmen. Man möge in den Arbeitskreisen darüber diskutieren,

1710 2

wie man dieses Ziel praktisch erreichen kann, wie man zu brauchbaren Lösungen kommen kann. Ich habe aber die Überzeugung, daß wir nichts oder nicht allzu viel in absolutem Widerspruch zur Geschlossenheit des Gewerkschaftsbundes durchzusetzen in der Lage sind, wenn wir nicht die eigene Partei stärken und den Arbeiter- und Angestelltenbund, die Fraktion christlicher Gewerkschafter in dieser ihrer Aufgabensstellung im Gewerkschaftsbund schützen und verteidigen.

Demnächst wird es bei den Postlern Wahlen geben, wir stehen mitten in Betriebsratswahlen. Ununterbrochen vollziehen sich auf der Betriebsebene Diskussionen. Gesellschaftsveränderungen werden auch nicht die Frage der Betriebsverfassung, auch nicht die Stellung, das Zusammenleben der Arbeitnehmer der verschiedenen politischen Überzeugungen in der gemeinsamen Betriebsstätte ausklammern. Darum haben wir eine große, eine ungeheure Aufgabe. Die Österreichische Volkspartei hat ihre hohen Ziele und Bestrebungen auch auf die betriebliche Ebene auszudehnen. Wir müssen jene, die heute in der vordersten Kampf-front stehen - das sind die Betriebsräte des ÖAAB und der Fraktion christlicher Gewerkschafter - stützen. Wir müssen auch auf diesem Gebiet einen Weg finden, der zeigt: Wir sind einig, wir sind für alle da, unsere Partei ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Volkspartei. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Unser Freund Altenburger hat eine sehr bedeutende Stellung im Gewerkschaftsbund. Wir danken ihm vor allem für seine aufopferungsvolle Arbeit.

Ich habe die Freude, den Vizepräsidenten der Fraktion der christlichen Demokraten Italiens, Herrn Arnoldo Colleselli, herzlichst zu begrüßen. (Lebhafter Beifall.) Der Herr Präsident wird später eine Begrüßungsansprache halten.

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Dr. Hauser.

Nationalrat Dr. Walter Hauser (Wien) : Hoher Bundesparteitag! Wir haben aus dem Munde des Herrn Minister Schleinzer gehört, daß sich eine Arbeitsgruppe des Politischen Ausschusses mit dem Thema "Partei und Wissenschaft" befaßt hat. Wir werden morgen in den Beratungen der Arbeitsgruppen der Aktion 20 den Versuch machen, den Dialog zwischen Wissenschaft und Politik im Rahmen eines Parteitages durchzuführen.

Ich glaube, wir liegen mit dieser unserer modernen Tendenz gut in unserer Bemühung, die Zeichen der Zeit zu verstehen. Es war Talleyrand, der den Satz geprägt hat, daß "Regierung regierend vorausschauen" heißt. Heute gilt es noch mehr als zu seiner Zeit rechtzeitig vor auszuschauen.

Politik kann heute nicht mehr die Reflexion auf tagespolitische Nöte sein. Es muß darum gehen, die Entwicklung in der Zukunft rechtzeitig zu erkennen. Wir brauchen dazu die Wissenschaft, wir brauchen sie gerade deshalb, weil es ja ein Teil der Wissenschaft ist, der die Resonanz des Geschehens in der modernen Zeit bewirkt. Die Überstürzung an neuen technischen Erkenntnissen ist ja eine der Quellen unserer raschlebigen Zeit. Wenn wir also diesen Versuch machen, dann liegen wir unserer Meinung nach in einer Zeittendenz.

Wenn jedoch die Politiker sagen, daß sie die Wissenschaft brauchen, dann müssen sie auch bereit sein, der Wissenschaft jene Mittel zu geben, die sie braucht, um Wissenschaft wirklich fruchtbringend bekunden zu können.

Die Forderung nach mehr Mitteln für die Wissenschaft entspricht daher den Lebensgesetzen unserer Zeit. Wir wissen, daß in unserem Budget die gemeinschaftlichen Bedürfnisse einen immer größeren Raum einnehmen; das ständige Anwachsen der gemeinschaftlichen Bedürfnisse ist ebenfalls ein Kennzeichen unserer Zeit. Ein solches gemeinschaftliches Bedürfnis ist die Unterstützung der Wissenschaft und Forschung zur Produktion neuer Erkenntnisse.

Wenn wir also schon bei der Regierungsbildung des vergangenen Jahres von einem Vorrang für Wissenschaft und Bildung gesprochen haben und den Vorrang dieses Budgetkapitels immer wieder betonen, so entspricht das ebenfalls einer modernen Zeittendenz.

Aber es genügt nicht, hochverehrte Damen und Herren, diesen Vorrang für Wissenschaft und Bildung in Sonntagsreden zu bekunden. Ich möchte daher diese Gelegenheit benutzen, um den Hohen Bundesparteitag, auf eine Maßnahme, die meiner Meinung nach die Regierung zu treffen hätte, aufmerksam zu machen: Die Bereitstellung von mehr Mitteln nur in der Form, daß wir uns bemühen, beim Budgetieren etwa den relativen Anteil dieses Kapitels allmählich zu erhöhen, genügt offenbar nicht mehr. Ich glaube, wir brauchen eine gesetzliche Basis für ein derartiges Bemühen. Es sollte also die Forderung, ein Gesetz zur Förderung der Forschung zu verabschieden, erhoben werden. Dieses Gesetz sollte auf die Regierung und auf das Parlament einen Zwang ausüben, bei der Erstellung des Staatshaushaltes dieses wichtige Gebiet entsprechend zu berücksichtigen.

dieses Gesetz soll aber keinen Zwang auf diejenigen ausüben, die sich im wissenschaftlichen Bereich betätigen. Die Freiheit der Forschung und der Lehre soll durch die Methode des Forschens und seiner Förderung nicht gefährdet sein.

Es wird also notwendig sein, bei einer gesetzlichen Maßnahme auf diesem Gebiete die Autonomie der Wissenschaft zu bewahren. Ich bin jedenfalls der Ansicht, daß eine solche Regelung unter den derzeit obwaltenden innenpolitischen Verhältnissen ohneweiters möglich sein wird. Ich fordere daher die Delegierten zum Bundesparteitag auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, auf unsere Regierung einen Druck auszuüben, endlich einmal ein Gesetz zur Förderung der Forschung auszuarbeiten. Diese Forderung richtet sich an uns, die wir im Parlament tätig sind, aber auch an Sie alle, die Sie in anderen Funktionen auf anderen Sektoren arbeiten. Im Parlament habe ich mich seit 1962 bemüht, mich für dieses Thema zu verwenden. Es hat vier Jahre lang gedauert, bis wir endlich halbwegs in Gespräche über Entwürfe treten konnten. Ich glaube, die Regierung wird tatsächlich gut daran tun, angesichts des Gedankens an das Jahr 1970 schon bald ein solches Gesetz zu verabschieden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Das Wort hat Herr Landesrat Bacher.

Landesrat Herbert B a c h e r (Kärnten): Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Die Öffentlichkeit sieht auf diesen 11. Bundesparteitag und wartet darauf, ob sich die Österreichische Volkspartei, der man am 6. März die absolute Mehrheit gab, in Selbstgefälligkeit ergießt oder ob sie den Wählerinnen und Wählern, ja allen Menschen in unserem Vaterlande, ein konstruktives, zukunftsweisendes Konzept aufzeigt. Der bisherige Verlauf dieses Parteitages läßt den Optimismus zu, daß wir das letztere erwarten können.

Aber es ist eine entscheidende, wenn auch kleiner gewordene Gruppe in unserem Staate, die sich von diesem 11. Bundesparteitag eine Klarstellung erwartet, nämlich die Land- und Forstwirtschaft Österreichs, jener Berufsstand, meine Damen und Herren, der in der Zeit der 20jährigen Koalition weniger an der Aufwärtsentwicklung unseres Vaterlandes und weniger an der Konjunktur Anteil nahm und der sich heute mit einem Lohn zufrieden gibt, der nicht dem Risiko und dem Fleiß dieses Berufsstandes entspricht.

Die Bauern und bäuerlichen Vertreter sind sich dessen bewußt, daß einer Besserstellung ihres Berufsstandes allein über die Preisbildung für die agrarischen, aber auch forstlichen Erzeugnisse Grenzen gesetzt sind. Diese Preisbildung kann nicht allein von der Warte eines nationalen Marktes her beurteilt werden. Umsomehr verdient daher die Seite der Ausgaben und die für die Land- und Forstwirtschaft notwendige Hilfeleistung durch die öffentliche Hand Aufmerksamkeit. Ich weiß, daß es in einer dynamischen Wirtschaft zweifellos unvermeidbar ist, daß Löhne

und Preise eine gewisse Aufwärtsentwicklung haben. Diese Aufwärtsentwicklung darf aber beim bäuerlichen Hof und beim bäuerlichen Fleiß nicht Halt machen. (Zustimmung.)

Die Österreichische Volkspartei, die die Verantwortung in Österreich führend trägt, ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß auch bei der Preisbildung für die agrarischen Erzeugnisse ein angemessenes Äquivalent gefunden wird. Mit Bedacht auf die Struktur unserer Agrarwirtschaft, wo der Klein-, der Mittel- und der Bergbauernbetrieb überwiegt, ist für uns ein Einhalten in der Ausgabenseite viel bedeutsamer oder mindestens ebenso bedeutsam wie die Frage der Preisgestaltung für agrarische und forstliche Erzeugnisse. Mit diesem Standpunkt dienen wir aber auch unserer gesamten Wirtschaft.

Ich darf daher an diesen Hohen Bundesparteitag das Ersuchen richten, daß man den Anliegen unseres Berufsstandes mehr Aufmerksamkeit schenkt. Wir wollen jedoch anerkennend feststellen, daß man bemüht war, bei der Budgeterstellung für 1967 auf die besonderen Verhältnisse der Land- und Forstwirtschaft Rücksicht zu nehmen.

Seien wir uns in verstärktem Maße der wichtigen Funktion, die unser Berufsstand zu erfüllen hat bewußt. Es wäre zu spät, sich dieser vielfältigen Aufgaben, die außerhalb des wirtschaftlichen Bereiches liegen, erst dann zu erinnern, wenn auch in Österreich weite Gebiete unserer vielfältigen Landschaft nicht mehr jener Kulturgarten sind, der mit bäuerlichem Fleiß geschaffen worden ist.

Anknüpfend an eine Feststellung, die der Herr Abgeordnete Mitterer heute vormittag hier getroffen hat, möchte ich abschließend noch eine kurze Bemerkung machen: Ich bekenne mich

auch dazu, daß wir dem Beispiel der Jungmänner Rechnung tragen sollen, das er hier angeführt hat. Aber ich möchte diesen Gedanken um einen Gesichtspunkt erweitern. Wenn ein Funktionär oder ein Mandatar der Österreichischen Volkspartei die Grenze dessen mißachtet, was zulässig und vertretbar ist, dann muß vor Gericht eine klare Entscheidung über solche Verfehlungen getroffen werden, denn sonst, meine sehr geehrten Damen und Herren, kommt die große Zahl der Funktionäre und Mandatare, vor allem jene, die in den Ortsgruppen unbedankt und ohne Entschädigung ihre Aufgabe erfüllen, in Mißkredit und in ein schiefes Licht. Das hat die Volkspartei, die 21 Jahre das Geschick Österreichs steuerte und hoffentlich weitere Jahrzehnte steuern wird, nicht verdient. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Herr Nationalrat Reich hat das Wort.

Nationalrat Josef R e i c h (Wien): Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Der Politische Ausschuß hat uns einen Antrag zur Beschlußfassung vorgelegt, der sich mit dem Thema "Gesellschaftspolitik" beschäftigt. Der Antrag besteht aus zwei Absätzen und beginnt so: "Die Probleme aller Zweige der Wirtschaft und der Sozialpolitik sind ein Anliegen der Gesamtpartei. Auf diesem Gebiet heranreifende Probleme müssen rechtzeitig aufgegriffen, gemeinsam beraten und einer Lösung zugeführt werden, die den Grundsätzen der Gesamtpartei entspricht."

Nun, ich habe durchaus Verständnis dafür, meine lieben Parteifreunde, daß zu den Problemen der Gesellschaftspolitik zunächst vielleicht kein Katalog aufgestellt werden soll und kann. Die Gesellschaft befindet sich in einem Wandel, dem man

sicherlich Rechnung tragen muß, indem man eben beim Auftreten der Probleme versucht, ihrer Herr zu werden.

Aber im Bereiche der Sozialpolitik gibt es einen Zweig, der heute die Gesellschaftspolitik schon in weitgehendem Maße beeinflußt: es ist das die Sozialversicherung. Ich glaube, es wäre falsch, wenn dieser Bundesparteitag zu Ende gehen sollte, ohne daß wir die Sozialversicherung in ihrer Bedeutung im Rahmen der Gesellschaftspolitik, in ihrer Bedeutung in materieller Hinsicht, aber insbesondere in ihrer Bedeutung für die Sicherung der Gesundheit der Menschen und für die Sicherung im Alter entsprechend würdigen.

Wir haben es auch nicht notwendig, an den Fragen der Sozialversicherung vorbeizugehen, den die Österreichische Volkspartei hat in der Sozialversicherung seit dem Jahre 1945 maßgeblich und konstruktiv mitgearbeitet. Es wäre falsch, wenn wir nun bei diesem Bundesparteitag den Eindruck erwecken wollten, daß die Sozialversicherung in der Vergangenheit, aber vielleicht mehr noch in der Zukunft eine ausschließliche Domäne der Sozialistischen Partei bildet. Nein, meine lieben Parteifreunde: Die Sozialpolitik gehört so zur Österreichischen Volkspartei wie die Wirtschaftspolitik, die Kulturpolitik und jeder andere Bereich des politischen Wirkens. (Beifall.) Deshalb muß auch die Sozialversicherung in unserer Gesellschaftspolitik ganz groß geschrieben werden.

Wir brauchen uns unserer Tätigkeit auf sozialpolitischem Gebiet nicht zu schämen, meine Damen und Herren, denn im vergangenen Jahr wurde unter intensivster Mitwirkung der Österreichischen Volkspartei die Krönung der Sozialversicherung durch einen Parlamentsbeschluß erreicht: die Pensionsdynamik. Ich glaube,

daß wir diesen Parteitag dazu benützen müssen, daran zu denken, daß das große Werk der Pensionsversicherung durch die Pensionsdynamik in einem Land, das nicht so reich ist wie manches andere einen Abschluß und eine Krönung gefunden hat, um den man uns woanders beneiden kann.

Reiche Länder kennen eine solche absolute Sicherung ihrer älter gewordenen und nicht mehr arbeitsfähigen Mitbürger nicht in diesem Maße wie wir, und es ist ein altes österreichisches Übel, daß wir unser Licht unter den Scheffel stellen, daß wir das Erreichte als selbstverständlich betrachten, es kaum mehr erwähnen.

Ich möchte den Organisatoren dieses Parteitages dafür danken, daß sich im Rahmen der Aktion 20 ein Ausschuß auch mit den Fragen der Gesundheitspolitik beschäftigen wird. Ich bin heute schon davon überzeugt, ohne diesem Ausschuß und seiner Tätigkeit vorgreifen zu wollen, daß auch die Probleme der Krankenversicherung irgendwie schwelend zur Sprache kommen werden.

Aber ich habe an diesem Bundesparteitag eine große Bitte. Wenn im Zusammenhang mit der Sozialversicherung, aber besonders im Zusammenhang mit der Krankenversicherung sehr oft das Wort Reform gebraucht wird, dann sollten wir etwas zurückhaltender werden. Unsere Partei hat das Wort Reform im innerparteilichen Bereich sehr oft gebraucht. Ich glaube aber, daß wir es nicht mißbrauchen dürfen und nicht, wenn der eine oder andere einen Vorschlag oder eine Anregung zu einer Abänderung hat, immer gleich von einer Reform sprechen sollen. Das Gebäude der österreichischen Sozialversicherung ist auf das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz gegründet, und dieses Gesetz ist unter dem Vorsitz des verstorbenen Bundesparteiobermannes und Bundeskanzlers Raab zustande gekommen und im vorigen Jahr hat unser jetziger Bundesparteiobermann und Bundeskanzler dieses Gebäude des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes als ein gutes Gebäude und

als gute Grundlage für die soziale Sicherheit in Österreich bezeichnet. Im Rahmen dieses Gebäudes ist natürlich auch die Krankenversicherung untergebracht.

Ich möchte heute nur noch etwas erwähnen, was mir wichtig erscheint, weil die Sozialisten immer so tun, als wäre dieses Allgemeine Sozialversicherungsgesetz ausschließlich von ihnen geschaffen worden. Ich sagte schon, daß den Vorsitz bei diesen Parteienverhandlungen Ing. Raab geführt hat. Aber wenn wir dieses heutige Allgemeine Sozialversicherungsgesetz näher perlustrieren, dann finden wir sehr beachtliche Passagen, die aus dem Jahre 1935 stammen, aus jenem Gesetz, das damals nicht nur in Österreich, sondern weit über seine Grenzen hinaus, ja man könnte sagen in der ganzen zivilisierten Welt Anerkennung gefunden hat: es war das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz aus dem Jahre 1935. Wenn also das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz in vielen Passagen auf dieses Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz 1935 zurückgegriffen hat, so sollten wir auch darauf stolz sein, denn es war der damalige Bundesminister Dr. Josef Resch, der diesem Gesetz seine maßgeblichen Initiativen gegeben hat.

Weniger also bitte der Ruf nach Reform, mehr aber konstruktive Vorschläge! Die Sozialpolitik soll auch in Zukunft unter der Leitung eines ÖVP-Sozialministers einen maßgeblichen Platz in der österreichischen Politik der Volkspartei haben. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Es haben sich noch weitere drei Redner zum Wort gemeldet. Ich kann also nicht absehen, wie sich das noch weiter entwickelt. Ich bitte daher den Präsidenten Arnoldo Colleselli, jetzt das Wort zu ergreifen.

Vizepräsident Arnaldo Colleselli (Democrazia Cristiana) (mit Beifall begrüßt): Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Freunde! Es wurde mir die hohe Ehre zuteil - wofür ich Ihnen zutiefst dankbar bin -, Ihrem Kongreß den Gruß der Democrazia Cristiana zu entbieten. (Beifall.)

Es ist kein konventioneller oder gelegentlicher Gruß, sondern ein brüderlicher Gruß der Solidarität und des Glückwunsches zu diesem nationalen Treffen, zu Ihrer qualifizierten Anwesenheit und zu der öffentlichen Verantwortung in den Gemeinden, in den Ländern und im Bund.

Ihr Einsatz im Zusammenhang mit den jüngsten internen Ereignissen war außergewöhnlich: Ihre Partei ist die sichere Führung und der Garant des Fortschrittes auf allen Gebieten in der österreichischen Bundesrepublik.

Ihr besonderer Einsatz entspricht auch dem unseren: wenn auch unter anderen innerpolitischen Voraussetzungen, entfaltet die Democrazia Cristiana in Italien ihre Aktion im Dienste des Gemeinwohls, für eine größere Gerechtigkeit unter allen Bürgern, zur effektiven und substantiellen Festigung der demokratischen Lebensform, für eine höhere und rationellere Wirtschafts- und Sozialordnung, für eine Gesellschaft, die stark ist in ihrer edelsten Tradition, in welcher der einzelne und die Familie Angelpunkte des Fortschrittes, des Friedens und der Freiheit sind.

Für den Frieden unter den Völkern und für seine Verteidigung treten unsere christlich-demokratischen Parteien entschlossen und solidarisch ein. Wenn es auch - im Rahmen der

internationalen Beziehungen - erhebliche juristische Unterschiede in der Stellung unserer beiden Länder gibt, ist der Friedenswunsch, von dem unsere beiden Parteien beseelt sind, derselbe. Ebenso besteht der Wunsch nach einem immer besseren Einvernehmen zwischen allen freien Völkern.

All das gibt Zeugnis für unser gemeinsames und verantwortungsbewußtes Vorgehen - um, trotz allem, das gegenwärtige europäische Einvernehmen als Grundlage für ein neues politisch und wirtschaftlich stärker integriertes Europa zu retten. In diesem Sinne haben wir den äußerst bedeutungsvollen Appell nicht vergessen, den der Präsident Ihrer Partei, Herr Bundeskanzler Dr. Klaus, anläßlich der im vergangenen Jahr stattgefundenen Tagung von Taormina geäußert hat. Aus jenen Worten und aus dem Beitrag der übrigen namhaften Mitglieder Ihrer Delegation haben wir wieder einmal die sittliche und politische Spannung empfunden, von der Ihre Tätigkeit zur Förderung des Friedens und des Fortschritts der Völker getragen ist.

Die wiederholten internationalen Begegnungen, die Sie veranstaltet haben und für die wir Ihnen, Herr Dr. Withalm, besonders dankbar sind - auch über die Probleme der Koordination unserer demokratischen und christlichen Bemühungen -, sind eine ausdrückliche Bestätigung Ihrer Entschlossenheit als überzeugte Europäer. In diesem Sinne habe ich die Ehre, Ihnen den Ausdruck der herzlichsten Wertschätzung und den persönlichen Gruß unseres politischen Sekretärs, Onorevole Mariano Rumor, zu überbringen, der auch in seiner Eigenschaft als

Präsident der europäischen Union der Christlich-Demokraten diesem Kongreß mit besonderer Achtung und Erfolgswünschen nahesteht.

Hinsichtlich der zwischen unseren beiden Ländern über die Anwendung des Pariser Abkommens entstandenen Kontroverse steht fest, daß diese unsere gemeinsamen Ideale und unsere Aktion als Christlich-Demokraten erforderlich macht, ebenso wie sie den ernsthaften und konkreten Beitrag eines jeden Demokraten bedarf.

1740 1

Unsere beiden Parteien tragen eine besondere Regierungsverantwortung, und auch die Südtiroler Frage erfordert gewiß unsere Eingabe zum gemeinsamen Wohle, unser Festhalten an den Grundsätzen, die uns beseelen, und daher den Willen zur richtigen, einvernehmlichen und raschen Lösung dieser Frage. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, daß das Problem - im Rahmen der allgemeinen höheren Interessen - alle Kräfte erfordert, die zur Festigung des Friedens in der Gerechtigkeit beitragen wollen. Es besteht die gute Aussicht auf ein Übereinkommen. Dies haben Ihre verantwortlichen Männer betont, indem sie die Bedeutung der zahlreichen Schritte auf dem Wege zur Einigung hervorgehoben haben, und dies hat auch im Parlament/Onorevole Moro im Namen der Regierung, der er vorsteht, erklärt.

Ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen und auch nicht die noch zu überwindenden Schwierigkeiten hervorheben. Es sei mir nur gestattet, diesem Kongreß die Absicht der italienischen christlichen Demokraten zu bekräftigen, weiterhin ihren verantwortungsbewußten Beitrag zu leisten, damit ein Einvernehmen erzielt werde. (Lebhafter Beifall.)

Dies ist übrigens die Meinung, welche das italienische Parlament geäußert hat, indem es sich nicht von den Gewaltakten der Terroristen und ihrer Auftraggeber aufhalten ließ. Der Terrorismus ist nicht nur der Ausdruck der Brutalität, die in jeglicher Gewaltanwendung liegt und die wir aus unserer christlichen Seele verurteilen, sondern er ist auch eine offensichtliche Machenschaft, um die Bemühungen um eine Einigung

zwischen unseren Völkern zu verhindern, eine Einigung, die sich in der Vernunft und in einer europäischen Sicht der Probleme äußern und darauf stützen muß. Das Parlament und die Regierung Italiens haben auf diese Machenschaften reagiert und feierlich ihren Willen zum Frieden, zur Verhandlungsbereitschaft und zum Einvernehmen auf weitgehender und sicherer Basis bekundet.

Wir glauben an diese Vorgangsweise, wir sind überzeugt, daß durch diesen Einsatz für alle, insbesondere für Südtirol die Wahrung der Lebenswerte, des Fortschritts und der demokratischen und friedlichen Entwicklung zurückkehren wird. Deshalb arbeiten wir in der Überzeugung, daß Europa nur durch die Beseitigung der Nationalismen aufgebaut werden kann und aufgebaut werden muß, indem überall Lösungen vorherrschen, die - in der Freiheit, in der Demokratie und in der Sicherheit für die sprachlichen Minderheiten - noch unmittelbarer die Völker dies- und jenseits der Grenzen zu einem konkreten und einmütigen Streben nach Fortschritt verpflichten.

Wir äußern nicht eine Hoffnung, sondern das lebhafteste Vertrauen, gefestigt durch die gemeinsamen Ideale, die gemeinsame Kultur, daß unserer Generation eine Aufgabe des Friedens und der Solidarität anvertraut wurde, die überaus schwierig, doch nicht unmöglich zu lösen ist, wenn sie von jenem Geist getragen wird, der - ohne Rhetorik - der Geist der Menschen guten Willens ist.
(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Ich danke, Herr Präsident Colleselli, für Ihre Worte. Diese seine Worte waren für uns eine Botschaft, eine Friedensbotschaft. Wir danken Ihnen insbesondere für Ihren Willen, das Südtirol-Problem im Geiste des gegenseitigen friedlichen Verstehens zu lösen. So wie Sie lehⁿ auch wir die Handlungen der Extremisten ab, die nichts anderes zum Ziele haben, als die Verhandlungen, ~~die~~ gut angelaufen sind, zu zerstören. Wir ~~w~~wünschen, daß es bald zu einem gerechten Abschluß kommt. Wir haben aus Ihrem Munde den Willen Ihrer Partei, unserer Bruderpartei, der Democristiani, gehört. Wir danken Ihnen dafür und auch für den Gruß Ihres Ministerpräsidenten, den wir herzlich erwidern. (Beifall.)

Das Wort hat nun Dr. Bischof.

Dr. Leopold B i s c h o f (Vorarlberg) : Hoher Bundesparteitag! Ich spreche zum Antrag 45. Als Präsident der Vorarlberger Ärztekammer, also als Vertreter der Ärzte, begrüße ich die Schaffung eines Rates für Gesundheitswesen. Es bedarf, wie auch Herr Nationalrat Reich vor mir betonte, keines Umsturzes; vieles ist im Laufe von beinahe hundert Jahren gewachsen, notwendig sind aber Korrekturen in einem neuen Sinne.

Zu dem im Antrag 45 enthaltenen Vorwurf, die Ärzte hätten nur Standespolitik betrieben, möchte ich sagen, daß sie in diese Rolle hineingedrängt wurden. Seit 1945 waren das Sozialministerium und, wie ich glaube, auch die Sozialreferate der Bundesländer in den Händen der Sozialisten. Ein Parteiziel der Sozialisten ist der staatliche Gesundheitsdienst. Nur deswegen, weil sie

mit dieser Forderung bei den Ärzten auf Granit gebissen haben, ist der Ärztestand heute noch ein freier Beruf. Es ist nicht eine Bastion gefallen, der andere gefolgt wären.

Da wir nun eine ÖVP-Regierung haben, also auch die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung aus den Reihen der ÖVP kommt, sind heute die Bedingungen ganz anders; dies ist meine persönliche Ansicht. Ich glaube, daß ich auch mit der Zustimmung der Österreichischen Ärztekammer rechnen kann. Wir werden im Rat für Gesundheitswesen gerne mitarbeiten und dort nicht nur Standespolitik bringen, die zu vertreten allerdings die Hauptaufgabe einer Kammer ist, sondern auch viel Positives dazu beitragen, das Gesundheitswesen einer neuen, noch besseren Ordnung zuzuführen. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Frau Abgeordnete Jamnec hat das Wort.

Landtagsabgeordnete Johanna Jamneger (Steiermark)
 (mit Beifall begrüßt) : Hohes Präsidium! Hoher Bundesparteitag! Ich darf zunächst meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß im Rahmen unseres sozialpolitischen Programms unter anderem auch der Halbtagsbeschäftigung der Frauen, besser gesagt, der Teilzeitarbeit der Frauen, ein besonderes Augenmerk zukommt. Das ist eine Maßnahme, deren rasche Verwirklichung sowohl im Bereiche der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst wir auch vom familienpolitischen Standpunkt aus begrüßen und wünschen dürfen.

In diesem Zusammenhang soll aber auch der Frau Sozialminister Renor für ihre Initiative gedankt werden (Beifall), daß bereits jetzt/^{die} sozial- und arbeitsrechtlichen Belange der Teilzeitbeschäftigung im Sozialministerium abgeklärt werden.

Hoher Bundesparteitag! Es sei mir aber auch ein Wort zur Frauenarbeit gestattet: Wenn sich auch die Anerkennung der Frauenarbeit sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Bereich Schritt für Schritt positiv entwickelt, so muß doch festgestellt werden, daß die Frauen in unserem Lande - hier sei mir ein offenes Wort gestattet, hoher Bundesparteitag - von der Gesamtpartei bisher doch insbesondere in Wahlzeiten angesprochen/^{werden} (Zustimmung.) Dieser Bundesparteitag müßte die Leistungen/^{der} Frauen klar anerkennen, welche die Frauen als Mütter erbringen, Anerkennung müßten aber auch jene Aufgaben finden, welche die Frauen seit vielen Jahren in unserer Wirtschaft erfüllen.

Wir haben in Österreich - ich darf kurz darauf verweisen, es ist ja allgemein bekannt, aber doch zur Unterstreichung - rund 900.000 berufstätige Frauen, das heißt, daß fast 40 Prozent aller Arbeitnehmer in diesem Lande Frauen sind. Anzuerkennen, Hoher Bundesparteitag, ist aber insbesondere auch der hohe aktive Anteil, den die Frauen zum Sozialprodukt leisten, und das oft unter größten persönlichen Opfern. Ich denke hier allein an die Hunderttausende von berufstätigen Müttern.

Wenn wir in Österreich sozialpolitische Maßnahmen in einem - wie wir anerkennen müssen - hohen Ausmaß setzen konnten, dann erlaube ich mir, als eine der Vertreterinnen der berufstätigen Frauen und Mütter in aller Bescheidenheit darauf hinzuweisen und festzustellen, daß diese sozialpolitischen Leistungen, aber auch der relativ hohe Wohlstand, den wir in unserem Lande erreichen konnten, durch die Mitwirkung der Frauen ermöglicht wurde. (Beifall.)

Ich möchte daher anregen und ersuchen, von diesem Bundesparteitag ^{aus} kundzutun und zu unterstreichen, daß die Österreichische Volkspartei der Leistung der Frauen in unserem Lande für die Gesellschaft, aber auch im Rahmen der Wirtschaft die gebührende Anerkennung zollt und daß die Österreichische Volkspartei bereit ist, den speziellen Fragen der Frauen und Mütter in unserem Lande ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Mit dem lebhaften Beifall der Delegierten ist, glaube ich, der Wunsch der Frau Abgeordneten Jamnegg erfüllt worden, den berufstätigen Frauen und den Frauen überhaupt den besonderen Dank der Partei für ihre Mitarbeit im öffentlichen und im wirtschaftlichen Leben auszusprechen. (Neuerlicher Beifall.)

Das Wort hat Herr Landeshauptmann Wallnöfer.

Landeshauptmann Eduard Wallnöfer (Tirol)

(mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Da der Vizepräsident der italienischen christlichen Partei die Grüße seiner Partei überbracht und gesagt hat, daß die christlichen Parteien Österreichs und Italiens bemüht sein sollen, auch das für uns brennende Problem, nämlich das Südtirolproblem, zu lösen, ist es sicherlich am Platz, zu diesem Fragenkomplex einige Worte zu sagen, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die Presse in den letzten Monaten mit der Frage Südtirol außerordentlich nachhaltig befaßt hat.

Ich darf kurz zurückblenden und darauf hinweisen, daß im September 1946 der Pariser Vertrag geschlossen worden ist und daß dieser Vertrag zweifellos einige Erfolge für das Südtiroler Volk gebracht hat. Wir haben seitdem in Südtirol eine deutsche Schule. Wir haben dort, wo es noch eine deutsche Mehrheit gibt, auch eine deutsche Gemeindeverwaltung, und wir haben insbesondere, wenn auch mit wenig Kompetenzen, einen Südtiroler Landtag, in dem sich die Südtiroler Abgeordneten treffen und ihre Anliegen diskutieren können.

Darüber hinaus aber ist - und das scheint mir wesentlich - durch den Pariser Vertrag das Südtirolproblem aus einem innerstaatlichen italienischen zu einem zwischenstaatlichen Problem geworden.

Das, was seitdem im Pariser Vertrag funktioniert hat, ist im wesentlichen das Akkordino, also der Warenaustausch zwischen Nord- und Südtirol. Man hat gemischte Kommissionen geschaffen und dafür gesorgt, daß sich die Vertreter der Trienter und der

Bozener Handelskammer mit den Vertretern der Handelskammern in Vorarlberg und Innsbruck laufend treffen, wodurch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen beiden Gebieten gefördert werden. Wenn man damals eine ähnliche Kommission auch für den politischen Teil des Pariser Vertrages geschaffen hätte, dann wäre mancher Verdruß und manches Übel erspart geblieben.

Trotz dieser gewiß vorhandenen Fortschritte seit dem Jahre 1946 haben wir es erlebt, daß man halt doch immer wieder in Südtirol italienische Industriebetriebe errichtet, daß man dort Wohnhäuser baut und Italiener einstellt und auf diese Weise die Unterwanderung forciert. Vor allem diese Tatsachen haben bewirkt, daß man mit Italien wegen der Durchführung des Pariser Vertrages in Verhandlungen getreten ist. Nachdem diese Verhandlungen nicht entsprechend verlaufen sind, ist man im Jahre 1960 zur UNO gegangen. Die UNO hat neuerlich bestätigt, daß es sich hier nicht mehr nur um ein inneritalienisches Problem handelt, und hat beiden Regierungen aufgetragen, mit friedlichen Mitteln die Bereinigung dieses brennenden Problems im Herzen Europas herbeizuführen.

Nach einer Reihe von Verhandlungen ist es im Jahre 1964 zu Zugeständnissen gekommen, die der damalige Außenminister Saragat unserem Außenminister Dr. Kreisky gemacht hat. Insbesondere hat man damals ein Schiedsgericht geboten, das die Durchführung der Vereinbarungen, allerdings nur für eine begrenzte Zeit, nämlich für die Dauer von vier Jahren, zu überwachen gehabt hätte. Im Meritorischen sind damals keine Zusagen enthalten gewesen, die auf die Industrie, auf den ethnischen Proporz, auf die Arbeitsvermittlung und besonders auf die Kontrolle der Bilanz Bezug

gehabt hätten. Aus diesem Grund, und nicht weil damals ein sozialistischer Außenminister gewesen ist, haben die Südtiroler und hat die österreichische Bundesregierung mit der Tiroler Landesregierung das Angebot als nicht hinreichend bezeichnet.

Seit dem Dezember 1964 sind Monate verstrichen. Der neue Außenminister Dr. Toncic hat sich nach der Übernahme seines Amtes bemüht, die Gespräche neuerlich in Fluß zu bringen. Es haben mehrmalige Kontakte mit entsprechenden Fortschritten stattgefunden. Die letzten Zusagen, die allerdings noch nicht zu Papier gebracht wurden und durch die italienische Regierung noch nicht gedeckt sind, lauten, daß nun auch die Niederlassung von Industriebetrieben, das Vortrittsrecht der Arbeitskräfte, die aus Südtirol stammen, und der soziale Wohnbau in die Kompetenz der Südtiroler Landesregierung fallen würden. Daneben gibt es noch eine Reihe von nicht unerheblichen Zugeständnissen, zum Beispiel daß der Gemeindesekretär in Zukunft nicht mehr Staatsbeamter, sondern eben Gemeindebeamter sein soll, so wie das bei uns an sich ja selbstverständlich ist. Im übrigen hat man einige Angebote im Hinblick auf ein Kontrollorgan für die Durchführung dieser Zusagen gemacht, und diese Angebote werden zurzeit österreichischerseits von Völkerrechtlern geprüft.

Ich möchte nur sagen: Wenn nun die italienische Regierung in der Lage ist, die Hoffnungen bzw. die Zusagen zu realisieren, und im Parlament zur Beschlußfassung zu bringen, wenn insbesondere die Experten in der Lage sind, die Formulierungen so zu treffen, daß sie auch dem Geist der Absprache entsprechen, dann würde ich annehmen, daß wir zu einer Beruhigung, zu einem Schritt nach vorne kommen können.

Ich sage das alles, weil ich vor dem Hohen Bundesparteitag darauf hinweisen möchte, daß sich der Herr Bundeskanzler und der Herr Außenminister seit der Übernahme seines Amtes im April dieses Jahres mit dieser Sache intensivst befaßt haben und daß die Zusammenarbeit zwischen dem Außenminister, dem Landeshauptmann von Tirol und der Bevölkerung bzw. den führenden Politikern in Südtirol gut gewesen ist. (Beifall.) Ich wollte das sagen, weil der Wahrheit die Ehre gegeben werden soll und weil es keinen Sinn hat, wenn in die Bevölkerung gegen-
teilige Darstellungen gestreut werden.

Ich möchte in dem Zusammenhang auch noch darauf hinweisen, daß es immer unser Bemühen gewesen ist, diese Frage nicht in die Mühle der Tagespartei politik zu bringen, sondern sie außerhalb dieser Tagespolitik zu behandeln, und daß dieses Bemühen nach wie vor gilt. Wenn es also etwa jetzt zu einem Abkommen kommen sollte, dann käme es nicht deswegen dazu, weil der heutige Außenminister nicht mehr Kreisky, sondern Tončić heißt, sondern weil man in der Sache Fortschritte gemacht hat. Das zu sagen ist notwendig.

Nochmals möchte ich Dir, Herr Bundeskanzler, und dem Außenminister für die Strapazen, die damit im Zusammenhang stehen, danken und die Bitte aussprechen, daß man dieses Problem auch bei noch so vielen Rückschlägen weiter verfolgt; es ist nun einmal das Anliegen des Landes Tirol und ein Anliegen Österreichs. (Beifall.)

Die Landesparteileitung Tirol scheint im Verzeichnis der Anträge nicht auf, nicht, weil sie sich nicht auch mit Anträgen befaßt hätte und nicht, weil sie nicht auch Anliegen hätte, aber sie ist mit ihren Anträgen um einige Stunden zu spät gekommen und wurde deswegen von der Antragsprüfungskommission nicht mehr empfangen. Es wird kein besonderes Unglück sein, weil ich vermute, daß es auch sonst noch Gelegenheiten geben wird, auf das eine oder andere Anliegen hinzuweisen.

Aber eines möchte ich sagen: Vor den Wahlen hat man in Hunderten von Versammlungen aus der Bevölkerung die Forderung

gehört, daß die Überstundenbesteuerung abgebaut werden müßte und daß die Ruhensbestimmungen eine Änderung erfahren müssen. Ich weiß, der Bundesminister für Finanzen muß einwenden, daß es hier noch reichsrechtliche Vorschriften gibt, die dieser Entwicklung entgegenstehen und darüber hinaus, daß der Gewerkschaftsbund des Schutzes der Arbeitskraft wegen hier nicht so ohne weiters mittäte. Ich möchte aber sagen, vom gesunden Menschenverstand her gesehen, gibt es noch Tausende von Menschen, die gerne länger und mehr arbeiten würden, wenn ihnen das nicht auf der anderen Seite in einem weitgehenden Ausmaß wieder abgenommen würde. (Beifall.)

Ich bin auch der Meinung, daß es kein Glück ist, wenn man die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte unbegrenzt vergrößern müßte, sondern daß man dazu kommen könnte, die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wieder auf ein gesundes Maß zurückzuführen. Wenn es also in dieser Richtung doch noch eine Lösung gäbe, wäre die Landesparteileitung von Tirol außerordentlich dankbar. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Ich danke dem Herrn Landeshauptmann und Landesparteiobmann Wallnhöfer. Seine Anliegen über das Südtirol-Problem sind ja unsere Anliegen, und wir sind nach wie vor guter Hoffnung, daß es zu einer guten und glücklichen Lösung kommt.

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Bevor ich über die Anträge abstimmen lasse, gebe ich dem Bundesminister Dr. Schleinzner das Wort.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Karl Schleiner :

Hoher Bundesparteitag! Ich stehe unter der optischen Wirkung dieses Blaulichtes und werde mich infolgedessen auf einige ganz wenige Feststellungen beschränken.

Erstens: Was den Antrag 6 Ziffer 1 des Politischen Ausschusses betrifft, so möchte ich im Sinne der Ausführungen des Bundesobmannes der Jugendbewegung Dr. König bitten, daß hier die Einsetzung eines Ausschusses für politische Bildung nicht nur in den Bundesleitungen der Bünde, sondern auch der Frauenbewegung und der Österreichischen Jugendbewegung durchgeführt werden soll. Ich bitte im Sinne der Empfehlung des Statutenausschusses, diesen Punkt um die Frauenbewegung und Jugendbewegung zu erweitern.

Zweitens darf ich zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Reich folgendes sagen. Ich habe den Eindruck gehabt, daß er zwar der Auffassung ist, daß die Gesellschaftspolitik ein vordringliches Anliegen der Gesamtpartei wäre, daß er es aber nicht ungern gesehen hätte, wenn wir einen Katalog vorrangiger grundsätzlicher gesellschaftspolitischer Fragen erstellt hätten. Wir haben es bewußt unterlassen, uns in der Sache selber auseinanderzusetzen, sondern haben uns primär mit Fragen der Prozedur und mit der Behandlung grundsätzlicher gesellschaftspolitischer Fragen, die notwendige Arbeitsmethode für Entscheidungsgrundlagen beschränkt. Ich bitte, das in dem Sinne zur Kenntnis zu nehmen.

Was den Antrag Nr. 35 an den Bundesparteitag der Landesleitung Wien betrifft, so darf ich noch einmal klarstellen, daß

die Modifizierung dieses Antrages im Politischen Ausschuß - ich möchte betonen - einstimmig vorgenommen worden ist. Hoher Bundesparteitag! Ich möchte Ihnen in dem Zusammenhang folgendes sagen: Es ist ja das erstemal, daß die Anträge überhaupt unmittelbar dem Parteitag vorgelegt werden. Wir haben uns im Politischen Ausschuß sehr eingehend mit jenen Anträgen beschäftigt, die nicht hinreichend klargestellt sind und über die keine hinreichende einvernehmliche Auffassung erzielt werden konnte. Wir wollten den Weg nicht beschreiten, die Ablehnung dieser Anträge zu empfehlen, sondern glaubten, daß es zweckdienlicher ist, wenn sie in der Form in Behandlung blieben, daß wir sie direkt der Bundesleitung zur weiteren Behandlung zuweisen.

Aber ich komme zurück auf meine eigenen Ausführungen, die ich heute gemacht habe, und ich glaube mich zu erinnern, festgestellt zu haben, daß wir uns in der Politik auch darauf ausrichten müssen, daß wir in der Kritik eine notwendige und wirksame Entscheidungshilfe erblicken. So möchte ich auch die Ausführungen des Wiener Delegierten auffassen. Nach dem Bundesorganisationss-tatut obliegt es dem Bundesparteitag, eine Beschlußfassung über die Geschäftsordnung zu treffen.

Ich möchte aus diesen Erwägungen den Antrag stellen:

Ein von der Bundesparteileitung einzusetzender Unterausschuß soll bis zum nächsten Bundesparteitag eine neue Geschäftsordnung ausarbeiten und dem Bundesparteitag dann zur Genehmigung vorlegen, die vor allem hinsichtlich der vorbereitenden Ausschüsse und auch die Behandlung von Parteitage-

anträgen eine allgemein verständliche Regelung beinhaltet.

Ich bitte Sie, diesen Anträgen die Zustimmung zu geben.

(Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Ich danke dem Herrn Bundes^{minister}~~kanzler~~. Ich beziehe die zwei von ihm gestellten Anträge, und zwar die Einbeziehung einer höheren Delegiertenzahl der Jugend in den Bundesparteitag und den Antrag auf Klarstellung in der Geschäftsordnung über die Behandlung der Anträge und der Ausschüsse mit in die Verhandlungen ein.

Ich habe eine Frage an den Antragsteller, Abgeordneten Ebert, Wien, ob er seinen Antrag zum Antrag 35, Wohnbauförderung, zurückzieht. (Abg. Ebert: Nein!)

Ich danke. Dieser Antrag ist eine sehr heikle Materie, wie schon gesagt wurde. Es würde also, wenn der Antrag des Abgeordneten Ebert durchgehen würde, eine einseitige Behandlung in der Wohnbauförderung in Wien weiter Platz greifen. Wir sind für einen Ausgleich jederzeit bereit, das haben wir schon kundgetan. Ich würde aber der Meinung sein, daß es nicht zweckmäßig wäre, hier eine Abstimmung herbeizuführen, sondern darüber kann man nicht abstimmen, sondern das kann man nur abprechen. (Zustimmung.)

Da der Antrag Ebert nicht zurückgezogen wurde, bringen ich ihn als ersten zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag Ebert? - Das ist bei weitem die Minderheit. Abgelehnt.

Wir gehen in der Abstimmung weiter, und zwar bringe ich den Bericht der Antragsprüfungskommission zur Abstimmung. Stimmt

jemand gegen diesen Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ist einstimmig angenommen.

Als nächsten Antrag lasse ich den Finanzbericht abstimmen. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

Ich bringe nun den Bericht des Statutenausschusses mit dem vorliegenden Antrag zur Abstimmung. Ist jemand dagegen? -

Landtagsabgeordneter Kurt Buehlinger (Niederösterreich) : Ich bitte über den Antrag 60 - das ist ein Antrag der Österreichischen Jugendbewegung - separat abstimmen zu lassen.

Vorsitzender Landesheuptmann Krainer : Es ist nach der Geschäftsordnung nicht möglich, jetzt noch gesondert abstimmen zu lassen. Der Antrag wurde vom Berichterstatter Minister Schleinzner modifiziert, er ist positiv gestellt. Warum sollte jetzt darüber gesondert abgestimmt werden? Ich bringe ihn ja ohnehin mit zur Abstimmung. Ich nehme an, daß das jetzt aufgeklärt ist. (Zustimmung.)

Ich bringe also den Bericht des Statutenausschusses mit dem modifizierten Antrag zur Abstimmung. Wer ist dafür? - Gegenprobe. - Der Antrag ist somit mit 5 Gegenstimmen angenommen. (Beifall.)

Ich lasse nun über den Antrag des Politischen Ausschusses abstimmen, wobei ich die beiden Anträge, die Minister Schleinzner zuletzt eingebracht hat, mit zur Abstimmung bringe. Stimmt jemand gegen diesen Antrag? - Enthält sich jemand der Stimme? - Mit einer Gegenstimme angenommen. (DDr. König : Zur Geschäftsordnung!)

DDr. Friedrich König (zur Geschäftsordnung) : Ich muß leider feststellen, daß der Vorsitzende falsche Auskünfte gab, die zu einer Irrführung führten. Ich bin davon überzeugt, daß das Mißverständnis auf einen Irrtum zurückzuführen ist. Aber dieser Irrtum, der nun einmal passiert ist, muß aufgeklärt werden.

Man kann nicht sagen, daß man einen Antrag zur Abstimmung bringt, den Minister Schleinzner im Sinne der Jugendbewegung modifiziert hat, und dann über den Statutenantrag abstimmen lassen; das ist statutenwidrig! Es ist ausdrücklich gesagt worden, daß über den Antrag abgestimmt werden müsse, der im Sinne der ÖJB von Minister Schleinzner revidiert wurde. In diesem Sinne hat auch Buchinger seinen Antrag auf separate Abstimmung zurückgezogen. Man durfte also nicht über einen anderen Antrag abstimmen lassen.

Ich bitte also, die Abstimmung über den Statutenantrag der ÖJB wiederholen zu lassen.

Vorsitzender Landeshauptmann K r a i n e r : Ich hätte es sehr einfach; ich könnte dem Führer der Jugendbewegung, Herrn Dr. König, den Vorsitz übergeben. Er könnte dann selbst abstimmen lassen.

Ich will noch einmal ausdrücklich feststellen, daß ich die Anträge des Herrn Minister Schleinzner miteinbezogen habe. Es liegt also der Irrtum nicht bei mir, sondern auf der anderen Seite. (Beifall.)

Ich bin damit am Ende der Abstimmung über die Anträge. Ich übergebe dem Führer der Jugendbewegung, Herrn Dr. König, den Vorsitz. (Heiterkeit und Beifall.)

Vorsitzender Bundesobmann DDr. Friedrich K ö n i g :
Hoher Bundesparteitag! Ich übernehme den Vorsitz und stelle fest, daß das Mißverständnis aufgeklärt wurde. Landeshauptmann

Krainer hat bestätigt, daß der Antrag auf Erhöhung der Zahl der Delegierten durchgegangen ist, weil er ihn in die Abstimmung miteinbezogen hatte. Ich bin mit dieser Aufklärung voll zufrieden. (Lebhafter Beifall.)

14. Konstituierung der sechs Arbeitskreise der Aktion 20

Vorsitzender DDr. Friedrich König: Wir kommen nun zum letzten Tagesordnungspunkt des heutigen Tages: Konstituierung der Arbeitskreise der Aktion 20.

Bevor wir die heutige Sitzung beenden, möchte ich noch einige wichtige Hinweise für den morgigen Tag geben:

Die Arbeitskreise 1 und 2 werden morgen um 9 Uhr in der Halle A zusammentreten. Zur selben Zeit treten die übrigen Arbeitskreise, also die Arbeitskreise 3, 4, 5 und 6, hier in dieser Saale zusammen, der zu diesem Zweck entsprechend abgeteilt werden wird.

Ich bitte zu beachten, daß wir am morgigen Tag ein Experiment machen. Die Volkspartei hat im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Zukunft Österreichs die Anwendung moderner politischer Arbeitsmethoden, zu denen auch ein enges ^{den} Zusammenwirken zwischen verantwortlichen politischen Mandataren und den Wissenschaftlern und Fachleuten der verschiedensten Sachgebiete gehört, in Angriff genommen. In diesem Sinne soll der morgige Tag, der Tag der Aktion 20, im Zeichen der Aussprache mit Wissenschaftlern und Fachleuten aus Österreich und anderen europäischen Ländern stehen. Gegenstand der

Beratungen sollen grundsätzliche Probleme unseres öffentlichen Lebens sein. Die Österreichische Volkspartei wird in den kommenden Jahren vor wichtigen und zum Teil sehr schwerwiegenden Entscheidungen stehen. Es handelt sich dabei um Fragen, die zum Bereich unserer politischen Aktivität gehören.

Sie haben das entsprechende Material für die einzelnen Arbeitskreise erhalten; es erübrigt sich daher, auf den Inhalt der einzelnen Themen näher einzugehen.

Die Delegierten des Bundesparteitages werden also morgen Gelegenheit haben, die Meinungen namhafter in- und ausländischer Fachleute und Wissenschaftler über verschiedene Sachgebiete zu hören. Andererseits werden die Delegierten Gelegenheit finden, neue Fragen aufzuwerfen. Information und Gedanken-austausch soll Aufgabe und Sinn dieser Aussprache sein, damit neue wirksame Impulse für unsere weitere politische Arbeit ausgehen.

In den kommenden Wochen, Monaten und Jahren soll eine dauernde enge Zusammenarbeit der verantwortlichen politischen Mandatäre und Funktionäre mit Wissenschaftlern und Fachleuten aus den verschiedensten Sparten verwirklicht werden.

Diese Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik - das möchte ich ganz besonders betonen - kann nie und niemals eine Teilung der Entscheidungsbefugnisse bedeuten, sondern kann nur eine Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen für die Politiker bringen. Diese Entscheidungsbefugnisse sind ganz

eindeutig geklärt. Ich glaube, wir alle sind der Auffassung, dass die Entscheidung nur bei den politisch Verantwortlichen liegen kann. Aber die Grundlagen für diese Entscheidungen können die Wissenschaftler liefern.

Die Arbeitsmethoden der Aktion 20 der Österreichischen Volkspartei, die schon heute ein Großteil der Presse und der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt, sind ein bemerkenswert dynamisches Element unserer Parteiarbeit geworden. Sie sind durchaus geeignet, den Mitarbeitern unserer Partei durch eine verbesserte und vertiefte Information durchschlagskräftiges Material für den politischen Tageskampf zur Verfügung zu stellen.

Wenn wir daher morgen zu den Arbeitskreisen der Aktion 20 kommen, dann denken Sie bitte daran, daß der Erfolg dieser Aktion von uns allen abhängig ist. Helfen Sie mit, bewahren Sie Disziplin; ich bin überzeugt, daß dann von der Aktion 20 tatsächlich ein neuer Impuls ausgehen wird, der beweist, daß die Volkspartei - im Gegensatz zur Sozialistischen Partei - 20 bzw. nunmehr 21 Jahre jung ist!

Gibt es bitte noch Anfragen zur technischen Abwicklung der Arbeitskreise der Aktion 20? - Das ist nicht der Fall. Damit sind sämtliche Arbeitskreise konstituiert.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Unterbrechung der Verhandlungen um 18 Uhr 30 Minuten
=====

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

11. Bundesparteitag

der

Österreichischen Volkspartei

27. bis 29. Oktober 1966

Wiener Stadthalle

3. Tag

Vormittag

Fortsetzung der Beratungen: 8 Uhr 20 Minuten

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Herbert Kessler:

Hoher Bundesparteitag! Ich darf die vorgestern unterbrochene Sitzung des Plenums des Bundesparteitages wiederaufnehmen, nachdem gestern ganztägig die im Rahmen der Aktion 20 eingesetzten Arbeitskreise getagt haben.

Wir stehen beim

Tagesordnungspunkt 16:

Erstattung des Wahlvorschlages und Durchführung der Wahl.

Ich bitte Herrn Landeshauptmann Dr. Gleißner, den Wahlvorschlag zu erstatten. (Beifall.)

Berichterstatter Landesparteiobmann Landeshauptmann

Dr. Heinrich Gleißner: Liebe Parteifreunde! Der Politische Ausschuß hatte die Aufgabe, den Wahlvorschlag zu erarbeiten und dem Bundesparteitag vorzulegen. Niemals noch war ein Wahlvorschlag in kürzerer Zeit und einmütiger fertig als dieser, den ich Ihnen vorzutragen habe.

Ich will aber die knisternde Spannung nicht weiter belassen, sondern jetzt gleich beenden, indem ich Ihnen bekanntgebe:

Der Politische Ausschuß schlägt vor, zum Bundesparteiobmann wiederzuwählen Bundeskanzler Dr. Josef Klaus (anhaltender lebhafter Beifall);

zum Generalsekretär Nationalrat Dr. Hermann Withalm (neuerlicher lebhafter Beifall);

zum Finanzreferenten Ferdinand Graf.
(Lebhafter Beifall.)

Nun stelle ich fest, daß nach dem Statut der Umweg über die schriftliche Wahl, der eigentlich nicht notwendig wäre, erfolgen muß, aber ich hoffe, daß die Parteiführung, die gewählt wird, eine solche Legitimation einer geschlossenen Partei hinter sich bekommt, die es ihr ermöglicht, Österreich auf dem schweren Weg glücklich weiterzuführen bis zum nächsten Parteitag. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Herbert Keßler:

Ich danke Herrn Landeshauptmann Dr. Gleißner für die Erstattung des Wahlvorschlages. Sie haben seine Ausführungen gehört. Wem darf ich dazu das Wort erteilen? - Dann gestatten Sie mir vor Eintritt in die Wahl ein kurzes Wort.

Landeshauptmann Dr. Gleißner hat mit unserem hervorragend bewährten bisherigen Bundesparteiobermann Dr. Klaus einen Politiker zur Wiederwahl vorgeschlagen, der als Landeshauptmann von Salzburg, als Finanzminister und als Bundeskanzler seine staatsmännischen Qualitäten in vielfacher Weise überzeugend unter Beweis gestellt hat und in den vergangenen drei Jahren die Österreichische Volkspartei zu dem gemacht hat, was sie heute ist, nämlich die staatstragende Partei unseres Landes, jene Volkspartei, die, von der überwiegenden Mehrheit der Österreicher getragen, heute in der Bundesregierung allein und im Parlament mit absoluter Mehrheit in entscheidendem Maß für das Schicksal unseres Volkes und Staates verantwortlich ist.

Mit Generalsekretär Dr. Withalm wird ein Politiker zur neuerlichen Übernahme des verantwortungsvollen und für die Partei entscheidenden Postens des Generalsekretärs in Vorschlag gebracht, der sich mit dieser bedeutenden Stellung unschätzbare Verdienste erworben hat. Der hervorragende Organisator und Parlamentarier Dr. Withalm hat mit seinen Mitarbeitern die Österreichische Volkspartei in den letzten Jahren zu jenem Kampfinstrument geformt, das Voraussetzung für den Erfolg vom 6. März dieses Jahres gewesen ist. Der erfahrene Parlamentarier Dr. Withalm als Klubobmann bietet die Gewähr für eine zielführende Koordinierung der Partei und der Parlamentsarbeit so wie in der Gegenwart auch in der Zukunft. Und das Zweigespann Klaus-Withalm ist für uns alle die Gewähr, daß die Arbeit in der Zukunft erfolgreich sein wird.

Wenn niemand zum Wahlvorschlag das Wort wünscht, dann schreiten wir zur Durchführung der Wahl.

Ich darf noch einmal feststellen, daß die Geschäftsordnung bei der Wahl der obersten Parteifunktionäre schriftliche Abstimmung vorschreibt. Die wahlberechtigten Delegierten, das sind alle anwesenden Delegierten mit beschließender Stimme, erhalten die Stimmzettel gegen Vorweis der Delegiertenkarte bei der für sie zuständigen Wahlkommission. Die Wahlkommission tritt im Foyer der Stadthalle, das heißt beim rechten hinteren Ausgang des Saales zusammen. Ich darf kurz die Mitglieder der Wahlkommission bekanntgeben:

Wahlleiter ist Landeshauptmann Josef Krainer.

In der Wahlkommission I führt den Vorsitz Landessekretär Gerhard Schmidt. Sie setzt sich zusammen aus den Mitgliedern Generalsekretärstellvertreter Dr. Hofbauer, Landtagsabgeordneten Buchinger und Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Robel.

Die Wahlkommission II steht unter dem Vorsitz von Landtagsabgeordneten Stöffler. Sie setzt sich zusammen aus den Mitgliedern Dr. Brugger, Dr. Therese Kraus, Landessekretär Stadtrat Reinhalter.

In der Wahlkommission III führt den Vorsitz Dr. Dipl.-Ing. Otto Jaus. Mitglieder sind der Landtagsabgeordnete Prof. Dr. Einspieler, Landessekretär Gschiel und Landessekretär Pichler.

Wahlkommission IV: Den Vorsitz führt Frau Nationalrat Lola Solar. Mitglieder sind Nationalrat Dr. Schwer, Landessekretär Tschernitz und Kammerrat Zelenka.

Zuständig ist die Wahlkommission I für Delegierte mit den Delegiertenkarten 1 bis 100, die Wahlkommission II für Delegierte mit den Delegiertenkarten 101 bis 200, die Wahlkommission III für die Delegierten mit den Karten 201 bis 300 und die Kommission IV für die Delegierten mit den Karten 301 bis Ende.

Ich darf nunmehr die Sitzung zur Durchführung der Wahl unterbrechen und Sie bitten, sich pünktlich um 9 Uhr zur Fortsetzung der Beratung im Nebensaal zu versammeln.

(Die Beratungen werden um 8 Uhr 30 Minuten unterbrochen und um 9 Uhr 5 Minuten wieder aufgenommen.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Landeshauptmann a.D. Josef
L e n t s c h : Meine Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich bitte noch einmal, die Sonderkonferenzen, insbesondere hinten im Saal, zu unterbrechen und sie am Nachmittag fortzusetzen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17: Bericht der Vorsitzenden der sechs Arbeitskreise
der Aktion 20 an das Plenum.

Ich darf vorausschicken, daß wir alle Ursache haben, den Berichten zu folgen, daher bitte ich um entsprechende Ruhe im Saal.

Das Wort hat der Vorsitzende des Arbeitskreises 1, Nationalrat Dipl.-Ing. Dr. Leitner. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Berichterstatter Nationalrat Dipl.-Ing. Dr. Alois

L e i t n e r : Hoher Bundesparteitag! Ich darf Ihnen für den Arbeitskreis 1 "Gesellschaft in Wandlung" berichten, daß der Versuch voll gelungen ist, eine Begegnung von Politik und Wissenschaft herbeizuführen. Der Parteitag wurde gestern während der Vorträge hervorragender Wissenschaftler zum Hörsaal, die anschließenden Diskussionen zu Seminaren, die neben wissenschaftlicher Ausleuchtung auch eine Fülle konkreter Anregungen erbrachten.

Zum erstenmal beschäftigte sich die Aktion 20 mit Fragen der Soziologie, mit Fragen, die sich aus der raschen gesellschaftlichen Wandlung ergeben.

Als Vortragende standen dem Arbeitskreis die Herren Universitätsprofessor Dr. Rosenmayr, Wien, und Universitätsprofessor Dr. Dahrendorf, Konstanz, zur Verfügung.

Wissenschaft, Technik und Wirtschaft führen zu einer immer schnelleren Wandlung der Gesellschaft. Wir Österreicher, die die Gesellschaftssysteme in Ost und West vor Augen haben, erkennen, daß sozialer Wandel nicht automatisch als Fortschritt verläuft. Fortschritt wird nicht geschenkt, sondern bedarf wohlüberlegter Steuerungsvorgänge. Er muß vom einzelnen, von der Familie, und von der kleinen Gruppe erstrebt und erarbeitet, durch Leistung erworben und von den großen Verbänden sowie von der Gesellschaftspolitik der Regierung gefördert werden.

Die Bereitschaft zum Fortschritt ist eine Voraussetzung zur Förderung der sozialen Mobilität. Soll die Chance zur Steigerung der Teilnahme an den Kultur- und Bildungsgütern

erhöht und der Wohlstand gesichert und angehoben werden, so müssen Ziele nicht nur vorausgesehen, sondern auch bestimmte Mittel zu ihrer Erreichung überlegt und ergriffen werden.

Planung - primär als Überlegung und sekundär als Festlegung - ist ein Hilfsmittel zur Vorbereitung von Entscheidungen, zur Gewinnung von Entwicklungsbildern für Jugend- und Familienpolitik, für Wohnungs- und Siedlungspolitik, für Raumordnung und Strukturpolitik. Diese Entwicklungsbilder müssen in lang- und mittelfristigen Budgetkonzepten ihre Verwirklichung finden.

Eine Partei, die nur Bestehendes verteidigen, nicht aber Zukünftiges bedenken und erstreben will, kann im gesellschaftlichen Wandel weder bestehen, noch diesem Ziele setzen und Forderungen auferlegen.

Die Arbeit der Wissenschaft ist dabei notwendig, reicht aber allein nicht aus. Sie kann Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, nimmt dem Politiker jedoch die Entscheidung nicht ab. Moderne Demokratie konstituiert sich nicht einfach als Anwendung der Wissenschaft, sondern als eine Auseinandersetzung mit ihrer Hilfe. Die Wissenschaft kann aber nur dienen, wenn sie unabhängig ist und dieses Bewußtsein der Unabhängigkeit in der Öffentlichkeit verankert wird.

Aus den Referaten und Diskussionsbeiträgen ergaben sich folgende Ansatzpunkte für die Gesellschaftspolitik:

1. Soziale und räumliche Mobilität. Auch die industrielle Gesellschaft ist geschichtet. Die klassenlose Gesellschaft wurde als Utopie erkannt. Der Gleichheitsgrundsatz der Demokratie verlangt jedoch, für die Durchlässigkeit der sozialen Schichten, für deren Übersteigbarkeit und für die Verkleinerung der Abstände zwischen den Schichten einzutreten. Eine fortschrittliche Gesellschaft muß auch die räumliche Mobilität von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen gewährleisten, ohne daß dadurch einzelne Regionen zu toten Gebieten werden.

Die Raumordnung hat den kommenden Generationen einen gesunden, funktionsfähigen Lebensraum zu bewahren. Dies gilt für die städtischen Bereiche ebenso wie für die rasch wachsenden Gemeinden im Vorfeld der Städte und für die ländlichen Gebiete, die als Wirtschaftsraum, Kultur- und Erholungslandschaft erhalten bleiben müssen.

Auf dem Bildungssektor ist die Benachteiligung der Bewohner entlegener Gebiete zu beseitigen.

2. Familie im Wandel. Die Förderung der Familie muß sowohl in materieller wie auch in ideeller Weise erfolgen. Dazu gehört eine systematische Erziehung zu Ehe und Familie. Besondere Beachtung verdient die Situation jener jungen Familien, in denen das Einkommen der Frau nach der Geburt von Kindern wegfällt. Teilzeitbeschäftigung soll der körperlichen und seelischen Doppelbelastung der berufstätigen Hausfrau entgegenwirken. Müttern erwachsener Kinder soll der Wiedereintritt in eine angemessene Berufslaufbahn erleichtert werden. Es wurde auch festgestellt, daß die Entwicklung in der Landwirtschaft zu einer Überlastung der Bäuerin geführt hat. Diese Überlastung muß abgebaut werden.

Der Mensch muß sich dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel immer neu anpassen. Die Weiterbildung nach dem Schulaustritt soll einen Bestandteil der ständigen Erwachsenen-erziehung in allen Volksschichten bilden.

Die Wohnungs- und Siedlungspolitik hat das Weiterbestehen der funktionierenden Mehrgenerationenfamilie - wenn auch nicht mehr, wie früher, unter einem Dach - zu berücksichtigen. In einem sinnerfüllten Lebensabend unserer Pensionisten sollen die Möglichkeiten der beruflichen Weiterbetätigung verbessert werden.

3. Staat und Parteien. Eine zielgerichtete Gesellschafts-politik muß die Auswirkungen bestehender Rechtsnormen, insbesondere aber jene neuer legislativer Initiativen auf die Gesellschaftsstruktur überprüfen. Das Ziel ist eine sozial gesicherte Leistungsgemeinschaft.

Auch in der sich wandelnden Gesellschaft müssen die kleinen Gemeinschaften als Träger echter Verantwortung und echter Aufgaben funktionieren.

Ebenso haben in der modernen Gesellschaft politische Konzeptionen und somit die Parteien als deren Träger ihren Sinn. Standesparteien und Klassenparteien der Vergangenheit verlieren immer mehr ihre Bedeutung. Die Partei von heute muß die moderne und offene Gesellschaft wollen, neue Wege der politischen Entscheidungen beschreiten und ein neuartiges Verhältnis zu ihren Anhängern schaffen. Die Österreichische Volkspartei als soziale Integrationspartei kann diese Bedingungen sehr gut erfüllen und daher der modernen gesellschaftlichen Entwicklung entsprechen. Ich danke sehr. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann a. D. Landesparteiobmann

Josef Lentsch : Ich danke dem Vorsitzenden des Arbeitskreises 1, Herrn Nationalrat Alois Leitner, recht herzlich für seinen Bericht.

Meine Damen und Herren! Sie hatten gestern während des ganzen Tages Gelegenheit, zu den wissenschaftlichen Referaten Stellung zu nehmen und in Ihren Arbeitskreisen Ihre Meinung vorzubringen. Ich glaube daher, daß sich eine umfangreiche Diskussion über den eben vorgetragenen Bericht des Arbeitskreises 1 weitgehend erübrigt. Liegen trotzdem Wortmeldungen vor? - Dies ist nicht der Fall. Wir können daher zum Bericht des 2. Arbeitskreises übergehen.

Ich darf den Berichterstatter, Herrn Nationalrat Dr. Josef Gruber, um seinen Bericht bitten.

Berichterstatter Nationalrat Dr. Josef Gruber :

Hoher Bundesparteitag! Ich darf die Feststellung des Vorredners für den Arbeitskreis 2 wiederholen: Auch im Arbeitskreis 2 wurde das als Experiment bezeichnete Zusammenwirken von Wissenschaft und Politik als gelungen erachtet. Die Anteilnahme an dem Gespräch zwischen den Wissenschaftlern und den Politikern war sehr, sehr rege.

Dem Arbeitskreis lagen zwei Referate zugrunde. Im ersten stellte Universitätsprofessor Dr. Tuppy dar, welchen Wandlungen die moderne Gesellschaft durch den naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt unterworfen ist. Zu seiner Nutzung und zur Bewältigung seiner vielfältigen sozialen, ökonomischen, rechtlichen und moralischen Konsequenzen sind gebildete, gut ausgebildete, leistungsfähige, schöpferische, verantwortliche Menschen erforderlich.

Bildung eröffnet dem einzelnen eine größere persönliche Entfaltungsmöglichkeit und gibt ihm eine bessere Aufstiegschance. Sie ist zudem eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß Staat und Gesellschaft gedeihen, die Wirtschaft wächst und der Standard des Lebens und der Kultur steigt.

Über den zunehmenden Bedarf an Fachkräften jedweder Art liegen eingehende Untersuchungen vor. Aus ihnen geht hervor, daß der Anteil der Bevölkerung mit höherer Bildung unbedingt steigen muß, wenn eine verhängnisvolle Rezession in kultureller und wirtschaftlichen Hinsicht vermieden werden soll. Es müssen darum alle Bildungsreserven, die derzeit noch brachliegen, mobilisiert werden.

Obwohl ein "Bildungsprivileg" nicht mehr besteht, ist es eine bedauerliche Tatsache, daß die Zahl der studierenden Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien unverhältnismäßig gering ist. Durch Aufklärung, Beratung und Werbung muß darum in der ganzen Bevölkerung ein besseres Verständnis für den Wert der gehobenen Bildung geweckt werden.

Jeder junge Mensch soll die Chance haben, den seiner Begabung entsprechenden Bildungsstand zu erreichen. Dazu ist ein großzügiger Ausbau des Schulwesens von den Pflichtschulen bis zu den Hochschulen einschließlich des Berufsschulwesens und der Einrichtungen des zweiten Bildungsganges unter besonderer Berücksichtigung der Heim- und Internatserfordernisse notwendig. Dieser Ausbau hat nach einem Standortplan zu erfolgen, der die Bevölkerungsverteilung und die Verkehrsverhältnisse berücksichtigt.

Das Problem der viel zu hohen Verlustquote an den Schulen bedarf eingehender Untersuchungen. Die Schule soll sich auf allen Ebenen auf die Bemühungen um die Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Fertigkeiten konzentrieren und die Überlastung der Schüler und Studierenden durch ein Übermaß an Lernstoff abbauen. Das Problem der mittleren Reife soll einer grundsätzlichen Untersuchung zugeführt werden.

Eine Hauptaufgabe der Schule ist es, die geistige Selbstständigkeit anzuregen, die Freude am Neuen und Ungewohnten zu wecken und die Bereitschaft zur Weiterbildung zu stärken.

Der zunehmende Andrang an die Hochschulen macht ebenso wie der noch nicht befriedigte Nachholbedarf einen großzügigen Ausbau des Hochschulwesens notwendig. Bei der Erweiterung der bestehenden und der Errichtung neuer Hochschulen sind Schwerpunkte zu setzen und auf die Interessen des gesamtösterreichischen Bedarfs Rücksicht zu nehmen.

Die Schulbildung muß eine dauernde Ergänzung durch Erwachsenenbildung und Berufsfortbildung erfahren; der Arbeitskreis regte die Bildung einer eigenen Arbeitsgruppe für Fragen der Erwachsenenbildung an.

Die Bildungsgesellschaft kann nur verwirklicht werden, wenn Lehrer und Erzieher in ausreichender Zahl und in hervorragender Qualität vorhanden sind; der Beruf des Lehrers bedarf einer ideellen und materiellen Aufwertung. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Problem des Landlehrers und der Lehrer in grenznahen Bezirken gewidmet. In der Lehrerfortbildung und Lehrerausbildung darf die Behandlung staatsbürgerlicher Fragen nicht fehlen.

Das geistige Wohl der Menschen ist in der modernen Welt mehr noch als früher auf die schöpferischen Werte und Werke der Kunst angewiesen. Der Literatur und Musik, der darstellenden und bildenden Kunst gebühren bedeutend breiterer Raum und Anteilnahme sowie stärkerer Anreiz zu schöpferischer Entfaltung.

Eine klare und entschiedene Forschungspolitik ist für die kulturelle Kraft die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und damit auch für die politische Unabhängigkeit eines Landes eine unbedingte Voraussetzung. In Österreich wurden Forschung und Entwicklung bisher stark vernachlässigt. Nur rund ein Drittel Prozent des Bruttonationalprodukts werden in Österreich von Wirtschaft und öffentlicher Hand für Zwecke der Forschung aufgewendet. Demgegenüber werden zum Beispiel in der Schweiz jährlich rund 1,7 Prozent des Volkseinkommens für die Finanzierung von Forschungsprojekten verwendet, wie der zweite Referent des Tages, Bundesrichter Prof. Dr. Kaufmann aus Lausanne, ausführte. Der Arbeitskreis war tief beeindruckt von den Ausführungen des Gastreferenten über den gewaltigen und planmäßigen Ausbau des Hochschul- und Forschungswesens in der Schweiz; allein der Schweizer Nationalfonds für Forschung verfügt über ein Jahresbudget von rund 300 Millionen Schilling jährlich.

Auch in Österreich ist eine gesetzliche Regelung der Forschung von den Grundlagen bis zur Anwendung der Ergebnisse dringend erforderlich. Für Bildung und Forschung sind große Summen notwendig. Zur Finanzierung dieser nicht aufschiebbaren Aufgaben sind auch außerordentliche Methoden, etwa die Auflage einer Anleihe, anzuwenden. Das in Bildung und Forschung investierte Kapital macht sich in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht bezahlt; Bildung ist eine der wichtigsten Antriebskräfte des Wirtschaftswachstums.

Die Gesellschaft ist also nicht nur in kultureller, sondern auch in materieller Hinsicht gut beraten, wenn sie den Erziehungsausgaben und der Förderung von Wissenschaft Vorrang einräumt. (Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann L e n t s c h : Ich danke dem Vorsitzenden des Arbeitskreises 2 "Fortschritt und Bildung".

Auch hier die Frage, ob jemand dazu das Wort wünscht. - Das ist nicht der Fall. Damit können wir die beiden Berichte, die wir gehört haben, als angenommen betrachten.

Ich danke recht herzlich und übergebe den Vorsitz Frau Nationalrat Lola Solar.

Vorsitzende Nationalrat Lola S o l a r : Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Vorsitzenden des Arbeitskreises 3 "Gesundheit für alle", Nationalrat Reich, seinen Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Nationalrat Josef Reich : Hoher Bundesparteitag! Der Arbeitskreis 3 im Rahmen der Aktion 20 hielt seine Beratungen über das Thema "Gesundheit für alle" ab. Das Einleitungsreferat hielt Universitätsprofessor Dr. Fellingner. Einhellig waren die Teilnehmer der Auffassung, daß die Probleme einer modernen Gesundheitspolitik ohne Mit-hilfe von Wissenschaftern der einschlägigen Sparte nicht zu bewältigen sind. Besonders von Politikern, die für die Ge-sundheitspolitik in Ländern und Gemeinden verantwortlich sind, wurde eine Unterstützung durch die Wissenschaft sehr begrüßt.

Erfreulicherweise konnte in der umfassenden Diskussion im Anschluß an das Referat festgestellt werden, daß von seiten der Wissenschaft die uneingeschränkte Bereitschaft vorhanden ist, ihren spezifischen Beitrag zur Lösung der Probleme, die sich aus einer aktiven Gesundheitspolitik ergeben, zu erbringen.

Durch die Lebensformen einer modernen Industriegesell-schaft ist die Gesundheit des einzelnen im besonderen Maß gefährdet. Unbeschadet der Eigenverantwortlichkeit des einzelnen für seine Gesundheit haben Staat und Gesellschaft das Ihre dazu beizutragen, daß das Recht auf Gesundheit allen Staatsbürgern garantiert werden kann. Die Durchsetzung dieser Forderung ist Aufgabe einer modernen Gesundheitspolitik.

Die Medizin hat in den letzten drei Jahrzehnten auf diagnostischem und therapeutischem Gebiet Fortschritte ge-macht, wie sie in Jahrhunderten nicht zu verzeichnen waren. Durch diese Entwicklung bieten sich für die Gesundheitspolitik neue Möglichkeiten.

Die Bewältigung der Probleme, die sich infolge der durch die moderne Medizin bedingten verlängerten Lebenserwartungen ergeben, macht vor allem eine systematische Förderung der Gesundheitsberufe, der Ärzte und Schwestern, der technisch-medizinischen Kräfte und aller Mitarbeiter, notwendig, sie erfordert aber auch eine entsprechende Entwicklung und Neuorganisation des Spitalswesens.

Die Vorsorge für die Gesundheit hat nach den Erkenntnissen der Wissenschaft beim Kleinkind zu beginnen und die Jugend in allen ihren Entwicklungsphasen sowohl in physischer wie auch in psychischer Hinsicht zu berücksichtigen. Bei den Erwachsenen muß vor allem auf eine gesunde Lebensführung größerer Wert gelegt werden, wobei vor allem der Mißbrauch von Alkohol und Suchtgiften zu bekämpfen ist. Der Verhinderung möglicher Arbeits- und Berufsschäden ist größtes Augenmerk zu schenken. In der Fürsorge und Vorsorge für die älteren und alten Menschen sind die vielen Möglichkeiten der modernen Medizin zu nützen.

Im Rahmen einer modernen Gesundheitspolitik kommt der Sozialversicherung und insbesondere der gesetzlichen Krankenversicherung eine erhöhte Bedeutung zu. Vordringliche Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, die Systeme der sozialen Krankenversicherung einer Überprüfung in der Richtung zu unterziehen, ob sie den wachsenden Erfordernissen gerecht werden kann. Sie wird insbesondere auch auf den gesellschaftlichen Strukturwandel Rücksicht zu nehmen haben und in die Lage versetzt werden müssen, den erhöhten kostenmäßigen Anforderungen der modernen Medizin zu entsprechen. Damit die Entwicklungen

auf allen genannten Gebieten beachtet werden können, wird es sich als notwendig erweisen, eine Institution zu schaffen, die folgende Aufgaben zu erfüllen haben wird:

Beistellung statistischen Materials,

wissenschaftliche Analysen der Erfordernisse einer modernen Gesundheitspolitik,

Erstellung eines Dringlichkeitskatalogs für gesundheitspolitische Maßnahmen,

Ausarbeitung eines langfristigen Konzeptes und

Koordinierung aller gesundheitspolitischen Aktivitäten.

Universitätsprofessor Dr. Annars aus Uppsala referierte in eindrucksvoller Weise über die sozialpolitische Situation in Schweden und kam dann insbesondere auf die gesundheitlichen Gefahren zu sprechen, die die biologische Umwelt des Menschen heute bedrohen. Die Gesundheit des Menschen ist weitgehend davon abhängig, daß die immer mehr um sich greifende Verunreinigung der Luft, des Wassers und des Bodens hintangehalten wird. Da dieses Problem längst nicht mehr ein nationales, sondern schon ein internationales ist, ist der Arbeitskreis - nach einer Anregung Professor Annars - einhellig der Auffassung, daß von Österreich die Initiative zur Schaffung einer europäischen Konvention zum Schutze der biologischen Umwelt des Menschen ergriffen werden soll.

Der Arbeitskreis 3 ersucht daher die Bundesparteileitung, die notwendigen Schritte zur Realisierung dieses Vorschlages zu unternehmen.

Abschließend, meine Damen und Herren, darf ich als Vorsitzender des Arbeitskreises 3 nochmals den beiden Referenten, Herrn Professor Dr. Fellingner und Herrn Professor Dr. Annars, aber auch allen Mitarbeitern in der Vorbereitung und in der gestrigen Arbeitssitzung herzlich danken und ersuche den Bundesparteitag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzende Nationalrat Lola Solar : Ich danke dem Berichterstatter, Nationalrat Pay, für seinen sehr ausführlichen und guten Bericht. Es gilt für diesen Bericht dasselbe wie für die vorigen: Die Debattenredner sind bereits gestern zum Wort gekommen. Ich frage aber dennoch, ob sich jemand, der noch etwas

dazu zu sagen hat, zum Wort melden will. - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich zum Bericht des nächsten Arbeitskreises schreiten, das ist der Arbeitskreis "Freiheit in der Ordnung". Ich bitte den Berichterstatter, Nationalrat Dr. Walter Hauser, seinen Bericht abzugeben.

Berichterstatter Nationalrat Dr. Walter Hauser:

Hoher Bundesparteitag! Der Arbeitskreis 4 hatte unter der wissenschaftlichen Leitung Herrn Universitätsprofessors Dr. Winkler und des Schweizer Koreferenten, Herrn Nationalrat Dr. Weibel, das Thema "Freiheit in der Ordnung" zu behandeln.

Die Persönlichkeitsentfaltung des Menschen in Freiheit und Ordnung ist auch Aufgabe der Politik. Die Gemeinschaft kann diese Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie die Ordnung als Grundstruktur anerkennt. Unter den Ordnungskräften nimmt das Recht einen hervorragenden Rang ein.

Bestand und Ausbau der Rechtsordnung sind nur dann gewährleistet, wenn der Rechtsstaat als allgemein und unteilbar angesehen wird und das Recht auch in der Gesinnung aller Bürger verwurzelt ist. Die Entwicklung der Gesellschaft erfordert die weitere Ausgestaltung und Stärkung des Rechtsstaates sowohl im Bereich der Verfassung als auch der einfachen Gesetzgebung. Die Errungenschaften des modernen Verfassungsstaates müssen erhalten und fortentwickelt werden. Dabei sind besonders die verfassungsgesetzlich gewährleisteten Grundrechte des einzelnen Staatsbürgers neu zu durchdenken.

Diesen Rechten des Staatsbürgers stehen aber auch Pflichten gegenüber. Eine ausreichende Erziehung und Bildung soll das Ver-

antwortungsgefühl des einzelnen gegenüber der staatlichen Gemeinschaft heben. Dies ist insbesondere durch Bildungseinrichtungen und den Einsatz der Massenmedien anzustreben; Garantie dafür ist die in der Demokratie unerläßliche Informationsfreiheit.

Die Kontrollmöglichkeiten der Demokratie liegen vor allem in der tatsächlichen Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte durch den einzelnen; Voraussetzung für eine solche Aktivität des Bürgers ist aber, daß die Akte der Gesetzgebung und Vollziehung in ihrer Form jedermann verständlich bleiben.

In der Diskussion des Arbeitskreises wurden im einzelnen folgende Probleme erörtert:

Zu den Grund- und Freiheitsrechten: Der Arbeitskreis unterstrich die Notwendigkeit der Anpassung des Katalogs der Grund- und Freiheitsrechte an die Gegebenheiten unserer Zeit, wie sie derzeit von einem Expertenkollegium beim Bundeskanzleramt erarbeitet wird.

Zum Ausbau der rechtsstaatlichen Kontrollen: Die Möglichkeiten der Gesetzesanfechtung beim Verfassungsgerichtshof sollen erweitert und die Kompetenzen des Verwaltungsgerichtshofes ausgebaut werden.

Eine Verkürzung des Rechtsmittelweges im Verwaltungsverfahren würde nach Meinung des Ausschusses zu einer noch stärkeren Überlastung des Verwaltungsgerichtshofes führen und den Rechtsschutz des Staatsbürgers beeinträchtigen.

Zu einigen offenen Fragen der Verfassung: Die politischen Parteien sind Träger des demokratischen Staates. Die Willensbildung des Staatsvolkes erfolgt mit ihrer Hilfe. Das Recht auf Parteienbildung ist deshalb unter den Schutz der Verfassung zu stellen.

Auch Kammern und Verbände sind ein wesentlicher Bestandteil der modernen Gesellschaft; ihre Autonomie bedarf gleichfalls verfassungsrechtlicher Garantie.

Die Kompetenzen von Bund und Ländern sind unter Wahrung der föderalistischen Struktur unseres Staates neu zu ordnen.

Zum Justizwesen: Nicht nur die Verwaltung, sondern auch die Gerichtsbarkeit muß mit den Grundsätzen der Bundesverfassung im Einklang stehen. Insbesondere die Verabschiedung eines modernen Strafvollzugsgesetzes erscheint aus diesem Grunde vor-
dringlich.

Die Richterbestellung darf nicht unter parteipolitischen Einfluß geraten; darin liegt in gleicher Weise eine Stärkung der Verantwortung des Richters wie der Freiheit des einzelnen.

Für die Mitwirkung des Volkes an der Rechtsprechung sind zeitgemäße, rechtsstaatliche Formen zu finden.

Richter und Verwaltungsbeamte haben ein Recht auf freie politische Überzeugung, aber auch ein Recht auf Schutz vor sachfremden Einflüssen bei Ausübung ihrer Funktion.

Zur Verständlichkeit des Rechtes: Die Vereinfachung und verständliche Fassung der Gesetze ist sowohl im Interesse der Staatsbürger als auch der Behörden geboten. Der Staatsbürger ist insbesondere im Bereich des Verwaltungsrechtes vielfach hilflos; eine verstärkte Rechtshilfe gerade in diesem Bereiche ist anzustreben.

Gesamtreformen bestimmter Rechtsgebiete sind mit Bedacht in Angriff zu nehmen; unübersichtlich gewordene und mehrfach novellierte Gesetze sind wiederzuverlautbaren.

Die Diskussion des Arbeitskreises brachte eine Fülle von wertvollen Anregungen, auf die in diesem Bericht im einzelnen nicht eingegangen werden kann.

Alle Teilnehmer stimmten aber in der Auffassung überein, daß die Begegnung zwischen Wissenschaft und Politik fortgesetzt werden möge. Eine solche Begegnung wird der Regierung und dem Parlament die sachlichen Grundlagen für die gesetzmäßige Fortentwicklung unseres Rechtsstaates bereitstellen. (Beifall.)

Vorsitzende Nationalrat Lola S o l a r : Ich danke dem Berichterstatter, Herrn Nationalrat Dr. Hauser für seinen sehr ausführlichen und guten Bericht.

Es gereicht mir zur besonderen Freude, in unserer Mitte heute noch einen ausländischen Gast begrüßen zu dürfen. Es ist dies der Vertreter der Christlich-Sozialen Partei Belgiens, unserer guten Schwesternpartei, Herr Nationalrat de Spot. (Starker Beifall.) Ich bitte ihn, einige Worte an den Bundesparteitag zu richten.

Jan de Spoot (Christlich-Soziale Partei Belgiens)

(mit Beifall begrüßt): Sehr verehrte Freunde aus der ÖVP! Es freut mich, Ihnen die Grüße aus Belgien, von Ihrer Schwesterpartei, der Christlich-Sozialen Volkspartei, übermitteln zu können. Seit vielen Jahren stehen unsere beiden Parteien in engen Beziehungen. Es sind schon vielleicht 20 Jahre, daß wir hierherkommen, und diese Beziehungen sind immer besser und besser geworden. Unsere beiden Länder sind nur kleine Länder, aber sie haben eine gemeinsame Vergangenheit: es gab eine Zeit, in der sie das Schicksal teilten, und wenn es so hätte bleiben können, wäre es vielleicht nicht so schlecht gewesen.

Es hat uns sehr gefreut und mit Begeisterung erfüllt, daß Sie durch Ihren letzten Wahlsieg die Möglichkeit bekommen haben, die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen. Damit sind Sie in der Lage, nicht nur für Ihr Vaterland, sondern das ganze Abendland den Beweis zu liefern, daß das Wohl und Wehe unserer Bevölkerung, daß die Zukunft und die Entwicklung in unseren Ländern nur von den christlich-sozialen Parteien gewährleistet werden können. (Beifall.)

Herr Kanzler! Mit lebhaftem Interesse werden wir Belgier Ihren Erfolg weiter verfolgen. Wir werden uns freuen, wenn Sie die schwere Aufgabe, die Sie übernommen haben, erfüllen und damit uns alle stärken werden im Kampf für die Zukunft. Ich danke. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzende Nationalrat Lola S o l a r : Ich danke dem Vertreter der Christlich-Sozialen Partei Belgiens Jan de Spot sehr herzlich für seine sehr freundlichen und anerkennenden Worte. Wir alle sind davon überzeugt, daß Europa nur dann bestehen und eine glückliche Zukunft haben wird, wenn die christliche Demokratie bei den Völkern Europas wach und führend bleibt. Ich bitte ihn, die besten Grüße des Bundesparteitages der Christlich-Sozialen Partei Belgiens zu übermitteln. (Beifall.)

Wir kommen nun zum nächsten Punkt der Tagesordnung und bitte nun Ing. Sallinger, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Präsident Nationalrat Ing. Rudolf

S a l l i n g e r : Hoher Bundesparteitag! "Österreich in der Welt" war das Thema des Arbeitskreises 5 und ich darf Herrn Abgeordneten Dr. Fiedler bitten, den Bericht zu erstatten.

Berichterstatte Nationalrat Dr. Kurt Fiedler:

Hoher Bundesparteitag! Ich habe als politischer Vorsitzender des Arbeitskreises "Österreich in der Welt" zu berichten, der gestern vor- und nachmittag getagt hat. Die Themenstellung wurde in einem umfassenden Referat des Gesandten Dr. Franz Karasek klar herausgearbeitet. Aus der Sicht eines neutralen Staates, eines Landes, das über vier Jahrhunderte neutral ist, konnten wir in einem einmaligen, hervorragend formulierten und ausführlichen Bericht zu unserer Themenstellung eine interessante und klare Stellungnahme bekommen.

Ich darf daher an dieser Stelle Herrn Nationalrat Dr. Furgler von der Konservativ-Christlichen Volkspartei der Schweiz herzlich für dieses, ich darf für alle Teilnehmer des Arbeitskreises sagen, einmalige Referat danken. (Beifall.)

An beide Referate schloß sich eine eingehende Diskussion, in der vormittag 12 und nachmittag 9 Teilnehmer das Wort ergriffen.

Zum Themenkreis gehörten auch Fragen der Wehrpolitik, soweit sie mit der Außenpolitik in kausalem Zusammenhang stehen. Da aber über diesen Arbeitskreis hinausgehend wichtige Probleme der Wehrpolitik im Rahmen der Aktion 20 einer genauen und eingehenden Behandlung zugeführt werden sollten, darf ich an dieser Stelle die unbedingte Notwendigkeit unterstreichen, daß man in Zukunft einen solchen Arbeitskreis "Wehrpolitik" innerhalb der Aktion 20 einrichten möge.

Nunmehr komme ich zum eigentlichen 18 Punkte umfassenden Bericht in Resolutionsform, den ich nun dem Hohen Bundes-

parteitag vorlegen darf.

Die vornehmste Aufgabe, vor der unsere Welt- heute und morgen - steht, ist die Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens. Die Technik hat dem Menschen ein noch nie dagewesenes Potential an Zerstörungskraft in die Hand gegeben, die Technik hat aber auch die Entfernungen schrumpfen lassen. Die Zukunft der Welt ist unteilbar, die Menschheit eine große Schicksalsgemeinschaft geworden.

Österreich glaubt, durch seine Existenz als unabhängiger, immerwährend neutraler Staat, an einem wichtigen, ja neuralgischen Schnittpunkt von Weltanschauungen, nationalen und kulturellen Strömungen gelegen, einen Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens zu leisten.

Erklärter Zweck der immerwährenden Neutralität Österreichs ist die dauernde Behauptung der österreichischen Unabhängigkeit. Die Neutralität ist somit die Maxime der österreichischen Außenpolitik, die Erhaltung und Sicherung der Unabhängigkeit ihr Ziel.

Die Freiwilligkeit der österreichischen Neutralität bedingt ihre Auslegung durch Österreichs Parlament und Regierung innerhalb des durch das Völkerrecht gezogenen Rahmens.

Entscheidendes Element der immerwährenden Neutralität ist ihre internationale Glaubhaftigkeit und Berechenbarkeit. Der immerwährend Neutrale ist daher schon in Zeiten des Friedens zu Verhaltensweisen verpflichtet, die unter den Begriff der Neutralitätspolitik fallen: In ihrem Sinn muß Österreich alles

unterlassen, was die Erhaltung der Neutralität im Konfliktfall gefährden müßte und alles tun, was ihrer Sicherung dient. Dazu ist wesentlich, daß sich Österreich seine grundsätzliche Entscheidungs- und Handlungsfreiheit im Bereich der staatlichen Willensbildung wahrt.

Eine konsequente Neutralitätspolitik - zu der auch der Aufbau einer angemessenen, umfassenden Landesverteidigung gehört, die durch koordinierte Maßnahmen im militärischen, zivilen, wirtschaftlichen und geistigen Bereiche ergänzt werden muß - gibt der immerwährenden Neutralität erst ihre Glaubhaftigkeit, d.h. das Vertrauen der Völkergemeinschaft in den Willen und die Fähigkeit Österreichs, im Konfliktfalle tatsächlich neutral zu bleiben.

Mit diesem Vertrauen erhält Österreichs immerwährende Neutralität erst jene stabilisierende Wirkung im internationalen Kräftespiel, die ein wesentlicher Beitrag Österreichs zum Frieden auf unserer Welt, aber auch wieder der beste Garant für Österreichs Unabhängigkeit sein wird.

Die Neutralität der Republik bedeutet jedoch keine Einschränkung der weltanschaulichen Meinungsfreiheit und politischen Orientierung; sie verpflichtet den Staat, nicht aber den einzelnen Staatsbürger.

Österreich will die Beziehungen zu allen Nachbarstaaten friedlich und freundschaftlich gestalten. Es hat den festen Willen, einen aktiven Beitrag zur Normalisierung und Entspannung der politischen Lage in Mittel- und Südosteuropa unter strenger Berücksichtigung der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung der Staaten sowie der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse zu leisten.

Österreich bekennt sich aus voller Überzeugung zur Zusammenarbeit der Völker Europas. Es wünscht, an dieser Zusammenarbeit unter Beachtung seiner Stellung als immerwährend neutraler, unabhängiger Staat teilzunehmen.

Für Österreich ist die Teilnahme an der wirtschaftlichen Dynamik eines umfassenden europäischen Marktes von größter Bedeutung. Daher wurde es Mitglied der EFTA und daher strebt es den Abschluß eines Vertrages besonderer Art mit der EWG an, um das Wachstum der österreichischen Wirtschaft zu fördern und damit den steigenden Wohlstand aller Bürger unseres Landes zu sichern.

Dieser Vertrag muß selbstverständlich in vollem Einklang mit der immerwährenden Neutralität Österreichs und seiner Unabhängigkeit stehen.

Österreich sieht in Europa nicht ein Europa der "Sechs" oder der "Sieben". Bei voller Würdigung der Leistung der bestehenden europäischen Organisationen für die europäische Einigung können sie nur Vorläufer für ein größeres Europa sein, das nach dem Grundsatz: "Einheit in der Vielfalt" errichtet werden muß. In der Arbeit für dieses größere Europa liegt Österreichs besondere Aufgabe.

Österreichs Mitwirkung bei dem wirtschaftlichen Zusammenschluß in Europa sollte jedoch den Ausbau seiner Handelsbeziehungen zu allen Staaten und Regionen der Welt nach dem Grundsatz eines möglichst freien Warenaustausches nicht beeinträchtigen.

Österreich als Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen unterstützt vorbehaltlos deren Bemühungen um die

Sicherung des Weltfriedens und ist zur aktiven Mitarbeit in diesem Sinne stets und immer bereit. Es fördert gleichermaßen die internationale Zusammenarbeit in regionalen Bereichen. So ist seine mehr als zehnjährige aktive Mitarbeit im Europarat zu verstehen, ebenso die jüngste Initiative, die zur Bildung der "Neunergruppe" geführt hat, deren Ziel die Verbesserung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen europäischen Staaten mit verschiedenen politischen und sozialen Systemen darstellt.

Österreich weiß um die große Verantwortung, die den industrialisierten Staaten gegenüber den Entwicklungsländern zukommt. Das Problem der Entwicklungsländer ist heute das große Problem und Anliegen internationaler und weltweiter Dimension. Die Leistung von Entwicklungshilfe ist nicht nur ein moralisches Postulat, sondern eine politische Notwendigkeit. Sie dient zum Abbau von Spannungen zwischen den Völkern und damit der Erhaltung des Weltfriedens.

Österreich begrüßt die Durchführung internationaler Konferenzen und die Niederlassung internationaler Organisationen auf seinem Boden. Daher hat es auch die Einladung ausgesprochen, den Sitz des Sekretariates der UN-Organisation für industrielle Entwicklung in Wien zu errichten. (Beifall.)

Österreich verfügt über ein großes kulturelles Erbe und Strahlungsvermögen. Aus diesen Gründen sollte mit allen Mitteln der Ausbau jener Einrichtungen gefördert werden, die der kulturellen Begegnung zwischen den Völkern und dem Dialog zwischen den Weltanschauungen dienen.

Österreich empfindet es als seinen besonderen Auftrag, die schöpferisch tätigen, wissenschaftlichen und künstlerischen Kräfte in seinem Lande zu fördern und damit einen Beitrag beim Austausch des kulturellen Reichtums der Völker zu leisten.

Diesen meinen Bericht, hoher Bundesparteitag, bitte ich zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Nationalrat Ing. Rudolf S a l l i n g e r :

Ich darf dem Herrn Abgeordneten Fiedler für seinen Bericht herzlich danken, gleichzeitig auch den Vortragenden in den Arbeitskreisen, und auch den Diskussionsrednern.

Sie hatten gestern ausreichend Gelegenheit, in den Arbeitskreisen zu diskutieren. Dennoch will ich fragen, ob zusätzlich noch eine Frage gestellt wird. - Dies ist nicht der Fall.

Ich darf nochmals herzlich danken und zum Arbeitskreis 6, "Wohlstand durch Wirtschaftskraft" den Herrn Abgeordneten Mitterer um seinen Bericht bitten.

Berichterstatter Nationalrat Otto M i t t e r e r :

Hoher Bundesparteitag! Es obliegt mir die Auszeichnung und Ehre, Ihnen über den Arbeitskreis "Wohlstand durch Wirtschaftskraft", dessen politischer Vorsitzender ich war, zu berichten.

Eingangs darf ich sagen, daß die beiden Wissenschaftler, nämlich Universitätsprofessor Dr. Stefan Koren und Universitätsprofessor Dr. Hellwig es in ausgezeichnete Form verstanden haben, diese an sich trockene Materie so lebendig zu schildern und darzulegen, daß über 30 Wortmeldungen vorgelegt sind und die Probleme in einer ausführlichen Diskussion erörtert wurden.

Die Wirtschaftspolitik bedarf mehr denn je der wissenschaftlichen Erarbeitung von Unterlagen für politische Entscheidungen. In der Diskussion wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß echte Zusammenarbeit mit der Wissenschaft die Bereitschaft voraussetzt, auch Erkenntnisse anzunehmen, die liebgewordene Tabus zerstören.

In den Referaten und Diskussionsbeiträgen wurde unterstrichen, daß die wirtschaftliche Situation in Österreich durch eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren gekennzeichnet ist. Diese Tendenz ist auch in den anderen europäischen Ländern festzustellen, in denen wie in Österreich in den früheren Jahren ein besonders hohes Wirtschaftswachstum zu verzeichnen war. Die große Gefahr besteht nun darin, daß trotz dieses sinkenden Wirtschaftswachstums die Ansprüche an das Sozialprodukt in ähnlichem Ausmaß wie früher steigen. Daraus ergeben sich Spannungen und inflationäre Tendenzen.

Der Arbeitskreis "Wohlstand durch Wirtschaftskraft" betrachtet die Bearbeitung folgender Themen als besonders vordringlich:

Die Sicherung der Kaufkraft des Schillings, die eine Vorrangstellung einnimmt und einnehmen muß, und die Voraussetzung für die Erfüllung aller anderen wirtschaftspolitischen Aufgaben ist.

Das Ausmaß der Einkommenserhöhungen, die Sicherung und der Ausbau der sozialen Leistungen hängen zwangsläufig vom Ausmaß des Wirtschaftswachstums ab. Daher: zielbewußte Politik zur Förderung des Wirtschaftswachstums.

Die Landwirtschaftspolitik hat ihre Schwerpunkte in der Strukturverbesserung, der Besitzfestigung und der Ausrichtung der Produktion auf die Markterfordernisse.

Ferner sollen vordringlich behandelt werden: die Probleme auf dem Gebiet des Wohnungsmarktes, die Fragen der Elektrizitäts- und Kohlenwirtschaft, die Lage der verstaatlichten Industrie und die Regionalpolitik.

In der Budgetpolitik ist die Erarbeitung von längerfristigen Konzepten absolut notwendig.

Im Rahmen einer künftigen, längerfristigen Wirtschaftspolitik wird von einer Diagnose der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme und der Darstellung ihrer Ursache ausgegangen werden müssen. Weiter soll versucht werden, die Möglichkeit und Grenzen des künftigen Wirtschaftswachstums zu schätzen und daraus die bevorstehenden und notwendigen Änderungen sowie Umschichtungen in Wirtschaft und Gesellschaft aufzuzeigen sowie den Rahmen abzustecken, in dem zusätzliche Wünsche erfüllt werden können.

Der Arbeitskreis "Wohlstand durch Wirtschaftskraft" hält es für entscheidend, daß die Öffentlichkeit - und darauf möchte ich besonders hinweisen, meine Damen und Herren - über die wirtschaft-

lichen Probleme und Aufgaben mehr als bisher informiert wird. (Beifall.) Es ist daher zu begrüßen, daß der vom Plenum angenommene Antrag des politischen Ausschusses die Geschäftsführung der Aktion 20 beauftragt hat, die von Politikern und Wissenschaftlern gemeinsam erarbeiteten Ergebnisse nicht nur für die politische Aktion, sondern auch für die Öffentlichkeitsarbeit verwendbar zu machen.

Und nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch einige Worte zu dieser neuen Methode der Konfrontation mit der Wissenschaft sagen: Wir stehen und wir leben in einer Welt, die das Tor in eine völlig neue Zeit aufgestoßen hat. Es war daher faszinierend, daß wir hier das erstemal auf einem Bundesparteitag eine Begegnung von Wissenschaft und Wirtschaft feststellen und erleben konnten. (Beifall.) Sicherlich gibt es einige technische Mängel, wie immer am Anfang eines solchen Weges und wir werden darüber nachdenken müssen, sie zu beheben, auszumerzen und vielleicht noch bessere Methoden zu finden. Aber es war ein großer Schritt nach vorn, und ich möchte all denen, die dazu beigetragen haben, recht herzlich danken. Es ist ein neuer Weg, der hier beschritten wurde, und ich möchte nochmals mit Absicht hier - das ist leider in der langen Vormittagsdiskussion vor zwei Tagen untergegangen - wiederholen und damit schließen, was ich auch damals schon gesagt habe: Ich glaube, wir können von dem Bundesparteitag sagen, was Grillparzer so herrlich gesagt hat:

"Sei mir gegrüßt, mein Österreich
Auf deinen neuen Wegen
Es schlägt mein Herz wie immer gleich
Auch heute dir entgegen"

(Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Nationalrat Ing. S a l l i n g e r : Ich darf dem Herrn Abgeordneten Mitterer für seine Berichterstattung zum Arbeitskreis 6 herzlich danken. Ich möchte nur noch fragen, ob noch Zusatzfragen aufscheinen. - Es ist nicht der Fall. Ich darf daher bitten, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Hohe Bundesparteileitung! Nach dem Bericht der politischen Vorsitzenden möchte ich im Namen der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei den für die Aktion 20 verantwortlichen Herren, den Professoren des In- und Auslandes, den politischen Vorsitzenden, den Schriftführern, den Journalisten und Ihnen allen, meine Damen und Herren, die Sie den Arbeitskreisen angehört und mitgearbeitet haben, herzlich danken. Wir dürfen das erste Experiment als wirklich gelungen betrachten, und ich hoffe, daß die Aktion 20, die so erfolgversprechend begonnen hat, ihre Arbeit für die Österreichische Volkspartei in dem gleichen Stil fortsetzen wird.

Ich darf nun zum nächsten Tagesordnungspunkt Herrn Landeshauptmann Dr. Gleißner den Vorsitz übergeben.

Vorsitzender Landesparteiobmann Landeshauptmann Dr. Heinrich G l e i ß n e r : Ich übernehme den Vorsitz.

Bevor ich den Landeshauptmann Krainer bitte, das Wahlergebnis bekanntzugeben, obliegt dem Bundesparteitag noch die Neubestellung der Finanzprüfer, der Vorsitzenden und Mitglieder des Bundesschiedsgerichtes und der Mitglieder des Parteiehrengerichtes.

Als Finanzprüfer werden vorgeschlagen:

Dkfm. Dr. Wolfgang Feyl

Generaldirektor-Stellvertreter Dkfm. DDr. Josef Koliander

Generaldirektor KR Dr. Rudolf Rasser.

Sie finden diese Vorschläge in Ihrer Tagungsmappe. Wünscht jemand dazu das Wort? - Es ist nicht der Fall. Wer ist gegen die Vorschläge? - Keine Gegenstimme. Somit erscheinen die genannten Finanzprüfer als gewählt. (Beifall.)

Sie haben in Ihrer Mappe auch einen Vorschlag über die Zusammensetzung des Bundesschiedsgerichtes der ÖVP. Wird eine Verlesung verlangt? - Nicht der Fall. Wünscht jemand dazu das Wort? - Auch nicht der Fall.

Ich lasse abstimmen. Wer ist gegen die Zusammensetzung in der vorliegenden Fassung? - Keine Gegenstimme. Somit gelten die Vorgeschlagenen als Vorsitzende und Mitglieder des Bundesschiedsgerichtes als gewählt. (Beifall.)

Sie finden weiter in Ihrer Mappe einen Vorschlag für die Zusammensetzung des Parteiehrengerichtes der Bundesparteileitung. Wünscht jemand dazu das Wort? - Dann lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen? - Es erscheint auch dieser Vorschlag angenommen.

Ich bitte nunmehr den Wahlleiter, Landeshauptmann Krainer, das Ergebnis der Abstimmung mitzuteilen.

18. Bekanntgabe des Wahlergebnisses

Berichterstatter Landeshauptmann Josef K r a i n e r :

Hoher Bundesparteitag! Ich habe die ehrende Aufgabe, das Wahlergebnis bekanntzugeben. Leider fällt ein Wermutstropfen in meinen Bericht. Über hundert Delegierte waren nicht anwesend oder haben von ihrem Stimmrecht nicht Gebrauch gemacht. Daher die Differenz zwischen der Zahl der festgestellten Delegierten und der ausgezählten Stimmen.

Abgegeben wurden 325 Stimmen, davon waren 324 gültig.

Zum Bundesparteiobmann wurde Bundeskanzler Dr. Klaus mit einer überwältigenden Mehrheit von 307 Stimmen gewählt. (Anhaltender starker Beifall. Die Delegierten bereiten dem neugewählten Bundesparteiobmann lebhafte Ovationen.)

Mit dieser großen Mehrheit der abgegebenen Stimmen liegt Verantwortung und Belastung für deine Aufgabe nicht nur als Bundesparteiobmann und für die Volkspartei, sondern auch für Österreich. Ich beglückwünsche dich zu deiner Wahl herzlich.

17 Stimmen haben auf verschiedene Namen gelaute.

Als Generalsekretär wurden überzeugend unser Hermann Withalm mit 320 Stimmen gewählt. (Erneuter starker Beifall.)

Mit dieser Stimmenszahl wird von den Delegierten wohl zum Ausdruck gebracht, daß man dir gern und aufrichtig für deine große Leistung und Arbeit danken wollte. Herzlichen Glückwunsch!

Zum Finanzreferenten wurde Ferdinand Graf, minus 1 Stimme einstimmig, gewählt. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Ich darf wohl sagen, daß auch in diesem überwältigenden Ergebnis der Dank für deine 21jährige aktive Arbeit zu suchen und zu finden ist. Ich danke dir. (Neuerlicher Beifall.)

Vorsitzender Landesparteiobmann Dr. G l e i ß n e r : Als derzeitiger Vorsitzende des Präsidiums möchte ich nun die neu-gewählten Funktionäre der Österreichischen Volkspartei herzlich begrüßen. (Beifall.) Herr Bundeskanzler, du sollst in dem Augenblick verspüren, daß deine Geduld, dein Fleiß, dein Mut in diesen letzten Jahren von der Volkspartei anerkannt wird. Wir danken dir dafür und wünschen, daß du die schwere Last, die in den nächsten drei Jahren bis zum nächsten Bundesparteitag auf dir liegt, auch tragen kannst, aber, liebe Parteifreunde, nur dann, wenn diese Eintracht in der Österreichischen Volkspartei, wie sie sich heute repräsentiert, erhalten bleibt! (Lebhafter Beifall.)

Wir erleben immer wieder - auch im Ausland - erschreckende Beispiele, welche politische Nachteile aus der Zersplitterung einer Partei kommen. Halten wir daher diese Eintracht aufrecht. Sie ist Prüfstein und Voraussetzung für unser Ziel, das wir erreichen wollen.

Ich begrüße sehr herzlich den ersten Mitarbeiter, den loyalsten Mitarbeiter des Bundeskanzlers, unseren Generalsekretär Withalm. (Lebhafter Beifall.) Wir wissen es wohl zu schätzen, daß gerade in seinem Referat das Wort gestanden ist "Überzeugen ist besser als überstimmen". (Beifall.) Wir glauben, daß die Parole der Österreichischen Volkspartei künftig nicht lauten wird "Viel Feind, viel Ehr", sondern "Menschen gewinnen für diese österreichische Arbeit der Volkspartei"! (Beifall.)

Daß wir sehr beruhigt sind, daß als Finanzreferent Ferdinand Graf wieder an der Kasse sitzt, brauche ich ja nicht zu sagen. Lieber Freund, herzlichen Dank. Du weißt ja, zum Kriegführen gehört Geld, und du hast es immer wieder bereitgestellt. Vielen, vielen Dank.

Und nun glaube ich, können wir doch sagen, daß dieser Parteitag sich nicht nur auszeichnet durch Eintracht, sondern auch dadurch, daß die Augen der Volkspartei in die Zukunft gerichtet sind. Ich glaube auch, daß wir bei der Jugend den besten Eindruck machen, wenn sie das Gefühl hat, die Volkspartei nimmt es ernst mit den Problemen, die auf uns zukommen, und wird sie nur lösen in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Politik. Und das ist das Schöne an diesem Parteitag.

Was wollen wir? Und darin gipfeln unsere ganzen Wünsche an die neugewählten Funktionäre: In diesem heiklen Kraftfeld der Mächte, in dem Österreich liegt, wollen wir inneren Frieden, wollen wir Freiheit und wollen wir Wohlstand erkämpfen und damit Ruhm und Ansehen Österreichs in der Welt. Und deswegen Klugheit oben, Eintracht in der Partei. Wenn das weitest vorhanden ist, wird der nächste Parteitag sich auf weitere Erfolge stützen können und wird das Start sein zu einer nächsten siegreichen Nationalratswahl im Jahre 1970. (Lebhafter Beifall.)

Nun schreibt der Fahrplan vor, daß ich die neugewählten Funktionäre bitten muß, hier heraufzukommen, weil ich sie fragen muß, ob sie die Wahl annehmen. Darf ich Sie einladen, hier auf die Tribüne zu kommen. (Unter lebhaftem, anhaltendem Beifall begeben sich die gewählten Funktionäre auf die Tribüne, wo der Vorsitzende an sie die Frage stellt, ob sie die Wahl annehmen, und sodann fortfährt:) Sie haben die Wahl angenommen!

Und jetzt bitte ich diese Funktionäre und das Parteipräsidium, ihre Plätze, die wir ja nur provisorisch verwaltet haben, hier wieder einzunehmen und ich bitte den neuen, alten Bundesparteiobmann, die Leitung des Bundesparteitages wieder zu übernehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Bundesparteiobmann Bundeskanzler

Dr. Josef K l a u s : Hoher Bundesparteitag! Für Hermann Withalm und Ferdinand Graf, aber auch für mich, möchte ich Ihnen allen, die Sie uns heute durch die Wahl in unsere Positionen einen großen Beweis des Vertrauens gegeben haben, den Dank zum Ausdruck bringen.

Aber dieser Dank soll nicht in Worten bestehen, sondern in der Versicherung, die ich für uns drei hier freimütig abgebe: daß wir nun in diesen kommenden Jahren, die vor uns liegen, die Führung der Partei so gestalten werden, daß der Erfolg, den wir alle dringend benötigen, für unser gutes österreichisches Volk, durch die Regierung einer Österreichischen Volkspartei und durch die Führung dieser Partei in Parlament und Regierung verwirklicht werden kann. Und Sie alle können dazu einen Beitrag leisten, indem, wie Landeshauptmann Gleißner soeben so wunderbar darstellte, die Eintracht, die unsere Partei derzeit beseelt,

von uns allen auch weiterhin getragen wird. Und wenn wir
einig sind, dann werden wir Erfolg haben, dann wird es gut
und glücklich weitergehen in unserem heißgeliebten Österreich.
(Starker Beifall.)

Vorsitzender Nationalratspräsident Dr. Alfred M a l e t a :

Ich übernehme nun den Vorsitz und bitte den wiedergewählten Herrn
Bundesobmann, Bundeskanzler Dr. Klaus, um seine Ausführungen.
(Beifall.)

19. Schlussreferat des neu gewählten
Bundesparteiobermannes: "Unser Arbeitsprogramm"

Bundesparteiobermann Bundeskanzler Dr. Josef K l a u s :

Hoher Bundesparteitag! Liebe Parteifreunde! Blicken wir kurz auf unsere letzten drei Parteitage zurück:

1963, nach einer für unseren Kandidaten verlorenen Bundespräsidentenwahl, nach einer uns von der Koalitionspartei im Nationalrat bereiteten Abstimmungsniederlage, nach einer uns angedrohten Ausbootung aus der Regierung durch eine kleine Koalition, brachte der Klagenfurter Parteitag die Verjüngung der Parteispitze, die Erneuerung unseres Programms im "Klagenfurter Manifest" und den Beginn eines neuen politischen Stils, den wir schlicht und einfach den Stil der Sachlichkeit nannten.

1965, vor einer knapp verlorenen Bundespräsidentenwahl, mitten in der fortschwellenden Krise der großen Koalition, feierten wir auf einem außerordentlichen Bundesparteitag in Wien noch einmal in dem für unsere Partei so traditionsreich gewordenen Musikvereinssaal den zwanzigjährigen Bestand unserer Partei, die mehr denn je als eine junge, moderne, sozial fortschrittliche und bildungsfreundliche Partei gekennzeichnet werden konnte.

1966, nach der Überschreitung der Bannmeile in mehrfacher Hinsicht, nach der Erringung einer klaren Mehrheit im Parlament, nach der Überwindung der Trennungslinie zwischen Wissenschaft und Politik, haben wir auch den "Gürtel" überschritten und sind in die große Wiener Stadthalle, in die Vorstadt, in die Bezirke mit noch mehrheitlich sozialistischen Wählern gegangen, um in dem Zeitpunkt, da unsere große Österreichische Volkspartei allein

verantwortlich für die Regierung, allein entscheidungsfähig im Parlament geworden ist, eine neue Methode zur Vorbereitung politischer Entscheidungen zu beraten und zu probieren.

Die Aktion 20, die Partnerschaft zwischen Wissenschaft und Politik, hat gestern und heute hier ihre Probe bestanden. (Beifall.) In all den sechs Arbeitskreisen des gestrigen Tages war so ein atmosphärisches Knistern des Geistesfunken zu verspüren; ja noch mehr, war ein Wehen und Brausen des Geistes, war ein echter Pfingstgeist zu spüren, der uns alle ergriffen hat und uns alle hoffen ließ, daß wir damit den richtigen Weg beschritten haben. Und ich möchte auch meinerseits Ihnen, meine sehr geehrten Professoren und Leiter der Arbeitskreise, den aufrichtigen Dank aussprechen und ich habe auch den Eindruck, daß, genauso wie bei uns Politikern, auch bei Ihnen als den Vertretern der Wissenschaft das Fruchtbare und Positive dieses neu gefundenen und beschrittenen Weges empfunden wird. Daher spreche ich namens der Österreichischen Volkspartei und aller Delegierten dieses denkwürdigen Parteitags die Hoffnung und die Bitte aus: Bleiben wir auf diesem Wege beisammen, bleiben wir beisammen; es wird dem österreichischen Volk und unserem Vaterlande zum Wohle gereichen. (Lebhafter Beifall.)

Blicken wir auch kurz auf die drei Ebenen unseres politischen Wirkens:

In der Regierung tragen wir nun die Alleinverantwortung, müssen wir einen gewaltigen Nachholbedarf erledigen, manche bedenklich gebliebene Lücke in unserer staatlichen Ordnung schließen, an konstruktive und längerfristige Lösungen herangehen und die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem ganzen Volk unter Beweis stellen; kurz: eine "Politik für alle" machen.

Im Parlament sehen wir nicht nur den Ort der Auseinandersetzung mit den Oppositionsparteien, sondern auch den Ort der ständigen Rechtfertigung vor den Wählern. Die Mehrheit brachte uns nicht nur Rechte. Die Mehrheit verpflichtet uns, mehr noch als bisher, Staatspolitik über die Parteipolitik, Gemeinwohl über das Gruppenwohl zu stellen, echte Alternativen und konstruktive Vorschläge der Oppositionsparteien zu respektieren, aber auch - und darum bitte ich persönlich - den Ton für das Niveau der parlamentarischen Auseinandersetzungen anzugeben und in den eigenen Reihen die Geschlossenheit, die Aktivität, die Klubdisziplin und Klubdemokratie als Willensbildung innerhalb der Partei hochzuhalten.

Und in der Partei selbst sehen wir den Ort der politischen Willensbildung von unten nach oben und der politischen Aufklärung von oben nach unten. Politische Bildung als Voraussetzung für sachkundige politische Entscheidungen ist ebenso wichtig geworden, wie die Öffentlichkeitsarbeit als Voraussetzung für das Verständnis der politischen Problematik und für die Verbreiterung unserer Vertrauensbasis.

Unserer Partei wurde am 6. März ein großes Vertrauen ausgesprochen; es kam aus allen Schichten des Wählervolkes. Am nächsten Wahltag werden wir Rechenschaft abgeben müssen. Bereits 1945 als soziale Integrationspartei gegründet, sind wir keine bloße Summierung von Interessenverbänden und schon gar nicht eine Koalition von Bündnen, sondern eine Gesinnungsgemeinschaft, die, von einem gemeinsamen Gesellschafts- und Menschenbild - von dem des christlichen Solidarismus und Humanismus - ausgehend, auf sachlichen Entscheidungsgrundlagen eine Politik für alle Österreicher betreibt. (Beifall.)

Unsere Partei hat sich - wir wissen es alle - nicht mutwillig zur Alleinregierung gedrängt. Bis zum letzten Tag der Verhandlungen zur Regierungsbildung - bis zum 18. April - bestand bei uns der Wille zur Zusammenarbeit auch in der Regierung - allerdings in neuen Formen.

Eine Politik, die nämlich neuerlich in Sackgassen geführt hätte, die sich im Veto erschöpft und die ein Auseinandergehen auch dann verwehrt, wenn das Beisammenbleiben zur Erstarrung des politischen Lebens führt, konnten und durften wir nicht mehr mitmachen. (Beifall.)

Die Entscheidung, in die Opposition zu gehen, war eine Entscheidung der SPÖ und noch dazu eine Mehrheitsentscheidung ihres Parteivorstands. Erst dann mußten wir uns zur Übernahme großer und durch 20 Jahre sozialistisch geleiteter Ressorts unter alleiniger Verantwortung entschließen; mit gewaltigen Risiken, aber auch mit großen Chancen, nun eine bessere, eine sachlichere und zügigere Politik zu machen.

Zum erstenmal in der Geschichte der Republik wurde eine Frau in die Regierung berufen (lebhafter anhaltender Beifall) - und ich glaube, wir haben mit unserer ebenso lieben wie resoluten Grete Rehor einen guten Griff getan (Beifall) - und es gelang, mehr noch als bisher Fachleute und junge Kräfte in die Regierungsarbeit zu berufen.

Regieren, meine lieben Parteifreunde, heißt nicht streiten und sich gegenseitig hineinlegen, sondern hart und sachlich arbeiten; regieren heißt nicht Wünsche addieren oder Interessen summieren, sondern Argumente abwägen und Prioritäten festlegen; nicht, den Dingen ihren Lauf lassen, sondern die Weichen stellen;

nicht nur sich durch Nachgiebigkeit beliebt machen, sondern dem Wohl aller - und wenn es sein muß, auch mit Härte gegenüber Gruppeninteressen - dienen; nicht das Schwierige liegen lassen, sondern Verantwortung auf sich nehmen und eine Last tragen; und glauben Sie mir, meine lieben Parteifreunde, es ist auch eine persönliche, eine physisch und psychisch schwere, spürbare Last, die wir auf uns genommen haben, und wir haben es uns nie - nicht während des Wahlkampfes und erst recht nicht seit der Übernahme sämtlicher Ressorts durch Vertreter der Österreichischen Volkspartei - leicht gemacht.

Als diese Volksparteiregierung für alle Österreicher ihr Amt antrat, gaben sich manche Sozialisten der Hoffnung hin: Na, diese Regierung wird ihre ersten hundert Tage nicht überleben. Nun, nach diesen hundert Tagen hat diese Regierung schon einige sehr kräftige Lebenszeichen von sich gegeben. Jetzt träumt man in der Sozialistischen Partei von etwas anderem: Irgendwann in den nächsten tausend Tagen, so meint man, werde diese Regierung zu kränkeln beginnen, so daß man die SPÖ an ihr Krankenbett rufen werde müssen. Ausgerechnet jene SPÖ, von der man heute noch nicht einmal weiß, ob sie ihre eigene Reformkost vertragen wird! (Heiterkeit und Zustimmung.)

Ja, meine lieben Parteifreunde, so ändern sich die Zeiten: Heute trägt die SPÖ Trauer um eine Koalition, die sie - wie Generalsekretär Dr. Withalm so überzeugend ausführte - selbst zerstört hat. Gestern noch erklärte die SPÖ, nicht mehr länger die zweite Geige in der Regierung spielen zu können. Jetzt aber möchte sie mit dem gleichen Instrument, dem sie früher nur Mißtöne entlockte, zum Probespiel auf dem Ballhausplatz antreten.

Nein, da sind und bleiben wir schon entschlossen, die Last der Verantwortung für die gesamte Regierung bis zum Ende dieser Gesetzgebungsperiode zu tragen. (Beifall.) Wir wollen regieren, das heißt entscheiden und entschieden handeln, auch dann, wenn die getroffenen Maßnahmen vorerst unpopulär sind. Regieren heißt ja nicht zuletzt, über das Heute und Morgen hinaus an das Übermorgen denken. Und wir sind überzeugt, daß der Wähler des Jahres 1970 die Motive unseres Handelns im Jahre 1966 verstehen wird.

Eine Konsequenz haben wir bereits gezogen. Arbeitseifer und Zielklarheit genügen nicht. Wir müssen auch die erforderlichen Methoden und wissensmäßigen Voraussetzungen für die gründliche Erarbeitung der notwendigen Entscheidungen ausfindig machen. Daß wir diesen Parteitag nach den großen Entscheidungen vom 6. März und 18. April so stark unter das Zeichen der Aktion 20 gestellt haben, ist auch eine Manifestation unseres Willens, durch diese Methoden unsere Arbeit für Österreich als eine Politik für alle zu untermauern und zu qualifizieren.

Die zweite Konsequenz aber wird eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sein. Die Gesamtpartei hat eine Aufgabe, beim Zustandekommen der Entscheidungen durch das Herantragen von Problemen, Sorgen an die Regierung und an das Parlament mitzuwirken, aber auch dann die getroffenen Entscheidungen gegenüber der gesamten Öffentlichkeit zu vertreten. Die neue Lage erlaubt nur mehr im geringsten Umfang entschuldigende Hinweise auf die Schuld des Gegners. Das Recht zum Handeln, die Pflicht, ordnend einzugreifen, mit Mut und klarem Verstand der Bevölkerung davon die Überzeugung zu übermitteln, daß das, was geschieht, in ihrem Interesse notwendig ist, daß Politik eine Ordnungsaufgabe ist, die letztlich allen zugute kommt, das ist eine weitere Konsequenz,

die wir aus der Situation gezogen haben. "Der Grad der Information ist ein Grad der Ordnung", sagt Norbert Wiener.

Ich möchte mich hier besonders an die Vertreter der Presse und aller übrigen Massenmedien wenden: Nie werden wir uns gegen Sie stellen, wenn Sie die Bevölkerung informieren, mag diese Information auch unangenehme Tatsachen für die Regierung enthalten. Informieren heißt allerdings Tatsachen mitteilen, nicht Vorurteile verbreiten (lebhafter Beifall) und Pauschalverdächtigungen aussprechen. Die Österreichische Volkspartei ist sich bewußt, daß sie dem Volk Rechenschaft schuldig ist. Wer uns auf unsere Fehler aufmerksam macht, ist - auch wenn dies in aller Öffentlichkeit geschieht - nicht unser Feind, sondern genau genommen unser Helfer.

Liebe Parteifreunde! Die Entscheidung über das Programm unserer Maßnahmen, die wir in den kommenden Jahren zu treffen haben werden, setzt eine klare Beurteilung unserer Lage und eine weitgehende Prüfung der kommenden Entwicklung voraus. Was ist unser Ziel? Unser Ziel ist ein Österreich, das auf seinem Platz in Europa und in der Welt ein Beispiel freien, glücklichen Lebens und Zusammenlebens gibt, und so zur Erfüllung der Aufgaben beiträgt, die Europa in der Welt von morgen zufallen. Österreich, das seit 1945 sich selbst und seit 1955 seinen eigenen Weg in Unabhängigkeit und Freiheit gefunden hat; ein Österreich, das sparsam verwaltet wird; ein Österreich, wo die Regierung nach den Grundsätzen des Rechts und der sozialen Gerechtigkeit handelt; ein Österreich, das seine alte Kulturtradition und Begabung heute umprägt in einen wertbezogenen Vorrang für Bildung und Forschung; das aus einer wachsenden Wirtschaft auch eine gesunde Sozialordnung und höheres Realeinkommen für alle schafft.

Wie sehen die Bedingungen für die Erreichung dieses Zieles aus? Wir sind auch als neutrale Alpenrepublik keine Insel. Was um uns herum vorgeht, bestimmt auch unser Schicksal. Aber auch was innerhalb unserer Grenzen sich an altersmäßigen und beruflichen Strukturverschiebungen, an wirtschaftlich-technischen Veränderungen, auf den Gebieten des Rechts, des Sozialen, der Volksgesundheit, des Wissens und der Ausbildung entwickelt, muß uns herausfordern, muß uns zu Wachsamkeit und Agilität hinführen.

Welche Hindernisse stehen der Erreichung unseres Zieles entgegen, Österreich in der Zukunft jenen Platz zu sichern, den wir anstreben? Unsere Randlage, die Enge, die Kleinheit unseres Marktes, unsere durchschnittlich geringere Betriebsgröße, Kriegs- und Nachkriegsfolgen, das alles sind Strukturschwächen, die gesehen, analysiert und überwunden werden müssen.

Eine Prognose der kommenden Entwicklung zeigt, daß wir in den kommenden 10 bis 20 Jahren in den Ländern mit starker industrieller Wirtschaftsorientierung einen noch schneller werdenden Wandel von Technik, Produktionsmethoden und Produktionszweigen zu erwarten haben. Rasche Strukturanpassungen bieten dabei gewaltige Chancen! Gelingt diese Anpassung aber nicht, bringen diese wirtschaftlichen Strukturänderungen größte wirtschaftliche Gefahren, weil die betreffenden Volkswirtschaften dann von einem rapiden Sinken ihrer Wettbewerbsfähigkeit bedroht sind.

Sinkende Wettbewerbsfähigkeit bedeutet nicht nur unmittelbare Gefährdung des Lebensstandards. Darüber hinaus droht einer solchen Volkswirtschaft eines Tages die Zahlungsunfähigkeit für die entscheidenden Investitionen im Bereiche von Kultur, Ausbildung, Forschung, Gesundheitswesen, Verkehrswesen, öffentlicher

Sicherheit, Landesverteidigung und so weiter und so weiter. Das muß auf längere Zeit die kritische Situation einer solchen Volkswirtschaft noch verstärken. Die rechtzeitige Anpassung an den Strukturwandel gehört daher auch zu den Hauptaufgaben, für deren Erfüllung die Regierungspolitik geeignete Voraussetzungen schaffen muß.

Liebe Parteifreunde! Wir reden aber nicht nur davon, wir handeln auch. Schon in Kürze werden sich die Staatssekretäre Dr. Gruber und Dr. Taus mit dem Direktor der Kontrollbank Eduard Schmidt, den wir als Fachmann für diese Aufgabe und als Konsulenten bei der Bundesregierung gewonnen haben, und dem zuständigen Sektionschef des Bundeskanzleramtes in strukturell notleidende Kohlenbergbaubetriebe zu begeben haben, um an Ort und Stelle die Möglichkeiten der Umschichtung von Arbeitskräften, von Betriebsneugründungen, Betriebsaufstockungen, Betriebsumstellungen mit der Landesregierung und den Kammern, mit den Gewerkschaften, mit Bezirksstellen und Gemeinden zu prüfen.

Lassen Sie mich nun auf unser konkretes Arbeitsprogramm und damit auf das Thema meines Referates eingehen. Auch dieses bedarf einer Systematik, wollen wir nicht den Überblick verlieren und auf die Prioritäten verzichten. Ich beschränke mich daher auf 5 große Gruppen, innerhalb deren sich die wesentliche politische Arbeit der nächsten 3 bis 4 Jahre vollziehen wird.

1. Das Recht.

Recht und Gerechtigkeit, liebe Parteifreunde, sind nicht nur, wie über dem Wiener Heldentor eingemeißelt, das Fundamentum regnorum, sondern ebenso auch das Fundamentum rerum publicarum.

Die Volkspartei räumt der Stärkung des Rechtsstaates eine echte Priorität unter den gegenwärtigen politischen Aufgaben ein.

Die freiheitlich demokratische Rechtsordnung mit den in ihr verankerten Grund- und Freiheitsrechten, der Gewaltentrennung, dem Subsidiaritätsprinzip, der Verantwortlichkeit der Regierung, der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, der Unabhängigkeit der Gerichte und der Rechtskontrolle und dem Mehrparteiensystem gilt es in Österreich zu festigen und auszubauen.

Im einzelnen setzen wir uns - ohne daß damit die Reihenfolge als Rangordnung anzusehen ist - folgende konkrete Ziele:

Neufassung der Grund- und Freiheitsrechte durch die beim Bundeskanzleramt errichtete Kommission.

Beratung der Länderforderungen auf dem Gebiete der Verfassung zum Zwecke der Neuordnung der föderalistischen Struktur durch die unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers arbeitende Kommission.

Prüfung der Möglichkeiten eines Ausbaues der verfassungsmäßigen Stellung des Bundesrates.

Stärkung der Stellung des Landeshauptmanns als Träger der mittelbaren Bundesverwaltung.

Stärkung der rechtlichen Stellung der Familie durch Wahrnehmung der dem Bundeskanzler neu übertragenen Kompetenz.

Klärung der Rechtsstellung der politischen Parteien.

Rechtsbereinigung; Bereinigung des Vorschriftenwesens und Abbau aller überflüssigen und veralteten Rechtsvorschriften.

Sicherung des verfassungsgesetzlich vorgesehenen Berufsbeamtentums durch eine moderne Gesetzgebung, durch eine Reihe von Personalgesetzen.

Verfassungsgesetzlicher und einfach gesetzlicher Schutz des Fernmeldegeheimnisses und Verankerung des Asylrechtes.

Erweiterung der Kompetenzen des Verwaltungsgerichtshofs im Interesse eines wirksamen Rechtsschutzes des einzelnen.

Weiterführung der Arbeit an der Strafrechtsreform und Fertigstellung eines modernen Strafvollzugsgesetzes.

Und schließlich Schaffung eines modernen Pressegesetzes, das der Bedeutung und Verantwortlichkeit der Presse im modernen demokratischen Staat gerecht wird und mit der internationalen Entwicklung auf diesem Gebiet übereinstimmt, wie dies auch von der Europäischen Ministerkonferenz im Mai 1966 auf Anregung unseres österreichischen Justizministers Dr. Klecatsky vertreten wurde.

Liebe Parteifreunde! Aus Urteilen demokratisch zusammengesetzter Geschworenengerichte kann noch nicht mangelnder Wille der Justiz zur Bekämpfung von Kriegsverbrechen abgeleitet werden. Für den Gesetzgeber ergibt sich daraus die Frage, ob Geschworenengerichte zur Urteilsfindung von jahrzehntelang zurückliegenden Tatbeständen überhaupt geeignet sind. (Beifall.) Für die Österreichische Volkspartei aber ist jeder Staatsbürger ohne Rücksicht auf seine Konfession und Herkunft ein gleichberechtigter und gleichlieber Österreicher.

Die Volkspartei bekämpft daher - ich sagte das schon auf dem Bundesparteitag zu Klagenfurt vor drei Jahren - jeden offenen und versteckten Neonazismus und Antisemitismus (erneuter Beifall), überhaupt jede Rassenverhetzung - auch den scheinbar harmlosen sogenannten Vulgär-Antisemitismus.

Liebe Parteifreunde! Die Geschichte des jüdischen Volkes, seine ungeheuren Leiden und Opfer unter dem Nationalsozialismus, aber auch der großartige Aufbau eines eigenen Staates sollen uns Respekt und Zuneigung vermitteln. Und wenn das Konzil in Rom

nach 2.000 Jahren der Spannung und der Mißverständnisse ein confiteor gesprochen hat, so können wir gestehen, daß auch in der österreichischen Vergangenheit schmerzliche und beklagenswerte Ereignisse zwischen Christen und Juden stattgefunden haben. Es muß in Zukunft unmöglich sein, daß in Österreich Resentiments gegen das Judentum zu einem Politikum werden. Wenn wir bemüht sind, durch Aufklärung und Information der Bevölkerung, durch Hilfswerke wie bei der Siedlung Mattersdorf im Weichbild von Jerusalem, durch Erziehung unserer Jugend im Geiste der Verständigung und des gegenseitigen Kennenlernens^{zu} wirken, wenn andererseits das Judentum unseren guten Willen und unsere Leistungen, vor allem für die Geschädigten, für die bekanntlich von zuständiger Stelle längst eine Entfertigungsklausel für die österreichische Regierung vorhanden ist, anerkennt, wird es ein solches Problem nicht mehr geben.

Wir sind 1945 eine Partei der Mitte gewesen, die sich von Rechts- und Linksextremisten in gleicher Weise distanziert hat, und wir sind auch 1966 eine Partei der Mitte, die weder Klassenhaß noch Rassenhaß, sondern die Solidarismus, Partnerschaft und Toleranz gegenüber Menschen anderer Konfessionen, Rassen und politischen Anschauungen auf ihre Fahne geschrieben hat, die den Menschen als Ebenbild Gottes und auch die Völker als gottgewollte Einheiten begreift. Und gerade deshalb werden wir auch jede Form des Terrorismus mit aller Entschiedenheit ablehnen und bekämpfen. (Beifall.)

2. Bildung.

Zur Bewältigung und Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts mit seinen vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen und ethischen Konsequenzen sind in größerer Zahl als bisher besser gebildete, leistungsfähige und verant-

wortungsbewußte Menschen erforderlich. Aus eingehenden Untersuchungen geht hervor, daß der Anteil der Bevölkerung mit höherer Bildung unbedingt steigen muß, wenn ein verhängnisvolles Zurückbleiben in kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht vermieden werden soll. Eine klare und entschiedene Forschungspolitik ist für die kulturelle Kraft, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, für die politische Unabhängigkeit und den Grad des nationalen Selbstbewußtseins notwendig.

Im Konkreten wird der Fortschritt durch Bildung zu erreichen sein:

durch noch stärkere Verankerung der Bildungspriorität in allen öffentlichen Haushalten;

ideelle und materielle Aufwertung des Lehrers;

schrittweise Deckung des Gesamtbedarfes von rund 10.000 Klassenzimmern an den Pflichtschulen, von rund 5.000 Klassenzimmern an mittleren und höheren Lehranstalten und von hunderten von Hör- und Institutssälen - eine Aufgabe, die freilich in den nächsten drei Jahren nicht bewältigt werden kann, sondern darüber hinausreicht;

Bildungswerbung durch Schaffung eines Bildungskatalogs, der alle Eltern über die Ausbildungswege und Studienerleichterungen für ihre Kinder unterrichtet; Ausarbeitung eines Ausbildungs-Standortplanes;

gleiche Bildungschancen für alle, Eröffnung des Zugangs zu den höheren Bildungswegen, Abbau der materiellen, regionalen und psychischen Schranken, Verbesserung des Studienbeihilfengesetzes;

Ausführung des Hochschulstudiengesetzes, Reform der Lehrpläne, Stärkung der Hochschulautonomie;

Verabschiedung der land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetze;

Ausbau der Forschungsförderung auf gesetzlichem, organisatorischem und finanziellem Wege; Schaffung eines weitverzweigten Netzes von Forschungsinstituten, wie derzeit auf dem Gelände des Wiener Arsenal;

die Förderung der Volksbildung, Volkskultur und ständige Weiterbildung der Erwachsenen; Schaffung eines Volksbildungsgesetzes;

Verwirklichung des Zehnjahresplanes für den Sportstättenbau;

Förderung der Kunst, bessere Zusammenarbeit mit der Künstlerwelt;

Ausführung des Rundfunkgesetzes durch Neufassung des Gesellschaftsvertrages und rascheste Bestellung der Organe gemäß den Grundsätzen des Volksbegehrens, das den Weg zu einem modernen und von politischen Mißbräuchen freien Rundfunk in Österreich geöffnet hat. (Beifall.) Die Österreichische Volkspartei - und davon möge die Öffentlichkeit überzeugt sein - wird den Grundsatz, daß der österreichische Rundfunk unter Wahrung strenger Objektivität zu führen ist, respektieren. Die durchgehende Verwirklichung des Intendanturprinzips wird klare Kompetenzen schaffen, Kosten sparen, die verschiedenen Programme verbessern und optimal aufeinander abstimmen.

3. Das Soziale.

Ein wichtiges Ziel unserer Politik muß bleiben, daß die Menschen in unserem Land einen hohen Wohlstand materiell, sozial, hygienisch, wie auch geistig, kulturell, ethisch, erreichen, daß ihr Einkommen real gesteigert wird, daß sie ihr Leben in Gesundheit und Glück gestalten können.

Wohl hat die moderne Wissenschaft, insbesondere die Medizin, viele Gefahrenquellen für die Volksgesundheit, zum Beispiel die Seuchengefahr, weitgehend beseitigt und die Lebenserwartung gesteigert. Die Erholungsmöglichkeiten, durch Urlaub, Freizeit und Sport, wurden vermehrt; gleichzeitig aber entstanden neue Gefahrenquellen, die den Menschen bedrohen: Die Verunreinigung der Luft und des Wassers, die Verunstaltung der Landschaft, der Lärm, der motorisierte Verkehr, all das muß nun Gesetzgeber und Regierung beschäftigen. Die moderne Medizin leistet immer mehr, wird aber auch in ihrem personellen, organisatorischen und apparatemäßigen Aufwand immer kostspieliger. Der gegenwärtige Stand des Krankenkassenwesens entspricht in vielem nicht mehr zeitgemäßen Anforderungen. Was aber zunehmend schwächer wird - und andererseits zunehmend bedeutsamer wird -, das ist das persönlich-menschliche Vertrauen zwischen Arzt und Kranken. Die Probleme des modernen Spitalwesens lassen sich in drei Gruppen zusammenfassen: Bettennot, Schwesternnot, Kostensteigerungen.

Im einzelnen soll aber die Volksgesundheit und das soziale Zusammenleben gefördert werden durch:

Bestandaufnahme der Einrichtungen der sozialen Sicherheit und Anpassung der Pensions- und Krankenversicherung an die künftige Entwicklung im Rahmen einer umfassenden Gesundheitspolitik;

umfassende Rahmenplanung für den Bau von Krankenhäusern in den nächsten 10 bis 20 Jahren und systematische Arbeitsteilung zwischen modernsten medizinischen Zentren, Normspitälern und Pflege- und Rekonvaleszentenanstalten;

Hebung der sozialen und wirtschaftlichen Stellung der Krankenschwestern; Verankerung eines Vorpraktikums unmittelbar nach der Pflichtschule, Einführung von Sozialkursen bis zu höheren Lehranstalten für Diplomschwestern und Ergänzung der Diplomschwestern durch kursgeschulte Pflegerinnen;

Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Landärzte, auch Unterstützung ihrer Niederlassung durch die Gemeinden, meine sehr geehrten Herren Bürgermeister!;

Teilzeitbeschäftigung für die Frau; Hilfen für die arbeitsüberlastete Bauernfrau;

Errichtung von altersgerechten Wohnungen sowie Begegnungs- und Beratungsstätten für die alten Menschen;

Schutz des Menschen vor Gefährdung durch Verunreinigung der Luft und des Wassers sowie durch akustische Bedrohung; Schaffung eines Strahlenschutzgesetzes;

Schaffung eines Ausländerbeschäftigungsgesetzes;

Kodifikation des Arbeitsrechtes;

Neuordnung des Wohnungswesens durch Zusammenlegung der Fonds unter Vereinheitlichung der Bedingungen für den Wohnungswerber, Einführung der Subjektförderung, Vorrang für junge Ehepaare (Beifall), freie Vereinbarungen über leerstehende Wohnungen, Schutz vor Ablöseswucher, Erhaltung des Althausbesitzes, Verbesserung der Wohnverhältnisse in den veralteten Häusern hier in der Stadt und draußen in ländlichen Gegenden (Beifall), Schutz des Untermieters und schließlich Verländerung der Kompetenzen im Wohnungswesen;

Familienpolitik durch Um- und Ausbau des Familienlastenausgleichs, Reform der Familienbesteuerung, Begutachtungstätigkeit des Familienbeirats beim Bundeskanzleramt, Familienfahrkarten,

familienpolitische Orientierung der Studienbeihilfen, Kampf gegen Schmutz und Schund (Beifall);

Milderung der Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer, Vereinfachung der Lohnverrechnung, Beseitigung der Unebenheiten bei der Einkommens- und Lohnbesteuerung;

Verbesserung der Kriegsofferrenten unter Berücksichtigung der Rentendynamik und Verbesserung der landwirtschaftlichen Zuschußrenten (Beifall);

Überführung von Arbeitergruppen in das Angestelltenverhältnis und

Vermögens- und Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand;

jährliche Vorlage eines "Sozialberichts" ab 1967 und schließlich

Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern, Neuordnung der Paritätischen Kommission, durchgehende Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Alle Selbstverwaltungskörper und Kontaktstellen sollen eigenständiger, selbstverantwortungsvoller, regierungs- und staatsfreier handeln und bestehen können.

Liebe Parteifreunde! Die Österreichische Volkspartei bringt schon aus der Zeit der Koalition eine eigene soziale Tradition mit. Die Gemeinschaftsrente, das ASVG, die Altersversicherung für die Selbständigen, die Kinder- und Familienbeihilfen, die Pensionsdynamik, das Wohnungseigentum sind ihr Ideengut, sind unser Werk. Ich kann deshalb dem Abgeordneten Reich nur zustimmen, wenn er in der Diskussion vorgestern sagte, wir sollten das Licht dessen, was wir schon bisher geleistet haben, nicht unter den Scheffel stellen. (Beifall.) Wir sind eine Partei der sozialen Sicherheit und des sozialen Fortschritts. Gerade diese Regierung wird der Opposition keine offene soziale Flanke

bieten. (Beifall.) Wir werden uns auch nicht dazu verleiten lassen, sozialpolitische Luftschlösser zu bauen. Nur auf einem festen wirtschaftlichen Fundament kann das Gebäude der sozialen Sicherheit weiter ausgebaut werden. (Beifall.)

Und nun

4. zur Strukturpolitik.

Unsere gegenwärtige wirtschaftliche Lage ist durch einen starken Lohn-Preis-Auftrieb, durch eine starke Immobilität von Kapital und Arbeitskräften, durch eine Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs auf den Weltmärkten und damit durch eine Verschlechterung unserer Handels- und Zahlungsbilanz, durch ein vermindertes Wirtschaftswachstum und durch stärker als bisher hervortretende Strukturschwächen regionaler und branchenmäßiger Natur gekennzeichnet. Verschärft wird diese Situation durch gleichzeitige internationale Abschwächungstendenzen. Die von der Arbeitsgruppe III des politischen Ausschusses ermittelten Strukturdaten sprechen eine deutliche Sprache. Ich rekapituliere nur einige Tatsachen ganz kurz: Während 1934 der Anteil der Land- und Forstwirtschaft einerseits und der Industrie und des Gewerbes andererseits mit je rund 36 Prozent aller Berufstätigen gleich hoch war, ist ab 1961 der Anteil der ersteren Gruppe, der Land- und Forstwirtschaft, auf 23 Prozent gesunken, der zweiten Gruppe auf 47 Prozent gestiegen. Oder: Der Anteil der Rentner und Pensionisten an der Wohnbevölkerung erhöhte sich von 14,7 Prozent im Jahre 1934 auf 20,4 Prozent im Jahre 1961. - Wohlgermerkt: der Wohnbevölkerung, nicht der Berufstätigen. Dort steht ja das Verhältnis bald so wie 2 : 1. - Die selbständig Erwerbstätigen sind zwischen 1934 und 1961 um 114.000 auf 535.000 zurückgegangen.

Von der Gesamtzahl der erwerbstätigen Bevölkerung waren 1961 bereits 19 Prozent Pendler. Das durchschnittliche Monatseinkommen der nichtlandwirtschaftlichen Arbeiter - und auch das zeigt Strukturverschiebungen und -unterschiede in Österreich - betrug am 1. Februar 1966 in Vorarlberg fast 3.000 S, in der Steiermark rund 2.500 und im Burgenland rund 2.000 S.

Auf den Kohlenhalden ist derzeit eine gesamte Jahresproduktion an Feinkohle gelagert. Nichts unterstreicht deutlicher, daß in der österreichischen Wirtschaftspolitik die Strukturpolitik nun den Vorrang erhalten muß. Die Integration unserer Volkswirtschaft auf dem europäischen Markt, die sogenannte Substitutionskonkurrenz der Energiestoffe, die internationalen Standortverlagerungen, die Verlagerung von der industriell-gewerblichen Erzeugung zu den Dienstleistungen, Handel, Fremdenverkehr und so weiter zwingen auch Österreich zu einer raschen und beherzten Anpassungspolitik. Regionale Strukturprobleme gibt es fast in jedem Bundesland, vornehmlich im Burgenland, in der Ober- und Weststeiermark, in Unterkärnten und in den Gebieten an der toten Grenze. Branchenmäßig sind es Kohle, Eisen und Stahl, Elektroindustrie und andere, die schwierigste Probleme aufzulösen geben.

Wir wollen, wenn wir an diese strukturpolitischen Aufgaben gehen, aber nicht die eine Grundvoraussetzung aus dem Auge verlieren: das Primat der Währungsstabilität als Voraussetzung der Spartätigkeit, des Wachstums und damit auch der Aufstockung und Neugründung von Betrieben.

Strukturpolitik betreiben heißt aber nicht zuletzt, die Voraussetzungen für eine erhöhte Mobilität zu schaffen: horizontal von aussichtsarmen zum aussichtsreichen Produktionszweig und Betrieb und vertikal durch Aufstiegsmöglichkeiten in den Betrie-

ben von Positionen mit geringerer zu Positionen mit erhöhter Verantwortung und entsprechendem Einkommen.

Was muß praktisch geschehen:

Schaffung eines Raumordnungskonzeptes für Österreich;
aktive Arbeitsmarktpolitik, Mobilität, Schaffung von Ersatzbetrieben, Umschulungs- und Umsiedlungshilfen;
integrationskonformer Abbau der Preisstützungen;
Reorganisation der verstaatlichten Industrie;
Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen;
Erstellung eines Energieplanes; Koordinierung der Elektrizitätswirtschaft;

Umbau des ERP-Fonds auf integrations- und strukturpolitische Aufgaben;

Ausbau des Grünen Plans zur Verbesserung der Agrarstruktur, Verlängerung der Marktordnungs- und Landwirtschaftsgesetze;

Schaffung eines Berufsausbildungsgesetzes;

länger- oder mittelfristige Budgetvorschauen, mehrjähriges Budgetkonzept; längerfristige Rangordnung der Ausgaben im Staatshaushalt, Sicherung einer hohen Investitionsrate als Voraussetzung für die Steigerung der Konsumausgaben;

integrationskonformer Umbau der Umsatzsteuer;

Auflassung der Fernverkehrssteuer. (Beifall.)

Liebe Parteifreunde! Sie sehen, die wirtschaftliche Konjunktur und Struktur legen uns weitreichende und baldige Entscheidungen auf. Die Alternative lautet für uns nicht: Konservierung überholter Strukturen oder Anpassung, wohl aber sind wir der Meinung, daß es in unserem Lande nicht nur Großkonzerne, sondern auch weiterhin viele, sehr viele Selbständige im bäuerlichen und gewerblichen Lebenskreis geben muß. (Zustimmung.)

Nicht nur Ballungszentren, über die ein moderner Industriestaat nicht hinwegkommt, sondern auch lebensfähige Land- und Grenzgebiete. Nicht nur Förderung der inländischen Kapitalmärkte, sondern auch Mitwirkung ausländischen Kapitals am Ausbau unserer Wirtschaft.

Bei alledem dürfen wir aber nicht darauf vergessen, daß sich unsere Aufgabe nicht darin erschöpft, mehr und billiger zu produzieren. Schließlich dürfen wir auch um eines ökonomischen Vorteils willen nicht immaterielle Werte unseres Volkes und unserer Landschaft preisgeben. Sie würden sonst ihre Seele, ihr Wesen verlieren.

Denn worum geht es uns letztlich? Letztlich geht es uns fünftens um die

Festigung unseres Landes,

dieses unseres Österreichs, nach innen und außen.

Wenn wir die Grundprinzipien unserer Verfassung, das demokratische, das bundesstaatliche und das rechtsstaatliche Prinzip getreu beachten und verwirklichen, die Neutralität als - ich möchte sagen - neues Lebensprinzip unseres Landes im Sinne der Unabhängigkeit und Eigenständigkeit Österreichs verlebendigen, die umfassende Landesverteidigung auf geistigem, militärischem und wirtschaftlichem, zivilem Gebiet ausbauen, das Staatsbewußtsein unserer Mitbürger, besonders unserer Jugend stärken und festigen und an Tagen, wie es der Nationalfeiertag am 26. Oktober war, wachrufen, wenn wir den Staat sparsam und gerecht verwalten, den unteren Gemeinschaften möglichst viel Selbstverwaltungsrechte einräumen, dann wird unsere junge Republik mehr und mehr gefestigt dastehen und sich außenpolitischen Aufgaben im Sinn der alten Aufgabe Österreichs als Brücke und Mittler widmen können

Als christlich-demokratische Partei anerkennen wir dankbar den Beitrag der christlichen Religionsgemeinschaften zur Festigung unseres Staatsgefüges. Gerade weil die katholische Kirche heute nicht mehr auf der Seite einer Partei steht, kommt das Gewicht ihrer moralischen Autorität dem ganzen Staat zugute.

Und nun im einzelnen, was wird geschehen?

Gründung einer österreichischen Nationalstiftung. Am Vorabend des 26. Oktober trat zum erstenmal das Proponentenkomitee für diese Nationalstiftung zusammen, und wir hoffen, daß wir schon am Beginn des Jahres 1967 mit der Gründung der Nationalstiftung vorankommen.

Einführung des Neutralitätsbegriffes in die Bundesverfassung, und zwar dort, wo die Aufgaben unseres österreichischen Bundesheeres im Artikel 79 umschrieben sind.

Verstärkte Glaubhaftmachung unserer Bemühungen um den Ausbau einer umfassenden Landesverteidigung. Aktivierung des Landesverteidigungsplans und planmäßiger weiterer Ausbau des Bundesheeres.

Finanzausgleich und interkommunaler Finanzausgleich im Geiste des Subsidiaritätsprinzips.

Verstärkter Hochwasser- und Lawinenschutz. - Wenn ich gerade diese beiden Aufgabengebiete unter dem Kapitel "Festigung Österreichs nach innen und außen" erwähne, so mögen Sie daraus ersehen, daß diese neue Bundesregierung einen Aufbau des Landes und eine Verteidigung des Landes gegenüber allen Gefahren, sowohl gegenüber denen eines starr machenden, Leben auslöschenden Zentralismus als auch gegenüber den Gefahren der Natur, am richtigen Ort und mit dem richtigen Blick betreibt und verfolgt. (Beifall.)

Personalgesetze zum Schutz und zur wirksamen Vertretung der

öffentlich Bediensteten.

Verwaltungsreform.

Aufrechterhaltung und Ausbau der vertrauensvollen Beziehungen zu Signatarmächten des Staatsvertrags sowie zu unseren Nachbarstaaten. Unterstützung der Bemühungen des Neun-Länder-Komitees um gutnachbarliche Beziehungen zwischen europäischen Ländern mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen.

Fortsetzung der initiativen Mitarbeit Österreichs bei der UNO und im Europarat.

Abschluß eines besonderen Vertrages mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.

Abschluß der Verhandlungen über Südtirol mit Zustimmung der Südtiroler. (Beifall.)

Abschluß der Vermögensverträge, die noch ausstehen (mit der Tschechoslowakei und mit Polen).

Aktivierung der Entwicklungshilfe, besonders über den neugeschaffenen Entwicklungsrat der Österreichischen Jugend.

Unterstützung der Bewerbung Österreichs um das Sekretariat einer UN-Organisation (UN-Organisation für industrielle Entwicklungshilfe).

Schließlich die dritte und letzte Phase des Konkordates mit dem Heiligen Stuhl.

Meine Damen und Herren! Wir träumen von keiner Monarchie; wir leiden allerdings auch nicht unter dem Angsttraum, ein Habsburger könnte durch das Betreten österreichischen Bodens diese Republik ins Wanken bringen. (Lebhafter Beifall.)

Und so wie wir denkt auch die österreichische Jugend, die Mittwoch dieser Woche hier in der Stadthalle den Nationalfeiertag der demokratischen Republik Österreich in moderner, aber in be-

geisterter und begeisterungsfähiger Form gefeiert hat. Diese Jugend will nicht, daß zwischen der Regierungspartei und den Oppositionsparteien in den Lebensfragen unseres Volks neue Gräben aufgerissen werden. Das Bekenntnis zur Neutralität, zur Unabhängigkeit, die Bereitschaft zur Verteidigung unseres Landes und auch die Teilnahme an der notwendigen Zusammenarbeit tragen nicht den Stempel einer Partei, sondern die Farben unseres Landes. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich komme zum Schluß.

Mit der Forderung nach einer Verlebendigung der Demokratie in Österreich sind wir in die Wahlen 1966 gegangen und haben einen großen Vertrauensbeweis von der Bevölkerung hiefür erhalten. Wir stimmen nicht mit der aus den autoritären Systemen uns übermittelten Meinung, die eine Volksmeinung geworden ist, überein, Politik sei das Schicksal, das uns die Politiker bereiten, und wir können sie nicht einmal daran hindern. Unser Ziel in der demokratischen Erziehung unserer Jugend und der Aufklärungsarbeit an unserer ganzen Bevölkerung lautet vielmehr: Politik ist das Schicksal, das wir uns selbst bereiten; nicht nur Regierung, Parteiführung und Abgeordnete, sondern alle Vertrauenspersonen unserer Partei, die politisch interessierte Elite unseres Landes, die Führungskräfte der staatlichen Verwaltung, in der Wirtschaft, die Träger des kulturellen Lebens und die Meinungsbildung in den Massenmedien, die junge Generation und nicht zuletzt alle, die als Wähler von uns Rechenschaft verlangen können, müssen über die großen Entscheidungen, die wir zu treffen haben, informiert werden, und bei der Lösung von Problemen des öffentlichen Lebens mitdenken, mitreden und mitwirken. Ich wiederhole noch einmal das Wort von Norbert Wiener: "Der Grad der Information ist ein Grad der Ordnung."

Die politischen Probleme des Jahres 1945, liebe Parteifreunde, waren meist mit der Hand zu greifen: das tägliche Brot, der Wiederaufbau, der Abzug der Besatzungstruppen, der Staatsvertrag. Die politischen Probleme des Jahres 1966 und der Zukunft sind aber viel schwieriger und wesentlich vielschichtiger. Nicht immer ist auf den ersten Blick zu sehen, wo die eigentlichen Ursachen liegen, welche inneren Zusammenhänge bestehen, was wir auf der einen Seite tun müssen, um auf der anderen Seite Gefahren zu verhindern und Erfolge zu erzielen. Oft führen jahrelang zurückliegende Versäumnisse erst jetzt zu alarmierenden Krisen oder schockierenden Skandalen.

Allerdings, meine lieben Parteifreunde, ein wirklicher Skandal wäre es nur, wenn Dinge, die unter einem sozialistischen Innenminister und einem sozialistischen Justizminister nicht ans Tageslicht kamen, auch jetzt nicht ans Tageslicht gekommen wären. (Langanhaltender Beifall.) Wir werden nichts vertuschen, schon deshalb nicht, weil erst durch die Feststellung der wirklich Schuldigen die Unschuld aller anderen in aller Öffentlichkeit erwiesen werden kann. (Beifall.)

Über unsere Beamtenschaft - und es sind Hunderttausende -, die am Aufbau der Zweiten Republik so selbstlos mitgewirkt hat, kann es nur ein Pauschalurteil geben: Sie ist pflichtbewußt und korrekt. Auch Ausnahmen können nur diese Regel bestätigen. (Beifall.)

Und auch über unsere Unternehmer und leitenden Angestellten, die entscheidend zum Wiederaufbau und zum Wachstum unserer Wirtschaft beigetragen haben, kann es nur ein Pauschalurteil geben: Sie sind patriotisch, initiativ und leistungsbewußt, und Ausnahmen können auch hier wiederum nur diese Regel bestätigen. (Beifall.)

Deshalb gilt für uns der Grundsatz: Wo etwas gesetzwidriges geschehen ist, muß ein harter Schnitt erfolgen. Aber wir werden nicht den Gegnern des Berufsbeamtentums und der sozialen Marktwirtschaft den Gefallen erweisen, ins gesunde Fleisch zu schneiden. Hier bin ich mit dem Herrn Innenminister, dem Herrn Justizminister und dem Herrn Bautenminister völlig einer Meinung.

Denn eines dürfen wir nie aus dem Auge verlieren: Ein System der totalen Verpolitisierung der öffentlichen Verwaltung und der wirtschaftlichen Staatsallmacht, wie es die Marxisten wollen, wäre kein Ausweg, sondern würde uns nur noch tiefer in das Netz zum Schein erfüllter Normen, guter Beziehungen und der Privilegien einer neuen Klasse verstricken. (Beifall.)

Wir werden alles daransetzen, die Ordnung, wo es notwendig ist, wiederherzustellen. Aber es muß eine freiheitliche Ordnung sein, in der ein echter Wettbewerb zu höheren Leistungen anspornt. Was wir jetzt versäumen oder falsch lösen, kann zur Hypothek für die junge Generation werden. Deshalb müssen wir den Blick weit in die Zukunft richten. Was ist dabei naheliegender als die Zusammenarbeit derer, die das Gesicht der Zukunft bestimmen: die Politik, die durch ihre Entscheidungen in Gesetzgebung und Verwaltung die Weichen stellt, und die Wissenschaft, die mit ihren Forschungsergebnissen und Erfindungen den Gang der Entwicklung maßgeblich beeinflußt.

Liebe Parteifreunde! Neben den Wissenschaftlern sehen wir, gleich begabt, gleichberechtigt, uns gleich nahe auch die Künstler. Auch sie verdienen Beachtung, Heranziehung und Förderung. Wie in allen Kulturländern und Kulturepochen muß es auch uns bewußt sein - vor allem in Österreich -, daß wir weder ohne die Wissenschaft mit ihren großartigen Erkenntnissen und Erfin-

dungen noch ohne die Kunst mit ihren großartigen Schöpfungen und Erbauungen besser leben und zusammenleben können. (Beifall.) Volks- und Hochkultur sind daher zu fördern und zu pflegen, denn eine echte Volkskultur kann immer wieder zum nährenden Mutterboden großer Werke des Geistes und der Form werden. Die österreichische Kulturgeschichte ist ein beredtes Beispiel dafür.

Liebe Parteifreunde! Wir haben in diesem Jahr damit begonnen, die Barrikaden ungelöster Probleme von der in die Zukunft führenden Straße wegzuräumen. Wir haben dafür nicht nur Beifall geerntet. Wir haben dafür vom österreichischen Volk auch manches Opfer und manchen Verzicht verlangen müssen. Durch diese Politik werden wir aber eines Tages auch die Früchte ernten. Wir werden - davon dürfen Sie überzeugt sein - in den nächsten Jahren dafür sorgen, daß der Fleiß dieses begabten Volkes durch eine gute Politik allen Menschen in diesem Lande zum Wohle und zum Segen gereicht, so, daß in einem jeden Österreicher das Gefühl des Geborgenseins in seinem Vaterlande erweckt wird.

Die Österreichische Volkspartei, meine lieben Parteifreunde ist eine wachsende Gemeinschaft. 1945 schenkten uns 1.600.000 Wähler ihr Vertrauen, 1956 fast 2.000.000 und 1966 2.191.000. Die SPÖ und die FPÖ sind Parteien, die kaum mit ihrer Vergangenheit fertig werden, geschweige denn mit der Zukunft unseres Landes. Hunderttausende Wähler dieser Parteien blicken daher erwartungsvoll auf uns.

Liebe Freunde! Noch ist nicht alles gut bei uns. Aber der Wille, es besser zu machen, ist vorhanden.

Die Österreichische Volkspartei ist eine junge, moderne, soziale und bildungsfreundliche Partei für alle. Sie geht mit wissenschaftlichem Rüstzeug und geistigem Elan, wie es gerade

dieser Parteitag wieder erwiesen hat, an die Gestaltung der Zukunft unseres Landes.

Die Tür der Österreichischen Volkspartei steht offen; das sagen wir mit besonderem Nachdruck denen, die noch draußen stehen: den modern denkenden Sozialisten, die mit uns für den sozialen Fortschritt; und den modern denkenden Freiheitlichen, die mit uns für den Ausbau der Freiheitsrechte und Freiheitsräume arbeiten wollen. Vor allem aber soll diese Tür der Jugend offenstehen, die die Politik als ihr Schicksal begreift und mit der stärksten und modernsten Partei Österreichs mitgestalten möchte.

So rufe ich alle Österreicher auf, mit uns an die Arbeit für die Zukunft Österreichs zu gehen, damit unser Volk, das in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts so bitter für politische Irrtümer büßen mußte, die nächsten Jahre und Jahrzehnte dank einer verantwortungsbewußten, weitschauenden Politik in Glück und Zufriedenheit, Wohlstand und Sicherheit, in Freiheit und in Frieden erleben kann. (Starker langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Nationalratspräsident Dr. M a l e t a :

Ich danke dem Herrn Bundesparteiobmann für seine Worte. Sie waren nicht nur der Abschluß, sondern auch der Höhepunkt des Bundesparteitages.

Ich übergebe ihm jetzt wieder den Vorsitz.

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Liebe

Parteifreunde! Wir beschließen diesen denkwürdigen Bundesparteitag, indem wir gemeinsam die Österreichische Bundeshymne singen.

(Die Versammelten erheben sich und singen gemeinsam die Bundeshymne.)

Vorsitzender Bundeskanzler Dr. K l a u s : Es lebe

unsere große Österreichische Volkspartei, es lebe unser Vaterland, die Republik Österreich! (Lebhafter Beifall.)

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß der Beratungen: 11 Uhr 30 Minuten